A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Juni 1971

Zur Publikationsstrategie der SOPO

STAATSMONOPOLISTISCHER KAPITALISMUS

GRENZEN IMPERIALISTISCHER PROGNOSTIZIERUNG

KLASSENKÄMPFE IN DER TÜRKEI

Diskussion: Logische Struktur des Kapitalbegriffs
Klassentheorie; Revisionismus-Kritik

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

3. Jahrgang Nr. 11 Juni 1971

		Seite
	Zur politischen Entwicklung und Publikationsstrategie der SOPO	1
AUFSÄTZE UND ANALYSEN		
Paul Boccara	Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus I. Einführung in die Frage des staatsmonopolitischen Kapitalismus II. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion	7
Dieter Klein	Funktionen und Grenzen imperialistischer Zukunftsforschung und Prognostizierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus	41
KURZANALYSEN UND BERICHTE		
Wilhelm Erdmann	Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Klassenkämpfe und der Volkswirtschaft der Türkei	59
Zola Sonkosi	Beschreibung: Der schwarze Südafrikaner	65
Bericht	Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften, Tagung des IMSF / Frankfurt/Main	79
DISKUSSION UND BESPRECHUNGEN		
Projekt Klassenanalyse	Bemerkungen zu H. Reichelt: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx	94
Projekt Klassenanalyse	Besprechung von M. Mauke: Die Klassentheorie von Marx und Engels	103
Volker Gransow	Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus	109
Axel Hauff	Anmerkungen zur Revisionismus-Kritik einer linken Sekte	112

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern, Gudrun Wossidlo

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin-West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-8. Tausend Juni 1971

Cover
Gil Funccius
Westberlin

Satz
Hannes Schwenger
Westberlin

Druck
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt somit DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), des Rowohlt-Verlages, zwei Prospekte des Westdeutschen Verlages sowie eine Bestellkarte der SOPO.

ZUR POLITISCHEN ENTWICKLUNG UND PUBLIKATIONSSTRATEGIE DER SOZIALISTISCHEN POLITIK

I

Bei der Kennzeichnung der Entwicklung des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Phase können offensichtliche Tendenzen bzw. allgemeinste Bestimmungen angegeben werden, wenngleich die theoretische Aufarbeitung der wirklichen Bewegung zu großen Teilen noch zu leisten ist.

So ist die Situation in den entwickelten kapitalistischen Ländern gekennzeichnet durch die zunehmende Verschärfung ökonomischer und politischer Widersprüche. Verstärkte Konzentration der Produktion und beschleunigte Zentralisation des Kapitals als grundlegende Erscheinungen eines Prozesses tendenzieller Monopolisierung finden ihren Ausdruck u.a. in der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zu gigantischen Finanzgruppen und in der Zuspitzung des Konkurrenzkampfes im internationalen Rahmen. Diese Entwicklung ist charakterisiert durch die Verstärkung der politisch-ökonomischen Rolle des Staates, die Verquickung von ökonomischer und politischer Macht, die Herstellung von Herrschaftsverhältnissen, die die Ausübung ökonomischer und außerökonomischer Macht zur Sicherung monopolistischer Profite für das um die Aufrechterhaltung seiner Verwertungsbedingungen kämpfende Kapital ermöglichen sollen.

Gleichzeitig weist das Kapital seine eigenen Schranken auf in der Entwicklung zum Monopol, ist dieses doch zugleich Ausdruck der wachsenden Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion wie auch selbst vorantreibendes Moment der Vergesellschaftung, Stufe der materiellen Vorbereitung des Sozialismus. Verlangen die Produktivkräfte ihre gesellschaftliche Anwendung, so stoßen sie gleichwohl an die Grenzen des kapitalistischen Systems, der sich im Zwang zur maximalen Kapitalverwertung, zur höchstmöglichen Realisierung von Profit ausdrückenden privaten Aneignung. Ökonomische und politische Macht vereinigt das kapitalistische System, um das von ihm selbst erzeugte 'Mittel' seiner revolutionären Überwindung – die Arbeiterklasse – zu unterdrücken und damit seinen eigenen unvermeidlichen Untergang hinauszuschieben.

Die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Länder widerlegt alle 'neuen' und alten Vorstellungen von einem in der direkten Auseinandersetzung nicht zu überwindenden 'Ultraimperialismus' und weist eindringlich auf die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Rahmen hin. In den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern liegt der Anteil der Lohnarbeiter an der Erwerbsbevölkerung zwischen 70 und 90 %. Die zunehmende Stärke der Arbeiterbewegung ist ablesbar am Anwachsen und der sozialen Breite der Klassenkämpfe.

Im Westen Deutschlands war die Entwicklung nach der Zerschlagung des Faschismus gekennzeichnet durch die mit Hilfe ausländischer Kapitalinvestitionen sowie politischem und militärischem Druck ermöglichte Restauration des Kapitalismus. Die breite Bewegung der westdeutschen Arbeiterklasse für Aktionseinheit, Sozialisierung und Mitbestimmung, gegen Betriebsverfassungsgesetz und Westintegration wurde mit zunehmender Restaurierung zerschlagen, Hierbei ging die Stoßrichtung hauptsächlich gegen die Kommunisten, die diese Bewegung weitgehend anführten. Im Zuge der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Sozialismus ermöglichte die US-amerikanische Politik das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, was sich in der Remilitarisierung Westdeutschlands wie auch im KPD-Verbot 1956 ausdrückte. Der Widerstand gegen diese aggressive Politik wurde durch

die SPD- und DGB-Führung zunächst kanalisiert und dann abgewürgt – eine neue Variante der Politik linker Phrase und rechter Praxis.

Diese Faktoren ermöglichten, in Verbindung mit dem auf extensiver Ausweitung der Produktion basierenden 'Wirtschaftswunder' – das sich in relativ starken Lohnsteigerungen und geringer Arbeitslosigkeit darstellte – und dem abgeschwächten zyklischen Verlauf der kapitalistischen Produktion, die nahezu vollständige Unterwerfung des Proletariats unter die Herrschaft der bürgerlichen Politik. Während die herrschende Klasse Lohnforderungen bis zu einem gewissen Grade aus politischen und ökonomischen Gründen nachkommen mußte, verschärfte sie gleichzeitig die politische Unterdrückung. So wurden allein bis 1961 im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot eine halbe Million Westdeutscher mittelbar oder unmittelbar strafrechtlicher politischer Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt.

Die durch die reale Produktivitätssteigerung geförderten Illusionen über die Stabilität und Krisenfreiheit der kapitalistischen Wirtschaft, die ihrerseits auch wieder die Vorurteile des Antikommunismus verfestigen halfen, wurden durch die Krise von 1966/67 zerstört. Die Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion führte 1966/67 zu einer zyklischen Krise, die mit den Erscheinungen einer Strukturkrise (Kohlenkrise) verknüpft war. Die Bourgeoisie reagierte mit der Bildung der Großen Koalition, der Verabschiedung der Notstandsgesetze und einer 'neuen' Wirtschaftspolitik, der 'konzertierten Aktion', welche die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse durch Lohnleitlinien im gemeinsamen Interesse der Kapitalisten zu dirigieren versucht. Hierbei fand sie ihre willfährigen Erfüllungsgehilfen in der Führung der SPD, die diese Politik gegen die Opposition breitester Teile der Mitglieder der Partei selbst durchzusetzen wußte. Die Streiks im September 1969 signalisierten den Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese Politik, wobei auch die Diskrepanz zwischen dem fortgeschritteneren Bewußtseinsstand weiter Teile der Gewerkschaftsmitglieder und der 'Sozialpartnerschafts-Politik' führender Gewerkschaftsfunktionäre zum Ausdruck kam.

Der Widerstand gegen die Politik der Herrschaftssicherung, die den antagonistischen Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie verschärft, fand einerseits seinen Ausdruck ökonomisch in der zunehmenden Anzahl der Streiks seit 1966. Andererseits konnten und mußten die Kommunisten – ohne den bisherigen Kampf gegen das KPD-Verbot aufzugeben – angesichts dieser Entwicklung die Möglichkeiten des legalen Kampfes ausweiten und organisatorisch absichern. Dies geschah durch die Gründung der DKP. In ihr organisierten sich die durch den Faschismus und die antikommunistischen Verfolgungen während der Restauration des Kapitalismus dezimierten Kader des klassenbewußten Proletariats.

Die sich aus der besonderen Situation Westberlins ergebende noch massivere Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Politik der Bourgeoisie kam seit 1945 in der von den Organen der Bourgeoisie systematisch und institutionell aktualisierten Hetze des Antikommunismus zum Ausdruck. Zwar konnte die kommunistische Partei in Westberlin aufgrund der besonderen rechtlichen Situation von der herrschenden Klasse formell nicht verboten werden, doch waren die Kommunisten der permanenten politischen, rechtlichen und ökonomischen Verfolgung ausgesetzt, die 1961 in der fast völligen Zerschlagung ihrer Betriebskader und der weitgehenden Verhinderung der legalen Parteiarbeit einen Höhepunkt fand. Seit der Sicherung der Staatsgrenzen der DDR 1961 und dem teilweisen Funktionsverlust Westberlins als Schaufenster des Kapitalismus ist eine zunehmende Instabilität der Westberliner Wirtschaft, die sich in Betriebsschließungen, Verlagerungen und damit Unsicherheit der Arbeitsplätze zeigt, zu verzeichnen. Ausdruck dieser Entwicklung ist eine Zunahme ökonomischer Kämpfe und die fortschreitende Konsolidierung der SEW als die revolutionäre Partei der Westberliner Arbeiterklasse.

II

Die Verschärfung der gesellschaftlichen Antagonismen in der Bundesrepublik und Westberlin nach einer Phase relativen Klassenfriedens drückte sich neben den zunehmenden ökonomischen Konflikten auch in vermittelteren gesellschaftlichen Verhältnissen aus. So entsprach die bisherige Struktur der Schul- und Berufsausbildung längst nicht mehr dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit. Dieser Widerspruch zwischen entwickelten Potenzen gesellschaftlicher Arbeit und dem Ausbildungssystem erhielt in der Krise des Ausbildungssektors, zuerst an den Hochschulen, seinen krassesten Ausdruck. Sie fiel zusammen mit der Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus im internationalen Rahmen – der US-Aggression in Vietnam.

Die Mobilisierung breiter Teile der Studentenschaft für Demokratisierung der Universitäten und im moralischen Protest gegen imperialistische Aggressionen resultierte nicht zuletzt aus der spezifischen Situation von Studenten als einem Teil der Intelligenz, die aufgrund ihrer intellektuellen Qualifikation in der Lage waren, bestimmten gesellschaftlichen Widersprüchen und Klasseninteressen nachzuspüren. Der demokratische Ansatz breiter Teile der Studentenschaft wurde im Gang der Auseinandersetzung – nicht zuletzt durch das massive Durchgreifen der Staatsmaschinerie – zum radikaldemokratischen Kampf, der dann auch Teile der jungen Arbeiter und Schüler erfaßte, ausgeweitet. Da im Verlauf dieser Bewegung immer mehr der Staat, respektive der Kapitalismus als ursächliches Moment der lokal aufgedeckten Mißstände, und damit als Hauptfeind, den es zu bekämpfen galt, erkannt wurde, und andererseits für die Majorität der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse das Bewußtsein der eigenen Klassenlage verschüttet war und sie daher in Kampfaktionen nur sporadisch in Erscheinung trat, begriff sich diese Bewegung immer mehr als der vorantreibende Faktor, mußte sie sich in ihrem Selbstverständnis zum revolutionären Subjekt hochstilisieren.

Über die Heterogenität dieser Bewegung konnte es von Beginn an keinen Zweifel geben, einerseits angesichts unterschiedlicher Klassenherkunft der in dieser Bewegung vereinten Elemente und andererseits angesichts der nach wie vor gültigen Funktionsbestimmung des Ausbildungssektors innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, daß in ihm nicht nur die Qualifikation von künftiger Ware Arbeitskraft besorgt wird, sondern daß in ihm sich zugleich die Rekrutierung des Nachwuchses für die ideologischen Repräsentanten der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse vollzieht. Erst der Bankrott 'antiautoritärer Politik', das Entdecken der Schriften von Marx, Engels, Lenin und die damit einhergehende Rezeption der Marxschen Theorie führten zur Aufgabe ihrer Orientierung auf die 'nicht integrierten Randgruppen' und rückten das Proletariat als objektiven Träger der Klassenkämpfe, das es zu mobilisieren galt, in den Mittelpunkt studentischer Reflexionen.

Die exponiertesten Richtungen dieser Wendung zum Proletariat hin wurden manifest in dem Teil der sich sozialistisch verstehenden Studentenschaft, der – vermeintlich bewaffnet mit der marxistischen Theorie und der Einsicht über den Adressaten seiner Agitation und Propaganda – sich jetzt in der Avantgarde-Rolle gefiel und diesen elitären Führungsanspruch in Form diverser 'Partei-Aufbau-Initiativ-Organisationen' zum Ausdruck brachte. Während ein großer Teil der radikaldemokratischen Studenten dieser dogmatischen und perspektivlosen Rezeption und Umsetzung der Marxschen Theorie, bei gleichzeitiger Zersplitterung und Befehdung der verschiedenen Sekten untereinander, ablehnend und frustriert gegenüberstand und daher aus der politischen Bewegung nur zu oft gänzlich her-

ausfiel, wandte sich die andere Hauptrichtung auf der theoretischen Ebene einem intensiveren Studium der Kritik der politischen Ökonomie zu.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist seinem Wesen nach undogmatisch. Das kann zwar nicht heißen, daß die dem Kapitalverhältnis immanenten grundlegenden Gesetze, wie sie von Marx formuliert worden sind, aufgegeben werden können, aber die dogmatische Verengung der Theorie setzt dort ein, wo außer Acht gelassen wird, daß die Entfaltung der dem Kapital immanenten Tendenzen selbst noch an die Schranken der dem Kapital äußerlichen Bedingungen seiner Verwertung stößt, so daß die jeweils gegebene k o n k r e t e Entwicklung die Vermittlung der von den Klassikern entwickelten Theorie notwendig macht. Wo dieses Spannungsverhältnis nicht ständig theoretisch reflektiert wird, ist der erste Schritt in Richtung auf einen sektiererischen Dogmatismus getan, der zwar dem Anspruch nach revolutionär bleiben kann, in seinem Wesen sich jedoch zunehmend von der wirklichen revolutionären Bewegung entfernt.

Die besondere Situation der Intelligenz im Verhältnis zum Gesamtarbeitsprozeß belastet sie mit einer gewissen Borniertheit, was die Auseinandersetzung um die praktische Notwendigkeit des revolutionären Kampfes betrifft. Wenngleich also die Intelligenz wegen der sich entwickelnden Produktivkraft der Arbeit und der sich daraus ergebenden Veränderung der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zunehmend ein o b j e k t i v e s Interesse an den Diskussionen der revolutionären Strategie und Taktik gewinnt, so heißt dies noch nicht, daß ihre Argumentation schon immer o b j e k t i v begründet sein muß. Vielmehr neigt sie von der konkreten Qualifikation ihrer Arbeitskraft her zur Verabsolutierung des theoretischen Anspruchs, also zur dogmatischen Verengung.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeiterklasse von der Intelligenz als das eigentliche revolutionäre Subjekt 'entdeckt' war, mußte sich zeigen, inwieweit aus dieser Entdeckung die praktisch und theoretisch richtigen Konsequenzen gezogen werden oder nicht. So ist die konkrete Geschichte der westdeutschen und Westberliner Studentenbewegung die Geschichte des Auflösungsprozesses einer zunächst spontanen Bewegung in revolutionäre Fraktion und dogmatische Sekten. Auch innerhalb der Redaktionskonferenz der SOPO vollzog sich dieser Differenzierungsprozeß, und es kam zunehmend zu Konflikten, die schließlich zum Bruch an der Frage führten, was P o l i t i k a u f B a s i s d e s w i s s e n s c h a f t l i c h e n S o z i a l i s m u s heißt.

Für denjenigen Teil der Redaktionskonferenz, der die Notwendigkeit begriffen hatte, daß der Kampf um die Stärkung der Arbeiterbewegung in der BRD und Westberlin nicht abstrakt an den wirklichen Klassenauseinandersetzungen vorbeigeführt werden kann, sondern immer nur bezogen auf sie entwickelt werden muß, war klar geworden, daß das praktische Ignorieren von dogmatisch-sektiererischen Positionen innerhalb der Redaktionskonferenz zu einer Gefahr für die Entwicklung der SOPO zu einer marxistischen Zeitschrift geworden war. Muß das augenblickliche Ziel einer jeden revolutionären Strategie in der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu sehen sein, so kann diese Einheit nicht mit der Taktik erreicht werden, klassenspalterischen Tendenzen Raum zur freien Entfaltung zu gewähren. Und der Dogmatismus, da er sich in Theorie und Praxis nicht an der wirklichen Bewegung orientiert, sondern an einer unreflektierten Verabsolutierung der Theorie, kann zu praktischer Relevanz allein da gelangen, wo er das Geschäft der Spaltung der Arbeiterklasse betreibt. Eine solche Tendenz wird z.B. dort offensichtlich, wo in idealistischer Selbstverklärung auch heute noch der elitäre Führungsanspruch der Intelligenz behauptet wird, bzw. die initiierende Rolle der Studentenbewegung zur Form gerät, die schließlich die Studentenschaft und nicht die Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt werden läßt.

III

Der Versuch die sich aus der Herkunft der meisten Intellektuellen ergebende bornierte Position zu durchbrechen, d.h. die Hinwendung zur realen Arbeiterbewegung ist kein gradliniger Prozeß. Die subjektive Schwierigkeit, sich den wissenschaftlichen Sozialismus anzueignen, korrespondiert mit den objektiven Bedingungen des revolutionären Prozesses. Und dazu gehört vor allem die lange Zeit beinahe vollständige Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Politik der Bourgeoisie, gehören die trotz ihrer historischen Erfahrungen und ihrer Entwicklung seit der Zerschlagung des Faschismus und der Rekonstruktion des Kapitalismus in der BRD und Westberlin relativ jungen und in einer nicht widerspruchsfreien Entwicklung befindlichen kommunistischen Parteien. Diese widersprüchliche Entwicklung wird durch das in der Konfrontation mit dem Kapital keinesfalls ausreichende Niveau der politischen und gewerkschaftlichen Organisiertheit, der politischen Bewußtheit der Arbeiterklasse bestätigt. Probleme des Verhältnisses von unmittelbarer Forderung und revolutionärer Strategie, Änderungen in der Struktur der Arbeiterklasse, stellen Anforderungen, denen man nur nachkommen kann auf der Grundlage konkreter sozioökonomischer Analysen. Die zentralen Fragen revolutionärer Taktik müssen unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus konkretisiert und einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. Die langfristige Realisierung der Ziele revolutionärer Politik wird weitgehend davon abhängen, wie die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt wird, und wie es den bewußtesten Teilen der Arbeiterklasse gelingt, den notwendigen ideologischen Klärungsprozeß, die Auseinandersetzung mit den verschiedensten bürgerlichen und revisionistischen Auffassungen, mit allen Erscheinungsformen des Opportunismus und Anarchismus voranzutreiben. Eine derartige Bestimmung der Phase der westdeutschen und Westberliner Arbeiterbewegung legt auch den Charakter der notwendig zu führenden Auseinandersetzungen um Fragen revolutionärer Taktik bloß. Unterschiedliche Auffassungen wichtiger Grundfragen bedürfen einer offenen Erörterung, deren Ergebnisse mit dazu beitragen, eine richtige Bestimmung sozialistischer Politik vorzunehmen und die Einheit der Arbeiterklasse zu schaffen.

Für die SOPO kommt es daher darauf an, einerseits auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus jene theoretischen Probleme anzugehen, die sich aus der Frontstellung gegen das Kapital ergeben und andererseits den Prozeß der Hinwendung zur wirklichen Arbeiterbewegung und den in ihrer politischen Partei organisierten revolutionären Arbeitern sowohl theoretisch einsichtig zu machen, wie auch selbst durch die theoretische Arbeit einen Beitrag zur Stärkung der Arbeiterbewegung zu leisten.

In diesem Sinne können die nächsten Ausgaben u.a. bestimmt werden als die der radikalen Kritik und der Destruktion dogmatischer Ansätze und Politik, als die eines entschiedenen Kampfes gegen Subjektivismus und Idealismus, gegen die Verflachung und Einengung des Marxismus durch jene Überreste der studentischen Revolte, die weiterhin eine angeblich initiierende Rolle der Studenten bei den Klassenkämpfen und daraus abgeleitet einen Führungsanspruch der Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse geltend machen wollen. Es gilt daher, auch die Auswirkungen des bürgerlichen Antikommunismus, Formen des 'linken' Antikommunismus und Traditionen des linken Sektierertums wissenschaftlich zu bekämpfen.

Im Hinblick auf die bisherigen Ausführungen nimmt die Perspektive für Umgestaltung und Ausbau der SOPO konkrete Formen an. Es ist eine Verbindung der Bearbeitung theoretischer Fragen und der Interpretation aktuell-politischer Probleme zu schaffen. Die in der SOPO zu leistende theoretische Arbeit wird damit beitragen zur adäquaten Bestimmung

sozialistischer Politik. Die Hinwendung zur realen Arbeiterbewegung, die theoretische Arbeit in organisatorischer Selbständigkeit, bedeutet eine Offenheit für verschiedene theoretische Ansätze, für Kritik und Auseinandersetzung mit theoretischen Positionen in- und außerhalb der Arbeiterbewegung. Im Zentrum stehen dabei Untersuchungen der konkreten Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse.

Ausgehend von dieser politischen und theoretischen Bestimmung soll die Struktur der SOPO künftig gegliedert sein in:

1. längere theoretische Aufsätze und umfangreiche Analysen,
2. Kurzanalysen, die in knapper Form aktuelle politische Entwicklungen aufgreifen und Berichte von wissenschaftlichen Tagungen, Konferenzen und Kongressen,
3. Diskussion über Beiträge in der SOPO oder auch aktuelle politische Fragen und Besprechungen wichtiger Veröffentlichungen,
4. Dokumentation wichtiger Materialien, Kurzreferate von Veröffentlichungen in internationalen marxistischen Zeitschriften sowie Information über relevante Neuerscheinungen.

Redaktionsrat der SOPO

Aufsätze, Analysen

Paul Boccara

Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die beiden Referate von Paul Boccara wurden als Eröffnungsvorträge im Rahmen einer internationalen Konferenz zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehalten, die von der kommunistischen Partei Frankreichs und der Zeitschrift "Economie et Politique" vom 26. - 29. Mai 1966 in Choisy-le-Roi (bei Paris) veranstaltet wurde.

Die Beiträge zu dieser Konferenz sind in zwei Doppelheften von "Economie et Politique" (Nr. 143/144 und 145/146, Juni-Sept. 1966) veröffentlicht worden. Das erste Heft enthält die Arbeiten der Mitarbeiter von "Economie et Politique", die bis zu einem gewissen Grade das Ergebnis kollektiver Diskussionen darstellen und deshalb eng miteinander zusammenhängen. Neben den beiden Arbeiten von Boccara enthält es Aufsätze zu Problemen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals (H. Claude), zu staatsmonopolistischen Formen der Ausbeutung (S. Laurent), zur Inflation (R. Pirolli), zur Rolle der Verstaatlichung im staatsmonopolistischen Kapitalismus (F. Lazard), zur Planification (J. Fabre), zur bürgerlichen Ideologie im staatsmonopolistischen Kapitalismus und zur Strategie der KPF in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus (H. Jourdain) sowie ein Schlußwort des Generalsekretärs Waldeck-Rochet. Die Konferenz bildete einen Ausgangspunkt für die weitere theoretische Diskussion in "Economie et Politique".

Das zweite Heft enthält die Diskussionsbeiträge der ausländischen Teilnehmer aus den sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas.

Die Zeitschrift "Economie et Politique" ist vor rund 17 Jahren gegründet worden und befaßt sich seitdem mit den politökonomischen Grundlagen von Theorie und Praxis der Partei. Zunächst standen empirische Analysen wichtiger ökonomischer Probleme und deren Bedeutung für die aktuelle Politik der KPF im Vordergrund. Seit Anfang der sechziger Jahre ist aber das Bedürfnis nach einer umfassenden theoretisch bruchlosen aus der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie ableitbaren Darstellung der Grundphänomene des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter dem Aspekt des revolutionären Übergangs zum Sozialismus immer stärker geworden. Die Konferenz von 1966 bildete eine erste Bestandsaufnahme der vorhandenen Ansätze zur Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und insofern auch den Ausgangspunkt für eine, auf dem erneuten Studium der Klassiker beruhende, Ausarbeitung einer umfassenden Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Seitdem sind mehrere Aufsätze und Essays erschienen, die beanspruchen Elemente einer solchen zukünftigen Theorie darzustellen. Das erste größere Ergebnis dieser weitgehend kollektiven Arbeiten ist der vor kurzem erschienene "Traité marxiste d'Economie politique: Le capitalisme monopoliste d'Etat", der von den rund 40 Mitarbeitern der Zeitschrift gemeinsam mit der ökonomischen Sektion des ZK der KPF erarbeitet worden ist. In ihm liegt der Versuch vor, auf der Grundlage der vorangegangenen theoretischen Arbeit eine umfassende Darstellung der Funktionsweise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich zu erstellen. Wir werden in den nächsten Ausgaben der SOPO auf dieses Buch eingehen.

Die folgenden Referate werden in der SOPO veröffentlicht, weil sie einerseits – besonders das erste – verdeutlichen, daß die Diskussion über Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus prinzipiell als offen angesehen wird. Andererseits vermitteln sie einen Eindruck über den Stand der Diskussion zum Zeitpunkt der Konferenz von 1966 und – besonders das zweite, das gleichwohl problematischer da konkreter ist – einen Eindruck über die Art und Weise, sich mit den Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auseinanderzusetzen. Unseres Erachtens ist die Diskussion über den staatsmonopolistischen Kapitalismus in weiten Teilen der Westberliner und westdeutschen Linken vernachlässigt worden. Der Rückgriff auf die Referate von Paul Boccara soll die Funktion haben, die theoretische Auseinandersetzung mit Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzuregen, die möglichst bald am augenblicklichen Stand der Diskussion im internationalen Rahmen anknüpfen sollte.

Beide Referate sind an den Stellen geringfügig gekürzt, an denen Paul Boccara auf den Verlauf der Konferenz eingeht. Die Referate wurden ins Deutsche übersetzt von Horst Arenz und Burkhard Hoffmann.

I. Einführung in die Frage des staatsmonopolistischen Kapitalismus

I. Der staatsmonopolistische Kapitalismus als Phase der kapitalistischen Entwicklung.

1. Die Entwicklungsstadien des Kapitalismus und der staatsmonopolistische Kapitalismus.

Die marxistische Theorie unterscheidet drei fundamentale Stadien in der Entwicklung des Kapitalismus:

1 – das ursprüngliche oder noch manufakturelle Stadium;
2 – das klassische Stadium des Fabrikwesens oder der freien Konkurrenz;
3 – das imperialistische oder im allgemeinen monopolistische Stadium.

Die innere Entwicklung eines Stadiums bereitet das folgende Stadium durch tiefgreifende Umwälzungen der ökonomischen Struktur des Kapitalismus vor. Man kann z.B. feststellen, wie im Verlauf des manufakturellen Stadiums die Entwicklung im Rahmen einer nationalen Volkswirtschaft mit zunächst noch vorherrschenden nichtkapitalistischen Verhältnissen zur Herrschaft kapitalistischer Verhältnisse über die Gesamtheit der Volkswirtschaft voranschreitet. Desgleichen kennt das Stadium des Fabrikwesens eine wachsende Konzentration und Zentralisation von Kapital: von dem ständigen Anwachsen der Zahl der Kapitalisten als dominierender Tendenz geht die Entwicklung zur Tendenz der "Kapitalvernichtung", der Bezeichnung von Marx folgend, weiter. So charakterisiert sich das imperialistische Stadium durch Umwälzungen, die von der freien Konkurrenz zum einfachen Monopolismus führen, und vom einfachen Monopolismus zum Staatsmonopolismus. Von einem gewissen Grad der Entwicklung an kann man, scheint es, eine völlig neue Phase im Inneren des imperialistischen Stadiums unterscheiden: Die Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die chronologischen Abgrenzungen sind selbstverständlich völlig relativ und können aufgrund von Definitionen vereinbart werden.

2. Die Chronologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Der staatsmonopolistische Kapitalismus, angekündigt bereits durch bedeutsame Umwälzungen, die seit Anfang des imperialistischen Stadiums am Ende des 19. Jahrhunderts stattfanden, erscheint während des Krieges von 1914 - 1918 in den kriegführenden kapitalistischen Ländern, wobei er der Gesamtheit der nationalen Volkswirtschaft sein Gepräge gibt.

Nach einer Periode relativen oder scheinbaren Rückgangs erfährt er eine bemerkenswerte Weiterentwicklung während der "Großen Depression" der Jahre um 1930. Zu diesem Zeitpunkt stellen die Nazi-Ökonomie Hitlerdeutschlands und die Wirtschaftspolitik, die in den Vereinigten Staaten durch den New Deal Roosevelts eingeleitet wurde, zwei besonders bezeichnende Beispiele der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar – zwei unterschiedliche Versuche (einer von rechts, der andere von links), den sich in der Krise befindlichen Kapitalismus zu retten, dessen Wachstum blockiert ist, während die sozialistische Planung ihre ersten Erfolge davonträgt.

Nach der Verallgemeinerung seiner Entwicklung während des 2. Weltkrieges entfaltet sich der staatsmonopolistische Kapitalismus in der letzten Periode in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern.

Er bemüht sich jetzt inmitten eines sich zuspitzenden Klassenkampfes die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und des materiellen Wachstums zu ermöglichen, trotz der tödlichen Herausforderung an die kapitalistische Produktionsweise, die sich durch die sich augenblicklich ergebende Vergesellschaftung der Produktivkräfte, den Fortschritt der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse – die nationalen Befreiungsbewegungen eingeschlossen – und das beschleunigte und krisenlose sozialistische Wachstum ergibt. Dadurch verschärft er die Widersprüche des Kapitalismus und treibt diese auf ihre Schranken zu. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges stützt sich die demokratische und die Arbeiterbewegung auf die objektiven Prozesse, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickeln, um den demokratischsten und fortgeschrittensten Umwälzungen im Kampf gegen die monopolistische Oligarchie Geltung zu verschaffen. Aber die Oligarchie bemüht sich (und sie hat in der augenblicklichen Periode Erfolg damit), die Bewegung einzugrenzen, die neuen öffentlichen Formen ihres demokratischen Aspektes zu berauben, um sie zum Wiedererstarken des Kapitalismus und der Herrschaft der Monopole zu benutzen. Sie bemüht sich, im Rahmen des Möglichen die Volkswirtschaft zu "reprivatisieren". In Wirklichkeit entwickelt sie den Staatsinterventionismus nur noch mehr, aber in den indirektesten und nach außen am wenigsten durchschaubaren Formen.

II. Die marxistisch-leninistische Definition des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Phase des Imperialismus

1. Von Engels zu Lenin

Engels unterstrich seit etwa 1880 im Anti-Dühring (3. Teil, Kapitel II) die notwendige Vergesellschaftung der Produktionsmittel unter zunächst kapitalistischer Form. Er unterschied die kapitalistische Vergesellschaftung, die einerseits durch die Trusts hervorgerufen wurde, von der, die durch den kapitalistischen Staat hervorgerufen wurde. Er erklärt in Hinsicht auf die Produktionsmittel diesen "steigenden Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln." (MEW 20, 258)

Er zeigt, daß "die Formen der Vergesellschaftung" durch die "Aktiengesellschaft" auf einer gewissen Stufe der Entwicklung unzureichend wird. Die Entwicklung geht zunächst zum "Trust", sagt er, und dann vom Trust zum "Staatseigentum". Er präzisiert: "In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol (...) So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion nehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten..." (MEW 20, 259 und 617) Er fügt hinzu: "Denn nur in dem Falle, daß... die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst." (MEW 20, 259) Und außerdem: "Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." (MEW 20, 260) Und endlich: Die kapitalistische Produktionsweise"... zeigt selbst den Weg an zur Vollziehung dieser Umwälzung. Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum." (MEW 20, 261)

Der Ausdruck des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird im Jahre 1917 von Lenin verwandt. Ein Jahr nachdem er seine berühmte Broschüre "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" redigiert hat, und nur einige Monate nachdem er sie veröffentlicht hat, entwickelt Lenin, weit davon entfernt, seine Analyse vom neuen Stadium, das etwa seit 1880 beginnt, zu wiederholen, diese im Lichte der Umwälzungen des Kapitalismus während des Weltkrieges weiter im Hinblick darauf, durch die Kenntnisse der objektiven ökonomischen Bewegung der Gesellschaft die Kämpfe der sowjetischen Revolution zu führen.

In der Broschüre "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", die im Oktober 1917 veröffentlicht wurde, befindet sich der Leninsche Entwurf über den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Lenin zeigt dort die Bedeutung der neuen Umwälzungen für das Verständnis der praktischen Wege des demokratisch-revolutionären Kampfes. Er behandelt dort insbesondere die Nationalisierung der Banken und der großen Monopole. Er unterstreicht dort die Tatsache, daß, ohne daß sie bereits sozialistische sind, diese demokratisch-revolutionären Maßnahmen, die sich auf objektive Prozesse im Kapitalismus stützen, eine Etappe in Richtung auf den Sozialismus bedeuten, genauso wie "der demokratisch-revolutionäre Staat" einen immensen Schritt in Richtung auf den Sozialismus konstituiert. Gewiß kann diese Leninsche Analyse nicht losgelöst werden von den konkreten Bedingungen des Zarenreiches von 1917, dem ökonomischen Debakel, das der imperialistische Krieg dort hervorgerufen hat, und vor allem den Besonderheiten der demokratischen Etappe der russischen Revolution von 1917. Aber diese Analyse hat darüberhinaus eine allgemeine Bedeutung, die Lenin in den folgenden Sätzen präzisiert: "Die Dialektik der Geschichte ist gerade die, daß der Krieg, der die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheuer beschleunigte, dadurch die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat... Und das nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt – keinerlei Aufstand kann den Sozialismus schaffen, wenn er nicht ökonomisch herangereift ist –, sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr." (LW 25, 370)

So ist für Lenin der staatsmonopolistische Kapitalismus eine wirkliche historische Phase des Kapitalismus. Und noch in "Staat und Revolution", geschrieben gegen Ende 1917, charakterisiert Lenin den Imperialismus als die "Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus" (LW 25, 423), ohne daß er sich auf dogmatische Art und Weise an seine Definition des Imperialismus gebunden fühlt, die er einige Monate vorher veröffentlicht hatte.

2. Von 1917 bis in unsere Tage

Zwischen den beiden Kriegen sind die Hinweise, die Lenin über den staatsmonopolistischen Kapitalismus gegeben hatte – weit davon entfernt, weiterentwickelt zu werden – eher vernachlässigt worden.

Sicher beziehen sich eine bestimmte Anzahl von Studien auf die neue Rolle des Staates, besonders um das Jahr 1920. Während sich der staatsmonopolistische Kapitalismus zur Zeit der Depression Anfang der 30er Jahre entwickelt, betont indessen eine der besten marxistischen Analysen jener Zeit, betitelt "Die große Krise und ihre politischen Folgen. Wirtschaft und Politik, 1928-1934" von Eugen Varga, veröffentlicht im Jahre 1934, gerade die offenkundige Entwicklung der Rolle des Staates.

Varga schreibt: "Das Hauptergebnis der Versuche zur künstlichen Überwindung der Krise bzw. der ganzen kapitalistischen Wirtschaftspolitik während der Krise ist eine bis ins einzelne gehende Einmischung des Staates in die Wirtschaft zugunsten der herrschenden Klassen im allgemeinen, des Monopolkapitalismus und der Großagrarier im besonderen. Das Monopolkapital nützt seine Herrschaft über den Staatsapparat aus, um die Verteilung des Nationaleinkommens systematisch zu seinen Gunsten zu verschieben, die Staatskasse unter den verschiedensten Formen und Vorwänden zu berauben. Die "staatskapitalistischen" Tendenzen erfuhren eine starke Entwicklung: es findet in gewissem Sinne ein Übergang vom Monopolkapitalismus zu einem "staatlichen Kriegs-Monopolkapitalismus" statt, wie Lenin den Kapitalismus in der Periode des Weltkriegs nannte." (Eugen Varga: "Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen", Frankfurt 1969, S. 287/288).

In diesem bedeutenden Text findet sich in dem Kapitel mit der Überschrift "Die erfolglosen Versuche zur künstlichen Überwindung der Krise" die Schlußfolgerung, daß alle Versuche zur Überwindung der Krise zwar vom Standpunkt der allgemeinen Krise des Kapitalismus als Produktionsweise aus vergeblich sind, jedoch nicht vom Standpunkt der besonderen Depression Anfang der 30er Jahre. Wenngleich Varga sieht, daß die Bourgeoisie ihren Ausweg im Krieg sucht, so berücksichtigt er nicht, daß der Krieg den staatsmonopolistischen Kapitalismus wieder erstarken lassen kann, und somit den Bemühungen zur Überwindung der Krise einen provisorischen Erfolg erlauben kann. Er sieht vor allen Dingen nicht die neuen Waffen, die die objektiven Prozesse, die zum staatsmonopolistischen Kapitalismus führen, dem Kampf des Proletariats, der demokratisch-revolutionären Bewegung anbieten.

Die Intervention des Staates wird nur vom Standpunkt der Bourgeoisie aus betrachtet, allein der Versuch, die Krise zu überwinden, und nicht auch vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus als objektive Vorbereitung des Sozialismus, auf welche sich der Klassenkampf zu stützten hat. Selbst vom Standpunkt der Bourgeoisie aus wird seine relative Wirksamkeit weitestgehend unterschätzt, genauso wie die Lebensfähigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus außerhalb der kriegsmäßigen oder kriegsvorbereitenden Bedingungen.

Die marxistische Literatur tendiert allgemein mehr und mehr dazu, die erste Analyse von Lenin in seiner Imperialismusschrift zu wiederholen. Während die Leninsche Analyse nicht nur den Parasitismus und die Fäulnis des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium dialektisch unterstreicht, sondern auch den Übergang, den dieses Stadium in Richtung auf eine "höhere ökonomische und soziale Ordnung" darstellt, neigt man selbst dazu, einseitig die negativen Aspekte der imperialistischen Fäulnis hervorzuheben. Ein Beispiel dieser Tendenz, die Analyse von "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" zu wiederholen und einzig und allein auf dem negativen Aspekt der Fäulnis zu insistieren, wird in dem Werk von Eugen Varga und Leo Mendelson geliefert mit dem Titel "Neue Materialien zu W.I. Lenins Arbeit 'Der Imperialismus...' ". Diese Studie, gegen 1937/38 redigiert, stützt sich auf die Phänomene der großen Depression Anfang der 30er Jahre, um hinsichtlich der Entwicklung des Imperialismus seit Lenin auf der Zersetzung und dem Parasitismus des Kapitalismus zu insistieren. Der einzige Aspekt, unter dem die neue Rolle des Staates erscheint, ist in einigen Angaben über das Anwachsen der Bürokratie und der Rüstungsausgaben gegeben. Man neigt sogar zu einer Konzeption der allgemeinen Krise, die in eine Vision einer katastrophenartigen Entwicklung des Kapitalismus ausmündet, anstatt im Zentrum der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Umwälzung der ökonomischen Struktur zu sehen, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus kennzeichnet.

Nach dem zweiten Weltkrieg ist der staatsmonopolistische Kapitalismus eine ins Auge fallende Realität geworden. Die kommunistischen Parteien, die in Europa insbesondere für die demokratische Verstaatlichung kämpfen, sind tagtäglich mit dem Problem des staatsmonopolistischen Kapitalismus konfrontiert. Dennoch besteht Stalin noch im Jahre 1952 in seinen "Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR" hartnäckig darauf, ihn totzuschweigen. Er spricht lediglich vom "aktuellen Kapitalismus", der, wie er näher bestimmt, "Monopolkapitalismus" ist. Trotzdem kann sein sogenanntes "grundlegendes ökonomisches Gesetz des augenblicklichen Kapitalismus" letztlich nur Phänomene des staatsmonopolistischen Kapitalismus berücksichtigen, obwohl es seine typischsten Erscheinungsformen außer acht läßt. Seine Vorstellungen, die das Wachstum der kapitalistischen Produktion unter den zeitgenössischen Bedingungen betreffen, und die die Leninsche These über die rapide Entwicklung des Kapitalismus im Stadium des Imperialismus verwerfen, kehren der Realität den Rücken. Indem er nichts desto weniger nebenbei die offensichtliche Rolle des Staates im heutigen Kapitalismus beschwört, erklärt Stalin, daß man "von der Unterordnung des Staatsapparates unter die Monopole" sprechen müsse. Er verwirft den Begriff der "Fusion" der Monopole mit dem Staatsapparat einzig und allein, weil dieser überflüssig und nur deskriptiv sei und nicht den ökonomischen Sinn der Annäherung der Monopole an den Staat zeige, welche nicht allein die Fusion mit sich brächte.

Indessen ist der Leninsche Entwurf über den staatsmonopolistischen Kapitalismus niemals vergessen worden. Er stand jedoch in keiner Weise im Zentrum der Analyse des Kapitalismus. Er wurde lediglich im Vorübergehen verkürzt erwähnt oder nur marginal studiert. Besonders seit 1955 bemühen sich zahlreiche Arbeiten, ihn weiter zu entwickeln, man neigt dazu, und das mit Recht, das Konzept vom staatsmonopolistischen Kapitalismus ins Zentrum der Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus zu stellen.

Kann man sagen, daß es augenblicklich eine gültige marxistische Theorie über den staatsmonopolistischen Kapitalismus gibt? Nein, nach unserer Erkenntnis gibt es eine solche entwickelte Theorie von allgemeiner Gültigkeit nicht. Wenn gewisse Formulierungen allgemein gültig sind, so konstituieren sie noch nicht eine Theorie, sondern lediglich die Abgrenzung der Fragestellungen, sie bezeichnen die ersten Bemühungen der Verallgemeinerungen der bekannten Phänomene, die nicht schon streng ihre Notwendigkeit erklären, die noch nicht die notwendigen Gesetze ihrer Erscheinung und ihrer Entwicklung bzw. ihrer verschiedenen Bewegungsformen hergeben. Es wäre ein schwerer Fehler, sich über die Reichweite dieser Formulierungen zu täuschen, deren große Nützlichkeit unbestreitbar ist, aber provisorisch und relativ bleibt. Diese Nützlichkeit darf jedoch nicht die gebieterische Notwendigkeit der Entwicklung einer marxistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verdecken.

Drei hauptsächliche Entwürfe scheinen uns nacheinander im internationalen Maßstab vorgestellt worden zu sein. Der des sowjetischen "Handbuch der Politischen Ökonomie" von 1955, der der "Nouvelle Revue Internationale" vom Oktober 1958 und der der Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960.

Im Handbuch von 1955 heißt es:

"Der staatsmonopolistische Kapitalismus besteht in der Unterwerfung des Staatsapparates unter die kapitalistischen Monopole, indem dieser dazu benutzt wird, in die Führung der Volkswirtschaften der einzelnen Länder zu intervenieren, (insbesondere durch ihre Militarisierung), um den Monopolen den Maximalprofit zu sichern und die Allmacht des Finanzkapitals zu begründen."

Der Artikel der "Nouvelle Revue Internationale" von 1958 präzisiert:

"Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist ein komplexes System der Ausnutzung des bürgerlichen Staates durch das Monopolkapital, das in der Hauptsache das Staatseigentum, den Staatshaushalt und die Kontrolle und Regulierung durch den Staat einschließt."

Diese zweite Definition ist viel weitgehender als die erste. Sie bedeutet einen erheblichen Fortschritt, indem sie einerseits auf den verschiedenen Aspekten der normalen Staatsintervention, die einen ganzen organischen Komplex bilden, insistiert, aber auch auf neue Formen.

Indessen neigt man in dieser Periode von 1955-1958, obwohl man sich mehr und mehr auf die Formulierungen von Lenin bezieht, im großen und ganzen dazu, in der Denkweise der vorangegangenen Epoche zu verbleiben. Dies ist z.B. aus den beiden vorhergehenden Formulierungen zu erkennen. Gemäß dieser Denkhaltung ist der heutige Kapitalismus der Monopolkapitalismus. Die Monopole unterwerfen sich den Staat und nutzen ihn mehr und mehr zu ihren Gunsten aus.

Man neigt dazu, den staatsmonopolistischen Kapitalismus als eine Art privilegiertes Instrument der Monopole zu begreifen, der lediglich einige Aspekte des ökonomischen Lebens betrifft (öffentliche Intervention im Dienste der Monopole). Ungefähr so wie schon Kautsky den Imperialismus nicht als eine "Phase" begreifen wollte, indem er es verwarf, den Imperialismus mit dem zeitgenössischen Kapitalismus zu identifizieren und in ihm lediglich eine vom Kapitalismus bevorzugte Politik sah. Obwohl Lenin schon im Jahre 1917 festgestellt hatte, daß die ganze ökonomische Struktur, der ganze Kapitalismus selbst sich umwandelt, indem er vom Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus übergeht.

(Ebenso wie nicht jeder Kapitalist Monopolist ist in der Epoche des Monopolkapitalismus und dennoch das Monopol der ganzen Volkswirtschaft seinen Stempel aufdrückt, ebenso ist selbstverständlich nicht alles öffentliche Intervention in der Epoche des staatsmonopolistischen Kapitalismus.)

Die Konferenz der 81 Parteien von 1960 entwickelte eine Formulierung, die in diesem Punkte völlig mit den vorhergehenden brach. Sie erklärte:

"Die Widersprüche des Imperialismus haben die Umwandlung des Monopolkapitalismus beschleunigt. Indem er den Einfluß der Monopole auf das nationale Leben erhöht, vereinigt der staatsmonopolistische Kapitalismus die Macht der Monopole und die des Staates in einem einheitlichen Mechanismus, der dazu bestimmt ist, das kapitalistische Regime zu retten und die Profite der imperialistischen Bourgeoisie durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung großer Teile der Bevölkerung auf das Maximum anzuheben." ("Nouvelle Revue Internationale", Dezember 1960, S. 159-160)

Diese letzte Formulierung setzt, indem sie vom einheitlichen Mechanismus, der die Macht der Monopole mit der des Staates zusammenfaßt, spricht, den Akzent auf die Existenz neuer Formen und Prozesse auf der Ebene der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, die neu sind im Vergleich zu den Formen und Prozessen des einfachen Monopolkapitalismus. Im übrigen werden die neuen Formen nicht allein durch die Monopole benutzt, sie können vielmehr der revolutionären Bewegung neue Waffen in die Hand geben.

3. Der staatsmonopolistische Kapitalismus als letzte Phase des Imperialismus

Noch in unseren Tagen zögern einige Marxisten, den staatsmonopolistischen Kapitalismus als neue Phase innerhalb des imperialistischen Stadiums aufzufassen und eindeutig festzu stellen, daß der heutige Kapitalismus nicht mehr der einfache Monopolkapitalismus ist, sondern der staatsmonopolistische Kapitalismus.

Unter den Zögernden begegnet man zwei einander widersprechende Tendenzen.

– Die einen bevorzugen Begriffe wie "aktueller Kapitalismus" oder "zeitgenössischer Kapitalismus" ohne weiteren Zusatz, wenn sie nicht überhaupt bloß vom "modernen" Kapitalismus sprechen. Sie wollen nicht einmal provisorisch die ökonomische Struktur der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder durch den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus definieren. Mit dem Ausdruck des aktuellen Kapitalismus, der ohne weitere Präzision angewandt wird, fällt man in gewisser Weise sogar hinter das Konzept des Monopolkapitalismus zurück, während, wenn man vom staatsmonopolistischen Kapitalismus spricht, dies sehr wohl anzeigt, daß es sich um eine Phase der monopolkapitalistischen Entwicklung im allgemeinen handelt. Manchmal wird es sogar abgelehnt, dem Staat eine zentrale Rolle im heutigen Kapitalismus zuzubilligen, trotz der offensichtlichsten Tatsachen.

– Andere wiederum fürchten ganz im Gegenteil, daß mit der Verwendung dieses Begriffes der heutige Kapitalismus nicht mehr als Monopolkapitalismus begriffen werde, (wenn nicht gar überhaupt nicht mehr als Kapitalismus begriffen wird). Sie wollen nicht, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus als eine neue historische Phase im imperialistischen Stadium bezeichnet wird. Sie bewahren so in gewisser Weise die Haltung von 1955 und 1958. Manchmal lehnen sie es sogar ab, von einer Modifizierung der Produktionsverhältnisse zu sprechen.

Man darf die Tatsache, daß der Kapitalismus immer Kapitalismus bleibt, (oder die Monopole immer Monopole) nicht mit der Nicht-Modifizierbarkeit der Produktionsverhältnisse oder der Nichttransformierbarkeit der ökonomischen Struktur konfundieren. Der marxistischen Theorie zufolge sind die Produktionsverhältnisse der Gegenstand eines unaufhörlichen Umwälzungsprozesses, wie es das "Kapital" von Marx zeigt Mit dem Übergang von einem Stadium zum anderen erfährt z.B. die organische Gesamtheit der ökonomischen Verhältnisse, die ökonomische Struktur der Gesellschaft, eine bemerkenswerte Umwälzung. Das verhindert jedoch nicht das Weiterbestehen und die Vertiefung ihres kapitalistischen Wesens mit dem Fortbestehen des fundamentalen Ausbeutungsverhältnisses zwischen Kapitalisten und Proletariern.

Man trifft selbst in unseren eigenen Reihen Auffassungen, die, obwohl sie anerkennen, daß es neue Formen gibt, es ablehnen, von der Transformation der Produktionsverhältnisse zu sprechen, indem sie auf diese Weise ihre Formen mit ihrem Wesen verwechseln, oder die, obwohl sie von der Phase des Niedergangs des Kapitalismus sprechen, es ablehnen, von einer neuen Phase der Entwicklung zu sprechen.

Ausgehend von dem richtigen Ausdruck der Formulierung von 1960, der die Verstärkung des Einflusses der Monopole auf das nationale Leben feststellt, sagen einige: es gibt lediglich eine Verstärkung der Hegemonie der Monopole über die Gesellschaft. Aber gibt es lediglich eine Verstärkung der Hegemonie der Monopole oder ist diese Verstärkung nicht ebenfalls gezwungen, originäre Prozesse zu entwickeln, die die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus vertiefen und ihn auf dialektische Weise dem Sozialismus näher bringen? Diese Prozesse liefern dem Kapitalismus ökonomische Waffen völlig neuen Typs, aber auch der demokratischen und revolutionären Bewegung. Und diese kann sie entscheidend gegen die Monopole wenden, wenn sie die Kontrolle des Staates übernimmt. Sie kann sie in den Dienst des Volkes stellen und zur Erbauung einer neuen Gesellschaft nutzen, zum revolutionären Übergang zum Sozialismus auf friedlichen Wegen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die letzte Phase des Imperialismus. Wenn die demokratische und die Arbeiterbewegung dahin gelangt, die Kontrolle über den Staat, die politische Herrschaft, der monopolistischen Oligarchie zu entreißen, wird sie sich bemühen, das ökonomische Leben tiefgreifend zu demokratisieren. Durch die Nationalisierung und demokratische Planung können die neuen öffentlichen Formen in einem antimonopolistischen Sinne und im Dienste der Nation beträchtlich entwickelt werden. Unter diesen Bedingungen wird sich die revolutionär-demokratische Bewegung bemühen, fortschreitend die Monopole zu isolieren und zu zerstören. Der staatsmonopolistische Kapitalismus und der Imperialismus werden dann eine Krise des Verfalls erfahren und können zerstört werden. Aber wenn in dieser Hypothese der Kapitalismus noch erhalten bleibt, so kann er, die neue entscheidende Rolle des demokratischen Staates vorausgesetzt, charakterisiert werden als ein demokratischer Staatskapitalismus, der eine revolutionäre Epoche des direkten, friedlichen Übergangs zum Sozialismus eröffnet.

Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus eine neue Phase darstellt, die von dem einfachen Monopolkapitalismus unterschieden ist, macht er eine neue originäre Erklärung notwendig, (die jedoch auf der Theorie des Kapitalismus im allgemeinen basieren muß). Von der Umreißung der Fragestellung in der Geschichte des Kapitalismus und der marxistischen Lehre gehen wir jetzt über zu der Umreißung der Fragestellung unter dem Aspekt der augenblicklichen Forschungen.

III. Der staatsmonopolistische Kapitalismus als ökonomische Totalität

Als Phase des Imperialismus umfaßt der staatsmonopolistische Kapitalismus offensichtlich nicht nur eine soziale und ökonomische Totalität, sondern zugleich auch Aspekte politischer, ideologischer Natur etc. ... In diesem Abschnitt jedoch wird die Fragestellung im wesentlichen unter dem Aspekt der marxistischen ökonomischen Analyse betrachtet.

1. Organisch-dialektische Einheit der verschiedenen Prozesse des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Wenn in der Hypothese der staatsmonopolistische Kapitalismus als eine Phase des Imperialismus betrachtet wird, so resultiert daraus, daß er eine organische Totalität bildet. Unserer Ansicht nach gibt es zwei entgegengesetzte Weisen, diese Totalität auf undialektische Weise zu betrachten.

Auf der einen Seite kann man irrtümlicherweise den Prozeß, der den staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelt, als einen linearen und nicht (oder nicht genügend) als einen widersprüchlichen Prozeß betrachten.

In Wirklichkeit handelt es sich nicht um eine einfache Fortsetzung der Umwälzungen, die der Monopolkapitalismus erfuhr, welcher seinerseits eine einfache Progression der Transformation, die den vormonopolistischen Kapitalismus bewegten, erfahren haben würde. Von einem gewissen Grad der Entwicklung an erscheinen qualitativ neue Formen, die sich (relativ) den vorhergehenden Formen e n t g e g e n s t e l l e n.

Man kann z.B. nicht davon ausgehen, daß es sich im wesentlichen um die Entwicklung eines kapitalistischen Konzentrationsprozesses handelt, der einerseits in die Monopole münden würde und die Monopole wiederum in das öffentliche Monopol. Schon wo er die Entwicklung des Monopols studiert, zeigt Lenin, daß es nicht allein ein Resultat vorhergehender Tendenzen ist, (welche sich übrigens auch nicht einzig auf die Konzentration zurückführen lassen), sondern daß es diesen dialektisch widerspricht, ohne sie indes zu eliminieren.

"Der Imperialismus", sagt Lenin, "erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden. Ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozeß die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole.

Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt. Das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz... Zugleich beseitigen aber die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über oder neben ihr und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte." (LW 22, 269 f)

Wenn die kapitalistische Konzentration auch eine sehr bedeutende und offensichtliche Rolle spielt, so bedeutet das nicht, daß das Monopol einzig und allein aus einem hohen Grad der Konzentration resultiert, genausowenig wie das öffentliche Monopol oder die öffentliche Intervention zugunsten der Monopole Prozesse darstellen, deren Wesen darin besteht, diese Konzentration auf ein noch höheres Niveau anzuheben. Z.B. sind die Regeln der Geschäftsführung in öffentlichen Unternehmen kategorisch den Regeln der Geschäftsführung in privaten Unternehmen entgegengestellt, i n g e w i s s e r H i n s i c h t w e n i g s t e n s, und bilden mit diesen Regeln eine gewisse Antinomie. Die öffentlichen ökonomischen Formen konstituieren qualitativ neue Formen der k a p i t a l i s t i s c h e n V e r g e s e l l s c h a f t u n g.

In gleicher Weise behauptet man hin und wieder, daß die anwachsende Konzentrationsbewegung in der F u s i o n der Monopole mit dem Staat kulminiere. Wir glauben nicht, daß dieser Begriff von F u s i o n glücklich ist (obwohl wir ihn nicht aus den gleichen Gründen wie Stalin kritisieren). Die Formulierung von 1960 spricht mit viel größerer Berechtigung von der Zusammenfassung in einem einheitlichen Mechanismus. Der Begriff der Fusion verdeckt die Dialektik des Prozesses. Wenn es eine Fusion gibt, so will das heißen, daß die beiden vorhergehenden Elemente (z.B. die Monopole) verschwunden sind und daß sie in einer neuen Realität begründet sind. W ä h r e n d d i e M o n o p o l e n i c h t v e r s c h w u n d e n s i n d, e l i m i n i e r t n i c h t u n d k a n n d e r s t a a t s m o n o p o l i s t i s c h e K a p i t a l i s m u s d i e p r i v a t e n M o n o p o l e n i c h t e l i m i n i e r e n. I n d e n n e u e n F o r m e n v e r e i n i g t s i c h d i e ö k o n o m i s c h e A k t i o n d e r M o n o p o l e u n d d e s k a p i t a l i s t i s c h e n S t a a t s i n e i n e r e i n z i g e n e i n h e i t l i c h e n o r g a n i s c h e n T o t a l i t ä t, d i e g e m ä ß e i g e n e r M o d a l i t ä t e n f u n k t i o n i e r t. Aber wenn es daher eine Verbindung, eine gegenseitige Durchdringung, Kombination gibt, so gibt es doch keine Fusion, sondern im Gegenteil immer noch Reibung, Widersprüche und Konflikte im Inneren dieses einheitlichen Organismus.

Vielmehr können die öffentlichen Formen, die von der monopolistischen Oligarchie benutzt werden, endgültig gegen sie selbst gewendet werden, wenn die Bewegung der Arbeiter und Demokraten sich der Kontrolle des Staates bemächtigt. Die neuen öffentlichen Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus negieren zwar die private kapitalistische Form der Volkswirtschaft, aber um verzweifelt zu versuchen, sie in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

Ganz allgemein muß die Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigen, wie sehr er die Widersprüche des Kapitalismus vertieft, indem er vorgibt, sie zu lösen, insbesondere den Widerspruch zwischen der privaten Form der Produktionsverhältnisse und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte.

Unserer Meinung nach besteht eine weitere Art, den staatsmonopolistischen Kapitalismus undialektisch zu betrachten, darin, daß man nicht genügend die Einheit des Funktionierens des Ganzen sieht und man versucht, die widersprüchlichen Elemente voneinander zu trennen. Dies stellt einen Irrtum dar, der dem vorhergehenden genau entgegengesetzt ist.

Wenn es Widersprüche zwischen den neuen öffentlichen Formen gibt und den vorhergehenden monopolistischen Formen, die sich weiter erhalten, so sind es nicht wesentlich unterschiedene Gesetze, die die privatökonomische Aktion und öffentlich-ökonomische Aktion im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erklären. Die Gesamtheit konstituiert sich in einem organischen Ganzen, das bestrebt ist, den Kapitalismus zu retten, aber nichts desto weniger eine höhere Stufe der Produktion vorbereitet. Man kann nicht, wie man es verschiedentlich getan hat, im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wenn man auf das Wesen abzielt, die Aktionen des Staates im eigentlichen öffentlichen Sektor, die den "Staatskapitalismus" bilden würden, den Aktionen des Staates in der Privatwirtschaft gegenüberstellen, die die öffentliche Intervention zugunsten der Monopole im "heutigen Kapitalismus" darstellen würden.

Selbst wenn man den wesentlichen Gegensatz bloß potentiell faßt als eventuelle M ö g l i c h k e i t des "Staatskapitalismus im eigentlichen Sinne des Wortes", der auf öffentlichem Eigentum begründet ist, nicht dem Profitgesetz zu gehorchen und daher im antimonopolistischen Sinne zu agieren, so scheint uns diese These nicht korrekt. Das will nicht sagen, daß sie nicht, etwa wie die vorhergehende These, einen Teil der Realität reflektiere. Sie reflektiert gerade besonders den wesentlichen Widerspruch zwischen den öffentlichen Formen und ihre Indienststellung durch die Oligarchie.

Es erscheint uns dennoch, daß alle öffentlichen Interventionen des Staates (und nicht allein jene, die an das Staatseigentum an öffentlichen Unternehmungen gebunden sind) vom Steuerwesen bis zum öffentlichen Verbrauch, über die Kreditregelung usw. ..., obwohl sie versuchen, den kapitalistischen Profit zu erhöhen und zu garantieren, w e s e n t l i c h begründet sind in derselben Besonderheit wie die öffentlichen Unternehmungen: zu handeln, ohne dem Gesetz des Profits Rechnung tragen zu müssen. Und das, seit es den staatsmonopolistischen Kapitalismus gibt, zum Vorteil der Monopole. In der Tat resultiert der vorteilhafte Charakter der Staatsintervention für den Profit der Monopole aus der Tatsache, daß der Staat nicht den Profit für sich selber sucht, sondern für die Kapitalisten, für die Monopolisten, für die Finanzoligarchie.

Vom Standpunkt des Profitgesetzes aus führt man z.B. die "Subventionen" unter jenen Elementen an, in denen es eine "wesentliche Differenz" mit dem "eigentlichen Kapitalismus" gäbe, der auf dem öffentlichen Eigentum an den Produktionsmitteln begründet sei. Aber was ist denn eine Subvention, wenn nicht ein potentielles Kapital, das Staatseigentum ist und das dieser benutzen kann, ohne daß er daraus einen Profit ziehen muß, außerhalb der Regeln des Profits also, selbst wenn es darum geht, die Profite eines subventionierten Unternehmens anzuheben in dem Falle, wo die Subventionen einem kapitalistischen Unternehmen zukommen?

Die Verneinung des Profits existiert, seit es den staatsmonopolistischen Kapitalismus gibt und in allen öffentlichen Interventionen, aber zugunsten des kapitalistischen Profits. Die gesamte Entwicklung des Kapitalismus besteht in seiner Selbstverneinung, verbunden mit der Entwicklung seiner inneren Widersprüche. Wie schreitet die Zentralisation des Kapitals fort wenn nicht durch die Enteignung der Kleinkapitalisten durch die Großen? Und das Monopol – ist es nicht die Negation der Konkurrenz, obwohl es nichtsdestoweniger die kapitalistische Konkurrenz beibehält? Das kapitalistische Staatseigentum entwickelt diese Negation, aber sie wird dazu benutzt, das privatkapitalistische Privateigentum in anderen Sektoren zu retten.

Daß man uns nicht falsch verstehen möge! Wir denken, daß es wirklich einen sehr bedeutenden Unterschied zwischen dem öffentlichen Unternehmen und den anderen öffentlichen Formen gibt. (Dies ist eine der realen Grundlagen desjenigen Standpunktes, den wir kritisieren). Das öffentliche Unternehmen widersetzt sich nicht wesentlich als Begründer des Staatskapitalismus den andern öffentlichen Formen des heutigen Kapitalismus, aber die Gesamtheit bildet eine öffentliche Intervention im staatsmonopolistischen Kapitalismus, charakterisiert durch ein einheitliches organisches Funktionieren und durch die gleichen dialektischen Gesetze. Indessen bilden die öffentlichen Unternehmungen den Scheitelpunkt d i e s e r g l e i c h e n wesentlichen Entwicklung, die am weitesten fortgeschrittene Negation der Formen des einfachen Monopolismus durch die Formen der öffentlichen Monopole. Sie stellen eine Herausforderung für die Grundlagen des Kapitals selber dar, die höchste Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die sich gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse der materiellen Produktion selber wendet. Daher spielen sie eine vorrangige Rolle im Klassenkampf im staatsmonopolistischen Kapitalismus. So gibt das Projekt des demokratischen Programms unserer Partei den Nationalisierungen einen privilegierten Platz, ohne sie den anderen Aspekten der öffentlichen Interventionen entgegenzustellen, denen allen ein hohes antimonopolistisches Potential eigen ist.

Am anderen Pol der Gesellschaft und auf die gleiche Weise bemerkt man das tiefgehende Mißtrauen der monopolistischen Bourgeoisie, was das öffentliche Unternehmen betrifft und, zumindest so weit wie möglich, die Suche nach indirekten oder gemischten Wegen der Staatsintervention, Kontrollmaßnahmen, die möglichst das geringste Ausmaß haben und sich nur auf Umwegen ergeben sollen. Das hindert die Oligarchie übrigens nicht, die öffentlichen Unternehmen systematisch auszunutzen.

2. Beschreibungen, partielle theoretische Untersuchungen und Synthese

Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus eine organische Totalität bildet, so scheint die deskriptive Methode der Untersuchung unzureichender denn je. Dabei ist die Beschreibung der wesentlichen Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur nützlich, sondern sogar notwendig. Dies ist übrigens der Weg, den historisch die akademische nicht-marxistische Forschung beschritten hat, und auf den auch wir nicht verzichten

können. Dies ist es auch, worum unsere ökonomische Literatur am meisten bemüht ist, welche die deskriptive Analyse mit einigen theoretischen Reflexionen und kritischen Anmerkungen oder normativen Vorschlägen ausstattet.

Aber die vollständigsten Beschreibungen (und sie können niemals vollständig werden), mögen sie auch zehn Bände und mehr umfassen und selbst die erschöpfendsten Klassifizierungen der Phänomene vornehmen, können, wenn man der Formel von 1958 folgen will, niemals aus sich heraus zu einer wirklichen Erklärung gelangen. Das was wir brauchen, ist eine Theorie, die sich bemüht, die verschiedenen in der Ausdehnung befindlichen Phänomene untereinander zu verbinden, nicht durch irgendeine allgemeine Idee, sondern durch ihr eigenes Wesen und die Entdeckung ihrer notwendigen Bewegung, die auf die gleiche Weise auch die neuen Phänomene mit den alten und ihre Erklärung mit der angewandten Theorie des Kapitalismus verbindet; und die schließlich die Gesetze des Funktionierens und der Entwicklung der verschiedenen Phänomene bis zu dem Punkt liefert, an dem ihr weiterer Ablauf vorhersehbar wird. Das ist es gerade, was Marx im "Kapital" gemacht hat in bezug auf den Kapitalismus im allgemeinen und sein klassisches Stadium im besonderen.

Die theoretische Erklärung geht aus der vorhergehenden Theorie hervor, um sie auf deren Niveau zu überholen im Lichte der neuen Praxis, um sie anzuwenden und sie gleichzeitig zu verneinen, indem sie sie in eine neue weitere Gesamtheit integriert.

Um das vorher Erreichte wirklich zu überwinden, obwohl man es ausnutzt, darf man es jedoch nicht als eine Zusammenfassung von abgeschlossenen Resultaten betrachten, sondern als einen Prozeß, eine unvollendete Bewegung. In unserer Epoche zwingt sich mehr denn je die Notwendigkeit auf, zu verstehen, daß das ökonomische Werk von Marx so grandios es auch immer sein mag, doppelt beschränkt und begrenzt ist. Nicht nur, weil es die Epoche des Marxschen Lebens reflektiert, sondern auch, weil es einen Untersuchungsprozeß darstellt, der durch den Tod von Marx unterbrochen worden ist. Es ist im übrigen auch bewußt eingeschränkt und es ist dieser Punkt, der seine größte Stärke darstellt. Man kennt den Plan von Marx am Anfang von "Zur Kritik der politischen Ökonomie".

Man weiß, daß das "Kapital" nur einen begrenzten Teil des ursprünglichen Plans repräsentieren sollte, selbst wenn dies der grundlegende Teil ist. Marx spricht sehr oft im "Kapital" von Problemen, die er dort nicht behandeln kann, weil sie außerhalb seines Plans sind, und Bestandteil der Fortsetzung, die er ihnen nach Bedarf geben würde, wie z.B. den Phänomenen der Konkurrenz. Es handelt sich dabei oft um die aktuellsten Probleme, wie jene, die, um in den Begriffen des ersten Marxschen Planentwurfs zu sprechen, die unproduktive Klasse oder den Staat betreffen. Es ist kein Zufall, denn die Entwicklung der Theorie und der Gesellschaft war sicherlich noch nicht reif genug, um diese Probleme dann in all ihrer Bedeutung behandeln zu können.
Indessen haben wir im "Kapital", was das behandelte Gebiet betrifft, eine vollkommen entwickelte Theorie. Was Lenin betrifft, der seinen ökonomischen Untersuchungen nur sehr viel weniger Zeit widmen konnte als Marx, betrifft die Unentwickeltheit unserer Meinung nach die theoretische Erklärung des I m p e r i a l i s m u s selbst. In seinem "Gemeinverständlichen Abriß" (wie er "Der Imperialismus..." selbst ohne falsche Bescheidenheit bezeichnet), verbleibt er weitgehend noch auf dem Niveau der synthetischen Klassifizierung der beschreibenden Materialien, welche er im übrigen einige Monate später verändert, indem er die Transformation in den staatsmonopolistischen Kapitalismus betont. Die theoretische Erklärung ist durch Lenin nur roh entworfen worden und wir müssen sie beherzt weiter verfolgen.

Man muß jenseits des Stadiums der Beschreibung der verschiedenen Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus von theoretischen Hypothesen ausgehen und sie begrifflich weiterentwickeln durch ihre Anwendung auf die praktische ökonomische Realität. So sagt

Lenin z.B. in "Wer sind die Volksfreunde...? ", indem er über die materialistische Geschichtsauffassung spricht, so wie sie z.B. im Vorwort von "Zur Kritik der politischen Ökonomie" ausgedrückt ist: "Heute – seit dem Erscheinen des 'Kapital' – ist die materialistische Geschichtsauffassung schon keine Hypothese mehr, sondern eine wissenschaftlich bewiesene These." (LW 1, 133)

Diese theoretischen Hypothesen können auf den verschiedensten Niveaus der ökonomischen Realität angesiedelt sein. Man kann zunächst Hypothesen ins Auge fassen (und man hat das tatsächlich getan) auf dem Niveau der Entwicklung der ökonomischen Struktur, auf dem Niveau der Modifizierung der ökonomischen kapitalistischen Verhältnisse der Produktion, der Zirkulation, der Verteilung und der Konsumtion in Verbindung mit dem Fortschritt der materiellen Produktivkräfte.

In diesem Bereich scheinen zwei Fragen besonders erwägenswert. Die erste betrifft die Entwicklung der Produktivkräfte. So sind in diesem Zusammenhang z.B. die Hypothesen entwickelt worden, über den Übergang vom Stadium des Handwerksbetriebs zum Stadium des Fabrikwesens am Ende des 19. Jahrhunderts (die die zweite Etappe der industriellen Revolution bildete), schließlich von der Fabrik zur technologischen Revolution der Gesamtheit der Automation. Die zweite Frage, die mit der ersten sehr eng verknüpft ist, bezieht sich auf die Modifizierung der Klassen und der sozialen Schichten.

Sie wird beherrscht von dem Problem der Ausweitung der Dienstleistungen – außerhalb der eigentlichen materiellen Produktion – und von der Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses auf alle gesellschaftlichen Aktivitäten. Diese Verallgemeinerung ist von entscheidender strategischer Bedeutung wegen der wachsenden ökonomischen Interessengleichheit der Masse der Lohnempfänger, in deren Mitte das Industrieproletariat situiert ist. Die Ausplünderung aller Schichten der werktätigen Bevölkerung (im besonderen durch die Steuer und noch mehr durch die Inflation usw.) macht aus dem Staat des staatsmonopolistischen Kapitalismus einen kollektiven Ausbeuter, der stets die grundsätzliche kapitalistische Ausbeutung verstärkt. Die Polarisierung der Gesellschaft in die monopolistische Oligarchie und die große Mehrheit der Bevölkerung tendiert dazu, auf die Spitze getrieben zu werden, während gleichzeitig das Proletariat immer mehr das Symbol der allgemeinen Unterdrückung und das Herz der allgemeinen Emanzipation wird.

Diese Annäherung an die Struktur ist notwendig. Sie liefert den Rahmen der Analyse der neuen ökonomischen Formen. Aber soweit sie begrenzt bleibt auf die sozioökonomischen Verhältnisse, ohne die funktionellen ökonomischen Formen ihrer Bewegung zu betrachten (wie es Marx im "Kapital" macht), enthüllt sie ihre Unzulänglichkeiten.

Andere Hypothesen können auf anderen Niveaus ins Auge gefaßt werden, z.B. auf der Ebene der Widersprüche der wesentlichen Wirkungsweise des Kapitalismus, wie etwa der Widerspruch zwischen der kapitalistischen Form der Produktion, wie sie sich z.B. in den zyklischen Krisen manifestiert und in der Überproduktion des Kapitals.

Viele andere Hypothesen sind möglich und notwendig, z.B. über das Problem der Umwandlung der warentauschenden Volkswirtschaft durch die Verallgemeinerung der Kreditwirtschaft oder desgleichen über die Beziehungen zwischen den neuen öffentlich ökonomischen Formen und den Umwälzungen innerhalb der Weltwirtschaft.

Allgemein betrachtet betreffen diese Hypothesen die neue Vertiefung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Die private Form des Eigentums an den Produktionsmitteln tritt in einen zugespitzten und direkten Konflikt mit der Vergesellschaftung der materiellen Produktivkräfte, nicht mehr bloß auf periodische Art und Weise, sondern schon auf chronische. Des weiteren ist es nicht nur die bürgerliche Leitung der Volkswirtschaft, sondern die Wurzel der kapitalistischen Verhältnisse selbst, die Bedingungen der

Existenz des Proletariats, ausgebeutet und von der Beherrschung der Produktionsbedingungen ausgeschlossen, welche in Konflikt gerät mit der augenblicklichen Vergesellschaftung der gegenständlichen Bedingungen der Arbeit. Diese Vergesellschaftung wird immer mehr die Entfaltung der Fähigkeiten aller Individuen als freier Produzenten notwendig machen, d.h. den Sozialismus und den Kommunismus.

Man muß ebenfalls die Möglichkeit einer theoretischen Synthese der Gesamtheit in Betracht ziehen, welche die Ebenen der Struktur, des Funktionierens und der konkreten gesellschaftlichen Kämpfe, die die Verbindung zwischen den Beziehungen und den ökonomischen Formen herstellen, vereinigen. Aber es wäre keinesfalls vernünftig, die Erarbeitung dieser Synthese in einem Ansatz zu beanspruchen. Sie macht zahlreiche individuelle und kollektive nationale und internationale Untersuchungen notwendig.

(In seinen abschließenden Bemerkungen betont P. Boccara – indem er sich unmittelbar an die Teilnehmer der Konferenz wendet – die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit, was die Entwicklung einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrifft.)

Am PSYCHOLOGISCHEN INSTITUT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ab sofort eine weitere

Wissenschaftliche Assistentenstelle (A 13)

zu besetzen.

Aufgabenbereich:	Theoretische Psychologie
Voraussetzungen:	Abgeschlossenes Psychologie-Studium (möglichst Promotion); erwünscht sind Qualifikationen in Wissenschaftstheorie und Gesellschaftstheorie (möglichst Kritik der Politischen Ökonomie)

Bewerbungen bis zum **30. September 1971** an den geschäftsführenden Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Heidelberg, Hauptstraße 47 - 51.

II. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion

Zweiter Vortrag von Paul Boccara auf der Konferenz von 1966 in Choisy-le-Roy.

Wir stellen hiermit der Diskussion einen partiellen Ansatz vor, der nicht alles zu erklären beabsichtigt, sondern lediglich zur Erklärung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beizutragen sucht. Wir werden uns mit der öffentlichen Finanzierung der kapitalistischen Produktion auseinandersetzen. In diesem Bereich der Produktion scheint die neue Intervention des Staates sich am meisten seiner traditionellen oder noch genauer seiner klassischen Rolle und selbst den Prinzipien des Kapitalismus entgegenzusetzen. Wir werden in schematischer Form eine Erklärung des spezifischen Charakters der öffentlichen Finanzierung, sowie sie sich in Frankreich ergibt, entwerfen, ausgehend von einer Hypothese, die auf der marxistischen Theorie der Überakkumulation von Kapital basiert.

I. Die marxistische Theorie der Überakkumulation und der Entwertung des Kapitals

1. Die Analyse von Marx und ihre Systematisierung

Die Analyse der Überakkumulation des Kapitals und seiner Entwertung befindet sich (...) im 15. Kapitel des dritten Bandes des "Kapital". Dieses Kapitel beendet den dritten Teil, der dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate gewidmet ist, und ist tituliert: "Die Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes". Ein in die Tiefe gehendes Studium der Geschichte der ökonomischen Theorien zeigt auf, daß jede politische Ökonomie des Kapitalismus sich um das Gesetz der wesentlichen Tendenz des Kapitals bewegt, des Falls der Profitrate und seiner Manifestierung in der konkreten Realität: der Überakkumulation. Das ist übrigens auch die Ansicht von Marx, der erklärt: "Bei der großen Wichtigkeit aber, die dies Gesetz für die kapitalistische Produktion hat, kann man sagen, daß es das Mysterium bildet, um dessen Lösung sich die ganze politische Ökonomie seit Adam Smith dreht, und daß der Unterschied zwischen den verschiednen Schulen seit A. Smith in den verschiedenen Versuchen zu seiner Lösung besteht." (MEW 25, 223)

Was die bürgerliche politische Ökonomie nach Marx betrifft, so kann man die Ansicht von Keynes zitieren: "Die Schwäche der Veranlassung zur Investition (welche ihm gemäß von der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, d.h. im großen und ganzen von der von der neuen Akkumulation erwarteten Profitrate abhängt, P.B.) ist zu allen Zeiten der Schlüssel zum wirtschaftlichen Problem gewesen." (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin, 3. Aufl. 1966, S. 294)

Um in der allergedrängtesten Form die Theorie der Überakkumulation darzustellen, betrachten wir das Kapital in seiner abstraktesten Form. Es ist dann ein Wert, der sich verwertet, der einen zusätzlichen Wert produziert, einen Mehrwert. Oder, in etwas konkreterer Form, es ist dies ein in Geld ausgedrückter Tauschwert, der einen Profit einbringt. Man kann hier das gesellschaftliche Kapital auf der Ebene einer kapitalistischen Gesamt-Volkswirtschaft im Auge haben. Aus dieser Sichtweise sind die individuellen Kapitale die Elemente des gesamten gesellschaftlichen Kapitals, und ihre einzelnen Profite sind die Elemente des Gesamtprofits oder des gesamten Mehrwerts.

Überakkumulation von Kapital bezeichnet ein Übermaß von Kapitalakkumulation, in einer gegebenen kapitalistischen Gesellschaft, im Verhältnis zu

den Grenzen der Gesamtsumme des Mehrwerts oder des Profits, der überhaupt bei der Verwertung dieses Kapitals erzielt werden kann.

Im Extremfall der absoluten Überakkumulation kann der Anwendung einer zusätzlichen Menge von Kapital überhaupt kein zusätzlicher Profit entspringen. Der zusätzliche Profit ist gleich Null. Da das Ziel der kapitalistischen Akkumulation definitionsgemäß die Verwertung – der Profit – ist, erfährt unter diesen Bedingungen der Akkumulationsprozeß im Prinzip eine Unterbrechung.

Im Falle der relativen Überakkumulation entspricht, um es so zu sagen, ein zusätzliches Kapital nicht einer zusätzlichen Profitmasse, so daß sie die notwendige Minimalprofitrate ergeben könnte. In der Praxis scheint man von einem gewissen Grad des Absinkens des zusätzlichen Profits an, der einem zusätzlichen Kapital entspricht, einer tatsächlichen Unterbrechung des Akkumulationsprozesses beizuwohnen.

Marx schreibt: "Überproduktion von Kapital, nicht von einzelnen Waren – obgleich die Überproduktion von Kapital stets Überproduktion von Waren einschließt –, heißt daher weiter nichts als Überakkumulation von Kapital. Um zu verstehn, was diese Überakkumulation ist (ihre nähere Untersuchung folgt weiter unten), hat man sie nur absolut zu setzen. Wann wäre die Überproduktion des Kapitals absolut? Und zwar eine Überproduktion, die sich nicht auf dieses oder jenes oder auf ein paar bedeutende Gebiete der Produktion erstreckt, sondern in ihrem Umfang selbst absolut wäre, also sämtliche Produktionsgebiete einschlösse?

Es wäre eine absolute Überproduktion von Kapital vorhanden, sobald das zusätzliche Kapital für den Zweck der kapitalistischen Produktion gleich Null. Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist aber Verwertung des Kapitals, d.h. Aneignung von Mehrarbeit, Produktion von Mehrwert, von Profit. Sobald also das Kapital gewachsen wäre in einem Verhältnis zur Arbeiterbevölkerung, daß weder die absolute Arbeitszeit, die diese Bevölkerung liefert, ausgedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden könnte (das letztere wäre ohnehin nicht tubar in einem Fall, wo die Nachfrage nach Arbeit so stark, also Tendenz zum Steigen der Löhne); wo also das gewachsene Kapital nur ebensoviel oder selbst weniger Mehrwertmasse produziert als vor seinem Wachstum, so fände eine absolute Überproduktion von Kapital statt; d.h., das gewachsene Kapital C + Δ C produzierte nicht mehr Profit oder gar weniger Profit, als das Kapital C vor seiner Vermehrung durch Δ C." (MEW 25, S. 261/62)

Im Falle der Überakkumulation von Kapital macht der Versuch, ein zusätzliches Kapital der Verwertung zuzuführen, wegen der Suche nach Akkumulation durch verschiedene individuelle Kapitalien notwendig, daß ein Teil des gesamtgesellschaftlichen Kapitals sich nicht mehr verwertet, also sozusagen entwertet wird. Ein gesamtgesellschaftliches Kapital gäbe einen Gesamtprofit Δ K. Die Akkumulation eines zusätzlichen Kapitals K' könne beispielsweise keinerlei zusätzlichen Profit erzeugen. Wenn K' dennoch akkumuliert wird und den Versuch der Verwertung unternimmt, so gibt es ein überschüssiges Kapital, das K' äquivalent ist.

An diesem Punkt der Unterbrechung sind drei Lösungen vorstellbar, die zur Entlastung des Überschusses führen.

1. Einem Teil des Gesamtkapitals, das wenigstens K' gleich sein muß, gelingt es nicht, sich zu verwerten. Es erzielt einen Profit gleich Null. Es kann nicht weiter als Kapital fungieren. Es ist gewissermaßen als Kapital brachgelegt.

2. Ein Teil des Gesamtkapitals, größer als K', verwertet sich zu einer geringeren Profitrate, wesentlich geringer als jene des Restes des Gesamtkapitals, von dem die Profitrate also folglich erhöht wird.

3. Ein Teil des Gesamtkapitals, niedriger als K', verwertet sich negativ. Seine Anwendung ruft an Stelle von positiven Profiten Verluste hervor. Ein Teil des Wertes des akkumulierten Kapitals wird als Kapitalwert zerstört. Es kann sich in Revenue, in Profit, umwandeln.

Der Fall der relativen Überproduktion kann auf analoge Weise abgehandelt werden.

Diese drei Lösungsmöglichkeiten, Verwertung gleich Null, verringert oder negativ, entsprechen dem, was wir als E n t w e r t u n g eines Teils des Gesamtkapitals bezeichnen, was im Prinzip die Fortführung der Verwertung anderer Kapitale oder des Gesamtkapitals erlaubt.

In dem Textteil des 15. Kapitels des dritten Bandes des "Kapital", der im Zustand des Entwurfs verblieben ist, verwendet Marx den Ausdruck der Ü b e r a k k u m u l a t i o n. (Obwohl er viel öfter den Begriff der Überproduktion von Kapital verwendet.) Aber er verwendet nicht den Begriff der E n t w e r t u n g systematisch. Indessen finden sich die drei Fälle, die wir unterschieden haben, in seinem Text, obwohl der Fall mit dem Profit gleich Null den Ausdruck liefert, den Marx am häufigsten anwendet, wenngleich nicht ausschließlich, den der B r a c h l e g u n g von Kapital.

So schreibt er: "Eine Brachlegung von einem Teil des alten Kapitals müßte unter allen Umständen stattfinden, eine Brachlegung in seiner Kapitaleigenschaft, soweit es als Kapital fungieren und sich verwerten soll... Die Weise der Ausgleichung ist schon enthalten in dem bloßen Aussprechen des Konflikts, um dessen Ausgleichung es sich handelt. Sie schließt eine Brachlegung und selbst eine teilweise Vernichtung von Kapital ein, zum Wertbetrag des ganzen Zusatzkapitals ΔC oder doch eines Teils davon." (MEW 25, 263) Er erwähnt auch die Verwertung zu einer v e r m i n d e r t e n P r o f i t r a t e oder die V e r l u s t e.

2. Die Anwendung der Analyse auf die Entwicklung des Kapitalismus durch Marx

In diesem Kapitel wendet Marx seine Theorie vor allem auf den Fall der zyklischen Krise an. Aber er benutzt sie auch in bezug auf die Perspektive der kapitalistischen Entwicklung. So verweist er auch als Schlußfolgerung seiner Analyse auf die Angst Ricardos in bezug auf den Fall der Profitrate. Er präzisiert: "Es zeigt sich hier in rein ökonomischer Weise, d.h. vom Bourgeoisstandpunkt, innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Verstandes, vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion selbst, ihre Schranke, ihre Relativität, daß sie keine absolute, sondern nur eine historische, einer gewissen beschränkten Entwicklungsepoche der materiellen Produktionsbedingungen entsprechende Produktionsweise ist." (MEW 25, 270)

Darüberhinaus wendet Marx seine Theorie im selben Kapitel auf zwei praktische Entwicklungstendenzen des Kapitalismus an. So wendet er sie auf den Kapitalexport an, den er wesentlich auf die Überakkumulation von Kapital bezieht. Außerdem wendet er sie auch noch auf die Entwicklung des Aktienkapitals derjenigen Unternehmungen an, die wie die Eisenbahnen einen a u ß e r g e w ö h n l i c h h o h e n A n t e i l v o n k o n s t a n t e m K a p i t a l umfassen, wie er sagt. In diesen Unternehmungen kann das Kapital nicht die Durchschnittsprofitrate realisieren, sondern lediglich einen Teil derselben in Form von Zinsen erzielen. Es handelt sich hier nicht um die klassische Aufteilung zwischen Unternehmensgewinn und Zins, sondern um einen Teil des Kapitals, der, obwohl er in der Produktion angewandt ist, insgesamt (die Kosten abgezogen) lediglich Zinsen erzielt.

Wir haben hier zwei charakteristische Elemente des Imperialismus: Kapitalexport und, wie wir glauben, das Finanzkapital selbst, die in Beziehung stehen zum Prozeß der Entwertung von Kapital. Aber der Text von Marx geht noch weiter.

Indem er auf die Möglichkeit der monopolistischen Herrschaft über das Kapital verweist, eine Herrschaft, die die Entwertung verhindert, spielt er auf eine tatsächliche Blockierung des Wachstums aufgrund der Überakkumulation an, (wie es auch genau während der Depression der 30er Jahre der Fall gewesen zu sein scheint).

Er schreibt: "Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger wenigen, fertigen Großkapitale fiele, für die die Masse des Profits die Rate aufwiegt, wäre überhaupt das belebende Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlummern." (MEW 25, 269) Hier spricht er ganz genau von der historischen Grenze der kapitalistischen Produktionsweise. Man kann hier noch auf eine Ergänzung verweisen, die Passage von Engels im Anti-Dühring, wo er die Notwendigkeit der öffentlichen Eigentumsform nach jener des monopolistischen Trusts erwähnt. Diese Passage beinhaltet eine Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Produktion, die im wesentlichen die zyklische Krise und damit die Überakkumulation von Kapital hervorhebt. In diesem Kontext steht unsere Arbeitshypothese.

II. Die Hypothese der Anwendung der Theorie der Überakkumulation und der Entwertung von Kapital auf die öffentliche Finanzierung der Produktion

1. Die Hypothese

Der Begriff der K a p i t a l e n t w e r t u n g würde ein erklärendes Element des historischen Ausgangs eines Zustandes der Überproduktion von Kapital liefern, die die kapitalistische Ökonomie auf viel tiefergehende und andauernde Weise angreift, als es in einer zyklischen Krise, die von einer zeitweiligen Entwertung begleitet ist, der Fall ist.
Unter ganz bestimmten Bedingungen könnten die Perspektiven der Stagnation, die durch diese Situation eröffnet würden, nicht ernsthaft zurückgedrängt werden, außer durch eine strukturelle Umwälzung des Kapitalismus inmitten zugespitzter sozialer Kämpfe, die allein die Fortsetzung des Anwachsens der Produktion und der kapitalistischen Akkumulation selbst erlauben würden.

Einige qualitativ und quantitativ begrenzte Fraktionen des gesamtgesellschaftlichen Kapitals wären aufgrund struktureller Modifikationen in gewisser Weise permanent durch eine gewisse Entwertung betroffen. Die anderen Teile des Gesamtkapitals könnten entsprechend nicht nur die hinreichende Profitrate erringen, sondern sogar noch zu akkumulieren fortfahren. In gleicher Weise gäbe es eine Art von Akkumulation von Kapital, das teilweise entwertet ist. Die Wirtschaft würde in ihrer Gesamtheit ihr Wachstum fortsetzen mit der kapitalistischen Akkumulation und der Fortentwicklung der Produktivkräfte.
Zumindest prinzipiell würde sich mit der Krise und der großen Depression Anfang der 30er Jahre eine solche Überakkumulation von Kapital ergeben, daß sie in der Mehrzahl der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder eine dauernde Blockierung des Wachstums hervorrufen würde, oder wenigstens eine solche Abschwächung, daß, um von ihr freizukommen, eine massive Entwicklung der chronischen Kapitalentwertung erforderlich würde, und zwar in der Form der öffentlichen Finanzierung der Produktion. Durch die direkte oder indirekte Übernahme eines Teils des Wertes der Produktionsmittel durch den Staat wird das Kapital, das diese Produktionsmittel repräsentiert, damit entwertet. Wenn Produktionsmittel öffentlich finanziert sind, können sie für sich nicht mehr den gleichen Profit wie die privat angewandten in Anspruch nehmen. Diese relative Entkapitalisierung, die sich im Rahmen des Kapitalismus ergibt, hat nichtsdestoweniger das Anwachsen des Profits der übrigen Fraktionen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als Resultat. Sie bedeutet auch nicht, daß das entwertete Kapital nicht mehr an der Produktion des allgemeinen Mehrwerts teilhat.

2. Erste Verifizierung der Hypothese

Die Verifizierung der Hypothese scheint sich zunächst in zwei Stufen vollziehen zu müssen, die den beiden in der Theorie angewandten Begriffen entsprechen.
Erste Stufe: Die Formen der aktuellen öffentlichen Finanzierung stellen eine Entwertung von Kapital dar.
Zweite Stufe: Diese Entwertung wurde durch einen Zustand von Überakkumulation von Kapital determiniert.
Die erste Stufe kann vor allem als beschreibend erscheinen. Sie unterteilt sich in zwei Fragestellungen. Erste Fragestellung: Es muß die neue quantitative und qualitative Bedeutung der öffentlichen Finanzierung der Produktion gezeigt werden, z.B. nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich. Zweite Fragestellung: Es muß untersucht werden, ob man diese Finanzierung in den unterschiedlichen konkreten Fällen als eine Entwertung von Kapital charakterisieren kann.
Die Konstatierung der neuen Bedeutung und Rolle der öffentlichen Finanzierung im Verhältnis zur vorhergehenden Periode ist fast ein Gemeinplatz geworden. Man beobachtet seit nunmehr schon zwanzig Jahren trotz Schwankungen, daß diese Finanzierung auf einem sehr angehobenen Niveau beibehalten wird, so daß man sie nicht mehr als das Ergebnis eines Zufalls betrachten kann, sondern nur noch als eine wirkliche Strukturveränderung, die im übrigen noch durch das Aufkommen neuer Institutionen markiert ist.

Beim augenblicklichen Zustand der Dokumentation in unserem Land ist die Diskussion über genauere Zahlen sehr komplex und wir können uns hier nicht auf sie einlassen. Wir können lediglich einige Größenordnungen angeben.
Die öffentlichen Fonds im eigentlichen Sinne, die in der Phase des Wiederaufbaus (nach dem Zweiten Weltkrieg) mehr als die Hälfte dessen, was man die Investitionen nennt, in Frankreich finanziert haben sollen, sind seit 1963 nicht mehr unter 20 % gesunken (10. Bericht des Verwaltungsrats des FDES (Fonds de developpement economique et social) vom Juni 1965). Wenn sie, bedingt durch Fluktuationen, eine fallende Tendenz erfahren haben, (die sich z.B. von 22,6 % 1958 auf 20,1 % 1963 bewegt), so bewahren sie sich doch auf dem sehr hohen Niveau von 1/5 der Investitionen und vor allen Dingen wird diese fallende Tendenz kompensiert durch das tendenzielle Anwachsen anderer Fonds, die halböffentlich oder para-öffentlich sind. Z.B. steigt der Anteil der Eigenmittel (nicht einbegriffen die aufgenommenen Mittel) der sogenannten "spezialisierten Organe" und der Versicherungsgesellschaften (im wesentlichen handelt es sich hierbei um halböffentliche Finanzierungsorgane) in der Finanzierung von Investitionen von 1958 bis 1963 von 6,1 % auf 10 %, was die relative Verringerung der öffentlichen Fonds im engeren Sinne des Wortes mehr als kompensiert. Tatsächlich ist die Definition der öffentlichen Fonds sehr eng, während im Gegenteil diejenige der Investition extrem weitreichend ist. Im übrigen handelt es sich hier um die Herkunft der Fonds und nicht um die Natur der Unternehmungen. Wenn man die sogenannten produktiven Investitionen der öffentlichen und privaten Unternehmen von 1959 und 1963 betrachtet, einer anderen Kategorie unserer Statistiken, so vereinigen die öffentlichen Unternehmen auf sich allein 36 % bzw. 31 %.
Wenn man insbesondere all diejenigen Fonds betrachtet, die mehr oder weniger öffentlichen Charakters sind, so wachsen die Prozentzahlen noch beträchtlich an und alle Investitionen von einigermaßen Bedeutung sind betroffen. Wie bereits Francois Bloch-Laine 1961 erkannte.
"Man kann davon sprechen, daß seit dem Zweiten Weltkrieg wenige Investitionen wirklich privat geblieben sind, daß die Mehrzahl auf irgendeine Weise "gemischten" Charakter hat... Diejenigen Investitionen, die auf traditionelle Art und Weise finanziert sind, außerhalb jeglicher öffentlicher Intervention, ...bilden lediglich noch eine reduzierte Minderheit...

Jedes Unternehmen von einiger Bedeutung muß heute mit der staatlichen Finanzierung rechnen." ('A la recherche d'une économie concertée', 2. Aufl. 1961, S. 8-9)
Und jetzt zur zweiten Fragestellung: Stellen die Bedingungen der öffentlichen Finanzierung eine Entwertung dar? Die Antwort scheint ziemlich evident, wenn man die Fakten studiert. Tatsächlich werden die öffentlichen oder halböffentlichen Gelder zu Zinssätzen verliehen, die deutlich unterhalb denen des Marktes liegen, oder sie werden sogar gratis vergeben. Die öffentlichen oder nationalisierten Unternehmen sind insgesamt nur sehr schwach rentabel oder oft sogar defizitär trotz ihres materiellen Aufschwunges. Sprechen wir nicht von der Ertragslosigkeit der Investitionen in öffentlichen Bauvorhaben in der Infrastruktur der Produktion. Genau gesprochen erscheint die Entwertung von Kapital auf dieser Ebene eher als eine Art Ausdruck zur Bezeichnung der gemeinsamen Basis der Regeln des Funktionierens derjenigen Institutionen, die aus der öffentlichen Finanzierung oder aus den Organen, die diese Finanzierung verteilen, Nutzen ziehen.
Die eigentliche Verifizierung der Hypothese unterstellt, daß diese 'Kapitalentwertung', deren Bezeichnung wir gerechtfertigt haben, effektiv als notwendiges Ergebnis der Überakkumulation zugeschrieben werden kann. Es handelt sich hier also um die zweite Stufe der Verifizierung.
Man müßte (was extrem schwierig ist) die Entwicklung der Kapitalakkumulation und die ihr entsprechende Entwicklung des Profits studieren können. Aber stellen wir jetzt schon fest, daß, wenn die Depression Anfang der 30er Jahre als Ausgangspunkt genommen wird, die Überakkumulation zu diesem Zeitpunkt als evident erscheint. (Die Ansichten können lediglich über die exakten Ursachen dieser damals offensichtlichen Disproportion zwischen Akkumulation und Profit auseinandergehen.) Im übrigen ergibt sich die Wiederbelebung des Wachstums zur gleichen Zeit wie die Entwicklung der öffentlichen Finanzierung der Produktion. Schließlich ruft in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg jede Verlangsamung des Wachstums eine Steigerung der öffentlichen Finanzierung hervor, wie z.B. 1955 oder jetzt in unseren Tagen.
Bemerken wir noch als Stärkung unserer Hypothese, daß die Analyse, die J.M. Keynes in seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" in bezug auf die Situation des Kapitalismus während der 30er Jahre gibt, in ihrem Gehalt sehr nahe an die Marxsche herankommt. Dieses 1936 veröffentlichte Werk stellt unserer Meinung nach die tiefstgehende Bewußtwerdung der Entwicklungstendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in der bürgerlichen ökonomischen Theorie dar. Sie hat eine völlige Erneuerung der Denkansätze der akademischen Theorie hervorgerufen (woher sich auch der Ausdruck der Keynes'schen Revolution ableitet). Die anderen akademischen Bestrebungen derselben Epoche, z.B. die Neo-Wicksellianischen Theorien, bewegen sich objektiv um den gleichen Problembereich.
Mit seinem Begriff von der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bezieht sich Keynes in Wirklichkeit auf den zusätzlichen Profit, der aus einer zusätzlichen Akkumulation von Kapital gezogen werden kann, d.h., natürlich trotz aller tiefgreifenden Differenzen, auf welche ich hier nicht eingehen will, auf den in der Marxschen Theorie zentralen Begriff der Überakkumulation.
Er betrachtet das Problem der absoluten Überakkumulation in Begriffen, die den Marxschen nahe kommen, wo er jenes Gemeinwesen entwirft, wo "die Vollbeschäftigung realisiert ist" und "die so gut mit Kapital ausgerüstet ist, daß dessen Grenzleistungsfähigkeit Null ist und mit jeder zusätzlichen Investition negativ würde."(Allgemeine Theorie..., S. 182) Er unterscheidet auch das, was wir die relative Überakkumulation nennen. Er betrachtet schließlich in diesem Fall auch die Lösung, die wir Entwertung nennen, auf seine Weise natürlich: "Die Unternehmer (werden) notwendigerweise Verluste erleiden, wenn sie fortfahren, Beschäftigung auf einer Skala anzubieten, die den gesamten bestehenden Bestand an Kapital ausnützt. Der Bestand an Kapital und das Niveau der Beschäf-

tigung werden folglich schrumpfen müssen... das Gleichgewicht (muß) somit unter Verhältnissen des laissez faire eine Lage einnehmen, in der die Beschäftigung niedrig genug und die Lebenshaltung genügend elend ist, um die Ersparnisse auf Null zu bringen." (Ebda., S. 182)
Er erklärt, daß diese Theorie sich genau auf die Situation zwischen den beiden Kriegen bezieht. "Die Nachkriegserfahrungen von Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind in der Tat lebendige Beispiele dafür, wie eine Anhäufung von Vermögen – das so groß ist, daß seine Grenzleistungsfähigkeit rascher gefallen ist, als der Zinsfuß... bei einem Vorwiegen von Bedingungen des laissez faire, einem angemessenen Niveau der Beschäftigung und einer dem technischen Stand der Erzeugung entsprechenden Lebenshaltung im Wege stehen kann." (Vgl. S. 183) (1)
Keynes strebt, wie man weiß, wesentlich an, den durch den Untergang bedrohten Kapitalismus zu retten. Er faßt dafür die Intervention des Staates in die Finanzierung der Produktion ins Auge.
"Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird... die Ausdehnung der Aufgaben der Regierung ... verteidige ich... sowohl als das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch als die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des Einzelnen." (Ebda., S. 319/321) (1)
Tatsächlich ist die öffentliche Investition nicht durch eine unzureichende Profitrate begrenzt, wie Keynes an einer anderen Stelle seines Werkes nebenbei bemerkt.
"Endlich gibt es eine zunehmende Gruppe von Investitionen, die durch oder auf Gefahr von öffentlichen Behörden unternommen werden, die in ihrer Investition unumwunden durch die allgemeine Voraussetzung geleitet werden, daß mit der Investition voraussichtlich soziale Vorteile verbunden sind, wie immer ihr kaufmännisches Erwägnis während eines langen Zeitabschnittes sein mag..." (Ebda., S. 138) (1)
Offensichtlich betreffen die sozialen Vorteile, von denen hier die Rede ist, wesentlich und in letzter Hinsicht die Kapitalistenklasse. Wir lassen selbstverständlich auch die Kritik der Keynesianischen Begriffe und der ideologischen Illusionen, die sich damit verbinden, beiseite.

3. Die konkrete Anwendung der Hypothese und die Notwendigkeit ihrer Entwicklung

In dem Augenblick, wo man sich an das konkrete Studium der Frage begibt, verrät sie die ganze Schwierigkeit der Verifizierung der Hypothese. Sie macht neue theoretische Entwicklungen notwendig. Führen wir bloß zwei der gestellten Probleme an.
Man beobachtet beispielsweise die Existenz von besonderen Bereichen der Produktion, die viel wesentlicher von der Entwertung des Kapitals betroffen werden, verschiedene Unternehmensformen, die zu unterschiedlichen Proportionen und Bedingungen von der öffentlichen Finanzierung profitieren sowie Finanzquellen und Finanzierungsorgane unterschiedlichster öffentlicher Formen.
Es stellt sich hier die Frage: Warum betrifft die Kapitalentwertung diese besonderen Bereiche und nimmt sie diese präzisen Formen an? Im selben Augenblick ist das Verhältnis zwischen Entwertung und Überakkumulation auf der Ebene des Konkreten gestellt, oder, um mit Marx zu sprechen, auf der der Oberfläche der Konkurrenz.

1 Anmerkung der Übersetzer: Der von P. Boccara zitierte französische Text weicht hier sowohl vom englischen Original als auch von der deutschen Fassung stark – wenngleich nicht sinnentstellend – ab.

Eine zweite Frage betrifft die Beziehungen der augenblicklichen Umwälzungen, die durch die Staatsinterventionen gekennzeichnet sind, zu jenen Umwälzungen, die zum Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts führen. Diese zweite Frage ist übrigens auf das Innigste mit der vorhergehenden verbunden, wie wir später sehen werden.
Man muß bemerken, daß diese Umwälzungen, die zur Entwicklung des Monopolismus, des Finanzkapitals ebenso wie des massiven Kapitalexports führten, genau am Ende der langen Phase depressiver Tendenzen der Jahre 1874-1896 aufkamen. Diese Jahre werden augenblicklich von unseren Wirtschaftshistorikern genau untersucht, und sie sind schon zu ihrer Zeit von Engels als eine Periode chronischer Stagnation charakterisiert worden (Vorwort von 1892 zur 2. deutschen Ausgabe der "Lage der arbeitenden Klassen in England").
Diese Periode zeichnet sich durch eine offensichtliche Überakkumulation von Kapital aus. Zu jenem Zeitpunkt kamen die Theorien auf, die jene von Keynes ankündigten, z.B., die von Hobson über den Exzeß des Sparens oder jene von Wicksell über das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage beim Sparen.
Unsere Hypothese macht diese ersten Umwälzungen, die zum Stadium des einfachen Monopolismus führten, ebenfalls an der Überakkumulation und Entwertung von Kapital fest.

Was den Kapitalexport betrifft, so ist schon expressis verbis von Marx im 15. Kapitel des III. Bandes davon die Rede. Die Analyse von Lenin in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" meint letztlich diese Analyse von Marx, wenn er schreibt: "Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus "überreif" geworden ist und dem Kapital ... ein Spielraum für "rentable" Betätigung fehlt", und vor allen Dingen, wo er erklärt, daß "die Akkumulation des Kapitals gewaltige Ausmaße erreicht hat. Es entstand ein ungeheurer "Kapitalüberschuß" in den fortgeschrittenen Ländern." (LW Bd. 22, S. 245)
Sicherlich zitiert Lenin die Analyse des "Kapital" über die Beziehungen der Überakkumulation und des Kapitalexports nicht explizit. Aber Bucharin zitiert sie explizit in seinem Werk "Weltwirtschaft und Imperialismus", das mit einem lobenden Vorwort von Lenin erschienen ist.

Die monopolistischen Formen selbst hatten nach Lenin die Konsequenz, daß "die 'Schwerindustrie' sich alle übrigen Zweige der Industrie tributpflichtig macht." (LW Bd. 22, S. 220)
Lenin unterstreicht auch die Beziehung zwischen den Krisen (genauer gesagt der Jahre der depressiven Tendenz von 1873-1896) und der Entwicklung der Monopole.
Engels setzt in seinen Anmerkungen zum III. Band des "Kapital" die Entwicklung der monopolistischen Trusts schon mit der Situation des Endes des 19. Jahrhunderts in Beziehung, welche er folgendermaßen charakterisiert: "Chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite, kurz: die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Latein und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen." (MEW Bd. 25, S. 453)
Wir verbinden, was uns betrifft, die monopolistischen Formen mit der Überakkumulation und der Entwertung von Kapital. Sie würden eine erhöhte Abschöpfung von dem gesellschaftlichen Gesamtprofit durch das monopolistische Kapital erlauben zu Lasten der nichtmonopolistischen Sektoren und Unternehmungen, deren Kapital durch diese Tatsache eine gewisse Entwertung erleiden würde.
Was das dritte Kennzeichen des Imperialismus betrifft, das sich im Finanzkapital darstellt, so hat Marx bereits den Zusammenhang mit der Theorie der Überakkumulation angedeutet, wo er im 15. Kapitel des III. Bandes des "Kapital" von jenen Teilen des industriellen Kapitals spricht, die dank der Entwicklung der Aktiengesellschaften nur noch den

Zins beziehen. Er erklärt an anderer Stelle: "Ein Teil des Kapitals wird im Fortschritt der kapitalistischen Produktion, der mit beschleunigter Akkumulation Hand in Hand geht, nur als zinstragendes Kapital berechnet und angewandt... Diese Kapitale (werfen), obgleich in große produktive Unternehmungen gesteckt, nach Abzug aller Kosten nur große oder kleine Zinsen, sogenannte Dividenden (ab), z.B. in Eisenbahnen. Sie gehen also nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate ein, da sie eine geringere als die Durchschnittsprofitrate abwerfen." (MEW Bd. 25, S. 250)
Im Jahre 1895 verbindet Engels in seiner Ergänzung zum III. Band des "Kapital" de facto die neue Bedeutung der Börse und des industriellen Aktienkapitals mit der Überakkumulation, indem er ausführt: "Die Akkumulation ist seit der Krise von 1866 mit einer stets wachsenden Schnelligkeit vorgegangen, und zwar so, daß in keinem Industrieland, am wenigsten England, die Ausdehnung der Produktion mit der der Akkumulation Schritt halten ... konnte." (MEW Bd. 25, S. 917/918)
Die Ausdehnung des Finanzkapitals, definiert als gegenseitige Durchdringung von Bank- und Industriekapital, erlaubte einem wachsenden Teil von Kapital, das dauerhaft in industriellen Unternehmungen angelegt ist, sich mit dem den Kunden des Bankkapitalisten offerierten Zinsfuß zufrieden zu geben. Auf diese Weise erfährt das Eigenkapital der Finanzoligarchie eine Erhöhung seiner Profitrate. Das Beispiel der gemischten Banken in Deutschland ist sehr bekannt. Aber es gibt noch viele andere Fälle in dieser Richtung und die Geschichte der französischen Eisenbahnobligationen ist besonders aufschlußreich.

Hilferding hat übrigens genau wie Lenin die übernormalen Profite des Finanzkapitals analysiert (Gründergewinn, Verwässerung von Kapital usw.), die sich auf dem Rücken der Rentiers und aus dem Ruin und den Verlusten der Sparer, deren Kapital so entwertet wird, ergeben. Auch Marx erwähnt in seiner Analyse der Entwertung die Vernichtung der Kapitalwerte in Form von Wertpapieren.
Bemerken wir schließlich, daß, wenn erst alle diese Formen der chronischen Kapitalentwertung in die Struktur eingebracht sind, sie auf vorbeugende Art als Beschleunigung der Kapitalakkumulation agieren können.

Man kann sich fragen, warum diese Analyse der Überakkumulation nicht schon vorher ausgiebiger angewandt worden ist. Man muß sich bei der Antwort u.a. daran erinnern, daß die marxistischen Kontroversen über die praktischen Probleme der Überakkumulation bereits vor dem Erscheinen des III. Bandes des "Kapital" begannen, z.B. mit den ersten Arbeiten von Tugan-Baranowsky über die Krise (1. russische Ausgabe von 1894). Diese Diskussionen haben sich vor allen Dingen an den Problemen der Realisierung und an den Reproduktionsschemata des II. Bandes festgemacht. Man muß sich außerdem das Gewicht der rechten Abweichung z.B. von Tugan-Baranowsky mit dem Problem des UnterSparens (sous-épargne) und der linken Abweichung z.B. von Rosa Luxemburg mit dem Problem der Unterkonsumtion vor Augen führen. Diese Abweichungen haben, obwohl sie die Schwierigkeit einer tiefergehenden Analyse der Überakkumulation, die dialektisch mit der der Realisierung verbunden sein muß, klargemacht haben, die Debatte, die so falsch gestellt wurde, belastet. Die Schwierigkeit einer tiefergehenden Analyse der Überakkumulation und der Entwertung bleibt. Wir haben sie hier ganz beträchtlich vereinfacht. Sie befindet sich in einem komplexen Modell, das ich hier nicht präzisieren kann, indem sie die Probleme der Realisierung und der Absatzmärkte integriert, um mittels der Analyse der Überakkumulation zu erklären, wie sich in der konkreten erscheinenden Realität das wesentliche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate manifestiert. Aber in unseren Tagen haben die öffentlichen Formen die Entwertung von Kapital offensichtlich gemacht. Wir leben in einer Epoche, in der, wie Marx es bereits für andere Formen bemerkt hatte, die entwickelteren Formen die unterentwickelten viel klarer haben werden lassen.

Wie soll man nun diese Erklärung mit jener der öffentlichen Finanzierung verbinden?

Es ist zu unterstellen, daß diese Finanzierung einer qualitativ neuen Etappe der Überproduktion und Entwertung von Kapital entspricht. Einesteils stellt sich das Problem der Überproduktion von neuem auf erweiterter Basis durch die Möglichkeit der Fortsetzung der Akkumulation mittels der früheren imperialistischen Lösungen. Und vor allen Dingen vertiefen die Lösungen, die den neuen Formen des Stadiums des einfachen Monopolismus entsprechen, durch ihre Ausdehnung die Widersprüche der Überakkumulation.

Das ist z.B. der Fall mit der Entwicklung der weltweiten Überakkumulation und der Krise des Kolonial-Imperialismus oder auch noch mit den Phänomenen der finanziellen "Überkapitalisierung".
Die katastrophenartigen Bankzusammenbrüche enthüllen eine wirkliche Strukturkrise des Kreditsystems (die z.B. schon von Varga bemerkt wurde), die, wie es scheint, mit der verallgemeinerten Ausnutzung des Finanzkapitals durch die monopolistische Oligarchie als Vorbeugungsmaßnahme oder als Lösung der Überakkumulation verbunden ist.
Das Risiko der katastrophenartigen Entwertung paralysiert tendenziell das Finanzkapital im Rahmen des im wesentlichen noch privaten und partiell elastischen Kreditsystems. Diese Krise würde eine öffentliche Garantie des Kredit- und Währungssystems, auf welche sich das Finanzkapital und die öffentliche Finanzierung stützen, notwendig machen. Das Kreditsystem entwickelt sich vom einfachen Monopolismus zum Staatsmonopolismus.

Schließlich blockiert oder bremst die Tendenz zur monopolistischen Blockierung der Preise oder der Produktion während der Depression, die notwendige Entwertung von Kapital bis hin zu einer Verhinderung des weiteren Wachstums. Die relative Blockierung der klassischen Phänomene der Kapitalentwertung war während der Depression der 30er Jahre offensichtlich.
Sie war (mit unterschiedlichen Begriffen) von zahlreichen bürgerlichen Spezialisten bemerkt worden. Sie war auch von Marxisten bemerkt worden und Stalin verweist z.B. auf sie in seinem Bericht zum 17. Kongreß der KPdSU (B) der UdSSR im Januar 1934. (Fragen des Leninismus, S. 636) Aber die Marxisten analysierten die Probleme der monopolistischen Blockierung im Rahmen der Entwertung nicht so, wie diese vorher von Marx selber analysiert worden war.
Diese Vertiefung der kapitalistischen Widersprüche verhindert die andauernde Wiederaufnahme des Wachstums. Sie würde in Hinsicht auf die Fortsetzung der Kapitalakkumulation und des Kapitalismus selber den Übergang zu den öffentlichen Formen der Entwertung notwendig machen, um auf den Druck der Konkurrenz der anderen kapitalistischen Länder, auf die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse sowie auf den Wettbewerb mit der sozialistischen Wirtschaft zu antworten.
Auf diese Weise kann man das öffentliche Unternehmen als eine dialektische Entwicklung der einfachen oder privaten monopolisierten Formen und die öffentliche Finanzierung im allgemeinen als eine Entwicklung des Finanzkapitals betrachten. (Wir lassen hier das Problem des öffentlichen Kapitalexports oder des Exports von Kapital nach entwickelten Ländern selbst beiseite, genauso, wie jenes der Verbindung der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit der Auflösung der Kolonialreiche unter den Schlägen der internationalen Befreiungsbewegungen).

Indessen haben wir mit der zweiten Frage nach den Verbindungen zwischen den Umwälzungen, die zum einfachen Monopolismus, und jenen, die zum Staatsmonopolismus führen, die erste Frage der besonderen Bereiche und der konkreten Bedingungen der Entwertung wiedergefunden. Diese Frage betrifft ... (es fehlt eine Zeile im Originaltext, A.d.Ü) die Konkurrenz die von Marx nicht in den Plan des "Kapital" einbezogen wurde, obwohl er viele und anregende Hinweise zu diesem Gegenstand gegeben hat.

III. Die Bereiche und Quellen der öffentlichen Finanzierung

In der begrenzten Zeit, die mir noch verbleibt, kann ich nur in sehr schneller und oberflächlicher Weise auf diese doppelte Serie von Problemen, die die B e r e i c h e und die Q u e l l e n der öffentlichen Finanzierung betreffen, eingehen. Ich werde im übrigen fast ausschließlich von den Bereichen sprechen.

1. Bereiche der öffentlichen Finanzierung und Formen der Finanzunternehmen

a) Vergesellschaftung der Produktivkräfte

Betrachten wir die besonderen Bereiche, deren sich das öffentliche Monopol oder wenigstens die öffentliche Finanzhilfe hauptsächlich bemächtigt. Es handelt sich im allgemeinen, wie Marx es bereits in bezug auf die Kapitalentwertung bei der Eisenbahn bemerkt hat, um Branchen, wo die organische Zusammensetzung des Kapitals besonders hoch ist, d.h., die Wertzusammensetzung von c/v als Ausdruck der technischen Zusammensetzung. Man versteht, daß diese Branchen sehr schwer wiegen können bei der Umverteilung der Mehrwertmasse in Profit. Aber das genügt nicht, um ihre Umwandlung zu erklären, die sich auf der Ebene der Konkurrenz ergibt. Marx hat das bereits im 15. Kapitel des III. Bandes unterstrichen, wo er schreibt: "Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem anderen auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzte." (MEW Bd. 25, S. 263)

Tatsächlich wird mit der wachsenden organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, aber vor allem auch in einigen Branchen der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte deutlich, indem eine wachsende Masse kristallisierter, vergesellschafteter Arbeit gegeben ist, die durch die lebendige Arbeitskraft in Bewegung gesetzt wird. An der Oberfläche macht sich dies insbesondere durch die Entwicklung des fixen Kapitals bemerkbar. Wie Marx im 15. Kapitel erklärt: "Dagegen ist es gerade das Charakteristische der steigenden Produktivkraft der Arbeit, daß der fixe Teil des konstanten Kapitals eine starke Vermehrung erfährt..." (MEW Bd. 25, S. 271)

Mit den fixen Anlagen entwickelt sich der kollektive Charakter der materiellen Bedingungen der Produktion.

Auf einem gewissen Grad der Entwicklung lassen diese Bestimmungen die Konkurrenz im Fall der Krise bzw. der Entwertung von Kapital, besonders katastrophenhaft werden.

Im Gegensatz zum variablen Kapital kann der Kapitalist zunächst nicht aufhören, konstantes Kapital vorzuschießen, indem er Produktionsmittel stillegt, z.B. um seine Schulden zu bezahlen oder sein Kreditbedürfnis relativ zu mindern. Schließlich bleibt das fixe Kapital im Gegensatz zum zirkulierenden konstanten Kapital, das auch im Fall der Einschränkung der Produktion nichtsdestoweniger weiter benutzt werden kann, zum großen

Teil außerhalb des Umschlags. Oder, ebenfalls im Gegensatz zum zirkulierenden konstanten Kapital kann es nicht den Produktionszweig wechseln, ebenso, wie es zum größten Teil nicht die technischen Bedingungen der Produktion wechseln kann. Dieses fixe Kapital fährt also immer fort, auf dem Kapital des Unternehmens zu lasten, ohne irgendetwas einzubringen. Das wirkt sich noch schwerwiegender aus in dem Fall, wo es Anleihen entspricht, deren Zinsen auf jeden Fall ständig weiter gezahlt werden müssen. In bezug auf diesen letzten Punkt muß man bemerken, daß die Form der Entwertung durch Aktienkapital oder Obligationen im weitesten Rahmen, wie es schon Engels gezeigt hatte, dem Monopol vorhergehen. Daher hat der Kapitalist, bevor er die Produktion gänzlich einstellt, in der Konkurrenz im Inneren dieser besonders entwickelten Branchen im Falle einer Überakkumulationskrise ein Interesse w e i t u n t e r h a l b s e i n e s i n d i v i d u e l l e n P r o d u k t i o n s p r e i s e s zu verkaufen, wenn er auf diese Weise überhaupt etwas verkaufen und einen Teil seiner auf jeden Fall unvermeidlichen Kosten kompensieren kann. Aber wenn alle Unternehmungen das gleiche tun, so bewirken sie tendenziell die gegenseitige Zerstörung.

Marx hatte, als er die Konkurrenz zu analysieren begann, im "Kapital" erklärt: "Der Konkurrenzkampf wird durch Verwohlfeilerung der Waren geführt." (MEW 23, 654) Er hatte auch auf der Notwendigkeit der Preissenkung und des Verkaufs unter dem individuellen Wert zur Hebung des Absatzes insistiert. Er hatte die Grenze unterstrichen, die der Kostpreis konstituiert, der vom Wert, aber auch vom Produktionspreis selber unterschieden ist. Dennoch hatte er erklärt, daß die systematische Analyse der Konkurrenz außerhalb des Planes des 'Kapital' liege.

Man weiß, wie sehr die Analyse der Oberfläche der Konkurrenz, einer Lieblingsdomäne der bürgerlichen Ökonomen, sehr spezialisierte und wertvolle Arbeiten hervorgebracht hat, ohne die man im Studium der sich augenblicklich ergebenden Phänomene keinen Schritt vorankommt. Zitieren wir insbesondere eine schon ältere Studie von 1923 von dem amerikanischen Ökonomen John Maurice Clark, betitelt "Studies on the Economy of Overhead Costs". Diese Studie zeigt sehr gut, inwieweit in die kapitalistische Konkurrenz durch die Entwicklung des fixen Kapitals und der konstanten Kosten in gewissen Zweigen eine Veränderung eingeführt worden ist. Diese Entwicklung, die die "Konkurrenz bis aufs Messer" oder bis zum gegenseitigen "Gurgeldurchschneiden" hervorruft, führt notwendig zum Monopol.

Unter diesen Bedingungen, schreibt John Maurice Clark, "ist das einzige Preisniveau, das sämtliche Produktivkräfte betreffen kann, das des Bankrotts. Von den Produzenten das Spiel der freien Konkurrenz zu fordern, scheint sich darauf zu reduzieren, die Konkurrenz – und mit ihr das private Unternehmen – sich selber den Tod geben zu lassen." "Daher ist das Monopol lebensnotwendig für die Privatindustrie." (Französische Übersetzung, S. 263)

Andere Autoren haben gezeigt, wie das Phänomen sich nicht lediglich auf die Schwierigkeiten der Krise begrenzen läßt. Es t e n d i e r t dazu, chronisch in jenen besonderen Produktionszweigen zu werden, in denen die Produktivkräfte mehr und mehr kollektiviert sind und wo die "Stufenwirtschaft" (économie d'échelle) eine zunehmende Verringerung des Kostpreises mit dem Wachsen der Unternehmensdimension erlaubt. Diese tendiert dann dazu, einen wachsenden Anteil des nationalen Marktes zu erobern, was eine katastrophenartige Konkurrenz zwecks Erhöhung des Absatzes zur Folge hat.

Der kollektive Charakter der materiellen Produktivkräfte und die katastrophalen Kosten, die daraus im Falle kapitalistischer Konkurrenz entspringen können, ist schon sehr früh für die großen fixen Anlagen wie dem Distributions- und Verkehrsnetz, das eine ganze Region verbinden kann, offensichtlich geworden. Die Existenz eines zweiten derartigen Unternehmens verdoppelt tatsächlich ohne jeden Nutzen die Kosten eines solchen Netzes.

b) Die öffentliche Infrastruktur

Schon im klassischen Stadium des Kapitalismus ist der Bereich der öffentlichen Infrastruktur des Transportwesens beispielsweise größtenteils der öffentlichen Finanzierung reserviert. Adam Smith bemerkte, daß einige Ausgaben, die dem Staat zufallen, obwohl sie der Gesellschaft als ganzes profitabel wären, dieses nicht für den einzelnen Unternehmer, der sich damit belastete, sein würden. (Richesse des Nations, Buch 5, Kapitel I, S. 65) Aber dieser Bereich ist mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte erheblich angewachsen. Die Theorie der öffentlichen Infrastruktur ist vor dem Zweiten Weltkrieg z.B. von Rosenstein-Rodan entworfen worden und sie wird in unseren Tagen weiterentwickelt von angelsächsischen, italienischen und französischen Autoren, insbesondere, was die unterentwickelten Länder betrifft. Diese Theorien bestehen auf dem unteilbaren Charakter der öffentlichen Arbeit und ihrem Mangel an Spezifiziertheit — sagen wir besser auf ihrem kollektiven Charakter — und auch auf der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Ausgaben für die Infrastruktur und der Kostensenkung oder der Anhebung des Profits der Unternehmen, die daraus den Nutzen ziehen.
Wir haben es hier mit Bereichen zu tun, die, wenn sie kapitalistisch wären, eine extrem hohe organische Zusammensetzung des Kapitals darstellen würden. Sie könnten z.T. sogar völlig aus konstantem Kapital in seiner fixen Form zusammengesetzt sein. Ihr Charakter dauerhafter und unteilbarer Anlagen erlaubt ihnen nicht, mit den Fluktuationen der Nachfrage, gemäß der Konjunktur zu variieren. Das Angebot muß prinzipiell den Spitzenbelastungen einer bestimmten Periode entsprechen. Im übrigen handelt es sich um kollektive Einrichtungen, deren Kosten minimal sind, wenn diese z.B. den Bedürfnissen der Produzenten einer ganzen Region Rechnung tragen, wie z.B. ein Hafen. Wenn diese Bereiche auf kapitalistische Art und Weise ausgebeutet werden würden, so würden sie periodisch von einer massiven Überproduktion von Kapital betroffen sein. Der Zusammenbruch oder das Monopol, das den Rest der Wirtschaft übervorteilt, wären die obligatorische Folge.

c) Die neuen öffentlichen Unternehmungen

Im 19. Jahrhundert erscheinen eine große Anzahl neuer Sektoren, die analoge Besonderheiten kennzeichnen. Das ist z.B. der Fall mit den Eisenbahnen, dem städtischen Transportwesen und der städtischen Gasversorgung. Die Geschichte der Eisenbahnen in Frankreich ist besonders bezeichnend durch die Notwendigkeit der "Obligation", die einzig und allein den Zins erzielt. Eine Tatsache, die erlaubt, den ersten Finanzkrisen zu entgehen, außerdem gibt es noch das Monopol, das vom Staat den verschiedenen Netzen zugewiesen wurde, um eine verhängnisvolle Konkurrenz zu verhindern. Schließlich, am Ende des 19. Jahrhunderts, geht die wachsende Unterstützung des Staats einher mit der Tarifkontrolle, um die der Wirtschaft durch das Monopol erwachsenden Lasten zu erleichtern, eine Kontrolle, die im übrigen die Profitrate verringert. Diese staatliche Hilfe wächst unaufhörlich bis zur Quasi-Verstaatlichung an, wie sie in der Form der société nationale d'économie mixte im Jahre 1937 geschaffen wurde. Die anderen Bereiche erleben eine ganz ähnliche Entwicklung.
Zunächst nur Ausnahmen, dann anwachsend verallgemeinern sich die Bedingungen, die traditioneller Weise die öffentliche Infrastruktur kennzeichnen, mit der zweiten Etappe der industriellen Revolution gegen Ende des 19. Jahrhunderts.
Sicherlich gibt es bedeutende Unterschiede, die sich insbesondere am Beibehalten eines bedeutenden Anteils des variablen und zirkulierenden Kapitals zeigen. Die Schwierigkeiten erscheinen im allgemeinen lediglich mit dem Aufkommen der periodischen Überakkumulation des Kapitals auf gesamtgesellschaftlicher Stufenleiter.

Diese Bedingungen bringen das Monopol mit sich, und von einem gewissen Grad der Entwicklung an zieht das Monopol die öffentliche Intervention nach sich. Tatsächlich führt das Monopol mit der Fortsetzung der Akkumulation zur Erzeugung großer Schwierigkeiten und neigt sogar dazu, wie wir bereits angedeutet hatten, das Wachstum zu blockieren, vor allem in einem Land mit in bezug auf den Weltmarkt wenig vorteilhaften Produktionsbedingungen. Dies ist besonders schwerwiegend in den Basisbereichen, deren Entwicklung die gesamte Wirtschaft beeinflußt und wo die "Stufenwirtschaft" und die Tendenz, einen einzigen ökonomischen Organismus für die gesamte Nation zu bilden, besonders rein sind. Nehmen wir z.B. die Kohle und die Elektrizitätswirtschaft.
Was die Kohlenminen betrifft, bemerkt P. Gardent (Leiter der Studien über die lothringischen Kohlenbergwerke): "Die freie Konkurrenz zwischen den produktiven Unternehmen würde im Abschwung der Konjunktur zu Preiszusammenbrüchen führen, da die Produzenten eher ein Interesse haben, momentan zu Verlusten zu verkaufen, als ihre Produktion zu reduzieren." Woraus sich, wie er erklärt, die schlagartige Schließung der verwundbarsten Minen ergibt, während auf der Gegenseite das unzureichende Angebot und das exzessive Ansteigen der Preise im zyklischen Wiederaufschwung zur Monopolisierung oder zur wachsenden Kartellisierung führen. (Le Charbon, 1962, S. 118-119)
Etienne Aubert, damals Präsident der französischen Kohlewirtschaft, hat auf die Ausbeutung der Knappheit von 1924-1927 durch die Kohleproduzenten in Form von Superprofiten verwiesen und umgekehrt auf die Vernachlässigung der unabdingbaren Arbeiten zur Bewahrung der Produktionskapazität während der 30er Jahre. (Tribulations et perspectives des Charbonnages français, 1949)
Von 1938 an führt die Abschwächung des Wachstums durch den Kohlepreis zur Intervention des Gesetzgebers auf die Preise. Man weiß im übrigen aus anderer Quelle, daß zur Zeit der Befreiung der technische Rückstand der Minen und vor allen Dingen der schreiende Mangel an Kohle einen lebensbedrohenden Engpaß darstellte.
Hätten die Wiedererrichtung und die massiven Investitionen zum Wiederaufbau und zur Modernisierung sowie das Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu schwer auf dem Rest der Wirtschaft gelastet, wenn sie nach den Normen des Privatkapitalismus verwirklicht worden wären? Hätten sie überhaupt stattfinden können? Es geht gewiß nicht darum, die außergewöhnlichen politischen Umstände der Befreiung zu unterschätzen, genauso, wie die Situation des Mangels. Indessen beweist die Entwicklung der Kohlewirtschaft weit vor der Nationalisierung und in den anderen Ländern genauso wie das augenblickliche Beibehalten der übertriebenen privatwirtschaftlichen Regeln (Defizit usw.), daß die Umstände der Befreiung sich einerseits nur ausgewirkt haben zugunsten der kühnen Lösung der Fortsetzung des materiellen Wachstums gegen die sich als Bremsen auswirkenden traditionellen kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sowie andererseits zugunsten der fortgeschrittenen antimonopolistischen und demokratischen Form, die die Nationalisierung darstellt, anstelle anderer Formen der öffentlichen Finanzierung.
Der kollektive Charakter der Produktivkräfte und die Annäherung an die öffentliche Infrastruktur ist in der Elektroenergie noch viel stärker ausgeprägt, vor allen Dingen auf nationaler Ebene.
Edmond Roux, damals Präsident des Syndicat des Producteurs et Distributeurs d'électricité schrieb: "Unter gewöhnlichen Bedingungen haben jene beiden Kennzeichen die Masse der Investition und die geringe Anzahl der Beschäftigten eher vorteilhafte Konsequenzen für die Führung der Unternehmen... Unglücklicherweise ist das nicht so, wenn sich eine verlängerte Krise ergibt... Die fixen Belastungen, die sich im wesentlichen aus den Anleihen ergeben, können praktisch nicht verringert werden. Was das zweite Merkmal betrifft, das aus der geringen Zahl der Beschäftigten besteht, so wirkt es in demselben Sinne." ("Energie électrique et civilisation", 1945, S. 129)

Derselbe Autor unterstreicht die außergewöhnliche Bedeutung der Anleihen in der Elektroindustrie, das rechtliche oder tatsächliche Monopol der Verteilung und der Übertragung von Elektrizität, das mit den Lichtkonzessionen verbunden ist und dem sehr kostspieligen Charakter der Konkurrenz geschuldet ist. Er rechtfertigt außerdem vom kapitalistischen Standpunkt aus die Beibehaltung der Kapitalerträge während der Krise und der Depression Anfang der 30er Jahre, wohingegen zahlreiche Sektoren Verlusten ausgesetzt waren. Er erinnert an die staatliche Intervention nach dem Ersten Weltkrieg (gelegentliche Übernahme der Infrastruktur, Subventionen, Zinsgarantien). Er unterstreicht die staatliche Intervention 1938, (die auf die Erlasse, die den Strompreis senkten, folgte): finanzielle Unterstützung des Programms, die Herausbildung einer Elektrizitätsgruppe, Beginn der Lastverteilung usw. Offensichtlich will dieser Repräsentant der Elektromonopole – wir befinden uns im Jahre 1945 – zeigen, daß eine sehr weitgehende staatliche Intervention durchaus praktikabel und zuverlässig ist, ohne daß es gleich nötig wird, bis zur Verstaatlichung zu schreiten.
Ein anderer Autor, Jean-Marcel Jeanneney, erinnert seinerseits an den plötzlichen Investitionsstop der Elektroindustrie in den 30er Jahren. Er unterstreicht die Hilfe und Initiative der Öffentlichkeit für das neue Programm von 1938 und 1939 ("Economie et Droit de l'Electricité", 1950, S. 56). Im selben Buch erinnert Claude-Albert Colliard an die Verzerrungen, die seit 1930 zwischen dem Elektrizitätspreis und dem allgemeinen Preisniveau bestand, die ein bemerkenswertes Ansteigen des realtiven Preises der Elektrizität mit sich brachte und eine Einschränkung des Verbrauchs. Er erinnert an die im Jahre 1935 gegenüber dem Jahre 1929 um 35 % gestiegenen Profite, während es in den "nicht geschützten" Sektoren im Gegenteil ein Absinken um 66 % gegeben hätte (ebenda, S. 107). Er unterstreicht die Bedeutung der öffentlichen Mittel während der zwei Weltkriege und des Amortisationsfonds von 1936. Man weiß aus anderer Quelle, daß mit dem Beginn der Ausdehnung und mit dem relativ niedrigen industriellen Elektrotarif von 1938, die der öffentlichen Intervention geschuldet waren, mehrere Industriegesellschaften damit aufhörten, ihre Energie selbst zu produzieren und es als vorteilhafter empfanden, das nationale Netz zu benutzen. ("Revue d'Economie Politique", 1938)
Die Verstaatlichung krönt diese Entwicklung mit massiven Investitionen, die von den unmittelbaren Beschränkungen des privaten Profits befreit sind, aber die auch eine Entwicklung der Preise mit sich bringt, die die realen Elektrizitätspreise im Verhältnis zu den Preisen im Privatsektor erheblich senkt, die Kosten verringert und die Profitrate der kapitalistischen Nutznießer ansteigen läßt.

d) Öffentlich finanzierte Privatunternehmen

Man könnte auf gleiche Weise die Stahlindustrie untersuchen, von der man weiß, daß sie, obwohl nicht verstaatlicht, nach dem Zweiten Weltkrieg einen erheblichen Anteil an der Verteilung öffentlicher Mittel hatte, vor allen Dingen für die weitestgehend kollektiven Anlagen (wie etwa Walzstraßen, die dank der öffentlichen Mittel gemeinsamen Filialen für alle großen Trusts bildeten).
Dagegen sind die Stahlpreise insgesamt schneller gestiegen als alle anderen. (Vgl. "Revue Economique", 1961)
Man müßte außerdem die Atomenergie, die chemische Schwerindustrie, Schiffahrt und Luftfahrt sowie die Erdölindustrie usw. anführen. Außerdem müßte man die besonderen Fälle der Landwirtschaft und des Wohnungsbaus darstellen.
Was man unterstreichen muß, ist die progressive Ausdehnung der öffentlichen Finanzierung auf alle Sektoren der Produktion seit der Befreiung. Es handelt sich vor allen Dingen um zwei besondere Interventionsbereiche, die jeder für sich genommen eine eigene Untersuchung verdienten, wo der kollektive Charakter des fixen Kapitals sehr deutlich ist. Auf

der einen Seite die Einrichtung neuer Produktionseinheiten im Rahmen der "Raumordnung" und öffentliche Unterstützung der "Strukturreform" (Umstrukturierung, Dezentralisation, Konzentration usw.); außerdem der Bereich der Grundlagenforschung, der sich in vollem Aufschwung befindet, wo die öffentliche Finanzierung augenblicklich am schnellsten voranschreitet. Die Spezialisten unterstreichen im übrigen die Analogie zwischen der Grundlagenforschung und dem fixen Kapital, was die Kosten betrifft. Das ist z.B. der Fall hinsichtlich der Stabilität des qualifizierten Personals, das möglichst gehalten werden muß, ohne Rücksicht auf Fluktuationen oder auch in bezug auf die Dauer der Ausgaben, die keinen Ertrag bringen. Auch das zeigt den wachsenden kollektiven Aspekt, der als "öffentlicher Dienst" der Forschung bezeichnet wird. ("La Recherche-Developpement", Cahiers de l'I.S.E.A., Serie T, Nr. 1, 1959)

2. Finanzierungsquellen und Finanzierungsorgane

Eine andere Untersuchung erlaubt es, die verschiedenen öffentlichen Finanzierungsquellen und ihre unterschiedlichen Bedingungen mit der Kapitalüberakkumulation und seiner Entwertung, so wie sie sich auf der Ebene der Konkurrenz darstellt, in Beziehung zu setzen. Aber wir haben nicht die Zeit, sie hier auszuführen. Die Vergesellschaftung der Geldmittel, die auf der verallgemeinerten Kreditwirtschaft basiert, erlaubt die Ausplünderung der großen Masse der Bevölkerung, ihrer Einkünfte und ihrer Rücklagen, um die öffentlichen Fonds zu versorgen. Es hätte gezeigt werden müssen, wie man von den Steuern, die schon im Stadium des klassischen Kapitalismus ein entwertetes Kapital darstellen können, über die noch direktere Entwertung, wie sie die Anleihen repräsentieren, übergeht zur allgemeinen Entwertung durch das Geld und den Kredit mit der Abschöpfung durch die Inflation.

Die Konvertierbarkeit des Geldes in Gold ist im Inneren ausgesetzt (Oktober 1936). Die Notenbank ist fortschreitend verstaatlicht (1936, und vor allem 1945). Der Staat regelt die Geldausgabe zu Zwangskursen, ebenso wie die Kreditpolitik, die dank dieses Geldes eine formell unbegrenzte Elastizität besitzt. Dem periodischen Risiko des deflationistischen Bankzusammenbruchs, der eine öffentliche Rettung durch die Vergesellschaftung der Verluste notwendig macht (wie während der 30er Jahre), und den episodischen inflationistischen Pressionen von Seiten des Staates, wirkt eine Verwässerung der Inflation tendenziell entgegen. Das unbegrenzt elastische Kreditsystem, das durch den Staat kontrolliert wird, und das auf der staatlichen Notenbank beruht, bemüht sich das Risiko der verhängnisvollen Entwertung des Bankkapitals zu vermeiden durch eine Flucht nach vorn in die chronische Inflation.
Es kann dies aber nicht die periodisch anfallenden Verstärkungen der Inflation verhindern, und die Schwierigkeiten der "Stabilisierungsmaßnahmen". Diese Inflation lastet schwer auf den tarifgebundenen Einkommen wie etwa den Löhnen oder in zweiter Hinsicht auf den Volkssparnissen, die Reserven für den Verbrauch bilden. Allgemein gesehen entwickelt dieses System die Widersprüche der öffentlichen Finanzierung der Produktion und des Verbrauchs mit der Akkumulation von Kapital, zu deren Nutzen es nichtsdestoweniger beiträgt.
Indem es vom einfachen Monopolkapitalismus zum Staatsmonopolismus übergeht, spiegelt das Finanzsystem die wachsende Vergesellschaftung der monetären Funktionen wider. Diese Vergesellschaftung ist indessen antagonistisch und vertieft die kapitalistischen Widersprüche im nationalen und internationalen Maßstab, weil sie zum Nutzen der Finanzoligarchie geschieht.
Es hätten ebenso die verschiedenen Bedingungen der öffentlichen Finanzierung gezeigt werden müssen, von den eigentlichen ö f f e n t l i c h e n Fonds hin zu den h a l b ö f f e n t l i c h e n Finanzorganen (die z.B. Reservefonds außerhalb kapitalistischer Prinzi-

pien verwalten), wie die Depositenkasse bis zur Kreditpolitik, insbesondere den mittelfristigen Krediten. Diese Kredite, deren Bedeutung groß ist, basieren auf der öffentlichen Garantie (der der Notenbank) bezüglich der verstaatlichten Depots genannten Banken und der halböffentlichen Finanzierungsinstitutionen. Daher der Ausdruck der p a r a - ö f f e n t l i c h e n Fonds, den wir für sie benutzen. (2)
Wenn man das Finanzkapital mit der Kapitalentwertung verbindet, sieht man, wie die öffentliche, die halböffentliche und die para-öffentliche Finanzierung die Finanzform des Kapitals entwickelt, indem es seine inneren Widersprüche vertieft.
Bemerken wir noch, daß als allgemeine Regel die öffentliche Finanzierung, wie es die Spezialisten bezeichnen, als "Umwandler" fungiert, (d.h., in Wirklichkeit als Umwälzer der verschiedensten Fonds von Kapitalien, die Investition der liquiden Reserven der Bevölkerung in fixes Kapital erlaubt) und als "Differential" (d.h., als Entwerter dieser Kapitalien dank gesenkter Zinsfüße). Der r e l a t i v e Anteil der öffentlichen Fonds strictu sensu tendiert im übrigen dazu, geringer zu werden. Woraus unserer Meinung nach die irrtümlichen Spekulationen von rechts und von links über den Rückzug der öffentlichen Intervention in Frankreich resultieren. Tatsächlich entwickelt sich zur selben Zeit im Gegenteil die Intervention der semi- oder para-öffentlichen Fonds. Diese indirekte Intervention erlaubt, mit einer geringeren Masse öffentlicher Fonds im eigentlichen Sinne eine viel ausgedehntere Intervention in die gesamte Wirtschaft.
"Eine Anleihe, die durch den Staat garantiert und vergütet wird, (d.h. durch die Übernehme eines Teils der Zinsen durch den Staat) entspricht für den Kreditnehmer, erklärt Michel Lagache, einer Ausrüstungsanleihe aus öffentlichen Geldern. Andererseits bringt die Staatskasse nur eine relativ geringe Summe auf." ("Les investissements privés et le concours financier de l'Etat", 1959, S. 117)

Solange alles gut geht, braucht die Staatsgarantie nicht in Anspruch genommen zu werden. Auf diese Art und Weise kann trotz der stärker eingeschränkten öffentlichen Fonds im eigentlichen Sinne die Masse des Kapitals, die durch die öffentliche Entwertung begünstigt wird, wachsen.
Mehr noch, diejenigen Formen, die am offensten staatlich sind und die den Kapitalismus am direktesten bedrohen, können zurückgedrängt werden. Diese hervorstechende Entwicklung hat bedeutende wirtschaftliche und politische Ursachen, aber wir können uns hier dabei nicht aufhalten.
Nach der Analyse der Quellen und der Bereiche der Finanzierung würde eine weitergehende Analyse zu erklären erlauben, wie n e u e W i d e r s p r ü c h e sich entwickeln und wie die Antagonismen der Tendenz zur Überakkumulation sich mit der öffentlichen Finanzierung im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertiefen. Wir können uns damit hier nicht aufhalten. Aber wir können z.B. auf das schwierige Problem, das mit "Koordination" bezeichnet wird, verweisen, welches sich im Bereich der Produktion zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ergibt sowie auf das Problem der Verschwendung, die aus ihrer ungleichen Konkurrenz erwächst. Führen wir noch ein anderes Beispiel an: Das Problem der Schwierigkeiten der Transformation und Konsolidierung der für die öffentliche Finanzierung geschaffenen Fonds (einbegriffen die neuen Bedingungen des Geld- und Kreditwesens), die die Front der antimonopolistischen Schichten, in erster

2 Als einen kurzen Überblick über die verschiedenen französischen Finanzorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg erlauben wir uns auf unseren Beitrag zum Colloquium über das Finanzkapital, das durch die N.R.I. in Prag im März 1964 organisiert wurde, zu verweisen. In: Economie et Politique, September 1964, Titel: "Das Finanzkapital im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich."

Hinsicht aller Lohnabhängigen, durch die chronische Inflation und ihre zyklischen Ausbrüche zusammenschweißt. (3)
Diese Schwierigkeiten führen in gleicher Weise die Rationierung der gesellschaftlichen Ausrüstung mit sich, die an den kollektiven Verbrauch gebunden sind, (Gesundheits- und Ausbildungswesen etc.), die mit der langfristigen Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch tritt.
Als Schlußfolgerung machen wir nur drei Bemerkungen:
Die Anwendung der Theorie der Überakkumulation auf die öffentliche Finanzierung macht neue und schwierige theoretische Entwicklungen auf der Oberfläche der Konkurrenz notwendig.
Der hier vorgestellte theoretische Ansatz hat nur partiellen Charakter. Er ist notwendig mit unterschiedlichen Ansätzen verknüpft. Insbesondere muß er sich durch eine Untersuchung, die die öffentliche Intervention in den Bereichen des V e r b r a u c h s (privat oder kollektiv) und der Dienstleistung betrifft, vervollständigen. Abgesehen von den sehr bedeutenden parasitären Formen des Verbrauchs, wie die der Rüstung, fallen diese Bereiche aus der eigentlichen Sphäre der materiellen Produktion heraus, obwohl sie sehr eng mit ihr verbunden sind. Schon im Bereich der Aufwendungen für die Grundlagenforschung handelt es sich um eine intellektuelle Produktion. Indessen handelt es sich bei der öffentlichen Wirtschaft, des Ausbildungs- und Gesundheitswesens um die Produktion der Menschen selber.
Die öffentliche Finanzierung kann der Gegenstand von drei hauptsächlichen Formen der Kritik sein, wie sie in Frankreich erkennbar sind und die zur a l l g e m e i n e n K r i t i k des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehören.
1 – E i n e r e a k t i o n ä r e K r i t i k. Diese protestiert gegen den Staatsinterventionismus, der die kapitalistische Freiheit vergewaltigt im Namen eines sogenannten "Liberalismus".
2 – E i n e r e f o r m i s t i s c h e K r i t i k. Diese vergißt, daß das Nichtrespektieren der Regeln des Profits zugunsten der Profite der Kapitalisten und vor allen Dingen der Oligarchie geschieht. Sie stellt sich vor, daß die staatliche Intervention schon in einer gewissen Weise Sozialismus repräsentiert und daß es ausreicht, sie beherzt auf die Art der weniger direkten Unterwerfung unter die Kontrolle der Oligarchie zu entwickeln, ohne diese frontal anzugreifen.
3 – E i n e r e v o l u t i o n ä r e K r i t i k. Diese zeigt den Antagonismus zwischen den neuen öffentlichen Formen (die enthüllen, daß der Kapitalismus überlebt hat) und ihrer Anwendung im kollektiven Interesse des Kapitalismus des Monopols, der Finanzoligarchie, der die kapitalistischen Widersprüche zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften vertieft, zwischen Arbeit und Kapital. Diese Kritik zeigt die Möglichkeit, aber auch die Erfordernisse der Überwindung dieser öffentlichen Formen durch die Übernahme der demokratischen Kontrolle des Staates und eine entschieden a n t i m o n o p o l i s t i s c h e O r i e n t i e r u n g. Diese Orientierung, die sich auf die objektive antimonopolistische Bewegung der modernen Produktivkräfte und der Volksmassen, die um das Proletariat gruppiert sind, stützt, wird die Wirtschaft in den Dienst des Volkes stellen und so den Weg zum Sozialismus eröffnen.

3 Der inflationistische Ausbruch berührt als teilweiser Ersatz der Arbeitslosigkeit (welche erlaubt, das variable Kapital auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu entwerten und auf die Löhne zu drücken, um den Mehrwert zu erhöhen) alle Kategorien von Lohnabhängigen, inbegriffen jene, die nicht traditionell von Arbeitslosigkeit betroffen werden, wie die Beamten oder einige Kategorien der Angestellten des Privatsektors.

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) – Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

HEFT 3 (März 1971) enthält u.a.:
ZIMBABWE: ZAPU im Kampf gegen Rhodesien (2) – PERU: Militärregierung – sozial und antiimperialistisch – VR KONGO: Sozialökonomische Daten – Interviews – LAOS: Kommunique Nr. 1 der Befreiungsfront – GUINEA: Aussagen zur Invasion – WELTWIRTSCHAFT: Sozialökonomische Kennziffern

HEFT 4 (April 1971) enthält u.a.:
ISRAEL: Woher kam das Geld für den Krieg? – NAMIBIA: Situation des Kampfes – ANGOLA: 10 Jahre Kampf – ÄGYPTEN: Neue Revolution in der VAR

HEFT 5 (Mai 1971) enthält u.a.:
AFRIKA: Spanisches Militärpotential – VIETNAM: Befehl der Führung der Volksbefreiungskräfte – LAOS: Kommunique der Volksbefreiungsarmee – ÄGYPTEN: Neue Revolution in der VAR (2) – JORDANIEN: Interview mit Studentenunion – WELTWIRTSCHAFT: Sozialökonomische Kennziffern

Bereits erschienen:
Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques (Preis: 3,– DM)

Jahrgang 1970 enthielt u.a. Dokumente aus:
Angola, Brasilien, Chile, DRV, Guinea-Bissau, Kambodscha, Laos, Mozambique, Peru, Südvietnam.

Preis: Einzelheft 1,50 DM, 12 Hefte 15,– DM
Bestellungen an: Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46.

Dieter K l e i n

Funktionen und Grenzen imperialistischer Zukunftsforschung und Prognostizierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus

In unserer Epoche des revolutionären Übergangs vom Imperialismus zum Sozialismus befindet sich das kapitalistische System unwiderruflich in historischen Defensivpositionen. Die weitblickenderen Repräsentanten des Imperialismus sprechen zunehmend von der Zukunft, weil sie ihrer nicht mehr sicher sind. Der Bonner Staatssekretär Klaus von Dohnanyi schrieb: "Über Zukunft wird jetzt auch bei uns viel geredet. Zu den magischen Formeln, mit denen wir einer unsicher gewordenen Gegenwart glauben Mut für morgen machen zu können, gehören nicht nur die politischen Modeworte "Planung" und "Prognose", sondern auch alle jene phantasievollen Sprachgebilde, gebaut aus "Zukunft"." (1)

Unter dem Druck der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, konfrontiert mit unbesiegbaren nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern, angesichts einer stark gewachsenen Streikbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten, deren politische Brisanz z.B. im Mai/Juni 1968 in Frankreich offenbar wurde, und schließlich gezwungen durch die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution an seine Regulierungsversuche sucht der Imperialismus nach Möglichkeiten, aus dieser Defensivposition herauszukommen.

Angesichts der Komplexität der wissenschaftlich-technischen und sozialen Probleme der Epoche, mit denen er sich auseinanderzusetzen hat und herausgefordert durch die aktive Rolle der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognose für die langfristige Stärkung des Sozialismus kann sich der Imperialismus nicht mehr mit vorwiegend positivistischen und pragmatischen, planungsfeindlichen oder gar nihilistischen Gesellschaftskonzeptionen zufrieden geben. Daher wurde die Industriegesellschaftstheorie mit den Ergebnissen bürgerlicher Zukunftsforschung angereichert und zur Konzeption der "nachindustriellen (postindustriellen) Gesellschaft" ausgebaut, um einzelne Prognosen in diese einzufügen.

Eine marxistisch-leninistische Auseinandersetzung mit der imperialistischen Prognostizierung muß in diesem Zusammenhang zwei miteinander zusammenhängende Momente beachten. Sie hat erstens die Stellung, die Möglichkeiten und Grenzen ökonomischer Prognosen im Gesamtsystem staatsmonopolistischer Maßnahmen einzuschätzen. Aber da dabei insbesondere die Wirkung der mit dem Monopol verbundenen imperialistischen Widersprüche zu beachten ist, kann die Effektivität ökonomischer Prognosen des Imperialismus nur im Rahmen der Kritik der imperialistischen Gesellschaftsprognosen im weiteren Sinne eingeschätzt werden. Dies ist das zweite Moment, dem wir uns entsprechend seiner übergeordneten Bedeutung zuerst zuwenden wollen.

1 Klaus von Dohnanyi: JAPANISCHE STRATEGIEN ODER DAS DEUTSCHE FÜHRUNGSDEFIZIT, Piper-Verlag, München 1970, S. 48/49.

Funktionen der Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" (2)

Die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft", in den USA vor allem von Daniel Bell, Herman Kahn, Zbigniew Brzezinski und Anthony Wiener entwickelt, hat verschiedene Funktionen, die insgesamt die Anstrengungen des Imperialismus zur Anpassung an die neuen und zukünftigen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus widerspiegeln.

Erstens hat sie die Funktion, den historisch überlebten Imperialismus pseudo-optimistisch als zukunftsoffen vorzustellen und dadurch ideologisch zu stabilisieren. In einer ungeheuren Flut von Einzelprognosen und futurologischer Literatur werden mögliche wissenschaftlich-technische Fortschritte als nahezu automatisch mit sozialem Fortschritt identisch dargestellt und der Spielraum des Imperialismus zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik demagogisch als gesellschaftliche Anpassung an angeblich neue Werte interpretiert.

Zweitens hat die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" verbunden mit der imperialistischen Zukunftsforschung und insbesondere ihren auf wissenschaftlich-technologische Prognosen orientierten Institutionen die Aufgabe, Denkstil und Information in Monopolen und Staat auf die schnellstmögliche, profitable Durchsetzung heranreifender wissenschaftlich-technischer Umwälzungen, auf eine von der Prognostizierung ausgehende "Innovationsstrategie" einzustellen.

Drittens hat die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" im Zusammenhang mit der imperialistischen Zukunfts- und Konfliktforschung die Aufgabe, die Aufmerksamkeit des Finanzkapitals und seiner politischen Repräsentanten durch soziale Prognosen auf mögliche soziale und politische Konflikte in der Zukunft des Imperialismus zu lenken, um durch dieses Vorwarnpotential rechtzeitig herrschaftssichernde staatsmonopolistische Reformen auszulösen.

Viertens versucht die Theorie der "nachindustriellen Gesellschaft" durch möglichst komplexe Prognosen unter Einsatz von Systemanalyse und Systementwurf Zusammenhänge zwischen den möglichen Entwicklungen der gesellschaftlichen Teilsysteme zu zeigen und das Denken der imperialistischen Führungen auf die Realisierung von komplexen Gesellschaftsstrategien an Stelle von isolierten Teilpolitiken zu orientieren.

Fünftens sind alle diese Funktionen untrennbar mit dem Kampf gegen den Sozialismus verbunden.

Neue Wirkungsbedingungen ökonomischer Gesetze des Imperialismus

Diese Stoßrichtungen reflektieren Illusionen der Imperialisten, jedoch auch gewisse Wandlungen in den Wirkungsbedingungen und in der Wirkungsweise des staatsmonopolistischen Profitmechanismus sowie der ihm zugrundeliegenden ökonomischen Gesetze. Nach wie vor ist im Konkurrenzkampf für die einzelnen Monopole die möglichst kurz- und mittelfristige Maximierung ihres Monopolprofits entscheidend. Aber unter dem Druck der revolutionären Hauptströmungen unserer Epoche und der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ist das Finanzkapital gezwungen, der Herrschaftssicherung des Gesamtmonopolkapitals auf lange Sicht selbst dann zunehmend Rechnung zu tragen, wenn dies kurzfristige Profitinteressen einzelner Monopole zuweilen verletzt. Darin besteht eine gewisse Modifikation in der Wirkungsweise des Mehrwertgesetzes bzw. des Gesetzes des Monopolprofits im entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus, in deren Ergebnis eine Kombination von kurz- und mittelfristiger Profitmaximierung der Einzelmonopole und der langfristigen Herrschaftssicherung das Ziel des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert.

2 Gedanken zu dieser Problematik wurden vom Autor in: EINHEIT, Nr. 5, 1971, Berlin und FORUM, Nr. 21 f, 1970, entwickelt.

Der staatsmonopolistisch regulierte Monopolprofit ist folglich jenes Maximum des Monopolprofits, in dessen Bewegung im Vergleich zu früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung

- ein stärkeres Gewicht langfristiger gegenüber kurz- und mittelfristigen Interessen des Finanzkapitals,
- ein stärkeres Gewicht strategischer Entscheidungen, also ein größeres Gewicht der Politik gegenüber der Ökonomie unter dem Druck der revolutionären Hauptkräfte unserer Epoche und
- ein größeres Gewicht der durch den Staat vertretenen Schichtinteressen des Gesamtfinanzkapitals im Verhältnis zu den Einzelinteressen der Monopole

eingeht.

In diesen Richtungen versucht sich der Imperialismus den für ihn ungünstiger und komplizierter gewordenen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung mit dem Sozialismus in unserer Epoche anzupassen. Da aber der Inhalt dieser Anpassung und ihr Ziel die Erhaltung des Imperialismus ist, löst diese Anpassung keinen einzigen der grundlegenden Widersprüche des Imperialismus, sondern ermöglicht bestenfalls deren weitere Entfaltung in neuen Bewegungsformen.

Denn da alle diese Anpassungsversuche auf die Herrschaftssicherung des Gesamtfinanzkapitals und der Grundlagen dafür in Gestalt des Eigentums der Monopole und ihrer Macht zielen, wird die Basis der monopolistischen Konkurrenz um die Durchsetzung der partiellen Interessen der Einzelmonopole immer wieder reproduziert. Diese Einzelinteressen widersprechen aber nicht nur den gesellschaftlichen Interessen der Werktätigen, sondern häufig sogar den langfristigen Interessen des Gesamtfinanzkapitals. Der Bonner Staatssekretär Klaus von Dohnanyi klagte daher: "Wer den politischen Entscheidungsprozeß in der Bundesrepublik kennt, muß zugeben, daß bei der großen Mehrzahl unserer Entscheidungen die so viel beschworene Zukunft am Ende eine recht geringe Rolle spielt... Planlose Erhaltungssubventionen beschränken lange genug in gefährlicher Weise die Möglichkeit langfristiger Investitionen für die Zukunft der Nation. Die Zukunft hat eben keine Lobby." (3)

Die Durchsetzung eines gesamtmonopolistischen strategischen Interesses und die Überführung entsprechender Prognosen in die Realisierung muß daher im Imperialismus z.T. gegen eigentumsbedingte Interessen der Einzelkapitale und gegen deren Widerstände angestrebt werden. Auch der ohnehin verwaltungsmäßig-bürokratische Arbeitsstil der imperialistischen Staatsapparate ist bisher insbesondere in der Ministerialbürokratie eher auf das Zusammenspiel mit einzelnen Unternehmerverbänden und Monopolgruppen als auf eine gesamtstaatliche Strategie eingestellt. Die dadurch bedingten Reibungsverluste werden Tempoverluste des Imperialismus und Abstriche in der Durchsetzung stärker strategisch orientierter Gesellschaftsprognosen und Konzeptionen mit sich bringen.

Die Stärke des sozialistischen Gesellschaftssystems besteht dagegen u.a. darin, daß es auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der dadurch bedingten prinzipiellen und in einem ständigen Realisierungsprozeß befindlichen Übereinstimmung gesellschaftlicher und individueller Interessen die staatliche Organisiertheit für die volle Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsstrategie und großer komplexer Systemlösungen auszunutzen vermag.

Gleichwohl wäre es falsch zu ignorieren, daß veränderte Wirkungsbedingungen des Gesetzes der Konzentration des Kapitals dem Imperialismus einen gewissen Bewegungsspielraum für stärkere prognostische Tätigkeit geben, daß ein immer größerer Teil finanzkapitalistischer Macht in Gestalt des staatlichen ökonomisch-politischen Potentials konzentriert wird, daß die Monopolisierung der Wissenschaft immer größere Bedeutung erhält und in starkem Maße über die staatliche Finanzierung und Forschungspolitik erfolgt, daß die Zentralisierung von Information als Herrschaftswissen bei der staatlichen Exekutive des Finanzkapitals rasch an Gewicht gewinnt

3 Klaus von Dohnanyi, a.a.O., S. 50.

und daß Monopolstellungen in Zukunfts- und Systemforschung einen ganz neuartigen Stellenwert bekommen. Das Gesetz der Konzentration des Kapitals wirkt also unter Bedingungen, die die Möglichkeiten für Prognosetätigkeit und für strategische Entscheidungen des Finanzkapitals in bestimmtem Maße objektiv ausweiten.

Veränderungen in Wirkungsbedingungen und Wirkungsweise ökonomischer Gesetze des Imperialismus zu negieren bedeutet, die politische, ideologische und praktische Wirksamkeit imperialistischer Prognostizierung auf der Basis der Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" zu unterschätzen und folglich ungenügend bei der Ausarbeitung der antiimperialistischen Strategie der revolutionären Kräfte in Rechnung zu setzen.

Zugleich ist nur vom Standpunkt der künftigen Wirkungsbedingungen der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung eine prinzipielle Kritik der Theorien von der "postindustriellen Gesellschaft" möglich, die die Grenzen des Imperialismus erfaßt und damit bürgerliche und revisionistische Auffassungen über das angebliche Verschwinden dieser Grenzen zerschlägt.

Falscher methodologischer Ausgangspunkt und innere Widersprüche der Konzeption der ' postindustriellen Gesellschaft"

Der falsche methodologische Ausgangspunkt der Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" besteht gerade darin, daß die Determiniertheit der künftigen sozialen Entwicklung des Spätkapitalismus durch die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus geleugnet wird. Als angebliches Kriterium für die Beurteilung des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes wird der Grad des wissenschaftlich-technischen Niveaus verwendet — verabsolutiert durch Ignoranz oder nur organisatorisch-technische Ausdeutung der Rolle der jeweiligen Produktionsverhältnisse in einer Produktionsweise. Bereits der Begriff der "nachindustriellen Gesellschaft" reflektiert dies, da er von einer Produktivitätsstufe abgeleitet wird, die in den USA zur Voraussetzung dafür wurde, daß die Zahl der außerhalb der Industrie Tätigen zum ersten Mal die der in der Industrie Beschäftigten übertrifft. Damit seien die USA als erstes Land in die Phase der "nachindustriellen Entwicklung" eingetreten.

Entscheidende Erscheinungsform des wissenschaftlich-technischen Niveaus sei das Bruttosozialprodukt pro Kopf. Nach dem Pro-Kopf-Einkommen seien dementsprechend als Stufen gesellschaftlicher Entwicklung die vorindustrielle Entwicklungsphase, die Phase der teilweisen Industrialisierung, die voll industrialisierte Gesellschaft, die Massenkonsumgesellschaft, die früh nachindustrielle Gesellschaft und die deutlich nachindustrielle Gesellschaft zu unterscheiden. (4) Letztere sei durch ein Pro-Kopf-Einkommen zwischen 4 500 und 20 000 Dollar im Jahr charakterisiert. Nach dieser Betrachtungsweise würden sich z.B. ohne revolutionäre Umwälzungen in den imperialistischen Staaten Großbritannien und die Sowjetunion, Israel und die DDR um 2 000 in ein und derselben Entwicklungsphase früh nachindustrieller Entwicklung befinden, damit vor ähnliche Probleme gestellt sein und sich in der Richtung einer einheitlichen "Standardwelt" der Zukunft bewegen. (5) Der methodologische Ausgangspunkt der Theorien von der "postindustriellen Gesellschaft" erlaubt also Schlußfolgerungen in der Richtung der Konvergenzkonzeption.

Da sich aber in Wahrheit die beiden Systeme ökonomischen und anderen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten entsprechend bewegen und diese auf völlig entgegengesetzten Eigentumsverhältnissen basieren, entwickeln sich Sozialismus und Kapitalismus in Wirklichkeit in unterschiedlicher Richtung. Es ist daher ganz logisch, daß zwischen dem dargestellten methodologischen Ausgangspunkt der Industriegesellschaftskonzeptionen und den inhaltlichen Aussagen derjenigen Vertreter der postindustriellen Gesellschaft, die wie Herman Kahn, Anthony Wiener und Zbigniew Brzezinski in der ersten Reihe der Strategieberater imperialistischer Führungskreise stehen,

4 Herman Kahn, Anthony Wiener: IHR WERDET ES ERLEBEN, Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1968, S. 75.
5 Ebenda, S. 75 und S. 22 f.

ein innerer Widerspruch klafft. Denn wenn sie auch einerseits ohne wissenschaftliche Berechtigung die Überbewertung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung mit der Erwartung einer von bürgerlichen, leistungsorientierten Eliten geführten Standardwelt der Zukunft verbinden (6), so wird doch in den "kanonischen Variationen" dieser Standardwelt deutlich (7), daß sie in Wahrheit von der Klassenauseinandersetzung der divergierenden Gesellschaftssysteme bestimmt, also eben keine "Standardwelt" sein wird. Wiener und Kahn spekulieren z.B. auf eine mögliche Zersetzung der kommunistischen Bewegung ohne Anwendung von Waffengewalt, entwerfen aber auch eine "Welt der Unruhe und der Gewalt" "mit einer Zersetzung der kommunistischen Bewegung" (8). Und ein Teil der imperialistischen "Konfliktforschung" zielt aktiv gerade auf eine solche Zersetzung durch Erosion oder Gewalt. Denn da, wo die in das imperialistische System integrierten Theoretiker der "postindustriellen Gesellschaft" und die staatsmonopolistischen Zentralen der Zukunftsforschung in die praktische Politik Entscheidungsgrundlagen einbringen, gehen sie keineswegs von einer automatisch bürgerlichen Standardwelt der Zukunft aus, sondern von den Positionen des Klassenkampfes gegen den Sozialismus mit oder ohne Waffengewalt.

Hier wird bereits deutlich, daß die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" eine untaugliche Grundlage auch der ökonomischen Prognosetätigkeit im Imperialismus ist.

Natürlich können die Prognosen großer Konzerne und imperialistischer Staaten die Grundlinien der wissenschaftlich-technischen Revolution richtig erfassen und daher durch die von der Prognostizierung ausgehende Prioritätensetzung in der Wissenschaftspolitik, durch die ökonomische Stimulierung von notwendigen Struktur- und Infrastrukturwandlungen, durch die staatliche Honorierung programmkonformen Verhaltens der Monopole mit Subventionen und Krediten usw. die wissenschaftlich-technische Revolution in bestimmten Richtungen vorantreiben. Aber das gesamtvolkswirtschaftliche Wachstum des Imperialismus wird durch die eigentumsbedingte Einengung der Persönlichkeitsentfaltung der Arbeiterklasse, durch die monopolistische Konkurrenz, durch die dem Imperialismus immanente Aggressivität und die damit verbundene Umkehrung der Produktivkräfte in Destruktivkräfte, durch das Desinteresse der Monopole an der Entwicklung nichtprofitabler Infrastrukturbereiche, durch die zyklische Entwicklung und andere Krisenerscheinungen z.B. im Währungsbereich, durch Arbeitslosigkeit usw. gehemmt oder in seiner Richtung verzerrt. Die in den imperialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen wurzelnden tiefsten Ursachen dieser Hemmungen werden jedoch trotz des Anspruchs der bürgerlichen Zukunftsforschung, ein konflikterforschendes Vorwarnpotential zu präsentieren, aus den prognostischen Untersuchungen weitgehend ausgeklammert. Die Schwäche der Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" ist eine mehrfache:

1. Sie kann nicht die objektiven ökonomischen Gesetze des Imperialismus und ihre Wirkungsrichtung aufdecken. Denn dies hieße die Ausbeutung anprangern und die historische Tendenz der Akkumulation aufzudecken, die mit der Mission der Arbeiterklasse verbunden ist, den Kapitalismus zu beseitigen.
2. Sie kann nicht ungehemmt die Analyse der Widersprüche des Spätkapitalismus vorantreiben, um ihre Lösung herbeizuführen, weil dies ihren antagonistischen Charakter und die Perspektivlosigkeit des Imperialismus aufdecken würde.
3. Sie kann nicht die Frage nach der Rolle der Klassen bei der Gestaltung der künftigen Gesellschaft aufwerfen, da sie zwar dem Klassenkampf des Kapitals gegen die Arbeiterklasse dient, diese aber in das System integrieren statt ihre revolutionäre Rolle aufdecken soll.

Gerade jenen entscheidenden Kriterien wissenschaftlicher Gesellschaftsprognose, denen die marxistisch-leninistische Theorie vollständig entspricht, kann die bürgerliche Zukunftsforschung und Prognostizierung nicht standhalten.

6 Ebenda, S. 22.
7 Ebenda, S. 25.
8 Ebenda, S. 24 f.

Ausgangspositionen marxistisch-leninistischer Gesellschaftsprognose

Die marxistisch-leninistische Gesellschaftsprognose leistet dagegen einen entscheidenden Beitrag zu einer Theorie des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und seiner Tendenzen zum Kommunismus, die auf der vollen Erkenntnis der objektiv wirkenden Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus basiert und von der geschichtsgestaltenden Kraft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten übrigen Werktätigen ausgeht. Als Kernstück dieser Theorie zeichnet sich die glasklare Formulierung und wissenschaftliche Durchdringung der dem Sozialismus wesenseigenen Systemvorzüge gegenüber dem Imperialismus ab. Dies bietet die Basis einer Gesellschaftsstrategie, die den Imperialismus mit Waffen schlägt, die er nicht führen kann: durch die Freisetzung millionenfacher Initiative im Prozeß sozialistischer Demokratie und der damit verbundenen Entwicklung der sozialistischen Leitung sowie der Organisiertheit des sozialistischen Staates, durch die Einsicht von Millionen in die entscheidenden gesellschaftlichen Zusammenhänge als gesellschaftliche Triebkraft, durch das schöpferische Verhalten von Millionen, durch die Beherrschung großer, mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung organisch verbundener Systeme, durch die Einheit von zentraler Planung und Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten, durch die Leitung großer ökonomischer und gesellschaftlicher Systeme in ihrer wechselseitigen Durchdringung, durch die organische Verbindung von Produktion und sozialistischen Lebensbedingungen im Territorium, durch die sozialistische Integration usf.

Charakteristisch für die Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED in der von der Presse der DDR vermittelten öffentlichen Volksdiskussion sind unter anderem z.B. Fragen danach, wie die Einsicht in die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben durch den Informationsfluß weiter so verbessert werden kann, daß dies dem Einzelnen möglich macht, als sozialistischer Eigentümer echte Verantwortung wahrzunehmen, welche Möglichkeiten und Verantwortung Produktionsbrigaden zur Beeinflussung von Inhalt und Formen künstlerischer Entwicklung haben, wie die Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen komplexer und organischer miteinander verbunden werden kann und welche Verantwortung dafür die verschiedenen Leitungsebenen haben. Es wird diskutiert, welche Schritte im Bildungswesen bei der Vermittlung der den bürgerlichen Bildungsinhalten – vor allem im Bereich der Gesellschaftswissenschaften – qualitativ prinzipiell überlegenen sozialistischen Bildungsinhalte noch zu tun sind, um Tendenzen einer formalen Bewertung der Schülerpersönlichkeiten nach dem Zensurendurchschnitt noch stärker durch die Förderung ihres schöpferischen, originellen und im eindeutigen Interesse der Festigung des Sozialismus konstruktiv-kritischen Denkens zurückzudrängen. Es geht auf allen Gebieten des Lebens um eine höhere Qualität der sozialistischen Leitung mit dem Anliegen, durch die richtige Vermittlung der Probleme und durch die Einbeziehung der Werktätigen in die Entscheidungsfindung den entscheidenden Vorzug des Sozialismus noch effektiver zur Wirkung zu bringen: das schöpferische Verhalten der Millionen bei der Ausübung ihrer eigenen Staatsmacht, in der Arbeit und in der Freizeit. Gerade dafür ist die Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und die Rolle der zentralen Leitungsentscheidungen grundlegende Bedingung, statt, wie nicht selten in höchst primitiven Vorstellungen zu vernehmen, einen Gegenpol zur sozialistischen Demokratie zu bilden.

Das erste und letzte Wort kapitalistischer Rationalität ist Profit und Herrschaft. Das erste und letzte Wort sozialistischer Rationalität ist zunehmend die Entfaltung des schöpferischen Verhaltens sozialistischer Persönlichkeiten vor allem in der Arbeiterklasse durch die sozialistische Leitung, die einem technokratischen Managementstil diametral entgegengesetzt ist. In diesem Sinne geht es in den sozialistischen Ländern um Abgrenzung im Sinne konstruktiver Divergenz zum Imperialismus als praktische Widerlegung der Konvergenztheorien mit Ansprüchen des Sozialismus an sich selbst, die über das bisher Erreichte weiter hinausgehen. So steht im Mittelpunkt der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognose die aktive Rolle der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei.

Es gibt natürlich Leute, die fernab von diesem komplizierten Prozeß sein Fortschreiten an selbst konstruierten Idealmodellen messen und meinen, daß man der marxistisch-leninistischen Partei

im eigenen Lande erst dann Vertrauen schenken könne, wenn die Probleme ihrer Bruderparteien perfekte Lösungen nach dem selbst erklügelten Erwartungsmuster dieser "Theoretiker" finden. Für diese hat Bert Brecht ein passendes Gleichnis gefunden. Er erzählte von dem Buddha, der in einem brennenden Haus Menschen fand, die auf die Aufforderung herauszukommen, mit der Frage begegneten, ob es draußen auch nicht regne. Diese, meint der Buddha, müßten dann eben verbrennen.

Das heißt, eine neue Gesellschaftsordnung, insbesondere eine historisch noch sehr junge, wird sich immer mit komplizierten Problemen konfrontiert sehen. Aber es sind die komplizierten Probleme auf dem richtigen Wege des Klassenkampfes gegen den Imperialismus. Von der Rolle der Klassen und des Klassenkampfes geht die marxistisch-leninistische Gesellschaftsprognose auch in globalem Maßstab aus. Zum methodologischen Ansatz wird hier, ausgehend von den Einschätzungen des Charakters unserer Epoche durch die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, eine Theorie der Klassenauseinandersetzung der beiden Systeme im Weltmaßstab werden. Sie sollte die Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Analyse und Prognose der Bedingungen, Ebenen, Formen und Medien der wechselseitigen Einwirkung der Systeme aufeinander, die Erfassung der Modifikation in Wirkungsbedingungen und Wirkungsweise der Gesetzmäßigkeiten beider Systeme unter dem Einfluß ihrer gegenseitigen Einwirkung zum Gegenstand haben. Sie wird dadurch die Ausarbeitung offensiver Friedensstrategien des Sozialismus fördern, in deren Mittelpunkt die bewußte Entwicklung der dem Sozialismus wesenseigenen Systemvorzüge sowie deren Nutzung steht, um die inneren Widersprüche des Imperialismus durch die Konfrontation mit dem Sozialismus aufzureißen und die Einwirkung des Imperialismus auf den Sozialismus zu minimieren. Sie wird durch ständige analytische Arbeit dazu beitragen, Fehlprognosen der Entwicklung des Kräfteverhältnisses auszuschließen und zwischen Wachstumserfolgen des Sozialismus, die auch der Imperialismus zu erringen vermag oder die er sogar bereits durchgesetzt hat, und jenen eigentlich entscheidenden Schritten des Sozialismus zu unterscheiden, durch die qualitativ neue und nur dem Sozialismus verfügbare Wachstumsreserven freigesetzt werden.

Eine Theorie der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus müßte etwa folgende allgemeine Gesetzmäßigkeiten dieser Systemauseinandersetzung untersuchen:

1. Die Stabilität des jeweiligen Gesellschaftssystems in der Klassenauseinandersetzung hängt entscheidend davon ab, ob und wie es der Rationalität des historischen Fortschritts, der Unterordnung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung unter die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeiten in der Masse des Volkes, gerecht zu werden vermag. Da gerade in dieser Richtung das grundlegende Bewegungsgesetz des Sozialismus wirkt, während sich die Wirkung des Mehrwert- und Profitgesetzes gegen die Entfaltung der Persönlichkeit richtet, entspricht allein der Sozialismus diesem Fortschrittskriterium und ist nur er wahrhaft zukunftsoffen.

Die grundlegende historische Gesetzmäßigkeit unserer Epoche ist die Durchsetzung der sozialistischen Revolution gegen den Imperialismus, die die Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich-technischer Revolution herzustellen vermag.

Bürgerliche Kritiker des Sozialismus verweisen gern auf seinen schwächeren Computerbesatz im Vergleich zum Imperialismus. Aber die Computer im Bereich des sozialistischen Staatsapparates wirken als Instrumente einer sich entwickelnden, komplexen sozialen Planung, die auf die wechselseitige Durchdringung der Wirtschaft, der Bildung, des Verkehrs, des Gesundheits- und Sozialwesens usw. zur Herausbildung einer harmonischen, sozialistischen Lebensweise zielt. Die Grundzüge dieser Konzeption wurden auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU deutlich sichtbar. Dagegen entfiel von den am 1.2.1970 im Staatsapparat der BRD installierten Computern die absolut größte Zahl, nämlich 62 Anlagen, auf das "Verteidigungs"ministerium, während z.B. die Ministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Jugend, Familie und Gesundheit zusammen über 2 Computer verfügten. Welch' treffende Widerspiegelung der Prioritäten in der Bundesrepublik, wenn es um die Stellung des Menschen in der Gesellschaft geht!

2. Der Sozialismus wird weiter in entscheidendem Maße durch die sozialistische Friedensstrategie die Überlegenheit seiner zutiefst humanistischen Gesellschaftsordnung über den aggressiven und damit offen menschheitsfeindlichen Imperialismus beweisen. Er wird damit den notwendig antiimperialistischen Inhalt des Kampfes um den Frieden zunehmend sichtbar machen und diesen Kampf verstärken. Die Tendenz des Imperialismus dagegen, im Rahmen seiner Globalstrategie die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen auch mit Waffengewalt zu unterdrücken, wird den Widerstand der Völker gegen ihn herausfordern.

3. Gesetzmäßig werden die Ziele gesellschaftlicher Entwicklung, die Wertmaßstäbe für menschliches Verhalten, die Bedürfnisstrukturen, kurz das Problem der Qualität des Lebens und seines Sinns an Gewicht in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewinnen. Durch die Beseitigung der Ausbeutung im Sozialismus, durch die damit verbundene Herausbildung neuer, kollektiver zwischenmenschlicher Beziehungen, in denen der Mensch vor allem nach seinen Leistungen für das Kollektiv und die Gesellschaft bewertet und geachtet wird, durch die massenhafte Förderung schöpferischen Verhaltens ist die sozialistische Lebensweise dem vom Profit geprägten Lebensstil in kapitalistischen Ländern prinzipiell überlegen und macht der Sozialismus in der Art und Weise der Lösung seiner Probleme durch und für die Werktätigen seine Vorzüge gegenüber dem Imperialismus immer mehr deutlich.

4. Der Charakter der Produktivkräfte und die Komplexität der sozialen Probleme führen dazu, daß in der Klassenauseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme immer mehr entscheidend sein wird, welches von ihnen in komplexerem Maße den Vergesellschaftungsprozeß gesamtgesellschaftlichen Interessen gemäß zu leiten in der Lage ist, in welchen Dimensionen große gesellschaftliche bzw. ökonomische Systeme organisiert werden und wie erfolgreich Struktur- und Infrastrukturpolitik realisiert werden können. Es wirkt also ein Gesetz der zunehmenden Komplexität der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU wurde deutlich, daß der Sozialismus sich auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums und der Ausschaltung kapitalistischer Konkurrenz auf die Organisierung großer, mehrere Wirtschaftszweige und verschiedene Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion umfassende Systeme ohne die Hemmnisse der Konkurrenz zu orientieren vermag. Dagegen verdeutlichen Struktur- und Infrastrukturkrisen sowie die Konflikte auf dem Gebiet des Umweltschutzes im Kapitalismus, daß der privatmonopolistische Profitmechanismus der optimalen Entwicklung wichtiger, für das Wachstum zunehmend bedeutsamer, jedoch nicht profitabler Sphären entgegenwirkt und Lösungen in diesen Bereichen nur mit großen Reibungsverlusten angestrebt werden können.

5. Die Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus wird sich gesetzmäßig immer mehr als Kampf zwischen integrierten Staatengruppen entwickeln und wesentlich durch die Möglichkeiten beider Systeme zu internationalen Lösungen der Grundprobleme ihrer Entwicklung beeinflußt werden. Vom Standpunkt des relativ ausgeglichenen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte innerhalb der westeuropäischen Integrationsgebilde und der internationalen Struktur der großen Konzerne hat der Imperialismus zeitweilig günstigere Bedingungen zur Forcierung der Integrationsprozesse als der Sozialismus in dieser Hinsicht. Entscheidend wird jedoch sein, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse an die Stelle der Konkurrenz um Vormachtspositionen ein gemeinsames Interesse der sozialistischen Staaten an einer optimalen Verbindung nationaler und internationaler Wirtschaftsentwicklung und politischem freundschaftlichem Zusammenwirken im Rahmen des sozialistischen Internationalismus setzen und daß in gemeinsamer prognostischer Arbeit, in der Abstimmung der Fünfjahrpläne, in der gemeinsamen Forschung, Entwicklung und Produktion von Einheitssystemen usw. bereits die Vorzüge sozialistischer internationaler Zusammenarbeit deutlich werden.

6. Außerordentlich schnell wächst in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus der qualitative und quantitative Beitrag der jeweiligen Gesellschaftssysteme zur Entscheidung der Frage nach dem kapitalistischen oder nichtkapitalistischen Weg der Entwicklungsländer. Der Imperialismus besitzt zwar große materielle Mittel für seine sogenannte "Entwicklungshilfe'. Jedoch zielt diese so eindeutig auf die Bewahrung kapitalistischer und z.T. sogar halbfeudaler Herrschaftsstrukturen in den Entwicklungsländern, die dort ihrer sozialen Befreiung und der Konzentration ihrer Ressourcen auf ihre Lebensfragen entgegenstehen, daß sich immer deutlicher die innere Verbindung von nationaler Befreiung und sozialer, antikapitalistischer Revolution abzeichnet. Der Sozialismus ist auch für die Entwicklungsländer identisch mit der Zukunft.

Die grundlegenden Probleme unserer Epoche sind nur durch den Sozialismus lösbar. Er bestimmt objektiv den Verlauf der Geschichte. Das Charakteristische des XXIV. Parteitages der KPdSU war, daß er in realistischer, sachlicher Weise die ungeheuren Potenzen des sozialistischen Systems auf die Lösung der dabei auftauchenden Probleme konzentrierte.

Demagogie um die "neue Macht Wissenschaft"

Die imperialistische Prognose, daß sich der Spätkapitalismus in eine "postindustrielle Gesellschaft" verwandeln werde, zukunftsoffen und deshalb nicht notwendig zu revolutionieren sei, geschieht durch eine von der Wirkung objektiver ökonomischer Gesetze gelöste, im Bereich der Erscheinungen verharrende Behandlung der kapitalistischen Widersprüche als angeblich überwindbare Gegensätze. Ausgehend von einer wachsenden Bedeutung der Wissenschaft und der rational denkenden Wissenschaftler sowie des Computereinsatzes bei Entscheidungsfindungen werden insbesondere folgende neue Züge der "Industriegesellschaft" in ihrem "postindustriellen" Stadium prognostiziert:

– Die Macht der kapitalistischen Eigentümer und Manager werde abgelöst bzw. ergänzt durch die "neue Macht Wissenschaft", durch die dominierende Rolle der Wissenschaft im Prozeß der komplexen Entscheidungen: "Überspitzt gesagt: in den vergangenen hundert Jahren waren der Unternehmer, der Geschäftsmann und Industriemanager die beherrschenden Gestalten, die 'neuen Leute' werden Wissenschaftler, Mathematiker, Wirtschaftler und Soziologen sein, die Praktiker, die Praktiker jener neuen 'intellektuellen Technologie', die durch die Benutzung des Computers entsteht. Und die dominierenden Institutionen der neuen Gesellschaft werden die intellektuellen Institutionen sein." (9)

– Die Gesellschaft werde einer Rationalität der Sachzwänge unterworfen, deren Entwicklungstendenzen durch die Computer berechnet würden: "In der neotechnischen Welt von morgen (im kybernetischen Zeitalter...) wird ein Zwang nicht mehr nötig sein, da fügt sich jeder gern, zum gemeinsamen und zum allgemeinen Wohl, in die Anweisungen des 'predictors', ohne das Gefühl zu haben, etwas von seiner Freiheit eingebüßt zu haben." (10)

– Dadurch würde durch rechtzeitiges Aufdecken möglicher sozialer Konflikte (Vorwarnpotential der Zukunftsforschung)und durch ihre Quantifizierung eine zunehmende Befreiung der Gesellschaft von tieferen Widersprüchen, insbesondere von dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, möglich. Simulationsverfahren in den Sozialwissenschaften "werden es uns erlauben, in verschiedener Weise alternative Zukünfte abzustecken, wodurch das Ausmaß sehr stark anwächst, in dem wir die Dinge wählen und steuern können, die unser Leben beeinflussen." (11)

– Die Zentralisierung des wissenschaftlichen Entscheidungspotentials würde zu einer "mobilisierten Gesellschaft" führen, in der durch Systemanalyse und Systementwurf eine im Vergleich zu früher bessere, von der öffentlichen Hand getragene Politik möglich werde und die neue humanistische Ziele auf dem Wege der "Bildungsgesellschaft", der "informierten Gesellschaft", der "Freizeitgesellschaft" erreichen könne. "Eine mobilisierte Gesellschaft ist eine solche, in

9 Daniel Bell: "Die nachindustrielle Gesellschaft", aus: DAS 198. JAHRZEHNT, zitiert nach DIE ZEIT, Nr. 48, vom 28.11.1969.

10 Pierre Bertaux: "Denkmaschinen, Kybernetik und Planung", in: DER GRIFF NACH DER ZUKUNFT, Reihe: Modelle für eine neue Welt, Desch-Verlag, München-Wien-Basel 1963, S. 75.

11 Daniel Bell: "Die nachindustrielle Gesellschaft: Technokratie und Politik", Referat auf dem Futurologie-Kongreß in Kyoto 1970.

der die wichtigsten Ressourcen des Landes auf wenige spezifische Ziele konzentriert sind, die von der Regierung festgelegt werden. In diesen Sektoren sind die privaten Bedürfnisse letzten Endes den Mobilisierungszielen untergeordnet, und die Rolle der privaten Entscheidung ist beinahe auf ein Nichts reduziert." (12)

Alle diese Aussagen kennzeichnen die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" als Versuch der Theoretiker des Spätkapitalismus, den entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus insbesondere am Beispiel der USA optimistisch als evolutionäre, elastische und zukunftsoffene, neue Gesellschaft zu interpretieren, die finanzkapitalistische Herrschaft als zunehmend rational auszugeben, die antagonistische Klassenstruktur durch eine Fehlinterpretation der Rolle der Wissenschaftler zu verschleiern, der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognose eine eigene futurologische Gesellschaftskonzeption entgegenzusetzen und dadurch eine in Wahrheit antisozialistische, auf imperialistische Herrschaft gerichtete Strategie theoretisch und ideologisch zu fundamentieren.

Die praktische Bedeutung dieser Konzeption für die imperialistische Herrschaftssicherung besteht darin, daß sie den imperialistischen Staatsapparat auf die Erhöhung der Rolle von Prognostizierung und Programmierung im System der staatsmonopolistischen Regulierungsinstrumentarien orientiert und durch die Intensivierung der Prognosearbeit die Monopole rechtzeitig auf besonders profitable Entwicklungen für die Produktion von morgen einstellen hilft. Das außerordentliche Gewicht der Elektronik und besonders der Computerindustrie, der Atomwirtschaft usw. in den führenden imperialistischen Ländern wurde zweifellos durch die prognostische Tätigkeit auf diesen Gebieten gefördert. Gleichzeitig ist die dargestellte Konzeption mit der Tendenz der meisten imperialistischen Staaten verbunden, die Verfügung über das Wissenschaftspotential bei den Exekutiven des Finanzkapitals zu konzentrieren – unter der Fahne der Mobilisierung für das "Gemeinwohl", für grundlegende angebliche "Gesellschaftsreformen", für die "soziale Demokratie" usw., in Wahrheit aber als Ausdruck zentralistischer Herrschaftsmethoden, die die bürgerliche Demokratie auch durch die Monopolisierung von Herrschaftswissen untergraben.

Monopolisierung der Wissenschaft und Stellung der Zentren imperialistischer Prognosetätigkeit im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Nicht die Wissenschaft wird die Macht der Monopole ablösen, sondern diese haben die Wissenschaft und insbesondere die sogenannte Zukunftsforschung monopolisiert. Die marxistisch-leninistische Kritik der imperialistischen Prognostizierung setzt daher auch bei der Analyse des Verhältnisses von Monopolisierungsprozeß und Zukunftsforschung an:

Erstens ist die Wissenschaft einem Monopolisierungsprozeß dadurch unterworfen, daß ihre Entwicklung von solchen Staatsorganen gesteuert und finanziert wird, die direkt unter dem Einfluß der mächtigsten Monopole stehen. In den USA sind die wichtigsten dafür bestimmten Staatsorgane The President's Science Advisory Commitee (PSAC) als wichtigste wissenschaftliche Beratungsorganisation der Regierung in wissenschaftlichen Fragen, der Federal Council for Science and Technology (FCST), das Office of Science and Technology (OST), die Atomic Energy Commission (AEC), die National Science Foundation (NSF) und die National Aeronautics and Space Administration (NASA).

Seit Juli 1969 kommt dazu der Forschungsstab für nationale Ziele (National Goals Research Staff). Das ist eine neue Führungsgruppe im Weißen Haus, die den langfristigen Verlauf gegenwärtiger sozialer Trends abschätzen und die wahrscheinliche Wirkung möglicher alternativer Ziele in der Regierungsstrategie ermitteln soll. Sie soll dazu beitragen, solche Zielsetzungen zu entwickeln, die der Regierung einen größtmöglichen Spielraum ihrer Aktivität erlauben. An jedem 4. Juli soll sie ab 1970 einen entsprechenden Bericht für den Präsidenten vorlegen, der dazu beiträgt, die Forschungsstrategien in den Rahmen allgemeiner gesellschaftlicher Zielsetzungen im Interesse des Finanzkapitals einzubetten.

12 Ebenda.

Im **FCST** sind das sogenannte Verteidigungsministerium, die NASA, die AEC, die NSF – also Gremien, die selbst entscheidende Leitungszentren der Wissenschaft sind und in den von ihnen vertretenen Gebieten die Regierung auch direkt beraten – sowie die Ministerien für Außenpolitik, Handel, Inneres, Landwirtschaft, Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt vertreten. Durch diese Präsenz entscheidender staatlicher und wissenschaftsleitender sowie -finanzierender Institutionen ist der FCST in der Lage, weitgehende Koordinierungsfunktionen der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der USA wahrzunehmen.

Das **OST** berät besonders den Kongreß, aber auch die Exekutive in Fragen der Wissenschaftspolitik. Seine Koordinierung mit PSAC und FCST ist dadurch möglich, daß alle drei Organisationen vom wissenschaftlichen Sonderberater des Präsidenten geleitet werden. Zugleich sorgt die organisatorische Etablierung des OST im Executive Office des Präsidenten dafür, daß der Kongreß in einer der vom Finanzkapital beherrschten Exekutive genehmen Weise gesteuert wird.

Die National Science Foundation **(NSF)** ist der für die gesamte Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsstrategie entscheidende Apparat, der einerseits insbesondere die Grundlagenforschung sowie die Ausbildungsförderung von Wissenschaftlern und Technikern direkt finanziert, und andererseits vor allem Forschung und Entwicklung analytisch so intensiv verfolgt, daß er selbst die Regierung fundiert beraten und zugleich allen anderen wissenschaftsbestimmenden Organen die notwendige Information verfügbar machen kann.

Diese und andere Organe der Wissenschaftsleitung bedienen sich direkt der staatlichen National Laboratories in ihrer Wissenschaftspolitik und sorgen, wie die Hauptfinanziers dieser Gruppe von Forschungszentren bereits ausweisen, für die volle Integration der Wissenschaft in das staatsmonopolistische Gesamtsystem. Diese Integration betrifft auch diejenigen Forschungsinstitutionen, die in besonders intensivem Maße Zukunftsforschung betreiben. Dazu gehören: u.a das Institute for the Future, die RAND-Corporation, die System Development Corporation, das Stanford Research Institut, das Hudson Institut, TEMPO (Technical Management Planing Organisation), das Battelle Memorial Institut, die Commission of the year 2000, die National Planning Association und andere Zentren imperialistischer Zukunftsforschung, in denen in Zusammenarbeit mit den staatlichen strategischen Stäben die wichtigsten Prognosen und Entscheidungsunterlagen für die Strategien der USA entstehen.

Eine wesentliche Orientierung der staatsmonopolistischen Reform in der BRD liegt auf der gleichen Linie der totalen Einordnung des Wirtschaftspotentials in den monopolistischen und staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus.

Zweitens: Auf diesem Hintergrund werden die Zentren der imperialistischen Zukunftsforschung immer mehr in die für den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristische Verschmelzung zwischen Monopolen und Staat einbezogen und erlangen im Rahmen dieser Verschmelzung eine beachtliche Bedeutung. Das zeigt sich in

- der Finanzierung der Zukunftsforschung durch Staat und Monopole,
- der Auftragsforschung für Staat und Monopole,
- der Tätigkeit der Zukunftsforschungszentren unter dem Einfluß wissenschaftsleitender staatlicher Institutionen und staatlicher Programme,
- der personellen und informellen Verflechtung zwischen Zukunftsforschungszentren und Monopolen bzw. Staatsapparat im Prozeß der Arbeit der Zukunftsforschungsinstitute für ihre Auftraggeber.

Extrem deutlich wird das an der Beziehung zwischen der MITRE-Corporation, dem Staat bzw. speziell der Air Force und den industriellen Kontraktnehmern von MITRE: "Da die Air Force fast alle Aufträge erteilt, wird mit ihr abgestimmt, wenn es um langfristige Personalfragen, rechtzeitige Sorge um geeigneten Nachwuchs, Errichtung von Bauten oder um größere apparative Anschaffungen geht." (13) Über die politische Einbettung der Systemforschung von

13 Helmut Krauch: FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN, Studiengruppe für Systemforschung, Bericht Nr. 72.

MITRE in das System des amerikanischen staatsmonopolistischen Kapitalismus heißt es in einer Beschreibung amerikanischer Forschungsinstitute durch Mitarbeiter der Heidelberger Studiengruppe für Systemforschung: "Der Entwurf und die Entwicklung dieser Systeme basiert sowohl auf den politischen Zielsetzungen als auch auf der militärischen Strategie und den verfügbaren sowie den in absehbarer Zeit erreichbaren systemtechnischen Hilfsmitteln." (14) Auf dieser Grundlage "hat sich ein Mechanismus ständiger Auffindung von Alternativen, ihrer Formulierung, ständiger Korrektur und Anpassung gebildet, der zwischen der US-Luftwaffe, MITRE und dem Pentagon abläuft." (15)

Aus dem Gewicht militärischer Aspekte in dem Verhältnis von Monopolen und Staat und in der gesamten imperialistischen Strategie folgt eine weitere charakteristische Tendenz für die Stellung der imperialistischen Zukunftsforschung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, die den Inhalt vieler Prognosen prägt.

Drittens: Die imperialistische Zukunftsforschung ist besonders in den USA im Zusammenhang mit militärischen Aufgaben in und nach dem zweiten Weltkrieg entstanden und zum großen Teil – zumindest in den USA – durch Entstehung, Geschichte, Hauptauftraggeber, Schwerpunktaufgaben und personelle Verflechtung eindeutig innerhalb des militärisch-industriell-staatlichen Komplexes angesiedelt. Entscheidende Schwerpunkte der Beschäftigung mit der Zukunft sind sowohl in den wissenschaftsleitenden staatlichen Institutionen als auch z.B. bei der RAND-Corporation, bei der System Development Corporation und beim Hudson-Institut militärisch relevante Forschungen.

Wichtige Arbeiten der Zukunftsforschungsinstitute auf zivilem Gebiet sind häufig nur Abfalleistungen der militärisch orientierten Zukunftsforschung. Die Mitarbeit der RAND-Corporation an der "Definition nationaler strategischer Ziele" ging beispielsweise von ihrer Tätigkeit bei der Systembewertung möglicher Waffen, insbesondere von Flugzeugen, Raketen und Raumfahrzeugen, aus. Forschungen über die Entwicklung des städtischen Verkehrs wurden von der Abteilung für militärische Logistik der RAND als Abfallprodukt der Simulation logistischer Probleme, insbesondere der Luftwaffe, betrieben. Die Abteilung für Elektronik setzte ihre Erfahrungen in der Entwicklung von Systemen zur Sammlung und Verarbeitung von Informationen für die Kontrolle und Lenkung militärischer Operationen und Apparate später auch für die Entwicklung von Informationssystemen in Konzernen ein. Über die Grundlagenforschung der Abteilung für Mathematik der RAND heißt es in dem Buch "Forschungsplanung": "Forschungen dieser Art führen zu Resultaten, die in Verschmelzung mit so verschiedenen Aufgabenbereichen wie Satellitenbahnen, Statistik der Waffenzuverlässigkeit, Mechanik der Werkstoffe und Transportproblemen von Interesse sind." (16) In jeder einzelnen Abteilung der RAND-Corporation ebenso wie in der Tätigkeit anderer Zukunftszentren zeigt sich also die Verschmelzung militärischer Zielsetzungen und anderer Interessen von Monopolen und Staat.

Das westdeutsche "Industrie-Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien" hat als wichtige Aufgabe in der ersten Phase seiner Arbeit übernommen, die führenden Männer in Politik und Industrie mit den Resultaten der Arbeit dieser RAND-Corporation vertraut zu machen.

In Japan allerdings – das 1969 nur 0,87 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Rüstung aufwendete – ist die Zukunftsforschung vor allem im unmittelbaren Dienst der auf die Profitsteigerung gerichteten Expansion der führenden Monopole entwickelt worden und weist in der jüngeren Zeit, in der die Umwelt- und Sozialkonflikte im Gefolge des rapiden Tempos der wissenschaftlich-technischen Revolution in Japan immer drohender werden, die Tendenz auf, sich stark mit Gesellschaftsentwürfen zu befassen, die die Kumulation dieser Konflikte zu revolutionären Bewegungen auf reformerischem Wege abfangen sollen.

14 H. Krauch, H. Bittel, W. Kunsz: FORSCHUNGSPLANUNG – EINE STUDIE ÜBER ZIELE UND STRUKTUREN AMERIKANISCHER FORSCHUNGSINSTITUTE, R. Oldenburg, München/Wien 1966, S. 223.
15 Ebenda, S. 232.
16 FORSCHUNGSPLANUNG, a.a.O., S. 200.

In der Bundesrepublik wurde die Zukunftsforschung in der Auseinandersetzung mit der zunächst dogmatisch prognose- und planungsfeindlichen CDU-Ideologie und -Praxis in den fünfziger Jahren vorwiegend von bürgerlich-demokratischen Intellektuellen mit dem für den Kapitalismus illusionären Ziel bürgerlich-humanistischer Lösungen der sozialen Folgen wissenschaftlich-technischer Revolution und von rechtssozialdemokratischen Theoretikern mit dem Ziel der Präsentierung der SPD als reformoffene, elastische, zur Stabilisierung des spätkapitalistischen Systems geeignete und regierungsfähige Partei entwickelt. Aber dies schließt außerordentlich starke Tendenzen zur unmittelbaren Einbeziehung der Zukunftsforschung in den militärisch-industriellen Komplex der Bundesrepublik keineswegs aus, die insbesondere von solchen aggressiven Monopolen wie dem Boekow-Messerschmidt-Blohm-Konzern, von Siemens und von dem Kern des Rechtskartells um Strauß ausgehen.

Viertens: Die Einbeziehung der imperialistischen Zukunftsforschung in die Verschmelzung von Monopolen und Staat und ihr faktisches oder tendenzielles Gewicht innerhalb des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes schließt jedoch durchaus eine relative Eigenständigkeit der Zukunftsforschung ein, die für ihre spezifische Stellung im staatsmonopolistischen Kapitalismus wichtig ist.

Die Funktion der imperialistischen Zukunftsforschung besteht ja nicht schlechthin in der Bewahrung des Gegenwärtigen, sondern in der Sicherung des imperialistischen Systems durch dessen vorausschauende Einstellung mittels entsprechender Prognosen auf mögliche Konflikte, also durch partielle und oft relativ weitgehende Veränderungen der bestehenden Verhältnisse.

Zukunftsforschung, Prognostizierung, Wissenschaftsstrategie und Forschungsplanung im Imperialismus sollen also eine ständige Wandlung sekundärer Seiten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Rahmen der monopolistischen Herrschaft provozieren.

Das bedeutet, daß Konflikte zwischen den Repräsentanten einer so orientierten Zukunftsforschung und der Verwaltungsbürokratie sowie den Interessenten an einer nur auf Kosten langfristiger Gesellschaftsstrategie erreichbaren kurzfristigen Profitmaximierung durchaus möglich sind. In diesem Sinne haben die Wissenschaftler in der Tat nicht die gleiche Rolle wie die Politiker, sondern ihre Funktion, Vorwarnpotentiale zur imperialistischen Bewältigung der Zukunft bereitzustellen, bringt sie u.U. in eine kritische Position gegenüber politischen Institutionen, die nicht genügend elastisch und offen auf neue Probleme reagieren.

Insbesondere eine rechtssozialdemokratisch getragene Strategie kapitalistischer Herrschaftssicherung kann dieses Problem möglicherweise zuspitzen. Für die Arbeiterklasse geht es in diesem Zusammenhang darum, diese Entwicklung als einen neuralgischen Punkt reformistischer Strategie zu nutzen. Es ist ihrer marxistisch-leninistischen Partei möglich zu zeigen, daß in letzter Instanz nicht eine andere Rolle des Wissenschaftlers im Verhältnis zu der des Politikers zu Widersprüchen führt, sondern daß z.B. die Forderung von Städteplanern nach Überwindung des privaten Bodeneigentums, die Forderung nach Durchsetzung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen gegen die Profitinteressen der Unternehmer, die Forderung nach schöpferischem Denken gegen einengende Verschulungsprozesse in der Ausbildung durch das kapitalistische Gesamtsystem nicht durch kapitalistische Einsicht erfüllbar, sondern nur durch die Arbeiterklasse und im Bunde mit ihr gegen dieses System zu erkämpfen sind.

Im Selbstverständnis vieler Wissenschaftler und Zukunftsforscher spiegeln sich Konflikte mit den Politikern dagegen häufig in Gestalt von Rollenauffassungen wider, die dem Wissenschaftler kraft seiner Einsicht und Rolle die Verantwortung zuschreiben, eine neue, bessere Welt zu konzipieren und in der Politikberatung durchzusetzen.

Die Vorhut der Arbeiterklasse hat in diesem Zusammenhang die Verpflichtung, die Differenzierung zwischen den in der bürgerlichen Zukunftsforschung und Wissenschaft überhaupt engagierten Wissenschaftlern bis zu der Erkenntnis möglichst vieler Intellektueller voranzutreiben, daß sie ihrer humanistischen Verantwortung nur unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Imperialismus gerecht werden können.

Fünftens vollzieht sich eine Monopolbildung im Bereich der Zukunftsforschungszentren selbst. Die relative Selbständigkeit der auf Prognosetätigkeit orientierten Forschungszentren und die in den USA voll durchgesetzte, in Westeuropa dagegen nur sehr zögernd realisierte Tendenz zur Organisation der Zukunftsforschung als Großforschung wird vor allem in den USA in monopolistischer Richtung genutzt. Sie wird bewußt dadurch gestärkt, daß die Zukunftsforschungsinstitutionen sich mit einer Vielzahl von Auftraggebern liieren, um einseitige Abhängigkeit zu vermeiden, daß sie bestimmte breite Wissenschaftskomplexe und ihren Einsatz für die Prognostizierung zu monopolisieren suchen, die Forschungspalette in der Art eines Wissenschaftskonglomerats relativ breit anlegen, zu diesem Zweck das Grundlagenforschungspotential meist ausbauen und gestützt darauf aus staatlichen Zuwendungen und eigenem Gewinn außerhalb der Auftragsforschung eigene Forschungslinien verfolgen. Dies wird als "Unabhängigkeit" imperialistischer Zukunftsforschung gepriesen, in Wahrheit jedoch praktiziert, um Monopolpositionen auf attraktiven Forschungsgebieten zu erlangen und als Anbietermonopol aufzutreten. Im Bereich der Zukunftsforschung zeichnen sich in diesem Sinne Züge der Monopolbildung ab. Aber nur bei bestimmten Zukunftsforschungszentren, die direkt als Tochtergesellschaften einzelner Monopole gebildet wurden (General Atomic als Tochtergesellschaft der General Dynamic für Forschungen auf kernwissenschaftlichem und kerntechnischem Gebiet, TEMPO als Institution von General Electric usw.), ist dies identisch mit der Erhöhung des Monopolprofits für einzelne monopolistische Komplexe. Zumeist wird das Zukunftsforschungsmonopol großer Zukunftsforschungsinstitutionen staatsmonopolistisch durch den die einzelnen Projekte finanzierenden Staat im Interesse des Gesamtfinanzkapitals und seiner Strategie oder durch eine Vielzahl von projektfinanzierenden verschiedenen Monopolen realisiert, die die Forschungsergebnisse in profitable Produktionen umsetzen, also den Soft-ware-Umsatz der Zukunftsforscher in Hard-ware-Umsatz der Industrie verwandeln.

Sechstens ist ein weiteres Charakteristikum der imperialistischen Zukunftsforschung die Tendenz zu einem immer stärkeren Gewicht von Systemanalyse und Systementwurf in der Prognostizierung. Obwohl sich seit Beginn futurologischer Publizistik und auch noch heute ein großer Teil der Zukunftsliteratur durch das isolierte Aneinanderreihen einzelner Fachprognosen auszeichnet, wird Systemforschung doch zunehmend zu einem entscheidenden methodologischen Mittel der Zukunftsentwürfe.

Es geht immer mehr darum, nicht nur Entscheidungshilfe für Teilstrategien des Imperialismus zu leisten, sondern die Interdependenz der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche zu zeigen, komplexe Entscheidungen zu fördern und auch infrastrukturelle Entwicklungen in Bildung, Umweltgestaltung, Gesundheitswesen usw. voranzutreiben, die durch den privatmonopolistischen Profitmechanismus gehemmt werden. Immer mehr wird die Überlegenheit des Sozialismus nicht etwa vor allem darin bestehen, daß nur er große technische Systemlösungen entwickeln kann. Seine Überlegenheit besteht vielmehr darin,

- daß er keine durch die Produktionsverhältnisse gesetzten Systemgrenzen kennt, um technische Systemlösungen in einem organischen Zusammenhang mit der komplexen Entwicklung sozialistischer Lebensbedingungen im entsprechenden Territorium zu bewältigen,
- daß er solche Umwälzungen prinzipiell im Rahmen des gesamten Zweiges und sogar im Rahmen der sozialistischen Integration unter Ausschaltung von Konkurrenz verschiedener Unternehmen und Staaten planmäßig und getragen von der Beteiligung der Werktätigen an der Prognose und Planung vollziehen kann,
- daß er die Auswirkungen auf andere Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche rechtzeitig zu bilanzieren vermag,
- soziale Unsicherheit für die Werktätigen prinzipiell ausschließt und
- für große Systemlösungen nicht den Reibungswiderstand von Konkurrenten überwinden muß.

Die Dimension der gesellschaftlichen Systemlösungen kann also im Sozialismus prinzipiell größer als im Kapitalismus sein. Und vor allem ist das entscheidende Ergebnis nicht Profitsteigerung, sondern eine Entwicklung der Fähigkeiten der Arbeiterklasse zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Veränderungen zu ihrem eigenen Wohle durch ihr eigenes Schöpfertum. Im Imperialismus wird dagegen überall dort, wo die Systemforschung mit der Analyse der sozialen Wirkung der grundlegenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse deren Negation selbst provozieren müßte, der Systembegriff bei der Prognostizierung verengt und klammert die entscheidenden Produktionsverhältnisse entweder aus oder untersucht nur ihre sekundären Seiten. Notwendige systemumwälzende Lösungen können dabei von bürgerlicher Systemforschung und von auf ihr beruhenden Prognosen und Programmen nicht erwartet werden.

Das heißt aber, daß eine gemeinwohlorientierte nationale Strategie des Imperialismus und alle von der Zielsetzung sozialer Harmonisierung zwischen den Klassen ausgehenden Prognosen aus zwei Gründen illusionär und ihre Deklaration Demagogie ist:

Erstens: Die in den imperialistischen Staaten angestrebten angeblich gesamtgesellschaftlichen Strategien sind in Wahrheit Strategien zur Bewahrung finanzkapitalistischer Herrschaft und zur Verschärfung der Ausbeutung, spitzen also den Grundwiderspruch des Kapitalismus zu.

Zweitens: Selbst die von den politischen Interessenvertretern des Finanzkapitals als notwendig erkannten gesamtmonopolistischen Interessen stoßen bei ihrer Realisierung auf Reibungswiderstände einzelner Monopole und auf prinzipielle Grenzen durch die dem Imperialismus eigenen objektiven Widersprüche des Systems.

Es ist also unwahr, daß "Industriegesellschaft" und "postindustrielle Gesellschaft" durch eine neue Klassenstruktur charakterisiert sein werden, die sich durch eine neue, dominierende Stellung der Wissenschaftler ergebe. Der entscheidende Klassenwiderspruch wird auch in der Zukunft nach wie vor zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse bestehen. Die Wissenschaftler werden entweder durch die staatsmonopolistische Beherrschung der Wissenschaft wider ihre eigenen Interessen für die Ziele des Monopolkapitals mißbraucht, oder sie ringen sich als besondere soziale Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse bzw. eng verbunden mit ihr dazu durch, an dem von der Arbeiterklasse geführten Klassenkampf gegen den Mißbrauch der Wissenschaft durch die Reaktion aktiv teilzunehmen, der in der Unterwerfung der Wissenschaft unter die Kriterien der Kapitalverwertung, der Rüstungsinteressen und der Mobilisierung für die Massenmanipulierung zum Ausdruck kommt.

Entscheidende Widersprüche des Imperialismus unüberwindbar

Die Theoretiker der "postindustriellen Gesellschaft", die zugleich als Berater der imperialistischen Führungen wirken, kommen in dieser praktischen Funktion auch nicht umhin, ihre Regierungen vor möglichen Konflikten der Zukunft zu warnen, die es zu vermeiden gelte, die aber in Wahrheit eben jene grundlegenden Widersprüche zwischen modernen Produktivkräften und kapitalistischer Aneignung, zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse ausdrücken, deren Verschwinden in der methodologischen Ausgangsposition der Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" behauptet wird.

Wiener und Kahn entwarfen z.B. bei der Ausarbeitung der Szenarien möglicher Zukunft eine Variation der weltpolitischen Entwicklung, die "mit einer Zersetzung der demokratischen Moral (sprich kapitalistischen Ordnung – D.K.) und merkbarer kommunistischer Dynamik" (17) verbunden sein könnte, darunter durch ein "Drittes Szenarium – eine politische Offensive der Sowjetunion in Europa" (18) und ein "Fünftes Szenarium – ein linksgerichtetes vereinigtes Europa." (19) Alastair Buchan, Kommandant des Imperial War College Großbritanniens, schrieb: "Schenken wir dem... Trend der fünfziger Jahre Glauben, so müßten wir in den siebziger Jahren mit einem Anwachsen der Auseinandersetzungen in Asien, Afrika und im Mittleren Osten... rechnen." (20)

17 Herman Kahn, Anthony Wiener: IHR WERDET ES ERLEBEN, Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1967, S. 25.
18 Ebenda, S. 281.
19 Ebenda, S. 283.
20 Alastair Buchan: "Die Zukunft des Krieges", in: DAS 198. JAHRZEHNT, a.a.O.

Und Wiener und Kahn, die die Fortsetzung bewaffneter imperialistischer Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern erwarten, fürchten im Ergebnis dessen ein "Sechstes Szenarium – übergroßes außenpolitisches Engagement und Rückzug der Vereinigten Staaten." (21) Sie sprechen dies aus, um durch solches Frühwarnpotential Strategien anzuregen, die die imperialistischen Ziele unter Vermeidung dieser Entwicklungen durchsetzen sollen – auf dem Wege der Informationsgesellschaft, Computergesellschaft, Bildungsgesellschaft, Wissenschaftsgesellschaft, Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft, durch internationale Integration statt Konkurrenz, durch "Entwicklungshilfe" – und durch Aggression, wo alles dies versagt.

Diese Linien sind in den sozialistischen Ländern insofern in Rechnung zu setzen, als sie die Einstellung des staatsmonopolistischen Systems auf Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution und auf herrschaftssichernde Maßnahmen erkennen lassen, mit denen der Sozialismus konfrontiert sein wird. Aber die genannten Konflikte sind auf diesen Linien nicht vermeidbar, da sie in der grundlegenden Gesetzmäßigkeit unserer Epoche, der Ablösung des Imperialismus durch den Sozialismus, in den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes wurzeln und Resultat der objektiven Zielsetzung des Imperialismus, des Profits durch Ausbeutung und Unterdrückung sind.

Denn die sogenannte "Bildungsgesellschaft" z.B., in der der Imperialismus unter dem Druck der wissenschaftlich-technischen Revolution der Jugend mehr Bildung zugestehen muß, führt für ihn zu dem Konflikt zwischen verstärkter Vermittlung von Bildungselementen einerseits und gleichzeitigen heftigen Anstrengungen andererseits, mit falschen geisteswissenschaftlichen Bildungsinhalten, über einseitige Ausbildungslinien und Massenmanipulierung bis zum Polizei- und Drogeneinsatz das Nachdenken über die überlebte kapitalistische Gesellschaft zu verhindern. Dies wiederum provoziert insbesondere in der Jugend die Frage nach dem Sinn des Lebens, die im Kapitalismus objektiv durch die Unterordnung aller gesellschaftlichen Bewegung unter Profit- und Herrschaftssicherung beantwortet wird und nicht von verbalen Deklarationen über eine neue Menschlichkeit abhängig ist. In der Klassenauseinandersetzung mit dem Sozialismus/Kommunismus, dessen Entwicklung von der Unterordnung der wissenschaftlich-technischen Revolution unter das Ziel der vollen sozialistischen Persönlichkeitsentfaltung bestimmt ist, wird gerade vermehrte Bildung von den marxistisch-leninistischen Kräften in die Bewußtheit umgesetzt werden können, daß nur der Sozialismus die Qualität der gesamten Lebensweise menschenwürdig zu gestalten vermag. Brzezinski brachte in seiner Arbeit "Amerika im technetronischen Zeitalter" (22) die Furcht der Imperialisten vor dieser Entwicklung zum Ausdruck.

Und Wiener und Kahn prognostizierten, um solche Entwicklung abzufangen, ergeben sich eine "vorrangige Bedeutung und Anfänge einer Lösung solcher sozialen Mängel in den Vereinigten Staaten wie das Negerproblem, die anhaltende Armut, Luft- und Wasserverschmutzung, die verschiedenen Probleme in den Städten, unrealistische Erwartungen und folglich Enttäuschung, Ernüchterung und/oder Entfremdung." (23) Aber sie sagten nicht, daß unrealistische Erwartungen nur dann auftreten können, wenn man die Wirkung des monopolistischen Profitmechanismus übersieht. Die infrastrukturelle Entwicklung auf dem Gebiet einer sozialen Stadtplanung, des Umweltschutzes, der sozialen Sicherheit, des Gesundheitswesens usw. fällt sachlich aus dem Rahmen der Probleme heraus, die durch den Konkurrenzkampf der Monopole um eine kurz- und mittelfristige Profitmaximierung geregelt werden können. Aufwendungen für diese Bereiche vermindern zunächst die Profite der einzelnen Monopole und können zur Sicherung ihrer Herrschaft überhaupt und gegen ihre inneren ökonomischen Tendenzen und Einzelinteressen nur durch Maßnahmen des Staates realisiert werden. Es leuchtet aber ein, daß dies eine optimale, an den Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Niveaus der führenden imperialistischen Staaten gemessene Beherrschung der Vergesellschaftungsprozesse im Imperialismus ausschließt. Klassenkämpfe, die durch die zunehmende Differenz in der Verteilung des Nationaleinkommens

21 IHR WERDET ES ERLEBEN, a.a.O., S. 283.
22 Zbigniew Brzezinski: "Amerika im technetronischen Zeitalter", Beilage in DAS PARLAMENT, Bonn, 28. Mai 1968, S. 7.
23 Herman Kahn: "Die Welt von 1980", in: DAS 198. JAHRZEHNT, a.a.O.

zwischen Monopolen und Arbeiterklasse, durch soziale Unsicherheit und durch zunehmend inflationäre Tendenzen bedingt sein werden, werden sich also mit Konflikten verbinden, die sich aus anderen Seiten der durch den Profitmechanismus und durch die Behandlung der Arbeitskraft als Ware geprägten Qualität der Lebensbedingungen und der Lebensweise im staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben. Im Maße der Ausschöpfung seiner ihm wesenseigenen Systemvorzüge wird der Sozialismus durch den Weg und die Art und Weise seiner Entwicklung, die von der schöpferischen Initiative der Werktätigen selbst in ihrem eigenen Interesse getragen wird, durch die Stellung der Menschen als Beherrscher der Gesellschaft energisch auf den Imperialismus einwirken und seine inneren Widersprüche im Lichte der qualitativ überlegenen Gesellschaftsstrategie der neuen Gesellschaft und ihrer Verwirklichung potenzieren.

Die Konzeption der "postindustriellen Gesellschaft" spiegelt die Anstrengungen des Imperialismus wider, dieser historisch unvermeidbaren Entwicklung auszuweichen. Sie reflektiert die Elastizität des Imperialismus und seinen Spielraum, offenbart aber vor allem in ihrer eigenen Widersprüchlichkeit die unüberwindbaren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus und dessen Überlebtheit.

K. Neelsen

Wirtschaftsgeschichte Westdeutschlands

Ein Grundriß

1971, etwa 400 Seiten, Kunstleder, ca. 15,– DM
Erscheint im III. Quartal
Bestellnummer: 569 941 7

Dieses Werk ist die erste geschlossene Darstellung der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte bis 1969 aus marxistisch-leninistischer Sicht. Es ist ein wissenschaftliches Standardwerk, das geeignet ist, besonders als Hochschullehrbuch wirksam zu werden. Der Autor untersucht sowohl die Entwicklung der Produktivkräfte, speziell der wissenschaftlich-technischen Revolution, als auch der Produktionsverhältnisse des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Er weist nach, daß sich der sozialökonomische Charakter des gesellschaftlichen Systems als kapitalistische Ausbeuterordnung in Westdeutschland nicht gewandelt hat und sich seine inneren antagonistischen Widersprüche vertiefen.

Interessentenkreis: Wirtschaftshistoriker, Historiker, Studenten dieser Disziplinen, Redakteure, Journalisten, Publizisten, Wirtschaftswissenschaftler

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN
DDR - 108 Berlin Postfach 1216

Komplett lieferbar!

Geschichte der Philosophie

Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Philosophie

BAND I
Von den Anfängen bis zur Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung
2., überarbeitete Auflage 1962, VII/715 Seiten, Leinen, 24,80 Mark

BAND II
Das philosophische Denken am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
Unveränderter Nachdruck der 2. Auflage 1961, VII/641 Seiten, Leinen 24,80 Mark

BAND III
Philosophie und Soziologie in den mittel- und westeuropäischen Ländern während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
1961, VII/723 Seiten, Leinen, 24,80 Mark

BAND IV
Philosophie und Soziologie in den ost- und außereuropäischen Ländern während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
Druckquote der 1. Auflage 1962, XI/625 Seiten, Leinen, 24,80 Mark

BAND V
Philosophie und Soziologie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges
1963, 850 Seiten, Leinen, 28,00 Mark

BAND VI
Philosophie und Soziologie 1917 bis zur Gegenwart
1967, VII/966 Seiten, Leinen, 32,00 Mark

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
DDR · 108 Berlin · Taubenstraße 10

Kurzanalysen, Berichte

Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Klassenkämpfe und der Volkswirtschaft der Türkei

In der Türkei bestimmen seit dem 12. März 1971 Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ausweisungen und Zeitungsverbote ohne richterlichen Beschluß das politische Bild. Streik- und Demonstrationsrecht sind aufgehoben. In sechs entscheidenden Provinzen urteilen Militärtribunale über "staatsgefährdende" Delikte. (1) Seit 1968 häufen sich in wachsendem Maße die Arbeiter-, Bauern- und auch Studentenunruhen. Sie sind der Reflex verschärfter Klassengegensätze. Fast für das ganze Volk sind die Lebensverhältnisse unerträglich geworden. Dem Touristen zeigt sich dies, wenn er in Istanbul beim Besuch der Hagia Sophia, des Sultanspalastes oder des Basars mit der großen Zahl von Obdachlosen und Bettlern konfrontiert wird.

In den europäischen imperialistischen Metropolen äußert sich dies, wenn die türkischen Gastarbeiter als Gruppe von Lohnarbeitern erscheinen, die besonders leicht verstärkt ausgebeutet werden kann und die von den Unternehmern gegen ihre deutschen Kollegen auszuspielen versucht wird. Der Möglichkeit der sprachlichen Kommunikation beraubt und der zweifelhaften Obhut moderner Sklavenhändler ausgeliefert, leben sie hier in Westberlin oft in gettoartigen Wohnsiedlungen, eingepfercht in kleinen Zimmern zu zwölft, so daß die Betten nie kalt werden. (2) Wenn ihnen ihre Vermittler nur die Hälfte des "Mietbetrages", den diese Sklavenhändler von den Industriellen erhalten, auszahlen, können sie froh sein. Erstens weil sie hier Arbeit haben und zweitens weil es ihnen mehrfach besser geht als daheim in der Türkei. (3)

Aber auch die besitzenden Klassen in der Türkei sind unzufrieden: Die etablierte türkische Volkswirtschaftlerin Frau Prof. Gülten Kazgan grübelt stellvertretend für die besitzenden Schichten ihres Landes: "Die türkische Wirtschaft sieht aus wie ein Orchester, in dem jede Saite unterschiedlich klingt; d.h. das Orchester klingt wie Kakofonie. In dieser Situation eine erfolgreiche Wirtschaft zu betreiben, ist fast unmöglich." (4) Diese Sätze drücken die für Marxisten bekannte Tatsache aus, daß der Kapitalismus stets eine chaotische Wirtschaft hervorbringt. Kazgan klagt aber nicht über diese dem Kapitalismus immanenten Schwierigkeiten, vielmehr über die tiefe wirtschaftliche Krise, in der sich die Türkei nun schon einige Jahre befindet, und aus der es wohl auch ohne eine grundlegende Änderung der Eigentums- und Machtverhältnisse kein Entrinnen geben wird. Doch untersuchen wir zunächst näher die Lebensverhältnisse des türkischen Volkes und die vorherrschende Produktionsweise.

Bereits Lenin hat in seiner Analyse des Imperialismus die Tendenz der zunehmenden Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte nachgewiesen. Hier wird deshalb nur auf einige konkrete Formen dieser Entwicklung in der Türkei und der wachsenden Abhängigkeit von den führenden imperialistischen Staaten einzugehen sein.

---

1 SPIEGEL Nr. 20/1971, Hamburg.
2 Vgl. z.B. DIE WAHRHEIT 10.10.1970, 15.10.1970, vgl. auch FAZ vom 20.10.1970. Der türkische Staatspräsident über die 350 000 Gastarbeiter in der BRD: er begebe sich mit dem guten Bewußtsein nach Bonn, daß es dort "keine Probleme zu lösen gibt".
3 Vgl. auch: L. Elsner: FREMDARBEITERPOLITIK IN WESTDEUTSCHLAND, Berlin 1970 und DWI-BERICHTE 16/1964, p. 294-298 und DWI-BERICHT 7/66.
4 Prof. Dr. Gülten Kazgan: "Iktisadi Durgunluk, vergiler ve yeni zamlar", CUMHURIYET, 16. Juli 1970.
5 Entfällt.

75 % der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, 13 % im Dienstleistungssektor und nur 12 % in der Industrie. Die Industrialisierung des Landes, eines der großen Ziele Kemal Paschas (Atatürk), bleibt ein Traum. Aber obwohl die Türkei ein Agrarstaat geblieben ist, müssen jährlich Lebensmittel importiert werden, weil mittelalterliche Eigentumsverhältnisse die Steigerung der Produktivität nahezu unmöglich machen. Von 23 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche werden noch 18 Mio. ha mit einfachen mittelalterlichen Holzpflügen bearbeitet. Für 18 Mio. ha kommen Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und agrarwissenschaftliche Kenntnisse n i c h t zur Anwendung. Obwohl für ca. 8 Mio. ha die Möglichkeit der Bewässerung leicht geschaffen werden könnte, werden nur 1,5 Mio. ha bewässert. Die meisten Bauern sind ökonomisch und oft auch politisch gezwungen, sich als Landarbeiter zu verkaufen. Ein Teil der Bauern ist landlos, ein anderer Teil besitzt so wenig Boden bzw. so wenig andere Produktionshilfsmittel, daß er ebenfalls in neo-feudaler Abhängigkeit vom Großgrundbesitz zu leben hat. Deshalb kann der größte Teil der Bauern von den ihnen formell zustehenden Rechten keinen Gebrauch machen. Gleichzeitig sind die Gutsbesitzer in Ost- und Mittelanatolien in ihrer Herrschaft praktisch unbeschränkt.

Die Rückständigkeit der türkischen Landwirtschaft machen auch die folgenden Vergleichszahlen deutlich. Danach liegen die durchschnittlichen Hektarerträge für Weizen im Jahre 1968 für Holland bei 42, für Ägypten bei 17, für Griechenland bei 16, in der Türkei aber nur bei 12 Doppelzentnern. (6) Betrachtet man die letzten drei Jahre, so weisen die amtlichen türkischen Statistiken eine Steigerung der Erträge von nur 1 % aus.

Auch die Exporte landwirtschaftlicher Produkte – und 90 % der türkischen Exportgüter sind landwirtschaftliche Erzeugnisse – sind absolut zurückgegangen. 1967 exportierte die Türkei landwirtschaftliche Produkte für 421 Mio. US-Dollar, 1968 waren es 404 und 1969 nur noch 403 Mio. US-Dollar. (7)

Zwar stiegen die gesamten Exporte von 1947 bis 1969 um fast 150 %, demgegenüber stiegen jedoch gleichzeitig die Importe um mehr als 200 %. Vergleicht man den Exportanteil im internationalen Maßstab, so ergeben sich pro Kopf der Bevölkerung gerechnet für das Jahr 1967 folgende Exportquoten in US-Dollar:

Bulgarien	175,44
Potugal	72,55
Griechenland	56,70
Spanien	42,78
Ägypten	18,31
die Türkei aber	15,96 (8)

Die seit 1947 wachsenden Handelsdefizite müssen immer wieder mit ausländischen Krediten gedeckt werden, so daß schon heute 80 % der Neukredite für die Tilgung von Schulden und Zinsen verwendet werden.

Die Länder des Türkei-Konsortiums, das sind die USA, Westdeutschland und die übrigen EWG-Staaten, machten im vergangenen Jahr die weitere Vergabe von Krediten von einer Abwertung des türkischen Pfundes abhängig.

Obwohl die Abwertung des TL (Türk Lira = Türkisches Pfund) nur den Reflex auf den relativen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstellt, wurde doch gerade die Stagnation der türkischen Wirtschaft durch die Politik und den Druck des imperialistischen Kapitals hervorgerufen, das wiederum am stärksten von dieser Abwertung profitiert. Das rechtsliberale Wochenblatt "Deutsche Zeitung/Christ und Welt" trifft den Nagel auf dem Kopf, wenn es fest-

6 Doc.Dr. Suat Aksoy: TÜRKIYE DE TOPRAK MESELESI, Januar 1969, S. 88.
7 Gülten Kazgan, e.d. 15. Juli 1970.
8 Ziya Kaya: "Merkez Bankasi Eski Genel Baskani, Dis ticaret Politikamiz", CUMHURIYET, 17. Juni 1970.

stellt: "Die Türkei scheint in dem heiklen Stadium, in dem Hunderte von Entwicklungs-Millionen die sozialen Spannungen nicht gemildert, sondern im Endeffekt gesteigert und damit das politische Fundament unterhöhlt haben...". (9) Und das kann auch gar nicht anders sein: Da die Investitionen dieses "Entwicklungshilfe"-Konsortiums sich nicht an den Bedürfnissen des türkischen Volkes orientieren, sondern ausschließlich an Kriterien der Gewinn-Optimierung der Kapital-Geber, verschärfen sie nur die klägliche Situation der Türkei. Indem sie einen erheblichen Teil der erzielten Profite transferieren, es wird mehr transferiert als überhaupt investiert worden ist, verschärfen sie relative und absolute Stagnation. Im Jahre 1965 flossen 22 Millionen US-Dollar privates Fremdkapital in die Türkei, während 17 Mio. US-Dollar Gewinne herausgezogen wurden. Im Jahre 1967 standen 17 Mio. US-Dollar an Kapital-Importen eine Gewinnabführung von 25 Millionen US-Dollar gegenüber. 1968 verschlechterten sich die Verhältnisse für die Türkei weiter: 12,8 Mio. US-Dollar an ausländischen privaten Kapitalimporten stand ein Profittransfer von 28,8 Mio. US-Dollar gegenüber. (10) Obwohl also die Gewinnausfuhr seit 1968 ständig die Kapitalimporte übersteigt, wächst die Verschuldung der Türkei. Die passive Handelsbilanz ist eine der Ursachen, und die Art der Investitionen, des "Kapitalexports", besiegelt diese ungleichen Verhältnisse.

Der wachsenden Verschuldung des türkischen Staates entspricht die Produktionskrise der türkischen Industrie. Die Zeitung "Ticaet", Organ der türkischen Industriellen, beschreibt die Lage so: "In Kürze wird man beobachten, daß mehrere Fabriken ihre Tore schließen müssen. Die Straßen werden mit Arbeitslosen gefüllt sein." (11) Die türkischen Industrie- und Handelskammern müssen von einem Wachstum des Wertes von b a n k r o t t e n Industrieunternehmen und des Nettowerts von g e p l a t z t e n Wechseln berichten. Die Zahl der Arbeitslosen wird schon heute auf 1,5 Millionen geschätzt. Hinzu kommt eine versteckte und saisonbedingte Arbeitslosigkeit. Besonders in den Wintermonaten, wenn es für die meisten Bauern keine Arbeit gibt, schwillt das Arbeitslosenheer auf über 7,8 Millionen an. (12)

Für das Gros der Bevölkerung ist das Realeinkommen erheblich gesunken. So stieg das Preisniveau in den letzten Jahren um 200 %, während die Löhne und Gehälter nur um 45 % gestiegen sind. Allein im Jahre 1969 sind die Preise für Obst und Gemüse durchschnittlich um 50 % gestiegen. (13) Nach amtlichen türkischen Angaben verdiente ein türkischer Industriearbeiter 1968 täglich durchschnittlich 28 TL, 1969 dagegen nur 27,7 TL. (14) Wenn man bedenkt, daß in den Randgebieten der Industriestädte für eine einfache unmöblierte Wohnung über 500 TL Miete monatlich zu zahlen sind, 1 kg Fleisch 15 - 20, 1 kg Butter 20 und ein einfaches Nylonhemd 30 - 50 TL kosten, dann kann man sich ein Bild von den elenden Lebensbedingungen eines Industriearbeiters machen. Nach der Abwertung des TL im August dieses Jahres sind die Preise bis jetzt durchschnittlich um 15 % gestiegen. (15)

Noch schlimmer ist die Lage der Bauern. Ihr Einkommen ist unvorstellbar niedrig. Die am besten Verdienenden unter den Bauern sind die Tabak-, Baumwoll- und Teepflanzer. Rechnet man nun das jährliche Einkommen eines Tabakbauern um, so ergibt sich als durchschnittlicher Tagesverdienst die "fürstliche" Summe von 59 Kurus (ca. 15 Pfg.). Ein Tabakexporteur dagegen verdient täglich über 2.800,– TL.

9 Jürgen Tern: 'Ankara am Rande der Diktatur, Türkei – Heikles Stadium", in: DEUTSCHE ZEITUNG/CHRIST UND WELT, 7. Mai 1971, S. 7.
10 "Ecvet Güresin, Arttiriyorlar", CUMHURIYET, 9. Juni 1969.
11 Gülten Kazgan, e.d.
12 Halük Ulman: "Türk Ulusal Savunmasi üzerine düsünceler", SBF DERGISI, November 1966, S. 212.
13 CUMHURIYET, 20. Juni, 14. Juli 1969.
14 Gülten Kazgan, e.d.; vgl. dazu auch die Zeitung der IG Chemie, P.K. Juli 1969: Löhne bei Türk-Hoechst DM 1,10 in der Stunde, vor dem Streik DM 0,80.
15 CUMHURIYET, 11. - 13. August 1970.

Aber nicht nur der Lebensstandard der Arbeiter und Bauern in der Türkei ist extrem niedrig, auch der der Lehrer, der Beamten und sogar vieler türkischer Kleinunternehmer ist nahezu unerträglich. Ein Lehrer oder ein unterer Beamter verdient oft weniger als durchschnittlich ein Industriearbeiter. Am 1. Lehrerstreik in der türkischen Geschichte im Dez. 1969 gegen diese elende (16) Entlohnung beteiligten sich daher auch 80 % der Lehrer. Im Juni 1970 protestierten zehntausende Beamte gegen ihre miserable Lage.

Im besonderen die besitzlosen Klassen spüren, daß 1/3 des türkischen Budgets für militärische Zwecke verwendet wird. Die Türkei unterhält 560 000 Soldaten. Gemessen an der Bevölkerungsgröße ist das die größte Armee innerhalb der NATO und man kann sich ausmalen, wie schwer das türkische Volk unter dieser zusätzlichen Bürde zu tragen hat. Für eine Sache außerdem, die gerichtet ist gegen das Land, von dem das türkische Volk am ehesten wirkliche Hilfe erwarten könnte, der Sowjetunion.

Bei dem allgemeinen Lebensniveau und der unentwickelten Industrie bleibt für viele Türken nur die zweifelhafte Hoffnung auf die Möglichkeit einmal in Westdeutschland oder in Westberlin einen Arbeitsplatz zu finden. Zur Zeit sind über 300 000 türkische Arbeiter in der Bundesrepublik beschäftigt, 900 000 warten auf ihr "Glück".

Natürlich ist in der Türkei nicht nur der Lebensstandard der breiten Volksschichten extrem hoffnungslos, ist nicht nur die Industrie unentwickelt. Auch die Infrastruktur ist entsprechend entmutigend: 55 % der Bevölkerung können weder schreiben noch lesen. Von 40 000 Dörfern warten über 15 000 noch immer auf den Bau von Schulen, von Verbindungswegen und Straßen und Trinkwasseraufbereitungs- oder Versorgungsmöglichkeiten. Der Ausbruch der Cholera im Oktober 1970 illustriert diese Tatsachen in makabrer Weise (vgl. FAZ 19. Oktober 1970).

Von 78.695 Hochschulbewerbern werden nur 20 bis 25 000 einen Studienplatz bekommen, wenn auch nicht den gewünschten Platz. Untersuchungen des amerikanischen Professors Fray (USA) haben ergeben, daß 34 % der Landbevölkerung den Namen keiner einzigen politischen Partei kennen, daß dieser Prozentsatz bei nicht "nichtalphabetisierten" Frauen sogar bei 54 % liegt. In den Dörfern, in denen die regierende "Gerechtigkeitspartei" die Wahlen mit absoluter Mehrheit gewonnen hat, kennen z.B. nur 45 % der Wahlberechtigten den Namen dieser Partei. (17)

Seit 1968 verstärkt das türkische Volk seinen Kampf gegen seine in- und ausländischen Ausbeuter und Unterdrücker. In den meisten Fällen werden die Forderungen der Arbeiter auf dem Verhandlungswege zunächst abgelehnt. Es häufen sich daher die spontanen Streiks und Fabrikbesetzungen. Auch auf dem Lande verschärfen sich die Klassenkämpfe. Industrie- und Landarbeiter führten Landinbesitznahmen durch. Obwohl die Großgrundbesitzer den Boden sich sogar formal widerrechtlich angeeignet haben, ging die Polizei grausam und mit blutigem Terror gegen das Volk vor. Die türkischen Studenten verstärkten ihren antiimperialistischen Kampf. Ihr Kampf gilt der in der Türkei deutlich spürbaren Präsens des US-Imperialismus und der NATO, er richtet sich gegen die Armut und das Elend des Volkes, aber auch gegen die schlechten Lebensbedingungen der Studenten selbst und für Studien- und Hochschulreform.

Die Antwort der türkischen Regierung besteht in der Verschärfung des wirtschaftlichen Druckes, im Einsatz von faschistischen Kommandogruppen und im Erlaß von Ausnahmegesetzen. Auf die wachsende Schuldenlast und die passive Handelsbilanz reagiert die Regierung mit Steuererhöhungen. 1969 wurden übrigens 54,5 % der Staatseinnahmen über indirekte Steuern aufgebracht.

Der Druck der Massen wird durch Aktionen faschistischer Schlägertruppen beantwortet. Sie unterstehen dem Vorsitzenden der "republikanischen Bauern" und der Nationalpartei. Die Regierung duldet und unterstützt die Tätigkeit dieser türkischen SA. In Trainingslagern werden

16 "Lehrerstreik in der Türkei", SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 16. Dezember 1969.
17 Ilhan Selcuk, CUMHURIYET, 16. Oktober 1969.

sie ausgebildet, Kommandounternehmen gegen fortschrittliche Gruppen und Organisationen durchzuführen. Bereits 12 Studenten wurden innerhalb der letzten 18 Monate ermordet. Ergänzt werden diese Kommandogruppen des Obersten Türkesch durch die von angloamerikanischen Firmen ausgehaltenen Gruppen von Religionsfanatikern. In ihren Presseorganen sind Ausführungen wie die folgende nicht selten:

"Rührt euch nur, versucht euch aufzurichten. Wir werden euch umlegen wie nasse Ratten. Wir werden euch zermalmen wie Wanzen. Niemand wird euch aus unserer Hand retten können... Die Flüsse Indonesien flossen tagelang rot durch das Blut der Kommunisten. Die Hyänen im Wald, die Haie im Meer sind satt von Menschenfleisch. Genau 500 000 Kommunisten haben die indonesischen Muslims geschlachtet. Ihre Hände mögen keine Sorge mehr kennen. Meine schlitzäugigen muslimischen Brüder, sie mögen lang leben..." (18)

Zugleich hat die Regierung Gesetze erlassen, die an die reaktionärsten Menderes-Zeiten anknüpfen. Neben der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei der Türkei gibt es eine legale Arbeiterpartei, die sich als Folge der demokratischen Kämpfe konstituieren konnte und der es auch gelungen ist, im Parlament vertreten zu sein. Der Arbeiterklasse und ihren politischen und ökonomischen Organisationen gelten die Hauptschläge des Demirel-Regimes.

So wurde vor einem Jahr im Parlament ein Arbeitergesetz durchgepeitscht. Die Arbeiterklasse hatte sich mit Massenaktionen, an denen sich über 180 000 Arbeiter beteiligten, gegen dieses antidemokratische Machwerk gewandt. Nach diesem Gesetz werden Streiks erschwert und unter Strafe gestellt. In verschiedenen Verklausulierungen wird der Austritt aus den bestehenden gelben Gewerkschaften erschwert und die Legalität der demokratischen Gewerkschaften eingeschränkt. Dennoch muß man erwarten, daß sich die Zahlen, die Yakub Demir in seiner Schilderung der augenblicklichen Klassenkräfte und Klassenkämpfe in der Türkei während der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 über den Organisationsgrad der Arbeiterschaft angab, weiter verbessert haben. Danach sind mehr als 350 000 Werktätige in fortschrittlichen Gewerkschaften organisiert. (19) Eine große Zahl, wenn man bedenkt, daß nur ca. 3 Millionen in Industrie und Dienstleistungssektor beschäftigt sind und daß es außerdem noch die gelben Gewerkschaften aus der Menderes-Zeit gibt.

Ein neues Vereinsgesetz untersagt nicht im Parlament vertretenden oppositionellen politischen Vereinen jede Betätigung. Es ist klar, daß Organisatoren von Demonstrationen zum Militärdienst eingezogen werden.

Die Klassendiktatur in der Türkei wird getragen durch ein Bündnis der US-amerikanischen Monopole mit der türkischen Kompradorenschicht, wobei letztere in besonderem Maße durch Gutsbesitzer und anderen feudalistisch und reaktionär orientierten Schichten geprägt ist. Für diese herrschende Klasse bildet ein besonderes Problem der Kemalismus, eine national-kapitalistische Bewegung, die auch heute noch in der Türkei über großes Ansehen verfügt. Seinem Wesen nach ist der Kemalismus bürgerlich-demokratisch und national-revolutionär. Seiner sozialen Basis und Ideologie nach stützte sich der Kemalismus auf das fortgeschrittene Bürgertum und die Bauernklasse. Getragen wurde der Kemalismus in der Hauptsache durch das Militär, und besonders unter den jüngeren und mittleren Offizieren gibt es auch heute noch viele fortschrittlich denkende links eingestellte Kemalisten. (20) Diese stellen für die reaktionäre herrschende Klasse

18 Mehmed Sevki Eygi, in: BUGÜN, 7.4.1967; zitiert nach: Türkischer Studentenverein in Berlin: DER SCHLEICHENDE FASCHISMUS IN DER TÜRKEI, Westberlin 21.9.1970, (Dokumentation im Umdruck).
19 INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, Moskau 1969, S. 765.
20 Über die Erfahrungen mit dem türkischen Kemalismus berichtet ausführlich G. Barthel in seiner Analyse "Der industrielle Aufbau in der Türkei zwischen 1923 und 1966", in: JAHRBUCH DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE, Teil III, Berlin 1968.

ein großes Problem dar. Da die Versuche, die Offiziere der Armee zu korrumpieren, nur zum Teil erfolgreich verlaufen, muß die reaktionäre herrschende Klasse versuchen, durch harmonische Übergabe der Macht an das Militär die kemalistisch orientierten Teile der Armee zu überspielen und auszuschalten.

In der Tat hatte sich in der Armee eine fortschrittliche Gruppe gebildet. In den ersten Entwürfen für ein Ultimatum sollten als Forderungen präsentiert werden: Demokratisierung des Staates, rigorose Bekämpfung der Korruption (21), Durchsetzung der Bodenreform, Ausschaltung des militärisch-imperialistischen US-amerikanischen Einflusses. (22)

Diesem Unternehmen kamen Demirel und rechtsgerichtete Armeekreise zuvor. Unter dem Vorwand eines drohenden kurdischen Aufstandes, der notwendigen Bekämpfung der rechtsradikalen faschistischen Gruppen sowie unter Hochspielung von anarchistischen Gruppen als Gefahr für Volk und Staat gelang es zunächst, die fortschrittliche Offiziersgruppe zum Stillhalten zu bewegen und dann zu zerschlagen. Da die Proklamierung des Kriegsrechts unter dem Vorwand der Bekämpfung rechter und anarchistischer Kräfte erfolgte, gelang es den reaktionären Kräften zunächst auch größere Teile der Arbeiterklasse und der übrigen fortschrittlichen Kräfte irrezuführen und zum Abwarten zu veranlassen. Insbesondere die Republikanische Volkspartei der mittleren Bourgeoisie, von Kemal Pascha's Kampfgefährten Inönü geführt, deckte dieses Manöver ab. (23) Im Grunde genommen kam es zur Spaltung der Volkspartei, da der fortschrittlichere Generalsekretär Bülent Ecevit abgelöst wurde und von Anfang an die Manöver richtig eingeschätzt hat.

Da ein Ende der ökonomischen Krise nicht absehbar ist und sich ein immer größerer Teil der Arbeiterklasse, der Bauern und der übrigen Werktätigen der demokratischen Bewegung anschließt, versucht die herrschende Klasse weiter Kurs auf die offene faschistische Diktatur zu nehmen. Schon im Rahmen des gültigen Strafgesetzbuches kann sich die herrschende Klasse in der Türkei auf faschistische Gesetze stützen: So enthält das türkische StGB als § 141 die im faschistischen Italien 1926 geborene "Rechtsvorschrift": "... wer Vereine gründet, die bezwecken, nationale Gefühle zu vernichten oder zu schwächen, oder wer versucht, solche zu gründen, oder wer solche leitet oder Anweisungen gibt, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren bestraft." Gestützt auf solche Gummiparagraphen sind in der Türkei schon unter "normalen" Verhältnissen, also vor dem Ausnahmezustand, Zuchthausurteile von mehr als 6 Jahren gesprochen worden, wenn nur utopisch-sozialistische Modelle für die Türkei dargestellt wurden. (24) Aber für die herrschende Klasse sind diese Bestimmungen zu wenig. Ihr neuer Regierungschef Erim fordert eine Verfassungsänderung, die den Ausnahmezustand verewigt und Streik- und Demonstrationsrecht ein für alle mal verbietet. Denn die geltende Verfassung sei liberaler als die Italiens, Frankreichs und der BRD. Und: "In der Türkei können wir uns einen solchen Luxus nicht leisten." (25)

Noch ist der volle Faschismus in der Türkei nicht Wirklichkeit geworden. Für die antiimperialistischen Kräfte wird es darauf ankommen, ihre Kräfte zusammenzufassen. Allerdings sind die Kampfmöglichkeiten mit der Abschaffung des Streikrechtes schon jetzt sehr eingeschränkt. Die besondere Schwierigkeit besteht zum Teil aber gerade darin, daß jede Inaktivität den Faschismus zur Sicherheit werden läßt, andererseits bei den Aktionen und den Massenaktionen jede Verbindung mit den anarchistischen und terroristisch operierenden Banden ausgeschlossen werden muß.

Wilhelm Erdmann

21 Rudolph Chimelli: "Zwischen grünem Turban und roten Köpfen", in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Februar 1971: "... nur durch die Absetzung von Beamten des Rechnungshofes und anderer taktischer Manöver konnte Demirel verhindern, daß ihm nicht selber eine Verwicklung in die Familiengeschäfte nachgewiesen wurde."
22 ANT, 13. Mai 1971, sosyalist teorie ve eylem dergisi, S. 7.
23 FAZ, 5., 6. und 12. Januar 1971, Auch Inönü ruft nach der Armee, etc.
24 Zit. nach: DER SCHLEICHENDE FASCHISMUS, a.a.O.
25 SPIEGEL Nr. 20/1971, Hamburg.

Beschreibung: Der schwarze Südafrikaner

Im folgenden veröffentlichen wir den Beitrag eines südafrikanischen Genossen, der selbst aktiv an den Kämpfen der südafrikanischen Arbeiterbewegung teilnimmt. Unseres Erachtens handelt es sich bei diesem Text um ein Dokument, das mehr aussagt über die kolonialistische Diktatur der südafrikanischen weißen Bourgeoisie, über die Unterdrückung der schwarzen Afrikaner als viele umfassende wissenschaftliche Arbeiten. Gleichwohl stellt dieser Beitrag nur die Einführung zu einer umfangreichen Analyse dar, die in der nächsten SOPO erscheinen wird. Arbeitstitel: "Zur Lage der Arbeiterklasse und zur Politik des westdeutschen Kapitals in Südafrika".

Der Wert der Unterdrückung

Es ist eine bittere Tatsache, daß die Afrikaner zu lange gebraucht haben, um aus ihrer Geschichte zu lernen, ihr Leiden wird in vieler Hinsicht durch die Maßnahmen der jetzigen Regierung verstärkt. Ihre Lage hat sich seit drei Jahrhunderten immer mehr verschlechtert, seitdem die ersten abenteuerlustigen Weißen in Südafrika auf der Suche nach Handelsplätzen eindrangen und schließlich dort blieben, um die Afrikaner zu beherrschen.

In der Vergangenheit waren die afrikanischen Häuptlinge sogar manchmal davon überzeugt, daß es Übereinkommen geben müsse, die es Schwarzen und Weißen ermöglichten, friedlich im gleichen Land zusammenzuleben. Als sie sich an den weißen Mann gewöhnt hatten und für mageren Lohn für ihn ihre Rücken beugten, ermutigte sie gelegentlich der Gedanke, vielleicht eines Tages an seiner Zukunft teilhaben zu können. Wann dies geschehen würde, hinge von den Afrikanern ab. In dem Maße, in dem sie ihre Schwächen überwinden, ihre politische und wirtschaftliche Unwissenheit verlieren, ihre wilde Natur zivilisieren und zu dem weißen Gott beten würden, würden sie die Freundschaft und Anerkennung des weißen Mannes gewinnen. Dann bekämen die Fähigsten von ihnen einen Sitz in seinen Ratsversammlungen und erhielten das Recht, wie die Weißen zu handeln.

Bald zeigte sich jedoch, daß sie die Sprache des weißen Mannes nur lernten, um das Wesen ihrer Knechtschaft besser zu kennen. Drei Jahrhunderte weißer Vorherrschaft in Südafrika haben den Afrikanern Fesseln angelegt, sie ihrer Würde beraubt, ihnen den letzten Rest ihrer Selbstachtung genommen und sie in Haß eingeschlossen.

Es ist eine außergewöhnliche Erfahrung, ein Leben wie in Strafe zu leben – die Strafe, schwarz zu sein. Kein Tag vergeht, an dem sie nicht an ihre Schuld erinnert und in ihre Schranken zurückgewiesen werden, an dem sie nicht auf Ärger gefaßt sein müssen, weil sie vielleicht Gesetze übertreten, die ausschließlich zu ihrer Unterdrückung ausgedacht wurden. Einige dieser Gesetze sind einfach kleinlich und gemein, andere grausam wegen ihrer Härte und Ungerechtigkeit. Sie verweigern den Afrikanern selbst eine bequeme Parkbank oder einen erfrischenden Trinkbrunnen, legen wesentliche Genehmigungen in die Hände hartherziger Bürokraten, legalisieren Verhaftungen ohne Haftbefehl, Standgerichte und politisches Exil.

Erniedrigungen durch das Gesetz werden schließlich ein Teil der Wirklichkeit deines Lebens – lästig, aber unausweichlich und irgendwie erträglich, wie ungesundes Klima. Was erschrecken und erschaudern läßt, sind die plötzlichen, direkten Angriffe auf dich als Person. Die Furcht des Weißen vor der schwarzen Hautfarbe – und was immer für ihn zu ihrem Symbol wird – treibt ihn unbarmherzig an. Sein Haß bricht beim geringsten

Anlaß hervor. Ein einziger Fehltritt, eine unbeabsichtigte Kränkung, eine für schlecht angesehene Handlung oder ein hastiges Wort, und er ist über dir, ein vor Wut schäumender, von seiner Unantastbarkeit überzeugter Feind. Schon alle Schwarzen sind bereits mit Worten gegeißelt worden. Vielleicht sind nicht alle schikaniert, bedroht, hin- und hergestoßen, angespuckt, geschlagen oder geprügelt worden.

Es gibt keine Zuflucht. Die Schutzeinrichtungen der Gesellschaft sind nicht für dich bestimmt. Die Polizei, die richterlichen Beamten, die Gerichtshöfe – der ganze Gesetzesapparat verstärkt die schon absolute Macht der weißen Chefs und seiner gnädigen Frau.

Dein eigenes Volk ist einfach nichts. Der strenge Vater, die Schutz bietende Mutter, die Verwandten – sie sind nichts. Die Familienloyalität, die Stammeszugehörigkeit, die vielen kulturellen Gemeinsamkeiten, die die Menschen in Notzeiten zu Verbündeten machen – das alles ist einfach nichts. Als gesellschaftliche Gruppe haben sie weder Status noch Einfluß. Als Individuelle haben sie sich vielleicht schon der Teilnahmslosigkeit und Verzweiflung hingegeben. In solch einer Atmosphäre ist es schwer, Selbstachtung zu entwickeln oder sich an ihr festzuhalten. Nicht nur dein eigenes Leben wird schonungslos angegriffen, sondern deine Kameraden gleichermaßen. Du schaust vergeblich aus nach Helden, denen du nacheifern kannst. Die Gruppe der Angegriffenen weist eine hohe Ausfallrate auf. Viele teilen fast die Meinung des weißen Mannes und glauben an ihre Wertlosigkeit. In Ermangelung eines Besseren wird der Zorn zur Anregung und Zuflucht. Nach außen mußt du kühl bleiben, wenn dies auch schwer fällt. Mit der Strafe ist man rasch zur Hand bei unbedachten Afrikanern. Aber in deinem Innern kocht es. Morgens stehst du auf, verbittert über deine Armut innerhalb des weißen Wirtschaftssystems.

Wo immer du auch in Südafrika hingehst, die Unterdrückung lastet auf dir. Es vergeht nie ein Tag, an dem deine Wut keinen Zündstoff findet. Wenn sie ihren Höhepunkt erreicht, wirst du von ihrer Intensität gepackt; du glaubst, mitten auf der Straße überschnappen oder einen Mord begehen zu müssen.

Aber du tust nichts von beidem. Du selbst leistest deinen eigenen Beitrag zur Unterdrückung, indem du deinen Zorn unterdrückst. Bei Freunden sprichst du nicht einmal von den plötzlichen Anfällen, die du hast. Sie schüren nur das Feuer. Du glühst einfach, aber du explodierst nicht. Heutzutage ist unversöhnlicher, blinder Haß eine Barriere, die weder der Weiße noch der Schwarze überschreiten kann. Zwischen ihnen besteht weder ein Glimmen von Kameradschaftsgefühl, noch ein Wille zum Verständnis. Bei beiden Rassen hat sich eine starre und widernatürliche Psychologie der Gegensätze entwickelt. Was der andere mag, muß schlecht sein; was der andere fürchtet und haßt, muß einen Wert haben; wann immer der andere freundlich ist, mißtraue ihm; wann immer der andere freundlich lächelt, sei vorsichtig. Vielleicht kannst du entrinnen, aber der Geruch deines Gefängnisses haftet an dir. Wo Parkanlagen frei sind und Bänke zur Verfügung stehen, willst du sie nicht. Gutes

Hans Mathias Kepplinger

Rechte Leute von links

Gewaltkult und Innerlichkeit
327 Seiten. Kartoniert DM 19.–

Von der «Love and Peace»-Kommune zum Bombenterror. Ein Beitrag über den Zusammenhang von Gewaltkult und Innerlichkeit und die Verantwortlichkeit des Intellektuellen, dargestellt am Beispiel Hans Magnus Enzensberger.

bei Walter

Essen beeindruckt dich nicht. Urlaub ist für die Dummen da. Du strengst dich nicht besonders an, erwartest wenig von dir selbst, denn es ist immer noch die Welt des weißen Mannes und du spürst, daß deine Schwierigkeiten die Folge deiner Hautfarbe sind. Du schaust dem weißen Mann kühn in die Augen und beißt auf die Zunge, wenn sie dir entschlüpft und du ihn Chef nennst. Dein Zorn ist unvermindert, denn die jeden Tag neu entdeckten kleinen Freiheiten erinnern dich an die Beschränkungen der Vergangenheit. Aber wie er glüht, heiß, stark und unbewacht, so weißt du, daß dir sein Verzehr zum erstenmal die wirkliche Freiheit gibt.

Erziehung zur Knechtschaft

"Sobald ich die Bantuerziehung unter mir habe" meinte der verstorbene Dr. Hendrick Verwoerd im Jahre 1953 "werde ich sie so reformieren, daß die Bantus von Kind auf erkennen, daß eine Gleichheit mit Europäern für sie nicht existiert." Verwoerd war damals noch nicht Premierminister, aber als Minister für Bantuangelegenheiten war er bereits eine bedeutende "Persönlichkeit" in der südafrikanischen Regierung. Er trat damals für das sogenannte Bantu-Erziehungs-Gesetz ein, das die Kontrolle über das Erziehungswesen der Afrikaner seinem Ministerium übertragen sollte. Unter diesem Gesetz, so erklärte Verwoerd, würde der Bantu nur soviel Ausbildung erhalten, als nötig sei, damit er seine niedrige Funktion in der südafrikanischen Wirtschaft erfüllen könne. "Für ihn (den Bantu) gibt es keinen Platz in der europäischen Gemeinschaft über dem Niveau bestimmter Arbeitsformen (Tätigkeitsarten)", meinte er. "Daher ist es nutzlos für ihn, eine Ausbildung zu erhalten, deren Ziel die Aufnahme in die europäische Gemeinschaft ist. Was hat es für einen Sinn, einem Bantukind Mathematik beizubringen, wenn es diese Kenntnisse in der Praxis nicht anwenden kann? Das ist unsinnig. Das Kind wächst dann nur zu einem imitierten Europäer heran." Das Gesetz wurde verabschiedet und ist schon seit 17 Jahren in Kraft. Bis jetzt ist viel von dem, was der verstorbene Dr. Verwoerd versprochen hatte, Wirklichkeit geworden. Jeden Tag gehen etwa 2 Millionen junge Afrikaner, hübsch herausgeputzt in ihrer obligatorischen Uniform, die sich aus weißem Hemd und schwarzer Hose zusammensetzt, in die für sie bestimmten Bantuschulen, um zur Knechtschaft erzogen zu werden.

Ein afrikanisches Kind hat täglich 3 Stunden Unterricht. Er findet meistens in zwei Schichten statt, wobei die erste morgens um 8 Uhr und die zweite um 11 Uhr beginnt. Ist die Zahl der Kinder zu groß, was heute meist der Fall ist, werden eine oder zwei zusätzliche Unterrichtsschichten in den Nachmittag gelegt und Aushilfslehrer herbeigerufen. Bis zum Nachmittag sind die Lehrer, die während der ersten beiden Schichten unterrichten und dabei oft mehr als hundert Schülern auf einmal gegenüberstehen, erschöpft. Die Lehrkörper sind unterbesetzt, nicht genügend qualifiziert und unterbezahlt. Die Arbeitslast ist unmenschlich. Eine neu errichtete Schule in einem Bezirk für Afrikaner durfte den Unterricht mit nur drei Lehrern für 700 Schüler eröffnen. Es ist paradox, daß trotz akuten Lehrermangels viele Lehrer keine Arbeit finden, da die Schulbehörden nur eine begrenzte Zahl von Planstellen vorsehen. Es gibt eine große Anzahl Lehrer, die Laufburschen für Geschäfte sind, weil sie einfach nicht angestellt werden.

Einzig Aushilfslehrerinnen, von denen manche nur 16 Jahre alt sind, können den fest angestellten Lehrern zur Seite stehen. Meist kümmern sie sich um die Allerjüngsten, um die Anfänger, deren Lerngewohnheiten noch geformt werden müssen. Wenn diese Mädchen auch keine guten Lehrer sind, so verdienen sie doch wenigstens ein Gehalt, wenn

dies auch monatlich nur 100 DM beträgt. Dieser Betrag fällt den Eltern der Schüler zur Last, denn Aushilfslehrer werden nicht vom Budget berücksichtigt. Da qualifizierte Lehrer mit jahrelanger Erfahrung oft nicht mehr als 300 DM monatlich verdienen, würden manche junge Aushilfslehrerinnen nicht im Traum daran denken, den Lehrerberuf einzuschlagen; sie wollen einfach die Zeit totschlagen, bis sie z.B. einen Krankenschwesternkurs beginnen können.

Trotz Schulneubauten reichen die Schulplätze beiweiten nicht aus. Überfüllte Schulklassen werden oft in einer Kirche oder einer leeren Barracke, die gerade zur Verfügung steht, untergebracht. Kinder, für die einfach kein Platz mehr vorhanden ist, wohnen dem Unterricht im Freien bei, wobei sie in dem Maße, wie sich die glühende Sonne am Himmel weiterbewegt, dem Schatten um die Schule herum folgen. An Mobilar mangelt es ständig. Viele Schulen, darunter auch neu errichtete, besitzen überhaupt keine Möbel, nicht einmal ein Lehrerpult. Im Winter bringen Schüler, die in leeren Schulen unterrichtet werden, Kartonstreifen mit, auf die sie sich setzen, um die Kälte der Betonfliesen abzuwehren. Dort, wo Kirchen als Klassenräume herhalten müssen, ist das Bedürfnis nach Mobilar und Lehrmittel besonders dringend, aber die Regierung meint hierzu, "wir sind nicht verpflichtet, Kirchen einzurichten".

Bücher sind eine kostbare Seltenheit. Lehrer, die sechzig Fibeln bestellen, bekommen möglicherweise nur zwei bewilligt. Rechtschreiben, Musik und einfache Gesundheitslehre gehören zu den Hauptfächern, wenn auch der Stundenplan nicht mehr als 20 Minuten Zeit für jedes Fach zuläßt. Unter solchen Umständen ist es reiner Zufall, wenn Kinder überhaupt etwas lernen. "Es ist unmöglich, die Aufmerksamkeit der Kinder auf sich zu lenken", so ein Lehrer. Ein ernstes Problem ist die Müdigkeit, besonders unter den Kindern der zweiten Schulschicht, die zu jung sind, um den weiten Weg zur Schule allein zurückzulegen und mit älteren Kindern der ersten Schicht von zu Hause weggehen müssen. Dazu gehören auch Kinder, deren Eltern früh zur Arbeit gehen müssen, und die niemand haben, bei dem sie die Kinder lassen könnten. Folglich sind die Schulhöfe täglich überfüllt von kleinen Kindern, die sich mit Spielen die freien Stunden um die Ohren schlagen. Während des Unterrichts sind sie müde und hungrig und viele schlafen ein. Lehrer berichteten, daß Kinder möglicherweise während eines ganzen Schuljahres nichts lernen, weil sie infolge der langen Stunden und Unterernährung zu müde und erschöpft sind.

Ein weiteres und entscheidendes Problem ist die Tatsache, daß die Schulklassen unter dem Bantuerziehungsgesetz im Stammesdialekt jedes einzelnen Gebietes unterrichtet werden, obwohl Englisch und Afrikaans die einzigen offiziellen Landessprachen sind. Dies soll vermutlich das Interesse der Regierung an der Aufrechterhaltung der Stammesidentität wiederspiegeln: ihre Hauptabsicht ist jedoch, die Spaltung der vielen Völker Südafrikas zu verstärken. Die Stammessprachen sind natürlich für das technische Vokabular von heute nicht geeignet. Diesem Mangel ist das Bantu-Erziehungs-Ministerium dadurch nachgekommen, daß es in diesen Gebieten besondere Stammes-Ausdrücke erfunden hat, obwohl diese weder von Technikern noch von Stammesangehörigen verstanden werden.

Afrikanische Kinder werden vielleicht mit sieben Jahren in die Schule aufgenommen, wenn ihre Eltern bewiesen haben, daß sie rechtmäßige Einwohner ihres Gebietes sind. Für Afrikaner besteht weder Schulpflicht noch ist der Schulbesuch kostenlos; es wird Schulgeld erhoben. Bleistifte und Papier müssen von den Schülern bezahlt werden, ebenso die Schuluniformen. Die afrikanische Familie, die von der Hand in den Mund lebt, muß Opfer bringen, um selbst diese elementare Ausbildung ihrer Kinder zu bezahlen. Wenn kein Geld für Schulgebühren vorhanden ist, oder kein Elternteil zu Hause ist, der auf regelmäßigen Schulbesuch drängt, kann es vorkommen, daß die Schulausbildung eines jungen

Menschen ein Ende findet, wenn dieser neun oder zehn Jahre alt ist. Für fast alle afrikanischen Kinder endet die schulische Ausbildung ohnehin mit der Volksschule. Ein Schüler ist von vornherein von der Höheren Schule ausgeschlossen, wenn er nicht in den Abschlußprüfungen der Volksschule besonders gute Noten erzielt. Durch diese harten Anforderungen werden viele afrikanische Kinder, die sonst vielleicht weiter zur Schule gehen würden, an einer Fortbildung gehindert.

Es gibt nur wenige Höhere Schulen, in denen sich die meisten Mängel der Volksschule wiederholen. Obwohl im Verhältnis zu Volksschulen weniger Schüler eingeschrieben sind, sind sie trotzdem überfüllt, spärlich ausgestattet, unzureichend mit Lehrern besetzt und von niedrigem Niveau. Zu den Schulfächern zählen Sozialkunde, Musik, Landwirtschaft, Religion und Werken. Die letzten zwei Jahre in der Höheren Schule sind jedoch für afrikanische Kinder äußerst schwer. Nach Jahren elementarer Ausbildung in einem Stammesdialekt müssen sie nun einen Kollegevorbereitungskurs in Englisch absolvieren, der in Höheren Schulen für weiße Schüler gehalten wird. Die Lerngeschwindigkeit ist zu groß für die meisten afrikanischen Schüler und nur ein paar besonders Begabte kommen zu einem Gymnasialabschluß.

Für Afrikaner gibt es drei Stammesuniversitäten, die von Weißen verwaltet werden und ausschließlich in Bantustans (Reservate für Afrikaner) liegen. Was die wissenschaftliche Ausbildung betrifft, sind sie kaum besser als Gymnasien. Von diesen Universitäten kommen die wenigen schwarzen Rechtsanwälte, Lehrer, Sozialarbeiter und Akademiker, die in Südafrikas geschlossener Gesellschaft zugelassen werden.

Eine andere Welt ist dagegen die Erziehung für das weiße Kind: schulgeldfrei, obligatorisch und erstklassig. Der Unterschied liegt wie bei so vielen Dingen, die die Rassen in Südafrika trennen, auf finanzieller Ebene. Viereinhalb Prozent des Nationaleinkommens wird für das Bildungswesen aufgewendet, aber weniger als ein Zehntel dieser Ausgaben kommt der Ausbildung der afrikanischen Bevölkerung zugute. Die jährlichen Ausgaben für jeden weißen Schüler schwanken je nach Provinz zwischen 400 und 800 DM. Für jeden afrikanischen Schüler belaufen sich die Ausgaben auf 50 DM, gleichgültig, wo er wohnt. Während sich die Zahl der afrikanischen Schüler vergrößert, hat die Regierung ihren Beitrag zum afrikanischen Erziehungswesen für zehn Jahre auf rund 40 Millionen DM beschränkt. Jede weitere Ausweitung und Entwicklung, so meint die Regierung muß von den Afrikanern selbst finanziert werden. Aber wie? Ein großer Teil der Finanzierung des afrikanischen Bildungswesens wird schon von den Afrikanern getragen. Die staatliche Unterstützung ist direkt mit den Steuern verbunden, die sie zahlen und nicht mit den allgemeinen Einnahmen des Staates. Im Jahre 1968 wurde alles, was Afrikaner an Steuern zahlten – eine Summe von über 4,5 Millionen DM – für das Erziehungswesen verwendet. Werden neue Schulgebäude oder -einrichtungen benötigt, so müssen die Eltern der Schüler der Regierung auf halbem Wege entgegenkommen, indem sie sich an den Kosten zur Hälfte beteiligen. Das Geld wird in Form von Sonderabgaben, über die Steuern und Schulgebühren hinaus, erhoben. In den verarmten Gebieten der Afrikaner kann man an solches Geld schlecht heran-kommen.

Eine graphische Aufgliederung der afrikanischen Schulgänger würde die Form einer breit fundamentierten Pyramide einnehmen, die leicht zu einer dünnen, nicht sehr hohen Spitze ansteigt. Das Verhältnis der Schulkinder der unteren Schulklassen zu den höheren Klassen zwischen Weißen und Afrikanern ist 30 : 1, zugunsten der Weißen. die bevölkerungsmäßig nur etwa 3 1/2 Millionen zählen, während die afrikanische Bevölkerung mehr als 12 Millionen Menschen zählt.

Der Glaube, daß es früher oder später ein mehrrassiges Südafrika geben würde, in dem alle gleich sein würden, ist eher ein Mythos. Die herrschende weiße Klasse will ein Südafrika, in dem es keine Zukunft für die Afrikaner gibt. Die südafrikanische Regierung behauptet gerne, daß Afrikaner in Südafrika mehr Ausbildung bekommen, als es sonst irgendwo auf dem afrikanischen Kontinent möglich wäre. Eine Untersuchung, die sich über das Schulleben einer ganzen Generation afrikanischer Schüler erstreckte, brachte folgende Ergebnisse: von 211 629 afrikanischen Kindern, die 1951 in die Schule kamen, waren 1963 nur noch 1 040 eingeschrieben, obwohl alle die 12. Klasse beenden sollten. Einer von 200, die in die Schule kamen, hielt durch. Irgendwie gelang es der südafrikanischen Regierung sogar, diese einsame Zahl zu ihren Gunsten zu verdrehen. Die 298 Afrikaner, die 1963 erfolgreich die Aufnahmeprüfung zur Universität bestanden, bedeuteten eine Zunahme gegenüber den 246, die die Prüfung im Jahr zuvor bestanden hatten. Die Regierung beanspruchte erfreut eine statistische Verbesserung der Bantuschüler von 28 %.

Unter dem Existenzminimum

Im schwarzen Südafrika ist Zahltag der trübste Tag. Er ist der Tag, an dem Rechnungen zu begleichen sind, und fast immer sind die Schulden höher als der Lohn. Bedrückend ist dabei das System der Vorausverschuldung, da in aller Regel selbst die lebensnotwendigsten Dinge gegen Abtretung eines Teils des zu erwartenden Lohns gekauft werden. Krankheit, schlechtes Wetter und kurzfristige Verhaftungen sorgen dafür, daß in den meisten Fällen nicht einmal der bereits verpfändete Lohnanteil zur Auszahlung kommt. Wucher, Kinderarbeit und zermürbende Überstunden sind die Folgen. Die Überstunden sorgen dann mit Gewißheit dafür, daß die Kräfte nicht bis zum nächsten Zahlungstermin reichen, und der Teufelskreis schließt sich.

Mitten in Südafrikas reicher Volkswirtschaft leben 45 % der afrikanischen Familien von Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen. Es wird "living below the bread line" genannt, das heißt, von weniger leben, als für Nahrung, Unterkunft und Kleidung nötig ist, um einen Menschen am Leben und rüstig zu erhalten. Aus einer vor kurzem durchgeführten Umfrage ist zu ersehen, daß eine fünfköpfige Familie in Südafrika ein monatliches Mindesteinkommen von etwa 600 DM benötigt, ohne jedoch Krankheit, Erziehung, Wohnungseinrichtung oder Ferien mit einzubeziehen. Seit dieser Umfrage nahm die Inflation heftig zu, so daß sich das Existenzminimum erhöht hat, der Afrikaner jedoch ist mit seinem Lohn nur noch weiter zurückgeblieben. Sein durchschnittliches Familieneinkommen beträgt knapp 200 DM monatlich. Nicht, daß Afrikaner nicht arbeiten. An unbesetzten Stellen mangelt es nicht. In den fünf wichtigsten Wirtschaftsbereichen – Bergbau, Produktion, Baugewerbe, Eisenbahn und Post – übertreffen Afrikaner tatsächlich die Weißen mit drei zu eins. Das Schlimme ist, daß die Afrikaner absichtlich arm gehalten werden. Der weißen Bourgeoisie gelingt dies, indem sie Afrikaner von allen Berufen – von höchst niedrigen Arbeiten abgesehen – ausschließt, ihnen unerträglich niedrige Löhne zahlt und ihnen keine Zuflucht zu Gesetzen läßt, durch die ihre Lage geändert werden könnte. Die Rassenschranke in der Industrie schließt die Afrikaner von fast allen Fachberufen aus und raubt ihnen somit jeglichen Ehrgeiz, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Zum Teil ist die Rassenschranke eine gesetzliche Taktik, die durch die "Arbeiterreservierungsgesetze" wirksam wurde. Aber meist wird die Rassenschranke durch den Fanatismus der Einzelnen aufrecht erhalten. In vielen Büros, Geschäften und Fabriken lehnen es weiße Arbeiter ab, mit Afrikanern zusammenzuarbeiten. In Geschäftszweigen, in denen eine Lehrzeit erforderlich ist, wie zum Beispiel im Baugewerbe, werden

Afrikaner nicht als Lehrlinge aufgenommen und damit wird ihnen der erste Schritt, der wesentlich ist, um Zimmermeister, Klempnermeister oder Elektrikermeister zu werden, verwehrt. Nur wenn ein Arbeitgeber außerordentlich knapp an Fachkräften ist, stellt er einen Schwarzen in einen "reservierten" Arbeitsplatz ein. Infolge von Knappheit an gelernten Arbeitern wurden einige Afrikaner in letzter Zeit als Lastwagenfahrer, Verkäufer für weiße Kunden, Stenotypistinnen oder Buchhalter angestellt – Berufe, für die man sie als zu niedrig angesehen hatte. Aber immer wird der Afrikaner, der eine solche Stelle besetzt, schlechter bezahlt als ein Weißer, der diesen Beruf ausübt, und kann von heute auf morgen entlassen werden, ganz gleich, wie lange und wie gut er seine Arbeit verrichtet hat.

"Der Job ist nur vorübergehend für dich", erinnert ihn der Unternehmer, "bis wir einen festen Angestellten finden." Sollte ein Unternehmer in Versuchung kommen, seine schwarzen Arbeiter höher einzustufen, so gerät er in Schwierigkeiten. Oft lehnen sich seine weißen Angestellten dagegen auf. Oder aber das Gesetz greift ein. Die Rassentrennung rettet das Gewissen der weißen Südafrikaner. Da sie meilenweit entfernt von den Wohnungsgebieten der Schwarzen wohnen und sich selten dort hineinwagen, haben sie nur vage Vorstellungen von den Lebensbedingungen unter dem Existenzminimum. Ein weitverbreiteter Glaube ist, daß Afrikaner viel billiger leben können als Weiße. Unter den Afrikanern ist folgende Redensart bekannt: "Wir werden als Afrikaner bezahlt, müssen jedoch als Weiße einkaufen". Nahrungsmittel sind für Afrikaner nicht billiger als für Weiße. Ihre Kleidung ist nur billiger, wenn die Qualität schlechter ist. Ist dies der Fall, kann der Afrikaner damit rechnen, daß die Kleidung verschlissen ist, bevor die letzten Raten dafür bezahlt sind. Die Umsiedlungswohnungen, in denen heutzutage immer mehr Afrikaner wohnen, sind bescheiden im Preis, jedoch für Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, noch viel zu teuer, da die Umsiedlung weitere Fahrten zum Arbeitsplatz und höhere Fahrpreise nach sich zieht. Aber die Ernährung ist von größter Bedeutung. Die meisten Afrikaner leben in einem chronischen Zustand teilweisen Hungerns. Sie können es sich nicht leisten, genügend von den notwendigsten Nahrungsmitteln einzukaufen, um sich richtig zu ernähren. Die Folge ist weitverbreitete Unterernährung, Krankheit, Mißbildung und Tod. Jedes vierte schwarze Kind stirbt vor Vollendung seines ersten Lebensjahres, weil seine Mutter nicht für die notwendige Nahrung und hygienische Umgebung sorgen kann, die notwendig sind, um es am Leben zu erhalten. 50 % der schwarzen Kinder sterben, bevor sie das 16. Lebensjahr erreicht haben. Nur wenige arbeitende Frauen und Männer essen genügend, um ohne verminderte Energie und Kraft an ihre Arbeit gehen zu können. 60 % verlassen morgens mit leerem Magen das Haus; sie haben nur eine Tasse Kaffee getrunken. 11 % können sich nicht einmal das leisten.

Neben Hunger und Krankheit ist eine weitere sichere Nebenerscheinung der absichtlich unterstützten Armut: das Verbrechen. Man braucht nicht viel statistische Daten, um sich vorzustellen, daß eine Familie, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt und die dennoch überlebt, diesen Unterschied in anderer Weise ausgleichen muß. Die Lösung ist allzuoft leichter Diebstahl: Ladendiebstahl, Diebstahl im Hause oder im Lager des Unternehmers.

Bestellung von Einzelexemplaren

Soweit einzelne Ausgaben der SOPO in örtlichen Buchhandlungen nicht erhältlich sind, können sie nur noch über eine Buchhandlung der Westberliner Buchladen Kollektive bestellt werden: Das Politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99; Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5; Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40. Die Abrechnung erfolgt über die jeweilige Buchhandlung.

Das Leben im Bergwerk

Der Reichtum Südafrikas ruht vor allem auf seinen großen Vorkommen an Bodenschätzen: Diamanten, Eisen, Platin, Kupfer, Uran und vor allem Gold. Gold wurde dort vor einem Jahrhundert entdeckt, und heute noch wird dieses Erz in 55 Bergwerken abgebaut. Die meisten Goldminen liegen im Gebiet um Johannesburg. Die südafrikanischen Goldbergwerke produzieren etwa 70 % des Goldvorrats der westlichen Welt. 1969 wurden über 30 Millionen Unzen feines Gold erzeugt, ein Ertrag, der etwa 4 Milliarden Deutsche Mark entspricht. Die Arbeit, aus zwei Meilen tiefen Schächten das Gold und die drei Tonnen Erde, die für eine Unze Gold gesiebt werden müssen, zu fördern, fällt ausschließlich den Afrikanern zu. 24 Stunden täglich, sechs Tage in der Woche arbeiten eine halbe Million Afrikaner unter der Erde. Die Bergwerksgesellschaften beschäftigen natürlich auch viele Weiße, jedoch haben alle höhere Stellungen inne. Selbst jene, die unter Tage arbeiten und als Bergleute bezeichnet werden, greifen nie zur Pickel, Schaufel oder zu Bohrern. Die schweren Arbeiten werden von Afrikanern verrichtet, obwohl ihnen nie die Würde zugestanden wird, Bergmann genannt zu werden; sie sind nur "Boy" oder "Boss Boy", wenn sie eine Rotte (Arbeitsgruppe) anführen, was der höchste Job ist, den sie anstreben können.

Die Arbeitskräfte für die Bergwerke stehen unter Vertrag und werden in den hinterländischen Stammesgebieten von Agenten der Bergwerksgesellschaften angeworben. Die angeworbenen Arbeiter werden aus allen Himmelsrichtungen zu dem riesigen Hauptdepot der "Native Labour Association" (Arbeitervereinigung der Eingeborenen) in Johannesburg gebracht. Dort werden sie abgefertigt und den einzelnen Minen zugeteilt, in denen sie während der Dauer ihres Vertrages arbeiten müssen, wobei der Vertrag auf mindestens zwei Jahre ausgestellt ist. Die Afrikaner arbeiten zehn Stunden täglich, und der Anfangslohn beträgt etwa 5 DM pro Tag. Das Höchste, was ein Afrikaner nach vielen Jahren in der Zeche erwarten kann, ist ein Tageslohn von 8 DM in der höchsten Stufe, die er erreichen kann. Ein afrikanischer Bergmann kann zwar entlassen werden, er selbst darf jedoch nicht kündigen. Sobald er versucht auszureißen, wird er als Deserteur abgestempelt, und Bergwerksdetektive werden ihm auf die Spur gesetzt. Die Bergwerksunternehmer behaupten immer, daß sie es sich nicht leisten können, höhere Löhne zu zahlen, weil der Goldpreis 30 Jahre lang nicht gestiegen ist, während in allen anderen Bereichen Inflation herrscht.

Die Lebensbedingungen der Afrikaner, die in den südafrikanischen Minen arbeiten, sind fast kaum vorstellbar – schlechter als selbst in den schlechtesten Slums der Welt. Die afrikanischen Bergleute sind in langen Backsteinbauten mit Wellblechdächern untergebracht. Je zwanzig bewohnen einen Raum von ca. 24 qm. Jeder hat eine kleine, abgeteilte Betonschlafnische, wobei der mit Platten belegte Fußboden gleichzeitig das Bett ist. Die wenigen Möbel, die der kleine gemeinsame Raum enthält – einige Tische und Bänke aus rohem Holz – werden von den Bewohnern selbst gezimmert. Die sanitären Anlagen sind nicht nur veraltet, sondern auch unzulänglich. Die Duschräume sind mit Männern überfüllt, die versuchen, ein Bad zu nehmen, während andere ihre wenigen Wäschestücke waschen. Und das Essen? Fragt man einen Mann, wie das Essen ist, so antwortet er bestimmt "hundsmiserabel". Zur Essenszeit stellen sich die Männer in einer Reihe auf und warten darauf, ihre Essensration von einer Küchenangestellten ausgeschöpft zu bekommen. Jeder Bergmann muß seine Arbeitskarte vorzeigen; nur diejenigen, die gearbeitet haben, bekommen zu essen. Das Frühstück wird um 5 Uhr ausgeteilt und besteht aus saurem Porridge und Kaffee. Zum Mittagessen gibt es, nachdem die 1. Arbeitsschicht zwischen 13 und 15 Uhr beendet ist, "Nyula", ein Eintopf aus Kohl, Karotten und anderen Gemüsen, manchmal auch mit Fleisch, und Maisbrei. Das Abendessen besteht aus Maisbrei und

Bohnen. Es gibt keinen Speisesaal, nur eine Bar, an der Bier ausgeschenkt wird. So oft die Möglichkeit besteht, verlassen die Männer das Bergwerksgelände, um noch extra etwas zum Essen zu kaufen, z.B. Mais, den sie dann selbst kochen.

Die freien Sonntage werden durch die Langeweile zum schlimmsten der ganzen Woche. Von ihren Familien getrennt, fast ohne jede Freizeiteinrichtungen, sitzen die Bergleute die meiste Zeit vor ihren Barracken und tun nichts. Manche schlafen. Andere gehen spazieren oder flicken ihre zerschlissenen Kleider. Um die Langeweile loszuwerden, nehmen eine Reihe von ihnen an der Vorführung von Stammestänzen teil – den sogenannten "Grubentänzen", einer großen Attraktion für die weißen Touristen, die gerade in Johannesburg weilen. Die Tänze sollen eine Unterhaltung für die Schwarzen sein, aber die Zuschauer auf den Tribünen sind streng nach Rassen getrennt und irgendwie enden die Tänze immer so, daß die Tänzer den Weißen ihr Gesicht zuwenden und den Schwarzen ihren Rücken zeigen. Es wird kein Eintrittsgeld zu diesen Vorstellungen verlangt, aber das ist nicht mehr als gerecht, wenn man bedenkt, daß die Darsteller nicht bezahlt werden und den Zuschauern durch Schilder an den Mauern untersagt wird, Münzen als Trinkgeld in die Arena zu werfen.

Theoretisch können die afrikanischen Bergleute an ihrem freien Tag die nahegelegenen afrikanischen Townships besuchen, aber nur wenige tun das. Oft sind die Bergarbeiter einfache, unerfahrene Burschen und von den reich ausgeschmückten Geschichten der Bergwerksgesellschaft über die Gefahren der Stadt mit ihren brutalen Gangstern und kranken Frauen beeindruckt. Das sind ihre leeren und eintönigen Tage, ist ihre eingeschränkte Existenz und ihr verkrampftes und nach innen gerichtetes Leben. Da keine Frauen erreichbar sind, ist die Homosexualität weit verbreitet.

Nach Ablauf seines Vertrages kann sich der afrikanische Bergmann nochmals verpflichten, dieses Mal und die darauffolgenden Male für sechs Monate, oder er kann wieder nach Hause gehen. Wenn er sich für letzteres entscheidet, erhält er eine Pauschalsumme Geld, die die Bergwerksverwaltung für ihn zurückbehält und ohne Zinsen spart. Diese Summe ist nie hoch, aber es kommt selten vor, daß ein Bergmann überhaupt etwas von seinem Bargeld beiseite gelegt hat, und so hat er wenigstens die Möglichkeit, ein bißchen Geld mit nach Hause zu bringen. Verläßt er das Bergwerk nach Ablauf seines Vertrages, so bekommt er eine Urkunde, die ihn zu einer geringen Gehaltsaufbesserung berechtigt, sollte er sich innerhalb von sechs Monaten nochmals vertraglich verpflichten. Wartet er länger als sechs Monate mit seinem Wiedereintritt oder verliert er seine Urkunde, dann beginnt er wieder mit seinem alten Gehalt.

Die meisten afrikanischen Bergleute verpflichten sich wieder, wenn ihr Vertrag abläuft. So arm das Leben im Bergwerk auch sein mag, für diese Afrikaner ist es noch ärmer zu Hause. Die meisten sagen "Ich werde nach Hause gehen, wenn die Dürre zu Ende ist". Aber sie geht nie zu Ende, und das Leben in den Bergwerken geht weiter.

Schließlich zu den Arbeitern, die nie den Ablauf ihres Vertrages erreichen. Sie sind die unglücklichen Opfer von Bergwerksunfällen und Phthisis (Staublunge), einer tödlichen und bisher unheilbaren Lungenkrankheit, die unter südafrikanischen Bergleuten häufig auftritt. In beiden Fällen wird der afrikanische Patient im Krankenhaus behandelt, sein Vertrag wird rückgängig gemacht, und dann wird er entlassen. Die Bergwerksverwaltung läßt ihm eine Entschädigung zukommen, manchmal in Form von Teilzahlungen, was den unbedachten Afrikaner vermutlich davor bewahren soll, sein ganzes Geld auf einmal oder am gleichen Ort auszugeben. Das bedeutet aber auch, daß ausstehende Guthaben nach dem Tode eines Bergmannes nicht ausgezahlt werden, und daß ein Bergmann selbst als arbeitsunfähiger Mensch nicht die Freiheit besitzt, seinen eigenen Weg zu gehen.

Die Zahlungshöhe für solche Opfer von Unfällen und Phthisis ist bescheiden. Für den Verlust beider Beine oberhalb des Knies und damit auch seines Lebensunterhaltes bekommt ein Afrikaner etwa 5 000 DM, die ihm in monatlichen Teilzahlungen von etwa 40 DM ausgezahlt werden und ihm bis zu seinem Lebensende reichen sollen.

Das Polizei- und Passwesen

Das eigentlich Grausame der Lage der schwarzen Südafrikaner liegt nicht darin, daß alle Schwarzen gut und alle Weißen schlecht sind, sondern, daß die Weißen gewohnheitsmäßig einfach nichts Schlechtes im Unrecht sehen, das sie ihren schwarzen Mitmenschen antun. Gerade die kalte Unpersönlichkeit und Rechtschaffenheit der weißen Vorherrschaft verunstalten das Leben in Südafrika und lassen den gewöhnlichen Maßstab zur Wertbeurteilung eines Menschen irrelevant werden.

Der Maßstab zum Beispiel, nach dem die Polizei handelt, ist denkbar einfach. Für sie ist jeder Afrikaner eines Verbrechens verdächtig. Theoretisch gesehen hat die Polizei auch guten Grund so argwöhnisch zu sein. Die Apartheidgesetze sind ein weitreichendes Netz von Einschränkungen, die so weit in das tägliche Leben reichen, daß man wohl kaum einen Afrikaner findet, der nicht irgendein Gesetz verletzt. Im Jahr 1968 wurde in Südafrika bei einer Bevölkerung von 17 Millionen Menschen von über 3 Millionen Verbrechen berichtet. Ein Drittel dieser sogenannten Verbrechen waren keine Verbrechen im moralischen Sinne, sondern Verbrechen, die nur ein Schwarzer begehen konnte, weil er sich zur falschen Zeit mit den falschen Papieren am falschen Ort befand.

Sitzt ein Schwarzer auf einer Parkbank für Weiße, so kann er mit einer Geldbuße bis zu 2 000 Deutsche Mark oder mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft oder auch ausgepeitscht werden oder aber er muß eine Kombination dieser drei Strafen abbüßen. Damit ein Afrikaner seine Frau und Kinder in einem Stadtgebiet, in dem er gerade geboren ist, bei sich haben darf, muß er dort 14 Jahre gelebt und immer den gleichen Arbeitsplatz innegehabt haben. Der afrikanische Arbeiter darf nicht streiken. Die Höchststrafe dafür ist eine Geldbuße von 5 000 DM oder 3 Jahren Gefängnis. Jeder beliebige Afrikaner kann von heute auf morgen von der Stadt, in der er lebt, weggebracht werden, wenn er für die Regierung eine überflüssige Arbeitskraft ist. Die Regierung kann das Arbeitsverhältnis eines Afrikaners aus jedem beliebigen Grund aufheben, gleichgültig wie lange er diesen Arbeitsplatz besetzt hatte und selbst wenn sich sein Arbeitgeber dieser Aufhebung widersetzt. Die Polizei ist berechtigt zu jeder Tages- und Nachtzeit jede verdächtige Räumlichkeit ohne Hausdurchsuchungsbefehl zu betreten und zu durchsuchen. Ein Junge, der nach seinem achtzehnten Lebensjahr bei seinen Eltern wohnt, begeht damit ein Verbrechen, wenn er keine besondere Erlaubnis dazu hat.

Die Regierung kann die Polizei dazu ermächtigen, einen Afrikaner ohne Gerichtsverfahren zu verhaften und ins Gefängnis zu sperren. Ein Afrikaner kann bis zu 180 Tagen ohne angeklagt zu sein festgehalten werden. Die Strafen für afrikanische politische Häftlinge können in Wirklichkeit auf unbegrenzte Zeit verlängert werden. Jeder Afrikaner, der offen an der Regierungspolitik Kritik übt, kann in ein abgelegenes Lager verbannt oder auf unbegrenzte Zeit unter Hausarrest gestellt werden. Die Regierung kann der Presse verbieten auch nur das geringste über eine solche Person zu berichten. Jeder, der einen Spruch auf eine Gebäudemauer schreibt, um mehr politische Rechte für Afrikaner zu fordern, macht sich der Sabotage schuldig. Die Mindeststrafe dafür ist 5 Jahre Gefängnis; die Höchststrafe der Tod. Ein Polizist kann jederzeit einen Afrikaner, der sechzehn oder älter ist, auffordern, sein Personalbuch vorzuzeigen. Kann es der Afrikaner nicht vorlegen oder sind seine Papiere nicht in Ordnung, so begeht er eine Straftat und unterliegt einer Geld- oder Gefängnisstrafe. Das letzte ist der springende Punkt der berüchtigten "Passgesetze", ein komplexes Netz von Regeln und Vorschriften, die die Bewegungsfreiheit der Afrikaner einschränken. Verglichen mit einigen anderen grausamen Apartheidgesetzen scheinen die Passgesetze auf dem Papier harmlos genug. In der Praxis jedoch sind sie der Grundstein, auf dem die Durchführung des ganzen Apartheidsystems basiert.

Der Afrikaner hat kein Recht, die Straßen in den Städten seines Landes zu benutzen. Seine Anwesenheit in weißen Stadtvierteln wird nur geduldet, solange er dort seine Arbeit verrichten muß. Zu jeder anderen Zeit ist er dort ein Unbefugter, wenn er nicht sein Personalbuch bei sich trägt. Er nennt dieses Personalbuch den "Schlüssel zum Leben". Ohne dieses Buch ist der schwarze Mann nichts. Er bekommt ohne es keine Arbeit, keine Unterkunft, er kann nicht heiraten, ja, noch nicht einmal ein Paket bei der Post abholen. Er muß jeden Monat die Unterschrift seines Arbeitgebers eintragen lassen, um zu beweisen, daß er arbeitet. Um sich nach einer neuen Arbeit umsehen zu können, braucht man einen besonderen Ausweis. Will ein Afrikaner in einer anderen Stadt Freunde besuchen, so braucht er ein Visum bevor er den Zug besteigen kann.

Das Personalbuch eines Afrikaners enthält in kurzen Worten dessen Lebenslauf, Namen, Herkunftsort, Stammeszugehörigkeit, den Namen des Stammeshäuptlings, Geburtsdatum und -ort und den Geburtsort des Vaters. Das Personalbuch gibt außerdem an, wo der betreffende Afrikaner vorher gearbeitet hat, (hat er in kurzer Zeit zu viele Stellen gehabt, dann ist dies ein Punkt gegen ihn), ob er seine Steuern bezahlt hat und welchen Berufer nachgegangen ist – Hausangestellter, Arbeiter, Student, Büroangestellter usw.

Die Regierung kann das Personalbuch eines Afrikaners jederzeit aus jedem beliebigen Grund und ohne jede Begründung einziehen. Sie weist ihn einfach aus der Stadt, selbst wenn er dort geboren ist und dort sein Zuhause, seine Arbeit und seine Familie hat. Er wird dann zum Stammesgebiet seiner Vorfahren gebracht, selbst wenn er nie in diesem Gebiet gelebt hat und keine Freunde dort besitzt oder an diesem Ort keinen Arbeitsplatz in Aussicht hat. Dadurch, daß der Afrikaner ständig befürchten muß, seine Aufenthaltsgenehmigung in der Stadt zu verlieren, erfüllen die Passgesetze den beabsichtigten Zweck, einen Afrikaner nie vergessen zu lassen, daß er nicht in die Städte gehört. Der Afrikaner wird dadurch niedriger eingeschätzt als ein menschliches Wesen; er wird zu einer bloßen Arbeitseinheit, deren Aufenthalt in den Städten einzig und allein dadurch gerechtfertigt wird, daß er für die Bedürfnisse der weißen Gemeinde sorgt. Wenn er diesen Zweck nicht mehr erfüllt, muß er gehen.

Der Afrikaner muß sein Personalbuch, das so groß wie eine Taschenbibel ist, 24 Stunden täglich bei sich tragen. Wird er erwischt, ohne daß er es bei sich trägt, oder ist es nicht in Ordnung, was in dem Fall zutrifft, wenn er z.B. keine Arbeit hat oder seine Steuern noch nicht bezahlen konnte, oder wenn seine Aufenthaltserlaubnis für eine andere Stadt gilt, dann landet er meist schnell im Gefängnis. Die Passgesetze rufen im Leben eines Afrikaners früh Unsicherheit hervor. Ein afrikanischer Schüler unter 16 Jahren braucht noch keinen Pass; sobald er jedoch größer ist und lange Hosen trägt besteht die Möglichkeit, daß er von der Polizei aufgelesen wird.

Das Fehlen eines Passes reißt manchmal ganze Familien auseinander. Eine junge Frau z.B. die von der nahegelegenen Stadt Vereeniging nach Johannesburg kam, um dort einen Afrikaner zu heiraten, bekam eine Arbeitserlaubnis und nahm dort eine Stelle an. Später hörte sie auf zu arbeiten und wollte nur noch Hausfrau sein. Schließlich wollte sie wieder arbeiten und nahm eine Stelle in Johannesburg an. Die Johannesburger Behörden wiesen

sie jedoch aus der Stadt, mit der Begründung, sie habe kein Recht, in Johannesburg zu wohnen, sondern müsse nach Vereeniging. Ihre Heirat mit einem Afrikaner aus Johannesburg wurde nicht in Betracht gezogen. Von tausend ähnlichen Schicksalen ist dies nur ein Beispiel für die Brutalität der südafrikanischen Behörden gegenüber Afrikanern.

Die Freiheit eines Afrikaners ist nur kurzlebig wenn er keine Beschäftigung hat oder keine Genehmigung, nach Arbeit zu suchen. Noch vor Arbeitsbeginn kommen arbeitssuchende afrikanische Frauen und Männer in die großen Industriegebiete von Johannesburg. Aber auch die Polizei ist früh an Ort und Stelle, um die Personalbücher zu kontrollieren. Die Arbeitslosen werden wegen Landstreicherei verhaftet, selbst wenn sie vor den Einstellbüros der Fabriken warten. Die meisten Personalbuch-Verhaftungen werden von Polizisten vorgenommen, die selbst schwarz sind. Afrikaner in den Städten sind über diese afrikanischen Polizisten genauso oder noch ärger verbittert als über weiße. Die Polizie rekrutiert gerne Afrikaner frisch vom Lande weg. Natürlich fühlt sich ein solcher Afrikaner in den Städten nervös und unsicher. Aber seine Uniform und die ihm dadurch eigene Autorität sind die große Gelegenheit, den Afrikanern zu zeigen, daß er nicht nur ein Trottel vom Land ist. Die weißen Vorgesetzten hämmern den schwarzen Polizisten erfolgreich ein, daß es eine Sünde ist, wenn ein Afrikaner sein Personalbuch nicht bei sich trägt.

Die Zahl der Gefängnisinsassen in Südafrika beträgt an einem beliebigen Tag mehr als 70 000, davon sind fast 4/5 schwarz. Pro Kopf sind in Südafrika fast viermal so viele Gefangene wie in anderen Ländern. Auch die Strafen sind härter. Der offizielle 'Report of the Department of Prisons' gibt für 1968/69 fast 90 000 Gefängnisinsassen an. Die meisten von ihnen wurden eingesperrt, weil sie gegen das Paßgesetz verstoßen haben. Großbritannien mit einer mehr als doppelt so hohen Bevölkerung und einer für westliche Länder hohe Kriminalität zählte zum gleichen Zeitpunkt knapp ein Viertel Gefangene. Schätzungen besagen, daß bei Beibehaltung dieser Gefangenenrate bis 1984 das Apartheidproblem gelöst sein dürfte: Bis dahin wären die 13 Millionen Afrikaner im Gefängnis gelandet.

Die ganze Brutalität der Rassengesellschaft wird deutlich in der Zahl der Hinrichtungen: 1965 waren es allein 124 Afrikaner, selbst in der absoluten Zahl mehr als irgendwo sonst auf der Welt. Das ist aber nur die eine Seite: Wiederum der offizielle Report gibt für 1968/69 an, daß in einem Jahr in südafrikanischen Gefängnissen 340 Personen starben – eine sicherlich bereits reduzierte Zahl von 'illegalen' Hinrichtungen.

"Black Spots"

In Südafrika versteht man heutzutage unter "Black Spots" eine afrikanische Siedlung, die dem Untergang geweiht ist, weil sie in einem Gebiet liegt, in dem sich gerne die Weißen ausbreiten möchten. Die Siedlung bestand vielleicht schon seit 50 Jahren und hatte eine alteingesessene Bevölkerung von 25 000 bis 75 000 Menschen. Und doch, wenn es die Weißen so anordnen, kann sie im wahrsten Sinne des Wortes von der Landkarte gewischt und ihre Bevölkerung in abseits gelegene staatliche Unterkünfte umgesiedelt werden. Die Umsiedlung geschieht nicht im Sinne des Enteignungsrechtes, denn dieses alte und wohlverstandene Prinzip des Gewohnheitsrechts gestattet einer Regierung, sich privates Besitztum nur anzueignen, wenn es "für den öffentlichen Gebrauch notwendig ist" und verlangt, daß eine angemessene Entschädigung dafür gezahlt wird. In Südafrika dient die Umsiedlung nur der unterdrückenden Minderheitspolitik der Apartheid und die Entschädigung ist bei weitem nicht angemessen genug.

Die Ermächtigung zur Umsiedlung gibt der sogenannte "Group Areas Act" aus dem Jahre 1950, ein kompliziertes Gesetz, das oftmals abgeändert wurde, und sicherstellen soll, daß

jede Rassengruppe des Landes von der anderen isoliert lebt, daß sich keine afrikanischen Geschäfte in den Stadtbezirken für Weiße niederlassen, und daß den Afrikanern in Stadtgebieten die wenigen Eigentumsrechte entzogen werden.

Seit Inkrafttretung des Gesetzes hat die rein weiße Regierung das Gesicht Südafrikas in ein nach Rassen aufgeteiltes Schachbrett mit fest umrissenen schwarzen und weißen Quadraten verwandelt. Bei der Durchführung des Gesetzes wurden Hunderttausende von Menschen entwurzelt. Sobald bestimmt wird, daß ein Gebiet weiß werden soll, müssen diejenigen, die ihrer Hautfarbe wegen nicht dort bleiben können, wegziehen. Afrikaner, die in solchen Gegenden Ländereien besaßen, mußten sie zu verheerend niedrigen Preisen abgeben und in Gebiete ziehen, wo es verboten war, Land zu besitzen. Händler aus dem Nahen Osten oder Asien, die als erste in vielen Städten Geschäfte betrieben, mußten ihre Läden innerhalb einer zeitlich festgelegten Frist schließen und an einem anderen Ort, weit weg von den Geschäftsbezirken, in denen sie Kunden hatten, wieder von vorn beginnen. Ein Afrikaner, der sich der Umsiedlung widersetzt, wird mit Gewalt umgesiedelt. Sein Haus wird abgerissen, seine Habe in einem Lastwagen weggeschafft und die Frachtkosten werden ihm angelastet.

Es überrascht nicht, daß die Weißen für sich selbst jene Schachbrettquadrate auswählten, in denen sie schon Fuß gefaßt hatten, nämlich die Geschäftszentren und nahegelegenen reizvollen Vororte. Und jede afrikanische Siedlung, die ihnen im Weg zum Fortschritt zu stehen scheint, wird zum "Black Spot" erklärt und kann damit der Ausweitung Platz schaffen.

Die Regierung zahlt für die Besitzenteignung, jedoch ist die Entschädigungssumme armselig und es dauert lange, bis sie ausgezahlt wird. Sophiatown, ein munteres Zentrum afrikanischen Lebens und Hauseigentums in Johannesburg, wurde zu einem flachen Geröllfeld niedergemäht. Die neue weiße Siedlung, die an derselben Stelle errichtet wurde, wurde Triomf genannt, das holländische Wort für "Triumph". Alexandra, eine weitere Siedlung am Rande von Johannesburg, wird in ein riesiges Heim für ledige Hausangestellte verwandelt; für Ehepaare stehen keine Einrichtungen zur Verfügung.

Die Regierung beschreibt die Umsiedlung mit "Beseitigung von Elendsvierteln" und prahlt gerne mit der Entwicklung des Wohnungswesens als der humanitären Lösung einer "akuten Wohnungsnot". Aber der Afrikaner weiß, daß er seine "Elendswohnung", die für ihn das Zuhause bedeutete, gegen das sterile Gefängnis eines staatlichen Ghettos eintauscht. Historisch gesehen trägt das weiße Establishment an diesem akuten Wohnungsproblem selbst die Schuld, da es ständig die grundlegendsten Bedürfnisse der schwarzen Bevölkerung ignorierte. Die Weißen sagten sich immer, daß Afrikaner nur vorübergehend in den Städten weilen und eines Tages wieder in ihre Stammesheimat zurückkehren würden. Unter anderem war dies ein Grund, warum man Afrikanern niedrige Löhne zahlte und nicht für ihre Unterkunft sorgte.

Aber je mehr Südafrika sich ausdehnte, desto größer wurde auch das Bedürfnis der Weißen nach schwarzen Arbeitskräften für Handel, Industrie und Haushalt. Die Schwarzen strömen aus dem Hinterland in die Städte, um sich der Arbeiterschaft anzuschließen, und werden zum festen Bestandteil der städtischen Bevölkerung. Trotz aller Phantasie der Weißen gehen nur wenige den umgekehrten Weg.

Vor Jahren ergriffen einige wenige Afrikaner die Initiative, sparten, was sie sparen konnten und kauften freien Grundbesitz. Es stand ihnen zwar nur begrenzt Land zur Verfügung, aber das Eigentumsrecht war noch nicht abgeschafft. Als immer mehr Afrikaner "industrialisiert" wurden, d.h. zu Arbeitern in den Städten wurden, teilten die zuerst dagewesenen

Grundbesitzer ihr Eigentum mit den Nachzüglern. Sie errichteten Hütten in ihren Hinterhöfen und vermieteten sie an Leute, die sonst nirgends Platz finden konnten. Es war nicht zu vermeiden, daß sich die Bevölkerungszahl in diesen Gegenden bald verdreifachte und sich die Siedlungen nach Maßstäben der Regierung in überbevölkerte Elendsviertel verwandelten.

Dennoch konnte man in den alten Townships oft eine ansehnliche Zahl großer und ansehnlicher Häuser finden. Manche gehörten ganz und gar erfolgreichen Afrikanern. Andere waren von Immobilienhändlern gefördert worden, die den Besitzern Baudarlehen gegeben hatten und als zusätzliche Sicherheit deren Anspruch auf das Grundstück übernommen hatten. Dieser Anspruch verfiel gelegentlich, wenn die Familie mit ihren Zahlungen nicht nachkam. Beschloß jedoch der Staat in die Siedlung einzuziehen, so wurde das Haus abgerissen. Gutes wurde gegen Schlechtes ausgetauscht. Großes gegen Kleines, Teures gegen Billiges. Darüberhinaus landete jeder in einem Vier-Zimmer-Haus – ohne Rücksicht auf Größe oder Einkommen der Familie – denn das war die einzige Hausart, die die Regierung baute.

Folglich bauten diejenigen, denen die staatlichen Streichholzschachtelhäuser nicht gefielen und die die Mittel dazu hatten, neue Häuser in einem kleinen, nahegelegenen Gebiet, das von der Regierung vorgeschrieben war. Heute sind diese wenigen Häuser die einzige Erholung von der vorherrschenden Monotonie der schwarzen Townships. Die Regierung versäumt nie, sie Touristen vorzuführen, als Beweis dafür, daß es den Afrikanern in Südafrika gut geht, obwohl der Fremdenführer nicht erwähnt, daß Schwarze kein Land besitzen dürfen.

Auf der anderen Seite löste der weiße Mann sein Wohnungsproblem so, daß er seine Wohngebiete ausweitete und die wenigen Eigentums- und Besitzerrechte des schwarzen Mannes beschnitt. Er schuf sich selbst nicht nur Raum, sondern er zerstörte auch erfolgreich jeden festen Raum, den der Afrikaner in Stadtgebieten eingenommen zu haben glaubte. So wurde 1960 die nördliche Transvaal-Siedlung Eesternst, eine Siedlung, in der Afrikaner freien Grundbesitz hatten, aufgrund des Group Areas Act dem Abbruch freigegeben und seine Bewohner zur Umsiedlung gezwungen. Sobald die Planierraupen einmal ans Werk gingen, war die Siedlung schnell abgerissen. Innerhalb von wenigen Minuten war sie dem Erdboden gleichgemacht. Die schwarzen Bewohner sammelten ihre wenigen verbleibenden Habseligkeiten, die sie tragen konnten, und zogen nach Mamelodi, einer neuen schwarzen Siedlung, die die Regierung am entfernten Ostrand von Pretoria errichtet hatte. Der Ausdruck "Lokation" ist bewußt gewählt; da die Afrikaner als Abstraktion, ohne Status oder Bedeutung in der Gesellschaft betrachtet werden, wird ihre physische Verdrängung ebenfalls eher vage definiert, als in Worten, die für eine Bevölkerungsgruppe verwendet werden, deren Mitglieder legale Rechte und wahre Pflichten innehaben.

Das Privileg Land zu besitzen, war diesen Schwarzen für immer verloren gegangen. Zuvor waren sie arm gewesen, aber jetzt waren sie noch ärmer. In Eersternst mußte alles Geld, das sie verdienen konnten, für Nahrung ausgegeben werden. Nun mußten sie sich Sorgen machen, wie sie auch noch die Miete bezahlen sollten. Im Gegensatz zu weißen Mietern die schlimmstenfalls aus der Wohnung gewiesen werden, wenn sie ihre Miete nicht zahlen können, wird der Afrikaner, der mit seinen Mietzahlungen im Rückstand ist, strafrechtlich verfolgt und ins Gefängnis gesperrt. Die Regierung hatte den Afrikanern ein Dach über den Kopf gesetzt und schuldete damit nach eigenem Errechnen den Afrikanern nichts mehr.

Zola Sonkosi

Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften

Wissenschaftliche Tagung, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main am 17. und 18. April 1971 in Frankfurt am Main.

Die Tagung wurde durch Heinz Schäfer eröffnet mit einer Skizzierung der Thematik und der Zielsetzung zu bearbeitender Fragenkomplexe. Im Zentrum standen dabei Probleme der marxistischen ökonomischen Theorie und der Strategie der Arbeiterbewegung, in deren Zusammenhang eine Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Auffassungen geführt werden sollte. Diese Aufgabenstellung wurde damit begründet, daß die genannten theoretischen Ausgangspositionen und die auf ihnen beruhenden praktischen Ergebnisse die Zurückdrängung und die Bekämpfung integrationistischer und sozialpartnerschaftlicher Strömungen in der Arbeiterbewegung behindern. Ideologische Meinungsverschiedenheiten, führte H. Schäfer aus, in wichtigen Grundfragen bedürfen einer offenen Diskussion, die nicht zu einer Schwächung der Arbeiterklasse führt, sondern im Gegenteil erst dazu beiträgt, die gemeinsame Aktionseinheit zu schaffen. Die Diskussion "sollte deshalb nicht allein und schon gar nicht in erster Linie eine 'akademische' sein, sondern sie sollte an den Erfordernissen des Klassenkampfes orientiert sein." Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der spätkapitalistischen Gesellschaft sollte deren Hauptkategorie, das Monopol, sowie die Frage, "wer der Adressat grundlegender demokratischer und sozialistischer Umgestaltungen ist und welche strategische Orientierung sich für die Arbeiterklasse aus dieser Analyse ergibt", zum Gegenstand haben. Die Fragestellung sollte es ermöglichen, theoretische Erkenntnisse an den praktischen Erfahrungen zu messen.

Im Anschluß an die Eröffnung wurden drei Hauptreferate gehalten:

1. MONOPOLTHEORIE UND KAPITALISMUSKRITIK von Peter Heß, Deutsches Wirtschaftsinstitut (DWI), Berlin,
2. MARXISTISCHE KLASSENTHEORIE UND IDEOLOGIE DER "NEUEN ARBEITERKLASSE" von Heinz Jung, IMSF, Frankfurt/Main,
3. NEOREFORMISTISCHE THEORIEN UND EINIGE PROBLEME DER STRATEGIE DER ARBEITERBEWEGUNG von Josef Schleifstein, IMSF, Frankfurt/Main.

Im folgenden geben wir einen Abriß der Ausführungen der Referenten. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Referaten und den Diskussionen in den Arbeitsgruppen wird nach Erscheinen des Tagungsprotokolls beim Verlag Marxistische Blätter im Sommer in eine der folgenden Ausgaben der SOPO aufgenommen werden.

1. MONOPOLTHEORIE UND KAPITALISMUSKRITIK

Im Kampf gegen die bürgerliche Apologetik, die der Arbeiterklasse jegliche revolutionäre Interessen und Potenzen abspricht und den Kapitalismus als ein gut funktionierendes soziales System hinstellt, unterstrich Peter Heß, grenzt sich der Marxismus-Leninismus auch gegen reformistische Auffassungen verschiedener Richtungen ab, die – scheinbar von Marx ausgehend – zu verblüffend ähnlichen Schlußfolgerungen gelangen.

Der gemeinsame Nenner der reformistischen Auffassungen besteht weitgehend darin, daß das Profitsystem, seit der Staat regulierend eingreift, als funktionstüchtig, wenn auch moralisch verwerflich, gefaßt wird. Ihr gemeinsamer Grundzug ist die Trennung der ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Verwertungsprozesses von den politischen

Widersprüchen, von den Problemen des Klassenkampfes und der revolutionären Bewegung. Aufgabe aber ist, die widerspruchsvollen Existenzbedingungen des heutigen Kapitalismus, der heutigen ökonomischen Existenzbedingungen der Klassen und demgemäß der heutigen objektiven Bedingungen des antimonopolistischen Kampfes und der proletarischen Revolution aufzudecken.

Die theoretischen Auseinandersetzungen müssen daher im Interesse der Sammlung aller linken, antimonopolistischen Kräfte mit dem Ziel der praktischen Kritik des Kapitalismus geführt werden. Aufgabe der marxistisch-leninistischen Theorie ist es, die neuartigen Existenz- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, die Äußerungen des Klassenwiderspruchs und die Bedingungen der Herausbildung und Festigung des Klassenbewußtseins zu erforschen.

Die nur moralisierende Kritik am Kapitalismus trennt die ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Verwertungsprozesses von den politischen Widersprüchen, damit von den Problemen des Klassenkampfes. Ungewollt geraten Vertreter solcher Konzeptionen in die theoretische Nähe der rechten Sozialdemokratie und werden zu Gegnern der wirklichen kommunistischen Bewegung und des real existierenden Sozialismus. Demgegenüber ist festzuhalten, daß der heutige Kapitalismus eine Entwicklungsstufe des von Marx analysierten Kapitalverhältnisses ist.

Im Vortrag wird in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen sowie rechts- und "links"-opportunistischen Auffassungen schwerpunktmäßig der Zusammenhang zwischen privater und staatlicher Monopolisierung einerseits und dem Kapitalverwertungsprozeß andererseits behandelt. Monopol und Staatsmonopol werden als gesetzmäßige Stufe des kapitalistischen Eigentums, der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefaßt, gerichtet gegen den tendenziellen Fall der Profitrate und die profitreduzierenden Wirkungen der Kapitalentwertung.

Die zunehmende Schwierigkeit für die Kapitalverwertung treibt das Kapital zur Entwicklung seiner Formen als Gesellschaftskapital, Formen der gesellschaftlichen Ausbeutung. Kapitaleigentum und Kapitalverfügung trennen sich voneinander, um gesellschaftliche Produktion auf Basis des Privateigentums weiter zu beherrschen. Mit den wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung muß eine abnehmende Zahl von Kapitaleigentümern in wachsendem Umfang fremdes Kapital mobilisieren, zentralisieren. Dieses zentralisierende Kapital verfügt über das fremde Kapital wie über das eigene, verwandelt einen größeren Teil des Profits in eigenes Kapital. Zu einem bestimmten Zeitpunkt kann die freie Konkurrenz diese Entwicklung nicht mehr vermitteln. Die freie Konkurrenz schlägt um in das Monopol. In diesem Zusammenhang sind Monopolauffassungen zu kritisieren, die nur das Marktgeschehen reflektieren, d.h. die das Monopol als eine Organisationsform des Unternehmens fassen, das den Markt vollkommen beherrscht und es damit zu einer reinen Denkkonstruktion machen. Das Monopol wird in solchen Konzeptionen als wirtschaftliche Erscheinung neben die Gesellschaft gestellt, vom Charakter des Kapitalismus in seinem heutigen Stadium getrennt. Bei der Behandlung des Monopols muß es um die umfassende Frage gehen, 'wie gesellschaftliche Produktion auf der nunmehr erreichten Stufe, aber auf kapitalistischer Basis, d.h. mit dem Profit als einziges Kriterium, überhaupt noch betrieben werden kann'. Daraus ergibt sich die objektive Notwendigkeit des ökonomischen und außerökonomischen Zwangs zur Durchbrechung der durch freie Konkurrenz gekennzeichneten privatkapitalistischen Schranken. Das Monopol ist ein kapitalistisches Herrschaftsverhältnis, durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Das Monopol ist eine Stufe des Kapitalismus, auf der die positive Aufhebung der Selbstverwertung des Kapitals (Marx), und das ist die soziale Umwälzung, auf der Tagesordnung steht, auf der, solange die Bedingungen der Revolution noch nicht herangereift sind, eine

negative Aufhebung der Selbstverwertung im Rahmen des kapitalistischen Systems unvermeidlich wird. Verwertung bleibt zentrales Moment, aber die Bedingungen der Verwertung verändern sich grundlegend. Die Ausrichtung des Monopols gegen den Mechanismus der freien Konkurrenz, d.h. die Aufhebung der ökonomischen Freiheit wird begleitet von der Aufhebung bürgerlicher Freiheiten, von politischer Reaktion und Gewalt.

An diesem Punkt geht Peter Heß zur Analyse der objektiven Rolle des Staates im monopolistischen Kapitalismus über. Er verweist auf die zunehmend auftretenden Widersprüche zwischen den objektiven Verwertungsbedürfnissen des Gesamtkapitals und denen der Einzelkapitale, wie sie z.B. in der Bedeutung von Wissenschaft und Bildung, den Infrastrukturaufgaben etc. deutlich werden, wie überhaupt die Entwicklung der modernen Produktivkräfte den Kapitalismus infragestellt. Die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus erfordert die Ausarbeitung einer Gesamtstrategie des Monopolkapitals sowohl in jedem einzelnen Land wie auch des imperialistischen Systems insgesamt, ohne daß dies natürlich in jedem Land oder insgesamt voll und ganz geschieht.

Die staatliche Tätigkeit ist monopolistisch, insofern sie die Veränderung des ökonomischen und gesellschaftlichen Mechanismus des Kapitalismus zur Sicherung der Bedingungen der Profitproduktion zum Ziel hat. Der Staat mobilisiert Kapital und wendet es im Interesse der Verwertung des monopolistischen Kapitals an. Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist die Fortentwicklung von der privaten Monopolisierung hin zur staatlichen Monopolisierung zur Bewältigung ökonomischer und allgemein-gesellschaftlicher Widersprüche des Kapitalismus. Er ist die kapitalistisch-widersprüchliche Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte.

Monopol und Staat stellen eine höhere Stufe des kapitalistischen Eigentums dar, was gegenüber Monopolauffassungen betont werden muß, die den Zusammenhang mit der Verwertungsproblematik des Kapitalismus auflösen und dem monopolistisch organisierten Kapital und in der Folge dem Staat Subjektivität verleihen, ihm absolute Macht zuschreiben und daraus Vorstellungen über wachsende ökonomische Stabilität herleiten.

Peter Heß knüpft an diese Ausführungen dann eine kurze Polemik gegen E. Mandel und dessen Buch "Marxistische Wirtschaftstheorie" an, nach dem der Staat im Bedarfsfall die ökonomischen Gesetze außer Kraft setzen könne. Ebenso kritisierte P. Heß an J. Huffschmids Buch "Die Politik des Kapitals", daß der Verfasser behaupte, die Konkurrenz sei abgeschafft und durch private und staatliche Planung ersetzt. Dementgegen hält der Referent, daß kapitalistische Planung und Konkurrenz keinen Gegensatz bilden, da kapitalistische Planung nicht den gesellschaftlichen Charakter der Produktion schlechthin, son-

WAS IST DER BERLINER EXTRA-DIENST ?

"Mit über 4 000 Abonnenten der größte Nachrichtendienst in der Bundesrepublik und West-Berlin" (Süddeutsche Zeitung). "Der radikal-klassenkämpferische Berliner EXTRA-Dienst mit bevorzugt rüder Diktion" (Bayernkurier). "Verfassungsfeindliche Publikation" (Amtsrichter Ruppender, Westberlin). "Nicht das geeignete Organ, in dem sich Sozialdemokraten verständlich machen sollten" (Willy Brandt). "Das prokommunistische Kampfblatt Berlins" (Deutsche Tagespost, Würzburg). "Ein David gegen den Goliath Springer" (ARD-Fernsehen). "Eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen" (Tagesspiegel). "Ein ausgemachter Bürgerschreck" (Handelsblatt).

Erscheint 2 x in der Woche mit jeweils 24 Seiten (16 Seiten Westberliner, 8 Seiten westdeutscher Teil).

berliner EXTRA dienst

1 berlin 31, pfalzburger straße 20

dern die Vergesellschaftung auf Basis und in Schranken des Kapitals zum Ausdruck bringt. 'Sie ist eine entwickelte Form kapitalistischer Konkurrenz'.

Im Anschluß an diese hier stark verkürzte Kritik geht P. Heß auf den Charakter der Krisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus ein, der weder Teil- noch Gesamtkrisen verhindern kann. Die 'klassische' Krise wird dabei durch Struktur-, Währungskrisen, Bildungsnotstand, wachsende Rüstungsausgaben etc. ergänzt. Die Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkraft nimmt zu, gesellschaftliche Konflikte zwischen Monopolkapital einerseits und Arbeiterklasse sowie übrigen Werktätigen andererseits spitzen sich zu. Genauso wie die Befriedigung direkter konsumtiver Bedürfnisse werden Kampf um Demokratie und Frieden, gegen das autoritäre staatsmonopolistische System, um Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft unmittelbare Existenzfragen der Arbeiterklasse.

Die Grenze des Kapitals, seine Unfähigkeit sich zu verwerten, ohne zunehmend Produktivkräfte zu vernichten, bildet die objektive ökonomische Grundlage des Klassenkampfes.

P. Heß kritisiert in seinem Vortrag dabei auch vereinfachte Darstellungen der Beziehungen zwischen Monopolen und Staat, wie sie sich im Aufsatz von Chr. Neusüß und W. Müller in SOPO 6/7 finden. Hier wird die relative Selbständigkeit des Staates, werden mögliche Widersprüche zwischen staatlichen Interessen, als Interessen des Gesamtkapitals, und kapitalistischen Partikularinteressen mit Marx-Zitaten 'widerlegt', die darauf hinauslaufen, daß der Staat das Instrument des Kapitals ist. 'Hier mangelt es ein wenig an Dialektik', wodurch die Autoren in einen theoretischen Gegensatz zur Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien geführt werden. Die auf der Leninschen Erkenntnis des Verhältnisses von Reform und Revolution beruhende Politik bleibt unberücksichtigt.

Die Rolle des Staates heute, der politischen Herrschaft und damit Begriff und Inhalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus können nur durch die Bestimmung des gegenwärtigen Stadiums des Kapitalismus als historische Phase des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen begriffen werden.

Die Entwicklung gesellschaftlicher bis zu staatlicher Formen der Kapitalanwendung beweist, daß der Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung weder ausschließlich nach den Profitbedürfnissen einzelner Kapitale noch nach den objektiven Bedürfnissen der Gesellschaft reguliert werden kann. Indem der Staat das kapitalistische System ökonomisch, politisch und militärisch sichert, gerät er einerseits in Konflikt mit den Interessen der überwiegenden Mehrheit und kann andererseits unter dem Druck der objektiven Anforderungen und der antimonopolistischen politischen Kräfte in Konflikt geraten mit den Profitbedürfnissen der monopolistischen Einzelkapitale. Hierbei handelt es sich nicht um ein Zugeständnis an die sozialdemokratische Theorie vom klassenunabhängigen Staat, da der Staat heute sowohl die höchste Entwicklung der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet, als auch die staatliche Wirtschaftspolitik keinesfalls Ausdruck von Durchschnittsinteressen des Monopolkapitals ist. Weiterhin ist der Staat, als politisches Organ in Grenzen selbständig, dem Druck verschiedener Monopolgruppen ausgesetzt und von außenpolitischen Faktoren abhängig. Die relative Manövrierfähigkeit des Staates gibt der Arbeiterklasse auch die Möglichkeit, auf den Staat einzuwirken. Es ist daher auch falsch, Staat und Monopole als 'verschmolzene Institution' zu betrachten. Der Referent weist im folgenden nach, daß die ökonomische Tätigkeit des Staates ihrem Wesen nach eine entwickelte Form monopolkapitalistischer Konkurrenz darstellt. Der Staat ist ein Monopol, aber ein besonderes Monopol. Als politisches Machtinstrument der herrschenden Klasse besitzt er eine relative Selbständigkeit und muß in seiner Tätigkeit eine Vielzahl komplexer ökonomischer, politischer, militärischer, technischer, sozialer

und kultureller Faktoren berücksichtigen, die sich letzten Endes aber nicht immer unmittelbar in Verwertungszusammenhängen bewegen.

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus – so führt P. Heß aus –, die voll auf der Methode und dem Theoriengebäude von Marx, Engels und Lenin basiert, ist die theoretische Grundlage für das Verstehen der heutigen Äußerungen des Klassenwiderspruches zwischen Arbeiterklasse und Kapital, für die Formen des Klassenkampfes und die Art und Weise der Herausbildung und Festigung des Klassenbewußtseins unter den heutigen Bedingungen.

2. MARXISTISCHE KLASSENTHEORIE UND IDEOLOGIE DER "NEUEN ARBEITERKLASSE"

H. Jung geht aus von der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Theorie der neuen Arbeiterklasse von S. Mallet, da diese von einer mißverstandenen Struktur der Arbeiterklasse auch eine falsche neosyndikalistische Strategie der Arbeiterbewegung ableitet.

Angesichts der Aktionen der Arbeiterklasse wird heute weniger die Existenz der Arbeiterklasse infrage gestellt. "Das war vor 1968/69 nötig. Es kommt vielmehr auf die F r a g e n an nach den Grundlagen und dem sozialen Umfang der Arbeiterklasse in der Realität – nach den Hauptwirkungen der Akkumulation des Monopolkapitals im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Struktur der Arbeiterklasse und die soziale Polarisierung der Gesellschaft... – nach dem sozialen Standort und den Entwicklungstendenzen der Intelligenz... – und schließlich nach dem Kern der Arbeiterklasse, auf der sich Sozialisten ... orientieren müssen..."

Es werden einige von der Statistik registrierte Daten referiert, die heute den m a t e r i e l l e n H i n t e r g r u n d d e r D i s k u s s i o n um die Klassenstruktur des modernen Kapitalismus bilden. So sind in der BRD 1969 etwa 82 % der Erwerbspersonen Lohnarbeiter (Arbeiter, Angestellte, Beamte) gewesen. Während der Anteil der Arbeiter zurückgegangen ist, sind die Angestelltenanteile stark gestiegen (von 10 % der Lohnarbeiter 1882 auf 42 % 1969). Die Ursachen sind sowohl Umschichtungen zwischen den Wirtschaftsbereichen wie auch innerhalb der einzelnen Bereiche, z.B. der Industrie. Schnell gewachsen ist seit 1950 vor allem der Dienstleistungssektor.

Die Veränderungen der letzten 20 Jahre sind Ergebnis der monopolistischen Akkumulation unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Dabei zeichnen sich folgende allgemeine Tendenzen ab:

- in der Industrie Umschichtungen der Berufs- und Qualifikationsgruppen,
- beträchtliche Verlagerungen zwischen einzelnen Wirtschaftsbereichen,
- damit Veränderungen der Struktur des Gesamtarbeiters.

Diese Bewegung folgt der 'Rationalität' des Profits, den Gesetzen der Profitmaximierung. Am Beispiel der Konstruktion eines Autos erläutert H. Jung die Unterwerfung einer Funktion geistiger Arbeit unter das Kapital. Früher Ergebnis der Arbeit einer Person wird diese exklusive Funktion vergesellschaftet, es entsteht ein – verkürzt dargestellt – kombinierter gesellschaftlicher Konstrukteur, der selbst wieder sozial differenziert ist (Lohnhöhe, Qualifikation, Stellung im Arbeitsprozeß). Dies drückt sich in der Entwicklung eines bürokratischen hierarchischen Systems und der sozialen Polarisierung aus. Die Massen der in diesen Bereichen Tätigen sind nicht nur der Entlohnungsform nach Lohn-

arbeiter geworden, – ihre Proletarisierung hat sich durchgesetzt. In diesen Bereichen finden sich gleichzeitig aber auch Unternehmerfunktion ausübende Manager, die, formell Lohnarbeiter, sich noch in einem Übergangsstadium befinden. Der Prozeß der sozialen Polarisierung im Bereich der geistigen Arbeit ist selbst nur die Fortsetzung der Klassenspaltung.

An der Oberfläche erscheinen diese Änderungen als unmittelbare Folgen der Entwicklung der Produktivkräfte: "Die Entfaltung der Produktivkräfte kann sich also nur in den ökonomischen Kategorien der Warenproduktion unter den Bedingungen der Herrschaft des Monopols vollziehen."

Die Ausweitung und Vergesellschaftung früher exklusiver Bereiche und Funktionen ist von deren sozialer Polarisierung begleitet. Sie führt für die Masse der dort Beschäftigten zur Proletarisierung ihrer Situation (schon früher in den traditionellen Angestelltenbereichen, heute in weiteren Bereichen der geistigen Arbeit).

Im Anschluß daran setzt sich das Referat mit der Theorie der neuen Arbeiterklasse und anderen damit im Zusammenhang stehenden Auffassungen auseinander. Nach deren Ansicht werden die Arbeiter, Techniker und Ingenieure in automatisierten Bereichen und in den Wachstumsindustrien zu einer neuen Arbeiterklasse, im Sinne einer neuen Avantgarde, die die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse vorprägt und ausdrückt.

Es ist "die mechanistische Grundauffassung, die Mallet in erster Linie zum Vorwurf zu machen ist", die "Kausalkette: Technologische Struktur des Produktionsprozesses – Kooperationsformen der Beschäftigten-Struktur der Arbeiterklasse – dem entsprechende Bedürfnisse, Interessen und Forderungen – und schließlich Organisationsformen und Strategie der Arbeiterbewegung... Die Entwicklung des Klassenkampfes wird zur Resultante von Wirtschaftswachstum und technologischem Fortschritt." Mallet macht das Übergangsbewußtsein neuer Lohnarbeitergruppen, wie der Techniker, zum Klassenbewußtsein schlechthin. Im Widerspruch zwischen technischer Rationalität und von der Unternehmenshierarchie ausgehenden Hemmnissen kann der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise eben nur in vermittelter Form erkannt werden.

Wesentliche Eckstücke in der Theorie von Mallet, so, die Automationsarbeit gestalte sich in kollektivem Arbeitsvollzug und bringe ein neues berufliches Selbstbewußtsein hervor, sind inzwischen durch neuere soziologische Untersuchungen, so denjenigen der westdeutschen Soziologen Kern und Schumann: "Technik und Industriearbeit", eindeutig widerlegt. Wobei die Verfasser allerdings den Doppelcharakter der kapitalistischen Produktion nicht berücksichtigen und die Seite des Arbeitsprozesses verabsolutieren. Ihr Determinismus der Arbeitssituation bis zu Ende gedacht, hätte die Auflösung der Arbeiterklasse zur Konsequenz.

Besonders fragwürdig ist Mallets Begründung der objektiven Integration der Lohnarbeiter in die Unternehmen und die davon abgeleiteten qualitativen Forderungen. In Frankreich, bemerkt H. Jung, hat seine Entgegensetzung von alter und neuer Arbeiterklasse eine konkrete Stoßrichtung gegen FKP und CGT und versucht, ihnen eine reformistische Strategie aufzudrängen. Bei der Konzeption der 'neuen Arbeiterklasse' handelt es sich um eine ideologische Konstruktion, "ein Ideologieangebot an die neuen Lohnarbeitergruppen, die einer unaufhaltsamen Proletarisierung" entgegengehen.

Zum Abschluß des ideologiekritischen Teils hebt das Referat die Verwandtschaft der Konzeption Mallets mit der "Technostruktur" des amerikanischen Ökonomen Galbraith hervor: "Die Theorie der Technostruktur und die Theorie von der neuen Arbeiterklasse

sind eineiige Zwillinge. Ihre Mutter ist eine mechanistische Geschichtsauffassung. Und ihr Vater ein technokratisch elitärer Utopismus."

Im Gegensatz dazu steht die marxistische Klassentheorie, deren Grundzüge das Referat im folgenden Komplex charakterisiert. "Sie betrachtet den Klassenkampf als Motor der sozialen Entwicklung" und ist deshalb auch nicht einfach eine deskriptive Theorie der Sozialstruktur. Die Klassen wurzeln in den Eigentums-, den Produktionsverhältnissen der Gesellschaft. Im Kapitalismus begründet sich die Beziehung der Grundklassen im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Die Lohnarbeit ist die für den Kapitalismus charakteristische Form der Aneignung der Mehrarbeit der arbeitenden Klasse durch die herrschende. Die Entfaltung dieses Verhältnisses – nach Ansicht des Referenten – macht auch die Kriterien der Arbeiterklasse deutlich: "Die Bestimmung der Arbeiterklasse (kann) nicht auf der Beziehung der produktiven Arbeit beruhen." Das lenkt die Aufmerksamkeit jedoch auf ihre innere Gliederung und ihren Kern, die Mehrwertproduzenten (in erster Linie die Industriearbeiterschaft). "Die Oberfläche der Erscheinung ist hier dem Wesen am nächsten. "Ausgangspunkte können auch nicht der Begriff des "Gesamtarbeiters" oder des vorwiegenden Arbeitstyps sein.

"Die Arbeiterklasse in der BRD umfaßt jene Erwerbstätigen und ihre Angehörigen, die keine Produktionsmittel besitzen, deren ausschließliche oder vorwiegende Einkommensquelle der Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt ist, deren Mehrarbeit durch individuelle oder kollektive Kapitalisten oder den kapitalistischen Staat angeeignet wird und direkt oder indirekt die Quelle des Profits der Kapitalisten ist, die hinsichtlich der Funktions- und Qualifikationsgliederung der Arbeit im jeweiligen Bereich untere und mittlere Funktionen ausüben und deren sozialer Übergang in die Gegenklasse, die Bourgeoisie, als relevanter Prozeß nicht möglich ist. Ihre Existenz ist durch Unsicherheit gekennzeichnet. Das sind die Arbeiter und die unteren und mittleren Angestellten und Beamten. In der BRD etwa 75 % der Erwerbstätigen."

Anschließend wird der Prozeß der sozialen Polarisierung noch einmal an den Industrieangestellten erläutert und dem historischen Übergang eines Teils in die Arbeiterklasse. Dabei wird aktuell auf die Frage der leitenden Angestellten, als einer lohnabhängigen Zwischengruppe, die nicht zur Arbeiterklasse zu zählen ist, Bezug genommen.

Mit den gleichen Kategorien wird auch die soziale Stellung der Intelligenz untersucht. Sie wird als soziale Zwischenschicht bezeichnet, charakterisiert durch Ausübung qualifizierter geistiger Arbeit, die in der Regel einen Hochschulabschluß voraussetzt. "Die Intelligenz von heute ist weder mit den "ideologischen Ständen" zu Beginn des Kapitalismus, noch mit der vorwiegend kleinbürgerlichen Intelligenz des letzten Jahrhunderts zu vergleichen." Entscheidend ist der Teil, der seine Arbeit als Lohnarbeit verrichtet. Dieser Teil wächst und macht schon heute die überwiegende Mehrheit dieser Schicht aus. Allerdings ist die Schicht als ganzes nach wie vor von der Arbeiterklasse abgehoben durch den Typ qualifizierter geistiger Arbeit. So besitzt die Arbeitskraft der Intelligenz als Ware noch Besonderheiten gegenüber der Arbeitskraft der Arbeiter als Ware (Exklusivität, höheres Einkommen, höherer Lebensstil, Möglichkeit des Übergangs zur Bourgeoisie). Dies gilt für die gesamte Intelligenz, auch die wissenschaftlich-technische. Aber auch hier ist das historisch Entscheidende "die Annäherung der sozialen Interessen der Intelligenz an die der Arbeiterklasse" und die Tendenz der Proletarisierung beträchtlicher Gruppen. Dementsprechend führt das Referat aus: "Die Beziehungen zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse sind Beziehungen des Bündnisses und nicht Beziehungen der Einheit", allerdings des "Bündnisses neuer Art".

Zum Schluß wird noch einmal auf die Frage nach dem Kern der Arbeiterklasse eingegangen. Es wird vor allem die Bedeutung der Arbeiterklasse in den Großbetrieben der Industrie und anderer Bereiche hervorgehoben. Für die Marxisten beschränkt sich allerdings – im Gegensatz zu den Syndikalisten – der Klassenkampf nicht auf den Produktionsbereich und die ökonomische Ebene. "Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Kampf auf allen Ebenen und mit allen Mitteln und Methoden voranzutreiben."

3. NEOREFORMISTISCHE THEORIEN UND EINIGE PROBLEME DER STRATEGIE DER ARBEITERBEWEGUNG

"Eine realistische Strategie der Arbeiterbewegung im Sinne Lenins muß von einer nüchternen Einschätzung der Klassenkräfte und ihren Wechselbeziehungen, vom gegebenen Niveau des Bewußtseins, der Organisation, der Kampferfahrungen und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung dieses Landes ausgehen." Denken und Handeln der gewerkschaftlich organisierten und in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter und Angestellten müssen dahingehend verändert werden, daß sie für antikapitalistische Forderungen gewonnen und durch eigene Aktionen und Erfahrungen zu sozialistischen Positionen und Zielsetzungen gedrängt werden.

Von dieser Position ausgehend, wendet sich J. Schleifstein der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und Angestellten zu. In all den Kämpfen der vergangenen Jahre "bildeten stets die aktiven Gewerkschafter und nicht die Unorganisierten den Kern und die Avantgarde der Kämpfenden." Deshalb ist es eine entscheidende Frage, welche Strömung in den Gewerkschaften die Oberhand gewinnt: die "integrationistisch-sozialpartnerschaftliche" oder die "den Klasseninteressen der Arbeiter verpflichtete".

Die Hauptvariante der Politik des staatsmonopolistischen Systems gegenüber der Arbeiterklasse zielt gegenwärtig auf die Integration: "eine Strategie der Leistungssteigerung, der Systemstabilisierung, der Vermeidung von sozialen und politischen Erschütterungen, Konflikten und Reibungsverlusten" unter Einbeziehung der Gewerkschaften, wobei sich CDU/CSU und SPD-Führung nur wenig unterscheiden. Fortschritte in den Gewerkschaften sind also wesentlich vom Zurückdrängen und der Überwindung dieser Strömung – in deren Folge die Gewerkschaften zu einem systemstabilisierenden Faktor gemacht werden sollen – abhängig. Die Grundzüge dieser Strömung werden im einzelnen charakterisiert. "Ohne Zweifel hat sich in den vergangenen Jahren der Einfluß dieser offen sozialpartnerschaftlichen Strömungen in den Gewerkschaften verstärkt, nicht zuletzt deshalb, weil die traditionell-reformistischen Kräfte sich ihr in wichtigen Fragen angenähert haben." Offen sichtbar z.B. in Fragen wie der sogenannten Vermögensbildung. "Die zu beobachtende Annäherung an die offen sozialpartnerschaftliche Richtung wird nicht zuletzt durch Rücksichtnahme auf die sozialdemokratisch-liberale Regierung bewirkt."

Aufgabe der Marxisten ist es, die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre zu untersuchen, die eindeutige Gegentendenzen erkennen lassen, d.h. es gilt richtige Ansatzpunkte zu finden und nicht hinter den "objektiven Möglichkeiten der Bewegung" zurückzubleiben. Wesentlich für die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre ist die Tendenz eines stärkeren Selbstbewußtseins und einer erhöhten Kampfbereitschaft, so vor allem in der breiten Streikbewegung des Jahres 1970.

"Zweifellos lagen diesen Streikbewegungen rein ökonomische Forderungen zugrunde. Im marxistischen Sinne des Begriffs war es noch kein politisches Klassenbewußtsein, das hier seinen Ausdruck fand, sondern ein elementar-ökonomisches Bewußtsein ... Es wird daher

vor allem darauf ankommen, jene Vermittlungsglieder in der lebendigen Bewegung aufzuspüren, die den durchaus nicht starren, sondern fließenden Übergang ... zu einem entwickelten politischen Klassenbewußtsein ermöglichen."

Wesentlich in den Betrieben ist, daß häufig ein "Zusammenwirken eines aktiven gewerkschaftlichen Kerns aus sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern die Regel war." "Alle Bestrebungen, Klassenbewußtsein zu bilden und die Kampfbereitschaft zu erhöhen, werden also in erster Linie auf diesen Erfahrungen aufzubauen haben." Dabei können weder schematisch übertragene Methoden aus Ländern mit stärker anpolitisierten Arbeitermassen noch Organisationsformen, die unter unmittelbar revolutionären geschichtlichen Bedingungen entstanden sind, weiterhelfen. "Dabei gilt es, sowohl die Gefahrenquelle eines Steckenbleibens in reformistischen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems nicht hinausführenden Vorstellungen zu vermeiden, wie die Gefahr, in der abstrakt-revolutionären Phrase zu verharren, mag sie auch noch so aufrichtig gemeint sein."

In einem weiteren Komplex findet eine Auseinandersetzung mit gegenwärtigen neoreformistischen Konzeptionen statt, wie sie vor allem von Andre Gorz: "Zur Strategie der Arbeiterbewegung" vertreten und entwickelt wurden und in der BRD auf das Denken und Handeln aktiver antiintegrationistischer Kräfte der Arbeiterbewegung Einfluß haben. "Der Neoreformismus bleibt, obwohl er seine Strategie oft als revolutionär deklamiert, im Reformismus stecken, weil er um das zentrale Problem der Revolution, um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, einen weiten Bogen macht und weil er, wie der alte Reformismus, in einem sterilen Antikommunismus verharrt."

Kritisiert wird vor allem Gorz' Verachtung der "quantitativen" Forderungen (z.B. Lohnforderungen). J. Schleifstein betont , daß dem eine idyllische Auffassung des heutigen Kapitalismus zugrunde liegt. Gerade an diesen und mit diesen Forderungen entwickeln sich auch heute – wie die letzten Jahre gezeigt haben – bedeutende Klassenkämpfe. In diesen zeigt sich gerade, daß unmittelbar ökonomische Fragen für breite Arbeitermassen sowohl Anstoß zum Nachdenken über ihre gesellschaftliche Situation bilden als auch Anlaß zu bedeutenden Klassenkämpfen. Und dies wird vor allem in der BRD als "einem Lande mit noch schwach entwickelten revolutionären politischen Kräften ... auch noch geraume Zeit so bleiben." Im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD erhält "der Kampf um höheren Lohn unmittelbar politische Aspekte".

"Die Unfähigkeit von Gorz und seinen Anhängern, den Kampf um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, also alles, was er nur als "quantitative" Forderung auffaßt, auch als Ausgangspunkt und Hebel für weitergehende und tiefere Bewegungen zu sehen, entspricht einem zutiefst mechanistischen Verständnis des Klassenkampfes."

Die Entwicklungsrichtung von Kämpfen der Arbeiterklasse hängt nicht von den Ausgangsforderungen ab, sondern davon, wie scharf die Klassengegensätze zutagetreten und wie die Organisiertheit der Arbeiterklasse aussieht.

Ein weiterer Mangel der Strategie der "revolutionären Reform" – in der BRD mit "systemüberwindender Reform" übersetzt – ist ihr "unpolitischer Charakter". "Im einzelnen handelt es sich oft um sehr wertvolle Vorschläge, die übrigens von Kommunistischen Parteien in entwickelten kapitalistischen Ländern seit längerem verfochten werden." Bei Gorz stehen sie aber in einem anderen Gesamtzusammenhang, erhalten einen anderen Stellenwert. Die Strategie der "fortschreitenden Eroberung der Macht durch die Arbeitnehmer" zielt gewissermaßen auf Inseln des Sozialismus in der kapitalistischen Gesellschaft. "Die Projizierung vorweggenommener sozialistischer Oasen in die kapitalistische Gesellschaft ist zwar ein sehr reizvolles Idyll, nur hat sie mit der Welt realer Klassen-

konflikte und des hochorganisierten kapitalistischen Staates, der über alle Macht- und Gewaltmittel verfügt, nicht das geringste zu tun."

Zwar sagt Gorz heute – wie der Referent bemerkt –, daß das Ausklammern der Machtfrage nur taktisch gemeint gewesen sei. Aber damals wie heute wird tatsächlich die Grundproblematik verkannt. "In Wirklichkeit überwand die Gorzsche Position nicht die Grundlagen des Reformismus, eben weil sie den zentralen politischen Problemen aus dem Weg ging. Übrigens entsprach dem unpolitischen programmatischen Modell folgerichtig ein Syndikalismus hinsichtlich der Organisationsvorstellungen." Es wird festgestellt, daß Gorz inzwischen die Notwendigkeit einer Partei der Arbeiterklasse bejaht, allerdings einer der Gorzschen Phantasie entsprungenen Partei, die konkret gegen die wirkliche Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei gerichtet sein soll.

Im folgenden erläutert das Referat am Problem der Mitbestimmung einige Grundfragen der Arbeiterbewegung, wobei betont wird, daß stets der konkrete Inhalt, den dieser Begriff im Prozeß des Kampfes erhält, maßgeblich ist. Für die integrationistische Richtung soll die Mitbestimmung "ein zusätzliches Mittel sein, soziale Konflikte zu entschärfen, auf betrieblicher Ebene ein reibungsloseres Funktionieren der "Partnerschaft" von Kapital und Arbeit zu erzielen und revolutionäre Entwicklungen zu verhindern.

Aber eine derart konzipierte Mitbestimmung ist mit den Realitäten des Kapitalismus unvereinbar. Daraus kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, die Forderung nach Mitbestimmung überhaupt zu verwerfen, "wie dies Ernest Mandel mit apodiktischer Geste, aber in völliger Unkenntnis der westdeutschen Bedingungen" getan hat. Entscheidend ist noch nie "die Formel" gewesen, sondern "stets der konkrete Inhalt, den ein solcher Begriff oder eine solche Forderung im Prozeß des Kampfes erhält."

Ein positives Element in der Gorzschen Konzeption und der seiner Anhänger in der BRD besteht darin, daß "sie in der Mitbestimmung vor allem eine Sache der Aktivität der Arbeiter und Angestellten selbst sowie der Gewerkschaftsorganisationen auf den verschiedenen Ebenen sehen. Hier liegen auch die wichtigsten Berührungspunkte mit marxistischen Auffassungen. Es wäre aber falsch, darüber die theoretisch unterschiedlichen Positionen aus dem Auge zu verlieren." Kennzeichnend für an Gorz anknüpfende Autoren in der BRD wie Kuda, Schneider, Vilmar u.a. ist, daß sie diese Forderungen als "antikapitalistisches Heilverfahren" ansehen. "Damit wird der Mitbestimmung etwas abgefordert, was sie nie leisten kann." Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital auf dem Boden des Kapitalismus ist unmöglich.

Einzelne Reformen können der Arbeiterklasse mehr Einflußmöglichkeiten sichern, aber nicht "das System als System überwinden". Es bleibt "eine reformistische Illusion, selbst noch so weitgehende Reformen als eine Art Machtersatz anzusehen. Kraftvolle Bewegungen um antimonopolistische, antikapitalistische Reformen und Umgestaltungen können, wenn sie breite Arbeitermassen erfassen, Hebel im Kampf um die Macht und Schritte zu ihrer Erringung sein, aber sie sind noch nicht die Macht selbst und somit auch nicht die Überwindung des kapitalistischen Systems". Inhalt der Mitbestimmung darf nicht Partnerschaft, sondern muß vor allem Kontrolle sein.

Der Kampf um Mitbestimmung im Interesse der Arbeiterklasse besteht im Kampf "zur Realisierung, Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihrer Vertreter und Organisationen in der Wirtschaft auf der einen Seite und um die Ansätze und Erweiterung der Kontrolle über das Kapital auf der anderen Seite."

Der Schwerpunkt eines solchen Kampfes liegt bei der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeiterbewegung in der BRD auf der Ebene des Betriebes und Unternehmens.

Anschließend führt J. Schleifstein aus, daß ökonomische und demokratische Forderungen wie die nach Mitbestimmungsrechten umso größeres Gewicht für die Arbeiterbewegung haben, je mehr sie Teil einer grundsätzlichen sozialistischen Gesamtkonzeption sind. In der BRD verfügt die DKP über eine solche Strategie, die im Unterschied zu neoreformistischen Positionen antimonopolistische, antikapitalistische Umgestaltungen als dialektisch vermittelndes Glied zwischen Tagesaufgaben und Kampf um eine revolutionäre Veränderung der Machtverhältnisse und dem sozialistischen Ziel betrachtet.

Im Anschluß an die Referate wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, deren Diskussionen und die in ihnen gehaltenen Kurzreferate im folgenden nur knapp nach einigen Problemstellungen zusammengefaßt werden.

I. AG 1 Monopoltheorie und Kapitalismuskritik

Ausgehend von dem Referat "Monopoltheorie und Kapitalismuskritik" von Peter Heß diskutierte die Arbeitsgemeinschaft 1 zahlreiche Aspekte der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zunächst wurde das Problem der übernationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Entwicklung internationaler Konzerne und deren bürgerliche Apologetik erörtert. Dabei wurde besonders auf den Einfluß der US-Monopole hingewiesen, die in den meisten internationalen Konzernen führend sind. Im Zusammenhang mit der Internationalisierung des Kapitals wurde auf die Notwendigkeit und auf die objektiven Bedingungen der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung hingewiesen. In der Diskussion wurde ferner die Frage aufgeworfen, ob sich aus der Internationalisierung des Kapitals nicht auch die Notwendigkeit ergebe, in der ökonomischen Theorie das Verhältnis der internationalen Monopole zu den verschiedenen Staaten und supranationalen Organisationen wie der OECD u.a. zu untersuchen. In der Tat können hierbei sowohl zwischen verschiedenen imperialistischen Staaten und zwischen den internationalen Konzernen Widersprüche auftreten. Diese beeinträchtigen jedoch nicht die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern erhärten sie.

Im folgenden kreiste die Diskussion im wesentlichen um das Problem der schöpferischen Anwendung der Theorie der Klassiker auf die theoretische Darstellung gegenwärtiger Phänomene.

Zunächst wurde dem Hinweis auf die Gefahr des Empirismus damit begegnet, daß die Untersuchung von Personalunionen zwischen Industrie und Finanzkapital nicht den Inhalt, wohl aber die Ausdrucksform dieses Phänomens formuliere. Der von einem Vertreter der "Frankfurter Schule" ausgedrückten Meinung, daß die Ableitung gegenwärtiger Erscheinungen vom Grundwiderspruch "kantianisch"sei, wurde entgegengehalten, daß allein die marxistische Werttheorie Grundlage für die Aufdeckung aktueller Widersprüche sein könne, mithin vom Grundwiderspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung ausgegangen werden müsse.

Es wurde darauf hingewiesen, daß ein kritischer Abstand zwischen dem Theoriegehalt der gegenwärtigen Imperialismusanalyse und der von Marx formulierten Theorie der politischen Ökonomie des Kapitalismus der freien Konkurrenz bestehe, daß sowohl die Erarbeitung einzelner Kategorien wie auch der Totalität des heutigen Imperialismus in gewissem Maße vernachlässigt worden sei. Es wurde ausgehend von den Marxschen Begriffen der "Überakkumulation" und "Entwertung" von einem aktuellen Dauerzustand der Entwertung als Verwertung gesprochen, der durch die Staatstätigkeit verschleiert würde. In

diesem Zusammenhang wurde auf das Beispiel der Rüstung verwiesen, die dieselbe Funktion wie die Krise habe, nämlich Vernichtung von Produktivkraft in ihrer Kapitalform zu sein.

Ausgehend vom Grundwiderspruch des Kapitalismus wurde anhand einer Fülle von Beispielen die staatsmonopolistische Strukturpolitik der BRD untersucht. Am Beispiel der Diskussion um die Novellierung der Kartellgesetzgebung wurde aufgezeigt, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus Widersprüche zwischen staatlichen Maßnahmen, die im Interesse des Gesamtsystems liegen und den einzelnen Kapitalisten bzw. ihren Interessenvertretungen auftreten können.

Nachdem dem Referenten des Hauptreferats von Anhängern der Mandelschen Meinungen 'windige Krisentheorie' vorgeworfen worden war, entgegnete er, man solle die Polemik besser nicht vom jeweils erreichten Stand der Kapitallektüre aus führen.

Im Anschluß an einen Exkurs zur Problematik der Warenproduktion und der Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus beschäftigte man sich mit der Frage, ob im staatsmonopolistischen Kapitalismus der doppelt freie Lohnarbeiter verschwinde, ob in einer Re-Feudalisierung als Zeichen der Dialektik der Verfaulung persönliche Abhängigkeitsverhältnisse wieder auftauchen würden.

II. AG 2 Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der "Neuen Arbeiterklasse"

Im Anschluß an das Hauptreferat zu Fragen der marxistischen Klassentheorie und der Ideologie der neuen Arbeiterklasse wurden in der Diskussion der Arbeitsgemeinschaft 2 als thematische Schwerpunkte behandelt:

1. Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft und die Implikationen der sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vollziehenden wissenschaftlich technischen Revolution für Umfang und innere Struktur der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Gruppen.

2. Fragen der klassenmäßigen Zuordnung der Intelligenz und ihres Verhältnisses zur Arbeiterklasse.

3. Die Beziehung von Klassenlage, Klasseninteresse und Bewußtseinsentwicklung der Lohnabhängigen unter besonderer Berücksichtigung der bewußtseinsmäßigen Widerspiegelung des Proletarisierungsprozesses in der Intelligenz und speziell der Ideologie der 'neuen' Arbeiterklasse.

4. Die Bestimmung der revolutionären Potenzen und der revolutionären Avantgarde, sowie Fragen der Bündnispolitik und der Strategie im antimonopolistischen Kampf.

Analysiert wurden in detaillierter Form die Veränderungen des Verhältnisses von Wissenschaft und Produktion im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution unter dem Aspekt der Entwicklung der lebendigen Arbeit als Hauptproduktivkraft, der Kapitalbewegung, Monopolisierung und Funktion des kapitalistischen Staates sowie der Bedeutung der Rüstung in der Forschungs- und Entwicklungspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Bei der Behandlung des Verhältnisses von Intelligenz und Arbeiterklasse wurde hervorgehoben, daß die Schicht der Intelligenz im Referat von H. Jung nicht genügend differenziert sei. Die Reduktion des Verhältnisses auf die Zielrichtung eines Bündnisses sei ungenau, da ein Teil der Intelligenz zur Monopolbourgeoisie gehöre. Auch die Teile der Intelligenz, die – durch keine Klassenunterschiede von den Arbeitern unterschieden – zu einer Randschicht der Arbeiterklasse (Erzeugung von Mehrwert, keine Kommandofunktion) geworden sind, unterscheiden sich aufgrund sekundärer Faktoren von der Arbeiterklasse, als da sind: 1. höherer Arbeitslohn und Lebensstil, 2. Bildungsniveau, geistige Arbeit, 3. Rekrutierung aus kleinbürgerlichen Schichten, daher kein Klassenbewußtsein und geringe gewerkschaftliche Organisiertheit, 4. Aufstiegsmöglichkeit in der betrieblichen Hierarchie. Als genereller Prozeß wurde die zunehmende Annäherung an die Masse der Arbeiterklasse genannt, wobei der Kern der Arbeiterklasse, die Industriearbeiter, sich nach wie vor durch ihre Stellung im Produktionsprozeß, ihren hohen Organisationsgrad und die führende Rolle in den Klassenauseinandersetzungen auszeichnet.

In anderen Beiträgen standen Fragen der bewußtseinsmäßigen Integration und der Bedeutung der Leninschen Theorie der Arbeiteraristokratie im Mittelpunkt.

Zum Aspekt der Beziehung von Klassenlage und Bewußtseinsentwicklung wurde das Konzept des Determinismus der Arbeitssituation kritisiert. Die Entwicklung des Klassenbewußtseins werde dabei allein aus technischen und ökonomischen Faktoren erwartet. Damit, so wurde ausgeführt, wird der Zugang zur wirklichen Formierung der Arbeiterklasse als Klasse verbaut. Für die theoretische Arbeit wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, erstens die Dialektik zwischen der Arbeiterklasse als Ganzem und ihrer inneren Struktur, d.h. zwischen Allgemeinem und einzelnen Bestandteilen, und zweitens die Beziehungen zwischen der Klasse als Ganzem und dem Ganzen der Gesellschaft (alle übrigen Klassen) zu berücksichtigen, d.h. die w i r k l i c h e n E l e m e n t e der Klassenbeziehungen. In diesem Zusammenhang wurde auf den Aufsatz "Zur Aktualität der Leninschen Partei" in SOPO 10/71 verwiesen.

In der Arbeitsgemeinschaft 2 wurde von einigen Rednern auch massive Kritik an den Hauptreferaten und Diskussionsbeiträgen vorgetragen, wobei insbesondere die Konsistenz der Hauptreferate in ihrem Verhältnis zueinander, das Verhältnis von begrifflicher und Realanalyse sowie die Beziehung zwischen theoretischer Analyse und politischer Konsequenz infrage gestellt wurden. Beispielhaft wurde diese Kritik am Begriff des Kerns der Arbeiterklasse und der Bündnispolitik ausgeführt. Dem wurde entgegen gehalten, daß diese Kritik die Vermittlung des Klassenbewußtseins ausklammere, die Verbindung mit den aktiven Kräften der Arbeiterklasse unberücksichtigt lasse. Die führende Rolle der Arbeiterklasse gelte es nicht zu problematisieren, sondern Antworten auf jene Fragen zu finden, die sich aus der Praxis stellen, wobei das begriffliche Instrumentarium aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital abzuleiten ist.

III. AG 3 Neoreformismus und die Strategie der Arbeiterbewegung

Das Generalthema der Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft 3 betraf Probleme der Strategie, der revolutionären Arbeiterbewegungen der BRD im Kampf gegen das staatsmonopolistische System. Insbesondere befaßten sich die Diskussionsbeiträge mit dem Verhältnis zwischen demokratischem und sozialistischem Kampf, mit dem Verhältnis zwischen dem Kampf um sozialökonomische Teil- und Tagesinteressen und dem politischen Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse. Ferner befaßten sich die Diskussionsbeiträge vornehmlich mit dem Problem der Entwicklung des Klassenbewußtseins der westdeutschen Arbeiterklasse, mit den Inhalten des Kampfes um Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle, mit Problemen der politischen Arbeit unter Lehrlingen und Jungarbeitern, mit der Rolle des

Antikommunismus und Antisozialismus, im Kampf der Monopolbourgeoisie zur Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse. Zunehmendes Gewicht in der Diskussion gewann die Einschätzung der Rolle und Funktion der marxistisch-leninistischen Partei der BRD, der DKP.

Bei der überwiegenden Mehrheit der Diskussionsteilnehmer bestand über die genannten Hauptprobleme weitgehende politische Übereinstimmung. Kontroverse Positionen ergaben sich bei der Diskussion des Problems, mit welchen politischen Mitteln, mit welchen taktischen und strategischen Ansätzen die sozialpartnerschaftlich-integrationistische Strömung in den Gewerkschaften durch die revolutionäre Arbeiterbewegung zurückgedrängt und überwunden werden könnte.

Die in einigen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck gekommene Geringschätzung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse wurde von der überwiegenden Mehrheit der Diskussionsteilnehmer mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Dabei wurde mehrfach eindringlich betont, daß der Kampf um die Gewinnung der Arbeiterklasse für die Überwindung des staatsmonopolistischen Systems und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung an den sozialökonomischen Teil- und Tagesinteressen der Arbeiterklasse anzuknüpfen und konkrete, am jeweiligen Bewußtseinsstand ansetzende Übergangspositionen zu entwickeln habe.

Den Abschluß der Tagung bildeten Resümees der Arbeitsgemeinschaften, kürzere Referate, in denen einerseits auf linksrevisionistische Strömungen, auf den politischen Stellenwert der Tagung hingewiesen wurde, wie auch andererseits auf die Bedeutung der Theorie, daß sie die materielle Bewegung aufzudecken habe, um der marxistisch-leninistischen Partei das ideologische und politisch-strategische Rüstzeug zu geben. Von diesen abschließenden Bemerkungen, die sich direkt auf die Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften bezogen, abgehoben, hielt Bert Ramelson (London) ein Referat zu den Kämpfen der britischen Arbeiterklasse, das im folgenden kurz zusammengefaßt wird.

Die ökonomischen Kämpfe, führte B. Ramelson aus, der britischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren waren von großer politischer Bedeutung, da sie sich erstens gegen die staatlichen Interventionen in die Tarifverhandlungen richteten und es zweitens bei diesen Kämpfen um die Erhaltung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften ging. Bei diesen Kämpfen hat eine bemerkenswerte Radikalisierung der organisierten Arbeiterbewegung dazu geführt, daß die Kämpfe mehr und mehr politische Züge annehmen. Dies wird zum einen durch Zahl und Dauer der Streiks belegt (1970 11 Millionen Streiktage) und zum anderen dadurch, daß die Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre Plattformen beschlossen, die eine radikale Alternative zur Regierungspolitik bilden. Dies ist auch Teil des Kampfes aller linken Kräfte für eine andere Gewerkschaftsführung. Erstmalig wurde eine beachtliche linke Minderheit in den Generalrat der Gewerkschaften gewählt.

Die Kämpfe werden vor allem um drei Probleme geführt:

1. Lohn- und Einkommenspolitik:

Bis vor kurzem gingen die rechten Führungen der Gewerkschaften mit der Regierung zusammen, um Löhne niedrig zu halten und unterzeichneten nationale Abkommen auf der Linie einer sogenannten Einkommenspolitik. Auf betrieblicher Ebene lehnten die kampferprobtesten Arbeiter diese ab und erkämpften sich in kurzen und scharfen Lohnauseinandersetzungen höhere Tarife. Diese Kämpfe führten zur Stärkung der Shop Stewards Bewegung, in denen die Arbeiter mehr als in den Gewerkschaftsführern die Vertretung der Gewerkschaften sahen. 1968 erreichte diese Bewegung eine Stärke, die es ihr ermöglichte eine offizielle Änderung der Gewerkschaftspolitik zu erreichen. Die Lohnbewegung umfaßte Arbeiterschichten, die bisher keine Kampftradition besaßen, sogar 'white-collar-workers'.

2. Erhaltung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und des Streikrechts:

Ziel des britischen Imperialismus ist es, die Arbeiterklasse dessen zu berauben, was sie sich in über 50 Jahren erkämpft hat. Die herrschende Klasse will die starke Verhandlungsposition der Gewerkschaften einschränken, eine Arbeitslosenarmee von einer Million aufrechterhalten, sozialpolitische Leistungen abbauen und durch Armengesetze ersetzen, die Befehlsgewalt des Managements wiederherstellen, den verstaatlichten Sektor der Industrie wieder privatisieren. Das alles soll mit Hilfe eines 'Gesetzes über die industriellen Beziehungen' erreicht werden. Die Gewerkschaften sollen integriert zum Instrument bei der Realisierung der strategischen Ziele der herrschenden Klasse werden. Gegen dieses Gesetz wurden von linken Gewerkschaftern Komitees zur Verteidigung der Gewerkschaftsrechte gegründet, die Ende 1970 in den Fabriken Meetings zur Streikfrage abhielten. Der Generalrat verurteilte den Streik, dennoch legten fast eine Million Arbeiter die Arbeit nieder, an einem zweiten Tag fast zwei Millionen. Dem Gesetz wurde das Konzept des industriellen Kampfes entgegengesetzt. Nachdem der Druck von unten ständig zunahm, mußte der Generalrat am 18. März einen Sonderkongreß der Gewerkschaften einberufen. Die besondere Qualität dieses Kongresses kam durch die politische Bewegung in den Fabriken zustande. Der Kongreß diskutierte über einen Generalstreik, der mit einer Mehrheit von fünf gegen vier Millionen Stimmen abgelehnt wurde, was ansich schon ein ungeheurer Erfolg der linken Kräfte ist. Der Generalrat war jetzt gezwungen, gegenüber dem Gesetz Nichtkooperation und Widerstand vorzuschlagen und verlangte von der Labour Party, daß sie das Gesetz widerrufe, sobald sie an die Regierung gelange.

3. Kampf für Kontrolle der Arbeitsbedingungen (des Arbeitsmilieus), auch Kampf für Arbeiterkontrolle genannt:

Dort wo die Gewerkschaften stark sind, ist das 'Hire and Fire'-Recht des Managements eingeschränkt sind Bandgeschwindigkeiten ausgehandelt, werden Informationen gegeben über Investitionen, die die Beschäftigtenzahl berühren. Dabei wird von den kämpferischen Gewerkschaftern jegliche Konzeption der Einbeziehung von Arbeitervertretern in die Leitung des Unternehmens als Klassenzusammenarbeit abgelehnt.

Abschließend betonte B. Ramelson, daß gewerkschaftliche Kämpfe lebensnotwendig sind, um den Klassenkampf in der kapitalistischen Gesellschaft zu führen. Sie können wesentlich sein bei der Entwicklung von Bedingungen, die zu einer revolutionären Situation führen. Aber weder ist es ihre Funktion, noch besitzen sie die Voraussetzungen, um die Gesellschaft zu verändern. "Gewerkschaftliche Aktivität kann revolutionäre politische Aktion nicht ersetzen."

Autorenkollektiv

erscheint im Juli 1971

Diskussion, Besprechung

Bemerkungen zu: Helmut Reichelt: ZUR LOGISCHEN STRUKTUR DES KAPITALBEGRIFFS BEI KARL MARX (1)

I.

Das Buch von H. Reichelt stellt den Versuch dar, anhand "der Nachzeichnung der dialektischen Darstellung der Kategorien und Erörterung der Implikationen dieser Darstellungsform" (2) die Auseinandersetzung mit den Problemen des Marxschen Spätwerks aufzunehmen. Dabei geht es ihm auch darum, aufzuzeigen, daß der Marxschen Theorie – als S y s t e m der Kritik der politischen Ökonomie – in der Gesellschaftswissenschaft eine "einzigartige Schlüsselstellung" (3) zukommt, und daß sowohl Kritik als auch Anlehnung an die Marxsche Theorie fehlgehen, wenn sie ihren Charakter als systematische Form einer umfassenden Gesellschaftskritik ignorieren, indem sie sie einer oder mehrerer Spezialwissenschaften zuschlagen.

Als der Hauptvorzug dieser Arbeit muß hervorgehoben werden, daß die methodische Differenz zwischen der Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals und der Darstellung des Kapitals in seiner historischen Realität prägnanter herausgearbeitet wird, als dies bei anderen Autoren bisher der Fall war. Weisen Autoren wie zum Beispiel W.S. Wygodski (4) bereits auf die eminente Bedeutung dieser Unterscheidung für die verschiedenen Stufen der Ausarbeitung und für die endgültige Fassung des "Kapitals" hin, und kann R. Rosdolsky (5) die Fehler in der Luxemburg'schen Auffassung der Reproduktionsschemata zurückführen auf die unzureichende Fassung dieses methodischen Problems, so geht Reichelt insofern darüber hinaus, als er sich nicht nur auf die Hervorhebung des Problems beschränkt. Es gelingt ihm zu zeigen, in welcher Weise solche methodischen Prinzipien wie 'Wesen und Erscheinung', 'Begriff und historische Wirklichkeit' und 'immanentes Übersichhinausgehen' von der eigentümlichen Struktur des Gegenstandes – der bürgerlichen Gesellschaft – selbst gefordert werden; in ihm selbst vorhanden sind.

Die kapitalistische Produktionsweise ist gekennzeichnet durch eine ihr eigentümliche Verkehrung des Verhältnisses von lebendiger zu toter, vergegenständlichter Arbeit – von Subjekt und Objekt. Die spezifisch historische Form gesellschaftlicher Arbeit stellt sich dort dar als gegenständliche Eigenschaft der Arbeitsprodukte, so daß der gesellschaftliche Zusammenhang den Produktionsagenten, die als Privatproduzenten bestimmt sind, notwendig als objektive, äußerliche Vermittlung erscheinen muß. Diese gegensätzliche Bestimmung gesellschaftlicher Arbeit findet ihren entwickelten und vollständigen Ausdruck in den verknöcherten und verdrehten Formen, in denen das Kapital auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint. Das sind zugleich jene Formen, in denen das Kapital sich in der historischen Realität – wenn auch modifiziert durch tradierte oder bereits über es hinausweisende Momente – in der Konkurrenz der vielen Kapitale bewegt. Insofern kann Marx formulieren: "E s e r s c h e i n t a l s o i n d e r K o n k u r r e n z a l l e s v e r k e h r t. Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden versuchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern,

1 Helmut Reichelt: ZUR LOGISCHEN STRUKTUR DES KAPITALBEGRIFFS BEI KARL MARX, Frankfurt/Main 1970 (im Folgenden zitiert: Reichelt: ZUR...).
2 Ebenda, S. 18.
3 Ebenda, S. 16.
4 Vgl. W.S. Wygodski: DIE GESCHICHTE EINER GROSSEN ENTDECKUNG, Berlin 1967, bes. Kapitel 8 (S. 117-130).
5 Vgl. R. Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN 'KAPITAL', 2 Bde., Frankfurt/Main 1969, S. 86 ff und S. 578 ff.

wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff." (6) Es muß also – wie Reichelt ausdrücklich hervorhebt – unterschieden werden zwischen zwei Aspekten im Begriff der Konkurrenz: "das Kapital als es selbst und seine eigene Oberfläche, als prozessierende Einheit von Wesen und Erscheinung, die selber noch in der begrifflichen Darstellung zum Ausdruck kommt, und dann das Kapital in der historischen Realität." (7)

Erster Schritt zur Untersuchung realer Verhältnisse kann also nur sein, aufzuzeigen, wie aus den immanenten, widersprüchlichen Tendenzen des Kapitals selbst, "die empirischen Verhältnisse sich als Verhältnisse, in denen jede Vermittlung versteckt ist, konstituieren." (8) Daraus ergibt sich die besondere Schwierigkeit für die konkret-empirische Analyse, die Reichelt folgendermaßen formuliert: "Immer deutlicher tritt hervor, daß das Kapital auf einer Abstraktionsebene verfaßt wurde, welche es nicht erlaubt, unmittelbar zur Untersuchung des existierenden Kapitalismus überzugehen, sondern selbst noch verlangt, daß man sich durch die Vergegenwärtigung der Implikationen dieser Verfahrensweise Rechenschaft abzulegen hat über den methodischen Abstand zwischen der Darstellung des 'allgemeinen Begriffs' und der Analyse der realen Verhältnisse." (9)

Zu einem weiteren wichtigen Punkt in der Diskussion über die Implikationen des Marxschen Spätwerks nimmt Reichelt eindeutig Stellung. Da er als zentrale Forderung der Marxschen Theorie herausgearbeitet hat, daß die Formen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft selbst noch als notwendig aus der spezifischen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit abzuleiten sind, kann er dann zeigen, daß die Ableitung dieser Formen in nur einer Weise möglich ist, nämlich in der "des 'immanenten Übersichhinausgehens' – wie Hegel sagt – und das ist die dialektische Methode im K a p i t a l." (10) Gleichzeitig weist er darauf hin, daß dialektische Methode – als spezifische Form der D a r s t e l l u n g der Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft – nichts anderes sein kann als der ideelle Ausdruck der Nachverfolgung der je widersprüchlichen Bestimmungen des zu behandelnden Gegenstandes. "Irreführend ist vor allem die Rede von der 'A n w e n d u n g der dialektischen Methode', die den Eindruck vermittelt, als ob es sich um eine erlernbare Verfahrensweise handelt, die an verschiedene Inhalte von außen herangetragen werden könne." (11)

Obwohl dieser Kritik an bürgerlichem Methodenverständnis prinzipiell zugestimmt werden muß, trifft sie doch nicht die ganze Wahrheit. Die Dechiffrierung der verkehrten Formen, in denen sich die gesellschaftliche Arbeit auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ausdrückt und die den Produktionsagenten als bloß verknöcherte Form ihrer eigenen Tätigkeiten nicht mehr bewußt sind, ist Voraussetzung für jede Untersuchung der wirklichen Bewegung der Konkurrenz und damit für jede Analyse historisch konkreter Entwicklungsstufen. Allein die Aneignung des Zusammenhanges zwischen der inneren Natur der kapitalistischen Produktionsweise und deren erscheinender Bewegung bietet die Gewähr dafür, nicht der Bewegung des Scheins aufzusitzen, sondern die Erscheinung als Erscheinung adäquat begreifen zu können. Insofern die Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft also Bedingung für die Untersuchung des höheren oder niederen Entwicklungsgrades der gesellschaftlichen Antagonismen und für die Bestimmung der Konflikte in vermittelteren gesellschaftlichen Bereichen (Überbau) ist, kann von einem Umschlag von Theorie in Methode gesprochen werden.

6 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, zitiert nach Marx-Engels: WERKE, Berlin 1956 ff, (im Folgenden MEW) Band 25, S. 219.
7 Reichelt: ZUR..., S. 85.
8 Bischoff u.a.: "Mystifikation und Klassenbewußtsein", in: Sozialistische Politik (SOPO) 8, Westberlin 1970, S. 23.
9 H. Reichelt: "Anmerkungen zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretation bei Werner Hofmann", in: SOPO 2, Westberlin 1969, S. 22.
10 Reichelt: ZUR..., S. 16.
11 Ebenda, S. 81.

Wenn also von Anwendung der Marxschen Theorie oder der Marxschen Methode gesprochen werden kann, dann nur in dem Sinne, "ein Stück Zeitgeschichte vermittels der materialistischen Geschichtsauffassung aus der gegebenen ökonomischen Lage zu erklären, d.h. den inneren Zusammenhang zwischen politischen Begebenheiten und ökonomischen Tatsachen nachzuweisen (vom Problem der Vollendung der 'Anatomie der Bürgerlichen Gesellschaft' einmal ganz abgesehen)." (12) Daher kann der erste Schritt in der Anwendung der Marxschen Methode – Theorie – zur Untersuchung der realen Klassenkampfbewegung nur im gründlichen Studium der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft bestehen, d.h. also in der systematischen Aneignung der von Marx im "Kapital" dargelegten inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise.

Von Anwendung der dialektischen Methode allerdings in dem Sinn zu sprechen, daß es sich hierbei um einen aus der Marxschen Theorie destillierbaren handlichen, kategorialen Apparat handle, der nur auf wechselnde Gegenstände zu applizieren sei, muß als bürgerliche Verfälschung des Wissenschaftlichen Sozialismus zurückgewiesen werden, insofern einer solchen Auffassung nämlich die Vorstellung zugrunde liegt, als basiere die Marxsche Theorie auf einem universellen, rein im Denken begründeten Kategorienschema. Statt dessen muß gerade umgekehrt davon ausgegangen werden, daß die allgemeinen Bewegungsformen des Stoffes (wie z.B. Umschlag von Quantität in Qualität; Umschlag von Ursache in Wirkung; Quantität – Qualität – Maß; die Schlußformel Besonderheit-Allgemeinheit-Einzelheit) oder was sonst noch als Bestimmungen dialektischer Logik zu benennen ist, nur abstraktester Ausdruck der Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft sind. Das Aufsuchen dieser abstrakten Bewegungsformen im "Kapital" schließt notwendig die Abstraktion von Vermittlungsgliedern in der Entfaltung der spezifisch historischen Form gesellschaftlicher Arbeit ein und diese Abstraktion kann folglich niemals ein handliches Instrumentarium zur Klassenanalyse oder zu sonstigen marxistischen Untersuchungen liefern.

Ein solches Methodenverständnis, das Reichelt mit Recht als im bürgerlichen Horizont befangen kritisiert, wird um keinen Deut besser, wenn es um ein zusätzliches Mißverständnis über die Marxsche Theorie erweitert wird. Wird das "Kapital" nicht als Darstellung der verselbständigten Formen gesellschaftlicher Arbeit begriffen, sondern zugleich zur Nachzeichnung der historischen Genesis des Kapitalverhältnisses umgedeutet, so wird damit die Marxsche Theorie und Methode völlig zum Mysterium. Unter Klassenanalyse wird dann zum Beispiel verstanden, mit dem 'Instrumentarium' der dialektischen Methode an die Untersuchung und Nachzeichnung der historischen Genesis und Entwicklung des Kapitalverhältnisses in je spezifischen Ländern zu gehen. Es wird dann konsequenterweise nur noch von "der Methode der historisch-genetischen Analyse der Begriffe und ... der Methode des Vergleichs historischer Epochen" (13) oder "historisch-genetischer Analyse der Gesellschaftsformen" (14) gesprochen oder aber davon, daß "die Methode ... also genetisch-evolutiv, kritisch, materialistisch und dialektisch sein" (15) muß. (16)

Als ein weiteres wichtiges Moment arbeitet Reichelt heraus, daß zwischen Früh- und Spätwerk eine kontinuierliche Entwicklung vorhanden ist, "daß sich an der Marxschen Grundposition, die zuerst in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten

12 Bierbaum u.a.: "Zur Aktualität der Leninschen Partei", in: SOPO 10, Westberlin 1971, S. 53, Anm. 54a.
13 Autorenkollektiv im INFI; Kampagne 'Ruhrgebiet': "Revolutionäre Aktionsstrategie und Revisionistische Staatstheorie", in: GEGEN DEN STROM, Nr. 1, Westberlin 1969, S. 8.
14 Ebenda, S. 13.
15 E. Mandel: MARXISTISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE, Frankfurt/Main 1970, S. 17.
16 Vgl. auch den Brief von Engels an Bolte vom 21./22.12.1890, in MEW 37, S. 465: "Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen Vorwurf kann ich manchem der neueren 'Marxisten' nicht ersparen, und es ist da dann auch wunderbares Zeug geleistet worden."

erarbeitet wurde, nichts geändert hat ...", insofern hier wie da "der Kapitalismus als die extremste Gestalt der verkehrten Form der Naturaneignung" (17) bestimmt ist. Im Gegensatz zu vielen bisherigen Marx-Interpreten hebt er also gerade die Kontinuität in der Marxschen Theorie hervor, und versucht nicht – siehe etwa neuerdings wieder bei dem französischen Marxisten Althusser (18) – die verschiedenen Stufen der Ausarbeitung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft gegeneinander auszuspielen.

II.

Kritisiert werden muß jedoch, wie Reichelt diese Kontinuität im Einzelnen bestimmt. Sowohl im Früh- wie im Spätwerk ist seiner Meinung nach ein durchgängiges Prinzip bei Marx das der Konfrontation von 'verkehrter und nicht verkehrter Welt'. So behauptet er für die Ökonomisch-philosophischen Manuskripte, daß für Marx sich dort "ohne die gedanklich antizipierte 'wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen den Menschen mit der Natur und mit dem Menschen' .... die Gegenwart nicht angemessen erfassen (läßt), wenngleich sich diese – erst herzustellende – bewußt gestaltete unentfremdete Identität des Menschen mit der Natur nicht positiv ausmalen läßt." (19) In der Deutschen Ideologie könne Marx die "Struktur der Verkehrung nicht dechiffrieren, ohne den Aspekt einer vernünftigen Identität von Mensch und Natur ins Auge zu fassen, doch ist über diese selbst nichts auszumachen." (20) Auch im Spätwerk gehe "die vorweggenommene zukünftige Gesellschaft in die theoretische Durchdringung der gegenwärtigen Gesellschaft ein", wenngleich Reichelt auch hier wieder einschränkend hinzufügt, daß dies nicht so zu verstehen sei, daß Marx "den Kapitalismus unter dem Gesichtspunkt analysiert, wie man sich die rationelle Organisation der Gesellschaft vorzustellen hat." (21)

Diese einschränkenden Formulierungen deuten zwar darauf hin, daß Reichelt bei seiner Interpretation der Marxschen Theorie, diesem nicht eine 'plumpe' Konzeption utopischen Sozialismus – des Messens der widerspenstigen Realität an einer wie auch immer abgeleiteten 'vernünftigen' Idee (Begriff) – unterstellt, sich selbst jedoch – aus Gründen, die im folgenden aufzuzeigen sind – von solchen Konzeptionen nicht eindeutig lösen kann, insofern für ihn nämlich Antizipation – in der Weise der gedanklichen Vorwegnahme der 'vernünftigen' Gesellschaft – zum Schlüssel der Gesellschaftsanalyse wird.

Die spezifische Differenz in der Entwicklung von Marx, daß was die Entwicklung vom Frühwerk zum Spätwerk ausmacht, stellt sich für Reichelt dar als ein Prozeß vom unvermittelten zum vermittelten Erfassen der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft, wobei das vermittelte Erfassen dadurch gekennzeichnet ist, daß Marx die Phänomene der bürgerlichen Gesellschaft "unter der Form einer kritischen Darstellung der Kategorien" (22) entwickeln kann. So nennt er als das Positive am Spätwerk die Tatsache, daß Marx durch "ein nicht äußerliches Aufgreifen" der Kategorien dem Gegenstand seiner Untersuchung und Darstellung gerecht werde, (23) während im Frühwerk "die Sprache der Nationalökonomie den Dienst verweigert" und Marx somit versuchen muß, "unmittelbar das Wesen des kapitalistischen Gesamtprozesses zu erfassen." (24) Reichelt geht also davon aus, daß die bürgerlichen Ökonomen nur ein Objektverhältnis zu den sachlichen Verhältnissen in der Welt haben, (25) so daß

17 Reichelt: ZUR..., S. 228 ('Grundposition' von uns hervorgehoben – d.Verf.).
18 Vgl. Louis Althusser: "Avertissement aux lecteur du Livre I du 'Capital' ", in: K. Marx: LE CAPITAL (livre 1), edition Garnier Flammarion, Paris 1969, S. 21.
19 Reichelt: ZUR..., S. 40.
20 Ebenda, S. 54 (Hervorhebung von uns – d.Verf.).
21 Ebenda, S. 145.
22 Ebenda, S 25.
23 Vgl. ebenda, bes. S. 127 und S. 244.
24 Ebenda, S. 27 (Hervorhebung von uns – d.Verf.).
25 Vgl. ebenda, S 244.

sie die Kategorien äußerlich aufgreifen müssen. Deswegen meint er, daß Marx – da er nicht an die klassische politische Ökonomie anknüpfen kann – auf die Antizipation als Mittel der Analyse angewiesen ist.

Entgegen dieser Ansicht ist die Vorstellung einer mündigen Gesellschaft nicht Ausgangspunkt der Marxschen Analyse, sondern erst das Ergebnis des Begreifens der Widersprüche der bestehenden Gesellschaft. Reichelt mißversteht also den Forschungsprozeß, wenn er nicht sieht, daß "der Denkprozeß selbst aus den Verhältnissen herauswächst, selbst ein Naturprozeß ist..." (26) Das wirkliche Verhältnis von klassischer politischer Ökonomie und Marx muß sich somit aber anders darstellen als es von ihm bestimmt wird.

"Das Nachdenken über die Formen des menschlichen Lebens, also auch ihre wissenschaftliche Analyse schlägt überhaupt einen der wirklichen Entwicklung entgegengesetzten Weg ein. Es beginnt post festum und daher mit den fertigen Resultaten des Entwicklungsprozesses. Die Formen, welche Arbeitsprodukte zu Waren stempeln und daher der Warenzirkulation vorausgesetzt sind, besitzen bereits die Festigkeit von Naturformen des gesellschaftlichen Lebens, bevor die Menschen sich Rechenschaft zu geben suchen, nicht über den historischen Charakter dieser Formen, die ihnen vielmehr bereits als unwandelbar gelten, sondern nur über deren Gehalt." (27) Der Forschungsprozeß beginnt also damit, den Inhalt der verknöcherten Formen zu analysieren. Die spezifischen Formen selbst fallen hier noch außerhalb der Untersuchung. Da es zunächst um die Erarbeitung der Voraussetzungen für die Entwicklung des inneren Zusammenhanges der scheinbar gegeneinander selbständigen Formen des Reichtums geht, also um die Auflösung des 'Phantoms der Güterwelt', ein Schritt, der selbst "notwendige Voraussetzung der genetischen Darstellung, des Begreifens des wirklichen Gestaltungsprozesses in seinen verschiedenen Phasen," (28) wird die Verkehrung der gesellschaftlichen Form zur Naturform – charakteristisches Merkmal der Beschränktheit der Bürgerlichen Ökonomie – nur insofern zum Problem, als sie sich selbst den Weg zur genetischen Entwicklung der Formen und damit zum Begreifen des transitorischen Charakters der kapitalistischen Produktionsweise verstellt.

"Die klassische Ökonomie sucht die verschiedenen fixen und einander fremden Formen des Reichtums durch Analyse auf ihre innere Einheit zurückzuführen und ihnen die Gestalt, worin sie gleichgültig nebeneinander stehen, abzuschälen; (sie) will den inneren Zusammenhang im Unterschied von der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen begreifen" (29); diese innere Einheit ist menschliche Arbeit. "Die klassische Ökonomie fehlt endlich, ist mangelhaft, indem sie die Grundform des Kapitals, die auf Aneignung fremder Arbeit gerichtete Produktion nicht als geschichtliche Form, sondern Naturform der gesellschaftlichen Produktion auffaßt," die Form wird nicht genetisch entwickelt, es wird nicht abgeleitet, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, was zu "gewaltsamen Abstraktionen" führt. Es ist jedoch ein Mangel, zu dessen "Beseitigung sie durch ihre Analyse selbst den Weg bahnt." (30)

Das ist der wesentliche Zusammenhang, den Reichelt übersieht, denn der durch Analyse gewonnene Inhalt (Arbeit) widerspricht der Form (Austausch von Lohnarbeit und Kapital): "Indem sie so auf der einen Seite die Arbeit absolut (weil ihnen die Lohnarbeit mit Arbeit identisch) und auf der anderen Seite ebenso absolut das Kapital, die Armut des Arbeiters und den Reichtum des Nichtarbeiters in demselben Atem als einzige Quelle des Reichtums aussprechen, bewegen sie sich beständig in absoluten Widersprüchen, ohne die geringste Ahnung darüber." (30 a) "In diesem Widerspruch sprach die politische Ökonomie bloß das Wesen der kapitalistischen Produktion aus, oder, wenn man will, der Lohnarbeit; der sich selbst entfremdeten Arbeit, der der von ihr geschaffene Reichtum als fremder Reichtum, ihre eigene Produktivkraft als Produktivkraft ihres Produkts, ihre Bereicherung als Selbstverarmung, ihre gesellschaftliche Macht als Macht der Gesellschaft über sie gegenübertritt." (31)

Indem sie also auf der einen Seite die verknöcherten Formen auf die ihnen gemeinsame Substanz, auf menschliche Arbeit, zurückführt, indem sie so die sachlichen Verhältnisse auf gesellschaftliche Verhältnisse zurückführt, auf der anderen Seite aber kritiklos an den verknöcherten Formen festhält, spricht die klassische politische Ökonomie implizit den Widerspruch der bürgerlichen Produktionsweise aus. Sie drückt aus, daß im Kapitalismus die gesellschaftlichen Verhältnisse eben einen spezifischen Charakter haben, der sie in der Form von sachlichen Verhältnissen erscheinen läßt. Was die bürgerliche Ökonomie aber kennzeichnet, ist, daß sie die Abstraktion nicht weit genug getrieben hat, daß sie bei Arbeit überhaupt stehenbleibt und die Arbeit nicht in ihrem Doppelcharakter, also das Wesen nicht selbst als widersprüchlich faßt; daß ihr daher das Verhältnis von Wesen und Erscheinung nicht zum Problem werden kann, sondern ihr beide vielmehr unmittelbar zusammenfallen. Deshalb ist bei ihr der Widerspruch der bürgerlichen Produktionsweise nur implizit ausgedrückt, sie kann ihn nicht anerkennen, geschweige denn begreifen: zum Begreifen würde gehören, daß der Widerspruch als vermittelter dargestellt wird. "Es war aber klar, daß – da dieselbe reale Entwicklung, die der bürgerlichen Ökonomie diesen theoretisch rücksichtslosen Ausdruck gab, die in derselben enthaltenen realen Widersprüche entwickelt, namentlich den Gegensatz zwischen dem wachsenden Reichtum der 'Nation' in England und der wachsenden Misere der Arbeiter, da ferner diese Widersprüche in der Ricardoschen Theorie etc. einen theoretisch schlagenden, wenn auch unbewußten Ausdruck erhalten, – es war natürlich, daß die Geister, die sich auf die Seite des Proletariats stellten, den theoretisch für sie schon zurechtgemachten Widerspruch aufgriffen." (32) Marx knüpft also direkt an die klassische Ökonomie an, indem er den von ihnen fast zu Ende geführten Abstraktionsprozeß vollendet: Er faßt die Arbeit nicht mehr als Arbeit überhaupt, sondern in ihrem Doppelcharakter. Andererseits wird dadurch erst eine systematische Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft möglich. "Die Analyse der Ware auf Arbeit in Doppelform, ... ist das kritische Ergebnis einer mehr als anderthalbhundertjährigen Forschung der klassischen politischen Ökonomie..." (33)

Dadurch, daß Reichelt das Verhältnis von Marx zur klassischen politischen Ökonomie nicht adäquat begreift, ist es ihm unmöglich gemacht, die Durchdringung der gesellschaftlichen Formen des menschlichen Lebens angemessen als selbst noch sozial bestimmt zu interpretieren. Er konstatiert zwar die Notwendigkeit eines "historische(n) Kulminationspunkt(es), der vermöge der abschlußhaften Form der Pervertierung des Zusammenhangs von Mensch und Natur den Einblick in die wirkliche Struktur... des Kapitalismus freigibt" (34), benennt aber damit nur eine Voraussetzung, die auch der klassischen politischen Ökonomie gegeben war, so daß die Fortschritte der Theorie von der Klassik bis hin zu Marx unerklärt bleiben. Reichelt anerkennt nicht, daß dieser Denkprozeß bis hin zu Marx quasi mit Naturnotwendigkeit erzeugt wird durch die Entwicklung der realen gesellschaftlichen Antagonismen.

Erst am Ende dieses Forschungsprozesses, der die positiven Elemente ausfindig macht, wie sie die bürgerliche Gesellschaft schon in sich trägt und bei ihrem eigenen Zerfallsprozeß entwickelt und für die Beteiligten bloßlegt, steht eine ungefähre Vorstellung dessen, was "bewußt gestaltete unentfremdete Identität des Menschen mit der Natur" (35) heißen könnte. "Ebenso führt diese richtige Betrachtung (und Deduktion der Gesetze der bürgerlichen Produktionsweise – d.Verf.)

26 "Marx an Kugelmann, 11. Juli 1868", MEW 32, S. 553.
27 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 89 (Hervorhebungen von uns – d.Verf.).
28 K. Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT/3, MEW 26.3, S. 491.
29 Ebenda, S. 490.
30 Ebenda, S. 491 ('Analyse' von uns hervorgehoben – d.Verf.).
30a Ebenda, S. 256.
31 Ebenda, S. 255.
32 Ebenda, S. 256 ('reale Entwicklung' von uns hervorgehoben – d.Verf.).
33 K. Marx: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, MEW 13, S. 37.
34 Reichelt: ZUR..., S. 145.
35 Ebenda, S. 40.

... zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse – und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet. Erscheinen einerseits die vorbürgerlichen Phasen als n u r h i s t o r i s c h e, i.e. aufgehobene Voraussetzungen, so die jetzigen Bedingungen der Produktion als sich s e l b s t a u f h e b e n d e und daher als h i s t o r i s c h e V o r a u s s e t z u n g e n für einen neuen Gesellschaftszustand setzende."(36) Nicht Ausgangspunkt, sondern Resultat ist, was Reichelt bei Marx als eingehend in die 'begriffliche Verarbeitung' unterstellt. Nur das volle Begreifen der Widersprüche der real gegebenen Gesellschaft ermöglicht das Bild einer mündigen Gesellschaft in Ansätzen zu zeichnen. Die Identität einer Gesellschaft mit sich selbst (im Gegensatz zur Selbstzerrissenheit) oder die Möglichkeit der Identität von Mensch und Natur steht als Vorgestellte nie am Anfang einer Analyse, die den Idealismus überwindet, sie geht nicht "in die theoretische Durchdringung der gegenwärtigen Gesellschaft ein" (37), sondern nur in die Darstellung derselben. Insofern "philosophiert" Marx auch nicht unter "identitätsphilosophischen Prämissen" (38). Um was es sich bei der Darstellung also handelt, ist nicht Prämisse – und schon gar nicht 'identitätsphilosophische Prämisse' (was immer Reichelt in bezug auf die Marxsche Theorie darunter verstanden wissen will) – sondern Resultat eines Forschungsprozesses, der mit Notwendigkeit auf der Reife des Entwicklungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft von ihr selbst eingeleitet und vollendet wird.

Das Reicheltsche Verständnis der Marxschen Theorie als einer Konzeption, für die die gedankliche Antizipation einer kommunistischen Gesellschaft notwendige Voraussetzung und damit der Schlüssel für die Marxsche Gesellschaftskritik ist, muß konsequent zu Ende gedacht zur Annahme einer relativen Eigenständigkeit des Denkens gegenüber dem materiellen Prozeß führen, derart, daß die Hirntätigkeit (Denken) an sich selbst ihr Material gewinnen könne. (38 a) Deshalb kann ihm auch hier der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er letztlich doch bürgerlichem Verständnis von Gesellschaftskritik verhaftet bleibt.

Deutlich wird dies bei seiner höchst mißverständlich abgefaßten Passage über die Transformationsperiode. Seine Formulierung – "Schon 'um ihre Existenz' sicherzustellen, sind die Menschen genötigt, das Hegelsche Wort über die Französische Revolution erst wirklich wahr werden zu lassen: sich auf den Gedanken zu stellen und die Wirklichkeit nach diesem zu bauen. Nicht mehr soll das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmen, sondern ihr Bewußtsein das gesellschaftliche Sein;" (39) – können allzu leicht vergessen machen, daß auch im Kommunismus das Bewußtsein das Sein nur insofern bestimmen kann, als es immer noch an die materiellen Voraussetzungen gebunden ist, daß aber "alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen" (40) unterworfen werden.

36 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 365.
37 Reichelt: ZUR..., S. 145.
38 Ebenda, S. 155.
38a Daß man Reichelt in dieser Weise interpretieren kann, dafür liefert H.-C. Harten in seiner Besprechung des Reicheltschen Buches (in: POLITIKON Nr. 36, April/Mai, Göttingen 1971, S. 35) einen schlagenden Beweis, indem er diesem Zaghaftigkeit in Sachen idealistischer Umdeutung vorwirft und der von Reichelt vorgenommenen bloß "a b s t r a k t e n Gegenüberstellung Kapitalismus-Kommunismus" entgegenhält, "daß die Produktivkräfte immer schon ein Moment der Antizipation enthalten, das gerade in einer Theorie der Gesellschaft e n t f a l t e t und zu einer Strategiekonzeption vermittelt werden muß. Wenn das nicht geschieht, werden auch keine Klassenkämpfe stattfinden; von selbst verwirklicht sich der Geist des Proletariats nicht." (Hervorhebungen von uns – d.Verf.).
39 Ebenda, S. 53 f.
40 K. Marx/F. Engels: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW 3, S. 70.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

III.

Aus einer verkürzten Interpretation des Verhältnisses Marx zur klassischen politischen Ökonomie – insbesondere der Anknüpfung an die Arbeiten von Smith, Ricardo etc. – müssen sich Reichelt notwendig Schwierigkeiten bei der Nachzeichnung der Entwicklung der Kategorien in den ersten Kapiteln des "Kapital" ergeben, wenngleich nicht bestritten werden soll, daß er die Darstellung der Funktionsbestimmungen des Geldes und den notwendigen Übergang zum 4. Kapitel sehr detailliert und richtig nachzeichnet.

So glaubt er zum Beispiel nicht entscheiden zu können, "ob Einwände gegen die Form des Anfangs zurecht bestehen, ob hier ein Moment der Gewaltsamkeit vorliegt, oder ob sich die Systemkonstruktion gegenüber den materialen Problemen verselbständigt hat" (41). Das zentrale Problem ist für ihn die "Einführung des Wertbegriffs". Dieser wiederum ist seiner Meinung nach "die Voraussetzung einer Darstellungsform der Kategorien der politischen Ökonomie, welche zum ersten Male versucht, ein äußerlich aufgreifendes Verfahren zu überwinden..." (42)

Marx' Ausgangspunkt hingegen "ist die einfachste gesellschaftliche Form, worin sich das Arbeitsprodukt in der jetzigen Gesellschaft darstellt, und dies ist die 'W a r e'." (43) Nachdem er diese in ihrer doppelten Bestimmtheit analysiert hat, entwickelt er weiter, "daß, wenn die Ware das Doppelte von Gebrauchswert und Tauschwert, auch die in der Ware dargestellte Arbeit Doppelcharakter besitzen muß, ..." (44) Nur so kann er zeigen, wie dieser Inhalt notwendig jene historisch-spezifische Form annehmen, sich also gesellschaftliche Arbeit als gegenständliche Eigenschaft der Arbeitsprodukte darstellen muß.

Da Reichelt – wie oben gezeigt – den sozialen Prozeß bis zur Erkenntnis des Doppelcharakters der Arbeit – diesem "Springpunkt..., um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht" (45) – nicht richtig versteht, stellt sich ihm dieser Zusammenhang anders dar, so daß die "Einführung des Wertbegriffs" als ein "Moment abstrakter Setzung" (46) erscheinen muß. Dieser Wertbegriff kann dann jedoch – da bei Reichelt dem Doppelcharakter der Arbeit v o r a u s g e s e t z t und nicht umgekehrt aus diesem a b g e l e i t e t – nur gewonnen werden aus der Konfrontation von bürgerlicher und kommunistischer Gesellschaft. So formuliert er, daß "der Inhalt des Werts ... als h i s t o r i s c h e r Gegenstand nur begriffen und dargestellt werden kann, wenn jener Inhalt auch als Inhalt anderer Formen begreifbar und darum abgelöst von seiner historischen Erscheinungsform beschreibbar geworden ist." (47) Entscheidender Gesichtspunkt für den Inhalt des Werts ist für ihn der Aspekt der "Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Produktionszweige" (48), deren 'vernünftige' und 'mündige' Regelung Marx – wenn auch nicht ausgemalt – so jedoch in der Vorstellung antizipiert habe, um die Verkehrung der bürgerlichen Gesellschaft darstellen zu können. Als Beleg dafür gilt ihm zum einen die Stelle aus dem Brief von Marx an Kugelmann vom 11. Juli 1868 (49), wo dieser vom Naturgesetz der proportionellen Verteilung der Arbeit spricht, zum andren die Stelle, an der Marx im Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware (50) – zur Illustration des vorher entwickelten – 'Robinson' und den 'Verein freier Menschen' anführt. "Beiden Beispielen ist gemeinsam, daß die Arbeit als Arbeitskraft eines selbstbewußten Subjekts geschildert wird, daß sie – auf der Basis bewußt konzipierter Korrelation zwischen Bedürfnissen, Gegenständen zur Be-

41 Reichelt: ZUR..., S. 53 f.
42 Ebenda.
43 K. Marx: "Randglossen zu A. Wagners 'Lehrbuch der politischen Ökonomie' ", MEW 19, S. 369.
44 "Marx an Engels, 8. Januar 1868", MEW 32, S. 11.
45 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 56.
46 Reichelt: ZUR..., S. 155.
47 Ebenda, S. 145.
48 Ebenda, S. 227.
49 Vgl. MEW 32, S. 553.
50 Vgl. K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 90 ff.

friedigung dieser Bedürfnisse und notwendiger Arbeitszeit zur Herstellung dieser Gegenstände – planvoll auf die verschiedenen Produktionszweige verteilt. Prinzipiell handelt es sich bei der bürgerlichen Gesellschaft um dasselbe Problem, nur muß es in anderer Form gelöst werden" (51). Die Lösung dieses Problems geschieht dann dort durch den Wert, als jener "gesamtgesellschaftlichen Synthesis, jenen Ersatz für die fehlende selbstbewußte Einheit, welche die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit regelt" (52).

Reichelts Fehler ist also, daß er die Warenform des Arbeitsprodukts nicht als "die ökonomische Zellenform" (53) der bürgerlichen Gesellschaft begreift, nach deren Einführung Marx zum Doppelcharakter der Arbeit fortschreitet. Seine Interpretation der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft muß so mit der Bemerkung von Marx zurückgewiesen werden: "Der Fehler ist überhaupt, vom Wert als einer obersten Kategorie auszugehen..." (54)

Offen bleibt schließlich die Frage, ob nicht weitere Unklarheiten bei Reichelt Konsequenz seines prinzipiellen Mißverständnisses über den Springpunkt der politischen Ökonomie sind. So sind zum Beispiel seine Interpretation des Stellenwertes des Lohnkapitals im ersten Band (55) und der doppelten Bestimmtheit der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (56) sehr problematisch. Ebenso gehen ihm bei der Bestimmung der Differenz zwischen Grundrissen und Kapital in bezug auf die 'Konkurrenz' zwei Aspekte durcheinander (57), und er kommt über eine Wiederholung der schon von Rosdolsky – der die Planveränderung zwar konstatiert, aber nicht systematisch zu erklären vermag – formulierten Thesen nicht hinaus. (58) Es bleibt so nur zu hoffen, daß die Fortsetzung seiner Interpretation der "logischen Struktur des Kapitalbegriffs" Klarheit über diese Fragen bringen wird.

Projekt 'Klassenanalyse'

---

51 Reichelt: ZUR..., S. 146.
52 Ebenda, S 227.
53 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, "Vorwort zur ersten Auflage", MEW 23, S. 12.
54 Randbemerkung Marx' zur Seite 76 des Buches von Kaufmann "Theorie der Preisschwankungen", in: KARL MARX ALBUM, S. 155, (zitiert nach R. Rosdolsky, op. cit., S. 144).
55 Reichelt: ZUR..., vgl. S. 88 f.
56 Vgl. ebenda, S. 173 ff.
57 Vgl. ebenda, S. 85: "... diese Umstrukturierung generell einhergeht mit der Einarbeitung von Material, das sich nicht 'aus dem Begriff ableiten' läßt" (Hervorhebungen von uns – d.Verf.).
58 Das Gleiche gilt für das Verhältnis Marx – Hegel. Hatte Reichelt in seiner Einleitung Rosdolsky dahingehend kritisiert, daß "er auf den Gebrauch Hegelscher Kategorien lediglich aufmerksam macht und im gleichen Atemzug ganze Passagen, die sich durch höchst spekulativ anmutende Formulierungen auszeichnen und darum im äußersten Maße interpretationsbedürftig sind, nahezu ohne Kommentar wiedergibt" (ebenda, S. 14), so muß konstatiert werden, daß er selbst auch über bloß abstrakte Verweise auf Parallelitäten zwischen der Marxschen Theorie und der Hegelschen Philosophie nicht hinauskommt.

NEUERSCHEINUNGEN

THEORIE UND PRAXIS, Bd.6 :
Kampf–Kritik–Umgestaltung: proletarische Schule und Universität in China (Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit I); Dokumente aus der VR China. Im Vorwort: antiautoritärer u. kommunistischer Erziehungsbegriff; Erziehung als Bestandteil des Klassenkampfes im Sozialismus. - 240 S., DM 8.50 (bereits erschienen).

PROLETARISCH–REVOLUTIONÄRE ROMANE:
F. Gladkow, Zement Die Politik der Bolschewiki und das Verhältnis von Politik und Ökonomie während der NEP, der 1.Phase des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, am Beispiel der Wiederinbetriebnahme der Zementfabrik von Novorossijsk; mit Dokumentenanhang 350 S., DM 8.80 (Anfang Juni).

W.Bredel, Maschinenfabrik N&K (1931); mit Kommentar und Dokumentenanhang zur Gewerkschaftspolitik der KPD ca.240 S ca. DM 6.-- (Ende Juni).

DAS ROTE KINDERBUCH :
Nr.2 Die Rote Fahne. Revolutionäre Märchen 1. Teil - 45 S., illustriert DM 5.-- (Ende Juni).

OBERBAUMVERLAG BERLIN Verlag für Politik und Ökonomie 1 Berlin 21 Bundesratufer 1

Besprechung von: Michael Mauke: DIE KLASSENTHEORIE VON MARX UND ENGELS (1)

I

Wenn Mauke zu Beginn seines Buches formuliert, daß Marx "keine gesonderte Abhandlung seiner Klassentheorie" /7/ geschrieben hat und er dies im Gegensatz zu Georg Lukacs (2) nicht wehmütig beklagt, sondern betont, daß die Marxsche Klassentheorie im System der Kritik der Politischen Ökonomie enthalten ist, so ist dem zunächst voll zuzustimmen. Die Darstellung der "Klassentheorie des Kapitalismus" /8/ ist nichts andres als die Darstellung der Stellung der Klassen und Klassenabteilungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, aus dem sich ihre Wechselbeziehung aufeinander ergeben. Unabdingbare Voraussetzung ist daher die Einsicht in die Struktur des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, welche von Marx im KAPITAL dargestellt worden ist. Die Darstellung der Klassentheorie ist daher immer bestimmt durch das Verständnis des Systems der Politischen Ökonomie. Wenn auch Mauke auf diesen Zusammenhang hinweist, muß gerade seine Interpretation des KAPITALS und damit der Klassentheorie kritisiert werden.

An der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen die wirklichen Verhältnisse in völlig verdrehten Formen. Um bei der Analyse der wirklichen Bewegung nicht diesem Schein aufzusitzen, muß zuvor Klarheit geschaffen werden über den Vermittlungszusammenhang der Verkehrung, wie er sich aus der inneren Natur des Kapitals ergibt. Die bestimmte historische Form der gesellschaftlichen Arbeit selbst fordert eine bestimmte Form der Darstellung, die dialektische Methode, das stufenweise Annähern an die Oberfläche auf Basis der je widersprüchlichen Bestimmungen, wie sie sich aus dem Gegensatz von Inhalt und bestimmter Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit ergeben. Die Darstellung der allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals im KAPITAL ist eben die stufenweise Dechiffrierung der erscheinenden Bewegung. (3) Somit muß die Nachzeichnung der Klassentheorie, die Aufdeckung der Stellung der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, in der Stufenfolge der Entwicklung des Wertverhältnisses vollzogen werden.

Nun sind zwar diese logischen Kategorien immer auch schon historische in dem Sinne, daß sie historisch gewordene und vergängliche sind. Doch darf daraus keinesfalls der Schluß gezogen werden, daß die logische Abfolge der Kategorien notwendig der historischen Abfolge entspricht, denn "es wäre untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinanderfolgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch ihre Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau die umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht". (4)

---

1 M. Mauke: DIE KLASSENTHEORIE VON MARX UND ENGELS, EVA, Frankfurt/Main 1970. (Die Seitenzahlen in Querstrichen beziehen sich auf diesen Text.)
2 Vgl. Georg Lukacs: GESCHICHTE UND KLASSENBEWUSSTSEIN, Neuwied-Berlin 1968, S. 218.
3 Dieser Zusammenhang ist näher entwickelt in der Besprechung des Buches von Helmut Reichelt in diesem Heft S.
4 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 28.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die logische Abfolge der Kategorien nicht Punkte erreicht, wo die historische Entwicklung in die Darstellung hineinragt. Doch um daraus selbst noch Einblick in die wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse gewinnen zu können, muß zunächst Klarheit bestehen über die Struktur der logischen Abfolge der Kategorien selbst.

Das System der Kritik der Politischen Ökonomie ist aber gründlich mißverstanden, wenn es als h i s t o r i s c h e Darstellung des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses der modernen Gesellschaft interpretiert wird. Und genau dieses Mißverständnis von historischer und logischer Darstellung liegt der Maukeschen Rekonstruktion der Marxschen Klassentheorie zugrunde, wie in folgendem offensichtlich wird: "Marx' historische Chance bestand darin, daß er im England der Mitte des 19. Jahrhunderts den Kapitalismus in seiner klassischen Form studieren konnte... Klassisch war diese geschichtliche Situation, weil sie als Übergangsepoche ermöglichte, den Kapitalismus in seiner Genese und in seinen Entwicklungstendenzen insgesamt als prozessuale Totalität zu begreifen. Aus der besondren geschichtlichen Konstellation erklären sich auch die kontrastierenden Aussagen über die Arbeiterklasse: der wechselvolle Inhalt der Begriffe reflektiert die Widersprüchlichkeit und Ungleichmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung". /111/

Wenn die Darstellung im KAPITAL als historische Darstellung verstanden wird, dann ergeben sich daraus mit Notwendigkeit zwei Konsequenzen. Zum einen kann Mauke die spezifisch historische Form der gesellschaftlichen Arbeit, das Wertverhältnis, nicht erfassen – weil ihm die Analyse der Form überhaupt nicht zum Problem wird. Damit hat er sich die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und allen andren ökonomischen Gesellschaftsformationen von vornherein verstellt.

Zum andren kann Mauke behaupten, daß die Marxsche Darstellung für die Phase des sogenannten Konkurrenzkapitalismus zutreffend gewesen sei, jedoch dem heutigen Entwicklungsstand – dem sogenannten Monopolkapitalismus – nicht mehr entspricht; daß sich also die wirkliche Entwicklung gleichsam von ihrem Begriff entfernt hat. So kommt er konsequent zu dem Resultat, die Kritik der Politischen Ökonomie auf Basis der Kritik der Politischen Ökonomie selbst für obsolet zu erklären.

II

Mauke setzt den Begriff des Mehrprodukts an den Beginn seiner Darstellung, die von der Urgeschichte bis zum Kapitalismus reicht. Es gelingt ihm jedoch nicht, einen richtigen Zusammenhang zwischen dem Entstehen eines Mehrprodukts, der Entwicklung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung herzustellen. Losgelöst von jeder historisch spezifischen Form, die das Mehrprodukt in den einzelnen ökonomischen Epochen annimmt, und so ungeachtet aller je spezifisch unterschiedenen Bestimmungen, wird dieses zum Schlüsselbegriff der Maukeschen Argumentation. "Das Mehrprodukt in der Form des Privateigentums an Arbeitsmitteln und -ergebnis der unmittelbaren Produzenten ist das widersprüchlich vorwärtstreibende Moment der Geschichte antagonistischer Vergesellschaftung". /14/

Weil für Mauke die bestimmte Form der gesellschaftlichen Arbeit, die differentia specifica der einzelnen Produktionsweisen, und damit die je unterschiedliche Art und Weise der Schaffung des Mehrprodukts, überhaupt aus der Darstellung herausfällt, macht sich der Klassengegensatz als der zwischen Mehrprodukt Hervorbringenden und privaten Aneignern

des Mehrprodukts allein fest an der Verwendung des eh schon produzierten Mehrprodukts: Das Mehrprodukt wird zum "Kampfobjekt zwischen den Produzenten und privaten Inhabern der sachlichen Produktionsbedingungen und zur umstrittenen Beute zwischen herrschenden Privateigentümern selbst". /11/12/

Wird so Privateigentum an Produktionsmitteln als sich durch die Geschichte sämtlicher ökonomischer Formationen hindurchziehende Bestimmung unterstellt und der Klassenkampf reduziert auf ein Ringen um das Mehrprodukt, dann bereitet es Mauke keine Schwierigkeit mehr, beide Momente 'zusammenzufassen zum Widerspruch' von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung als immer wiederkehrendes Grundmuster der Klassengesellschaft: "In der Entfaltung der widersprüchlichen Verhältnisse zwischen der gesellschaftlichen Arbeit und der partikulären Aneignung des Mehrprodukts liegt für Marx der Schlüssel zur Erklärung einer mehrtausendjährigen Entwicklung der Gesellschaft; von Aufstieg, Niedergang und Umwälzung verschiedener nebeneinander bestehender und aufeinanderfolgender Klassengesellschaften". /12/

Hier wird nun deutlich, worauf derartige Argumentation mit Notwendigkeit hinausläuft. Weil Mauke nicht begreift, daß auf gewisser Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte die gesellschaftliche Arbeit bestimmte Form annimmt und der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Entwicklung der Produktivkräfte sich deshalb auch nur in b e s t i m m t e r F o r m, als Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, als v e r m i t t e l t e s H e r r s c h a f t s - u n d K n e c h t s c h a f t s v e r h ä l t n i s geltend machen kann, verwechselt er die bürgerliche Form des Widerspruchs mit dem Widerspruch der bisherigen Geschichte, nämlich die Herrschaft der Produktions-Bedingungen über die Produzenten. Das hat zur Folge, daß er alle bisherige Geschichte als die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft darstellen muß.

Entgegen Maukes Darstellung muß festgehalten werden, daß erst in der bürgerlichen Gesellschaft der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen derartige Prägnanz erhält, daß er bestimmend wird für die Entwicklung der Gesellschaft, indem er seine Bewegungsform nur findet in der pausenlosen Revolutionierung der Produktivkräfte. Es ist der innere Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst, der sich mit Naturgewalt, in Gestalt der Konkurrenz der vielen Einzelkapitale, dem einzelnen Kapitalisten gegenüber geltend macht, ihm die nächsten Schritte seines Tuns diktiert und zu permanenter Umwälzung der Produktivkräfte, zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik zwingt.

Allein in der modernen Gesellschaft wird die Produktion des Mehrprodukts, weil stofflicher Träger des Mehrwerts, zwingende Notwendigkeit und Selbstzweck. Demgegenüber sind alle vorkapitalistischen Produktionsweisen wesentlich auf die Reproduktion traditioneller und beschränkter Verhältnisse gerichtet. Das Mehrprodukt ist überhaupt nur bestimmt durch seine stoffliche Existenzform, bildet Vorrat oder wird für unproduktive Aufgaben verwandt: "Aber die Alten dachten auch nicht daran, das surplus produce in Kapital zu verwandeln. Wenigstens nur in geringem Grade. (Das ausgedehnte Vorkommen der eigentlichen Schatzbildung bei ihnen zeigt, wieviel surplus produce ganz brach lag.) Einen großen Teil des surplus produce verwandelten sie in unproduktive Ausgaben für Kunstwerke, religiöse Werke, travaux publics. Noch weniger war ihre Produktion auf Entfesselung und Entfaltung der materiellen Produktivkräfte – Teilung der Arbeit, Maschinerie, Anwendung von Naturkräften und Wissenschaft auf die Privatproduktion – gerichtet". (5)

---

5 K. Marx: THEORIEN UBER DEN MEHRWERT, MEW 26.2, S. 528/29.

III

Wie Mauke alle bisherige Geschichte unter der Hand nur als Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft fassen kann, ohne selbst eine Vorstellung von der bürgerlichen Form der gesellschaftlichen Arbeit zu haben, vermag er auch die Darstellung der Klassenverhältnisse im Kapitalismus nicht zu leisten.

Einerseits wird ihm der "Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist", (6) überhaupt nicht zum Problem; er kommt nicht über die höchst schwammige Bezeichnung von Wert "als dem universellen Medium des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" /22/ hinaus.

Weil der Fetischismus gerade nicht aus dem Inhalt der Wertbestimmung, sondern aus der bestimmten gesellschaftlichen Form der Arbeit entspringt, die als gegenständliche Eigenschaft der Arbeitsprodukte erscheint, bleibt die bloße Feststellung, daß "abstrakte Arbeit im Wert ihren praktischen Ausdruck erhält" /22/ flach und verkürzt. Die Verkehrung von Subjekt und Objekt ist damit überhaupt nicht gefaßt. Erst die Entwicklung aus den je widersprüchlichen Bestimmungen zeigt die Zusammenhänge, aus welchen sich für die Produktionsagenten ein notwendig verdrehtes Bewußtsein ergibt.

Andrerseits muß ihm durch den unbegriffnen Zusammenhang alles als verdinglicht erscheinen. Da er den Fetischismus gerade nicht aus der bestimmten gesellschaftlichen Form der Verausgabung von Arbeit ableitet, wird ihm auch die spezifische Form der Verdinglichung im Kapitalismus nicht mehr klar, degenerieren ihm unter seiner Feder alle gesellschaftlichen Zusammenhänge derart zu verdinglichten, daß es der Konstruktion eines deus ex machine bedürfte, die unterdrückten Massen zu befreien. So sitzt Mauke selbst noch der Verkehrung von Subjekt und Objekt auf, wenn ihm die Klassenherrschaft der Kapitalisten "als ein System 'technischer' Sachzwänge von dämonischer Funktionalität" /103/ erscheint.

Es ist nicht mehr verwunderlich, wenn Mauke im weiteren Verlauf seiner Darstellung das Konstituens des Kapitalismus, den Wert, das Wertverhältnis für unhaltbar erklärt.

Auf dem Wege zur Automation werden immer mehr Menschen aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß verdrängt; einfache Arbeit wird zunehmend durch komplexe Arbeit ersetzt, "so daß am Ende ihre (der einfachen Arbeit) Aufhebung steht" /33/. Komplexe Arbeit, das ist geistige, technische und wissenschaftliche Arbeit, die mehrwertproduzierend ist /vgl. 40/41/ und die einfache Arbeit, d.h. gesellschaftliche Durchschnittsarbeit und damit die quantitative Substanz des Werts soweit verdrängt, "daß die Wertform und damit Warenproduktion und Kapitalismus nicht mehr aufrechterhalten werden können". /33/ In einer solchen Gesellschaft "wird das Wertgesetz unhaltbar" und ist "kein adäquates Regulativ mehr", denn die Verteilung des Überflusses läßt sich nicht weiter am Wert messen. Der so decouvrierte Kapitalismus kann nur noch mit Gewalt aufrechterhalten werden. /vgl. 40/41/ Hierzu ist nun zu bemerken, daß, solange die Form der Produktion kapitalistisch ist, solange die bürgerliche Gesellschaft noch existiert, das einzige Maß des Reichtums der Wert ist und bleibt, so widersprüchlich das auch angesichts von "Überflußproduktion" scheinen mag. Anstatt seine These von der Unhaltbarkeit des Wertgesetzes aufzustellen, hätte Mauke besser daran getan, die Wertformen zu analysieren und die Widersprüchlichkeit, die diese Formen auf den verschiedenen Ebenen annehmen, zu entwickeln.

6 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, MEW 23, S. 87.

Zwar handelt Marx in den GRUNDRISSEN von der letzten Zuspitzung des Widerspruchs der auf der Werteproduktion basierenden kapitalistischen Gesellschaft, doch ist es bei Marx das Kapital als prozessierender Widerspruch, der hindrängt zum schließlichen Zusammenbruch dieser Produktionsweise: "Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren stört, während es andrerseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen; setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung – question de vie et de mort – für die notwendige. Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, ... um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffenen Wert als Wert zu erhalten." (7)

Während aber bei Marx der Wert die stoffliche Seite des Produktionsprozesses modifiziert und revolutioniert, geht Mauke eben von der stofflichen Seite aus, der Maschine und der komplexen Arbeit und revolutioniert das Wertverhältnis.

Es wird hier deutlich, daß Mauke einerseits die Weiterentwicklung des Kapitalismus noch unter Wertaspekten sieht, an einer verkürzten Werttheorie festhält, andrerseits aber die letzte Entwicklungsphase vor dem Hintergrund des Obsolet-Geworden-Seins des Wertverhältnisses neu interpretieren muß, und zwar als Phase totaler Verdinglichung, als Herrschaft des von Bürokraten verwalteten Staatsapparats über die Massen. An die Marxsche Unterscheidung von Kapital als Funktion und Kapital als Eigentum knüpft Mauke dann an, um die Klassenkategorie (der Kapitalisten) "als spezifisch soziologische Kategorie für hinfällig" /103/ erklären zu können: "Mit dem Verschwinden des klassischen Kapitalisten (Eigentümer und Funktionär) tritt das Kapital den Lohntätigen, (zu denen grundsätzlich auch die Angestellten und wenigstens formell, die Manager gehören, wo also fast die gesamte Gesellschaft zum Lohnarbeiter geworden ist) – als unmittelbare Macht der Dinge über die Menschen gegenüber." /103/ So ist es bei Mauke nicht mehr die Klasse der Kapitalisten, sondern das kapitalistische "Lager", das alle "besitzenden, privilegierten und überhaupt am Bestand der kapitalistischen Ordnung interessierten und engagierten 'Klassen', Gruppen und Individuen" /104/ umfaßt.

Dementsprechend wird auch für die Arbeiterklasse die Kategorie der Klasse unzulänglich und durch den Begriff des 'Lagers' ersetzt. "Als einziges Synonym für die Kategorie findet sich bei Marx der Begriff des 'Lagers', der brauchbar zu sein scheint zur Analyse jener abschließenden Entwicklungsphase des kapitalistischen Systems, in welcher der Klassenbegriff als solcher unzulänglich wird". /110/

Mauke begründet seine These damit, daß es sich im hochentwickelten Kapitalismus um die Herausbildung einer "neuen Arbeiterklasse" handle, deren herausragendes Moment es sei, nicht mehr einfache, sondern vielmehr komplexe Arbeit zu verrichten. "Mit dieser neuen Arbeitsqualität zeichnen sich zugleich die Umrisse einer neuen Lohnarbeiterklasse ab, die sich von dem Aggregatzustand der Fabrikarbeiterschaft ebenso abzuheben scheint, wie diese von der Manufakturarbeiterschaft zu unterscheiden ist." /131/

Nach Mauke ist durch die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion eine neue Qualität der Arbeit erreicht, so daß durch "die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals die produktiven Arbeiter vollends durch Maschinen ersetzt" /163/ werden und der durch die Mehrwertproduktion bestimmte Begriff der produktiven Arbeit hinfällig

7 K. Marx: GRUNDRISSE . . ., a.a.O., S. 593.

wird. Auch hier kann Mauke die Entwicklung der verborgnen Potenzen der gesellschaftlichen Arbeit nicht verstehen: er begreift Verwissenschaftlichung der Produktion und Automation nicht als Ausdruck der Entwicklung der konfligierenden Momente der kapitalistischen Produktion, kann nicht entwickeln, daß Wissenschaft Bedingung wie Resultat dieser Produktionsweise ist und damit der Entwicklung der Produktivkräfte unter der Regie des Kapitals selbst. Wenn Mauke den wissenschaftlichen Sozialismus aufgibt, damit auch gleichzeitig die einzige Möglichkeit, den wirklichen Prozeß der Auflösung des modernen Privateigentums zu formulieren und auf dieser Grundlage eine Konzeption revolutionärer Taktik zu entwickeln, folgt daraus die Notwendigkeit, eine neue Revolutionstheorie auszuhecken.

Hier knüpft nun Meschkat in seinem Nachwort an. Getreu dem Dogma der antiautoritären Revolte – ich kämpfe, also bin ich – und im Garn des studentischen Sendungsbewußtseins gefangen, fordert er die Ausbreitung des antiautoritären Bewußtseins durch "mehr und mehr" Aktionen der "Intellektuellen, Studenten und Schüler", "zunächst durch Angriffe auf Institutionen wie Schulen und Universitäten, von deren Funktionieren die Fortexistenz des Gesamtsystems entscheidend abhängt." /173/174/ Diese grandiose Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus in Form der neuen Revolutionstheorie hat sich gerade in den letzten Wochen wieder zu einem neuen Glaubensgebot emporgewuchtet: "Wenn du wissen willst, was ein Kommunist denkt, dann sieh auf seine Hände und nicht auf seinen Mund" (aus einem Aufruf zur Demonstration am 21.5.71 in Westberlin).

Projekt 'Klassenanalyse'

Diese Bücher werden Sie mehr als einmal lesen

Kaplan/Katzenbach und Tunkin
Modernes Völkerrecht – Form oder Mittel der Außenpolitik
Eine Gegenüberstellung der amerikanischen und sowjetischen Interpretation des Völkerrechts, 450 Seiten, kart. DM 20,–

Wladimir I. Lenin
Die ersten Dekrete der Sowjetmacht
aus dem Russischen, 200 Seiten, geb. DM 18,–

Aleksander Anciskin und Nikolai Solovev
Wirtschaftsprojektion der Sowjetunion
Struktur und Methoden, 120 Seiten, geb. DM 15,–

Herwig Roggemann
Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten
Loseblattwerk in Sammelordnern
Subskr. DM 0,20, N.P. 0,25 pro Seite

Herwig Roggemann
Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetztexte, 296 Seiten, DM 25,–

Herwig Roggemann
Die Sowjetverfassung
Text und Analyse, 68 Seiten, kart. DM 6,–

Menschen in der Sowjetunion
200 künstlerische Bilder 23 x 30
von Menschen in Alltagssituationen DM 38,–

Boris Grusin
Freizeit als Problem
Empirisch-soziologische Untersuchung in der Sowjetunion, Bulgarien, Polen und Ungarn
184 Seiten, geb. DM 28,–

Sergej von Podolinsky
Rußland vor der Revolution
Die agrarsoziale Lage und Reformen
240 Seiten, geb. DM 28,–

Hermann Hilterscheid
Industrie und Gemeinde
Stadt Wolfsburg und das Volkswagenwerk
352 Seiten, geb. DM 50,–

BERLIN VERLAG, 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 29, Tel.: 0311-769 1069

Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus

> Und ich versichere Euch, mit mehr Sorgfalt suchen die Bettelweiber nicht die Lumpen aus dem Kehricht, als so ein Schelmenfabrikant aus kleinen, schiefen, verschobnen, verrückten, verdrückten, geschloßnen, bekannten, geleugneten Anzeichen und Umständen sich endlich einen strohlumpnen Vogelscheu zusammenkünstelt.
> Goethe, Egmont.

Besprechung von: "Philip Neumann: Der "Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation", Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR" im Kursbuch 23.

"Für die Kommunisten stellt sich die Aufgabe, durch konkrete Analyse und präzise Begriffe die sowjetische Wirklichkeit zu analysieren" (1) fordert Philip Neumann in einer Kritik am angeblichen Testament Eugen Vargas. Auch an seine eigene Arbeit stellt er solche Ansprüche; es soll sich hier um "konkrete Analysen" (2) bzw. um "eine Vorarbeit für die konkrete Analyse" (3) handeln. Was soll hier präzis begriffen und konkret analysiert werden? Erstens "die Probleme, vor denen der Sozialismus als Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus steht; im zweiten Teil wird die neue Theorie der DDR-Führung dargestellt und kritisiert; es wird gezeigt, wie die Produktionsverhältnisse unter dem neuen Wirtschaftssystem nach den Vorstellungen der SED organisiert sein sollen und zu welchen Konsequenzen das führt; im dritten Teil werden einige vorläufige Schlußfolgerungen bezüglich der Klassenverhältnisse in den revisionistischen Ländern gezogen." (4) Das Ergebnis der Ziehung: Es hat sich "eine neue herrschende bürgerliche Klasse" entwickelt..."Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich, die Ausbeutung wird durchschaubarer." (5)

Zurück zum Ausgangspunkt: "I. Was ist Revisionismus? " (6). Hier erklärt der Autor, daß der Leninsche Revisionismusbegriff durch Mao Tse-tung weiterentwickelt worden sei. "Er ... faßte die tragischen Erfahrungen der Sowjetunion zusammen zu einer Theorie, die den Revisionismus nach der Revolution, die Abweichungen einer ehemals proletarischen Partei analysiert." (7) Es folgt ein Mao-Zitat aus dem Jahre 1957 (8). Mao hat also die tragischen (Tragik ist übrigens ein unabwendbares Schicksal) Erfahrungen der UdSSR bereits 1957 – in dem Jahr, in dem KPCh und KPdSU gemeinsam die "Moskauer Erklärung" unterzeichneten – zusammengefaßt. Und das in einer Schrift, die sich ausdrücklich auf innerchinesische Widersprüche bezieht. Somit wäre also der neue präzise Revisionismus-Begriff geklärt.

Auch bei der Frage nach dem Grundinteresse der Arbeiterklasse geht Neumann von einem Zitat aus, einem Lenin-Zitat aus "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", in dem Lenin bestimmte Maßnahmen während der NEP-Periode als Abweichung von den Prinzipien der proletarischen Macht charakterisiert. Diese Maßnahmen stellten ein "Modell des Sozialismus dar, wie die DDR-Theoretiker behaupten" (9). Tatsächlich behaupten dies die Autoren des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" (10) allerdings nicht. Sie berufen sich am von Neumann angegebenen Ort vielmehr auf eine andere Stelle aus den "nächsten Auf-

1 Philip Neumann: "Welcher Klassenstandpunkt bestimmt Vargas Analyse", in: KURSBUCH 23, S. 77.
2 ders.: "Der "Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation". Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR", in: KURSBUCH 23, S. 96-142, hier: S. 99 (i.f. zitiert als Neumann, Kritik).
3 ebenda, S. 98. 4 ebenda. 5 ebenda, S. 140. 6 ebenda, S. 98.
7 ebenda, S. 99.
8 Dies von Neumann angegebene Zitat aus den "Worten" besteht in Wirklichkeit aus zwei Zitaten aus verschiedenen Schriften. ("Rede auf der Landeskonferenz der KPCh über Propagandaarbeit" v. 12.3.57 und "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk").
9 Neumann, Kritik, S. 102.
10 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS UND IHRE ANWENDUNG IN DER DDR, Berlin 1969.

gaben": "In jeder sozialistischen Revolution ... tritt ... in den Vordergrund ... die Steigerung der Arbeitsproduktivität" (11).

Im anschließenden Teil "II. Die neue DDR-Theorie über den Sozialismus" verkürzt P. Neumann Ulbrichts Definition, daß der Sozialismus "eine r e l a t i v selbständige sozialökonomische Formation i n d e r historischen E p o c h e d e s Ü b e r g a n g s vom Kapitalismus zum Kommunismus" (12) sei, zu einer Erklärung des Sozialismus als "eigenständige Sozialökonomische Formation" (13). Danach stellt der Verfasser kurz die Entwicklung der DDR dar, wie sie seiner Meinung nach die SED sieht. Nachdem er zunächst "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" mit "Sieg des Sozialismus" verwechselt hat (15), meint er hier, daß auf dem VII. Parteitag der SED das "Neue Ökonomische System (NÖS)" lediglich in "Ökonomisches System des Sozialismus (ÖSS)" "umbenannt" (16) worden sei. Es entgeht ihm, daß sich das ÖSS vom NÖS zum einen dadurch unterscheidet, daß es nicht eine ganze Reihe von einzelnen Reformmaßnahmen umfaßt, sondern komplexen Charakter trägt (16 a), und daß zum anderen mit dem ÖSS dem Dezentralisierungsprozeß der Wirtschaft entgegengewirkt wurde, z.B. auf dem Gebiet von Struktur- und Objektplanung. (17) Entsprechend ungenau ist dann die folgende Darstellung des ÖSS.

Alternativ zur DDR diskutiert Neumann bestimmte Leitungsformen in der VR China, meint dann allerdings, daß es nicht darum ginge, die Erfahrungen Chinas zu kopieren, sondern vielmehr darum, daß kapitalistische Organisationsstrukturen nicht als Errungenschaften des Sozialismus ausgegeben werden dürften (16 b). Hierzu sei z.B. nur auf den in China gebräuchlichen Begriff des "einheitlichen sozialistischen Marktes" verwiesen. (16 c)

Amüsant ist nebenbei, daß Neumann meint, man könne "auf die Idee kommen, daß Ulbricht hier (bei der Diskussion des Verhältnisses Zentralisierung-Dezentralisierung-V.G.) mit Mao Tse-tung übereinstimmt und eventuell doch eine Ähnlichkeit zwischen den Ideen Mao Tse-tungs und denen Ulbrichts besteht." (18) Zum allgemeinen Verhältnis von Ulbricht- und Mao-Ideen äußerte sich Ulbricht seinerzeit so: "Es geht ... bei uns in der Hauptsache nicht darum 'alle Blumen erblühen zu lassen', sondern um die richtige Zuchtwahl der Blumen, um die Auswahl des wirklich Neuen und Nützlichen, ohne daß man dabei das Wuchern schädlichen Unkrauts als angebliche 'Blume' duldet." (19)

Neumann kritisiert die Tatsache, daß in der DDR Stücklohn angewandt wird, anhand von Schulungsmaterialien der KPD aus der Weimarer Republik (20); hier ist ihm wieder entgangen, daß

11 ebenda, S. 37. Vgl. Lenin: WERKE, Bd. 27, S. 247.
12 Walter Ulbricht: ZUM ÖKONOMISCHEN SYSTEM DES SOZIALISMUS IN DER DDR, Bd. 2, Berlin 1968, S. 530. Hervorhebungen von mir. V.G.
13 Neumann, Kritik, S. 104. 14 ebenda, S. 98.
15 ebenda, S. 105. Eine ausführliche Darstellung der Etappen der DDR-Entwicklung findet sich bei: Stefan Doernberg: KURZE GESCHICHTE DER DDR, Berlin 1969.
16 Neumann, Kritik, S. 105.
16 a Dieser erscheint ihm verzerrt darin, daß über eine pragmatische Entscheidung ein "Überbau gebastelt" wurde. (S. 121)
16 b Neumann, Kritik, S. 119.
16 c Hsüä Mu-Tjiao/Su Hsing/Lin Dsi-li: DIE SOZIALISTISCHE UMGESTALTUNG DER CHINESISCHEN VOLKSWIRTSCHAFT, Peking 1964, S. 261.
17 Vgl. hierzu direkt: THEORETISCHE UND METHODISCHE PROBLEME DER PROGNOSTISCHEN PLANUNG UNTER DEN BEDINGUNGEN DER TECHNISCHEN REVOLUTION, Berlin 1968; Jürgen Kuczynski: "Prognose und Planung für die sozialistische Wirtschaft", in: PROPHETEN DER WIRTSCHAFT, Berlin 1970, S. 147-192.
Zum allgemeinen Problem vergl.: Walter Lindner: "Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration", Erlangen 1971, besonders S. 31-33, 34-54.
18 Neumann, Kritik, S. 110.
19 Walter Ulbricht: ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Bd. VI, Berlin 1962, S. 329.
20 Neumann, Kritik, S. 113. Er zitiert hier aus der MASCH, Politische Ökonomie, Berlin/Wien 1930. Leider scheint er hier z.B. Abschnitt 5/VIII (Der Arbeitslohn und die Lage der Arbeiterklasse in der SU) nicht gelesen zu haben.

das Problem, die Arbeiter zu veranlassen, daß sie ggf. "Dinge bejahen und erstreben, die sie vorher verneinten und bekämpften" (21) gerade am Beispiel Stücklohn schon seit mehr als 20 Jahren diskutiert wird. Ausgehend von der Feststellung, daß bei vollautomatisierten Prozessen der höchste Basislohn gezahlt wird, führt Neumann einen neuen Begriff in den wissenschaftlichen Sozialismus ein: Die Ahnung. Man kann "ahnen, welche gesellschaftlichen Kräfte ein Interesse an der Revision der Marxschen Aussagen... haben: die ... Intelligenz, die die ... Basis der neuen Bourgeoisie zu sein scheint." (22) Also: Man a h n t, daß eine Schicht die Basis einer neuen Klasse zu sein s c h e i n t! Präzise Begriffe, konkrete Analyse...

So gerüstet, untersucht Neumann dann "III. Die Klassenverhältnisse". Da er sich in Teil II mit der DDR-Theorie befaßte, erwartet der Leser nun, daß Neumann jetzt die Autoren dieser Theorie behandelt. Weit gefehlt! Nach einer kurzen Diskussion des Klassenbegriffs der Klassiker setzt er sich hauptsächlich mit (zugegebenermaßen interessanten) Fragen der Kultur der SU auseinander. Zum Klassenbegriff zitiert er hier eine Äußerung von Marx aus der "Deutschen Ideologie" zum Verhältnis von Lebensbedingungen, Reproduktionsprozeß und Sitten bei der Entstehung der Bürgerklasse. Nun äußern sich die Klassiker öfter zum Wesen der Bourgeoisie, auch zur Frage des (für Neumann nur juristischen) Besitzes an den Produktionsmitteln. Darum sei ihm zur Ergänzung seiner Ahnungen eine Anmerkung von Engels zum "Kommunistischen Manifest" genannt:

> "Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen." (23)

"Konkret" beweist Neumann sodann die Bildung der neuen Bourgeoisie – diesmal nicht per Ahnung, sondern mit einer Methode, die an die Inquisition (24) erinnert: Die Reformen "dienen den Interessen der Staatsbourgeoisie, aber die Tatsache, daß sie eingeführt werden konnten, bedeutet, daß es vor den Reformen Verschiebungen in den Klassenverhältnissen gegeben haben muß" (25).

Neumann krönte sein Werk mit der Behauptung "Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich." (26) Das ist – was UdSSR und DDR betrifft – einfach falsch. Neumanns fataler Aufsatz, der an die Stelle des Begriffs den Affekt setzt und eine konkrete Analyse weder vorbereitet noch leistet, läßt seinen Titel "Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR" (Keine Kritik des Lehrbuchs, sondern eine der Politischen Ökonomie!) zur groben Anmaßung werden.

Die wirkliche theoretische Auseinandersetzung – mit der Neumann nichts zu schaffen hat – muß sich zum einen der Frage nach der Entfaltung marxistischer Kategorien für die Übergangsgesellschaft widmen und muß zum anderen – und das ist damit untrennbar verbunden – um die Wirtschaftsreformen in den sozialistischen Ländern geführt werden.

Volker Gransow

21 Wolfgang Harich: "Zum Problem der neuen Arbeitsmoral", in: EINHEIT 7/1949, S. 629. Ferner wird dieses Problem u.a. ausführlich diskutiert: Günter Grahmann: "Über einige Einflüsse der bürgerlichen Ideologie im Bewußtsein der Arbeiter in der DDR", in: PROBLEME DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS UND DER MARXISTISCHEN SOZIALFORSCHUNG, Berlin 1958, S. 54-113 und in: ÖKONOMISCHES SYSTEM UND INTERESSENVERTRETUNG, 2 Bände, Berlin-Treptow 1968.
22 Neumann, Kritik, S. 114 f.
23 Marx/Engels: AUSGEWÄHLTE WERKE, Bd. 1, Berlin 1964, S. 26.
24 Im "Egmont" läßt Goethe den Vansen über die Inquisition sagen: Wo nichts herauszuverhören ist, da verhört man hinein...
25 Neumann, Kritik, S. 135.
26 ebenda, S. 140.
Kurz vorher gebraucht er noch einmal expressis verbis den Begriff "neue Klasse". Selbst die "Polemik über die Generallinie", auf der Neumann doch "fußt" (S. 97) benutzt im ähnlichen Sinnzusammenhang nicht den Begriff "Klasse", sondern spricht von einer "Schicht" von Entarteten. Vgl. DIE POLEMIK ÜBER DIE GENERALLINIE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG, Berlin 1970, S. 487.

Anmerkungen zur Revisionismus-Kritik einer linken Sekte

Wer vom linken Antikommunismus nicht reden will, sollte mit dem Revisionismus-Vorwurf gegenüber der SEW und DKP vorsichtig umgehen. Zumal, wenn der Übergang von bürgerlichem Antikommunismus über idealistischen Antikapitalismus der Studentenbewegung zum angeblich antirevisionistischen Parteiansatz, wenn auch nicht bruchlos, so doch oft nur durch ein verbales Bekenntnis vonstatten gegangen ist.

Der Versuch, die a priori bestehende Front gegen DKP und SEW zu begründen, wurde von den bestehenden linksrevisionistischen Organisationen in wenig materialistischer Art bezeichnenderweise nachträglich unternommen, ja auch das oft nicht einmal. Trotz des Zugeständnisses einer fehlenden Klassenanalyse, des Mangels an Erfahrung der Klassenkämpfe in der Geschichte der Arbeiterbewegung bis in die jüngste Zeit hinein und der damit folglich noch gar nicht festlegbaren Strategie und Taktik im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den besonderen historischen Bedingungen der BRD und WB, erscheint allen "antirevisionistischen" Organisationen ex negativo die zugegebenermaßen auf einer höheren Stufe der Klassenanalyse entwickelte und auf eine kontinuierliche Erfahrung in der Anleitung der Klassenkämpfe zurückgreifende Vorgehensweise der DKP und SEW revisionistisch.

Ausgangspunkt und Ziel dieser Antirevisionismus–Theoreme ist die Flucht vor der Auseinandersetzung mit den konkreten Bedingungen möglicher sozialistischer Politik in kapitalistischen und sozialistischen Ländern mittels Übernahme des chinesischen Standpunktes. Die auf idealistischen Exotismus gegründete Sehnsucht nach dem 'ganz anderen Sozialismus', dessen wenig nachkontrollierbarer Aufbau einzig in vorwiegend agrarstaatlichen Ländern angeblich bereits heute in Basis und Überbau grundsätzlich verwirklicht scheint, bleibt, gepaart mit dem hybriden Anspruch, eine zweite Partei der Arbeiterklasse aufbauen zu müssen, in der praktischen Auswirkung nichts Geringeres als eine 'linke' Variante des dritten Weges.

Wenn im folgenden die Stellungnahme "Zur Frage der Wahlunterstützung der SEW" vom Kommunistischen Bund/Marxisten-Leninisten (KB/ML) einer Kritik unterzogen und durchaus für ungenügend befunden wird, so mit folgendem Ziel:

Es soll gezeigt werden, zu welch arabesken Argumentationsketten 'linke' Kommunisten greifen müssen, um – ohne wissenschaftliche Legitimation – zunächst einmal eine bereits bestehende KP bekämpfen und den Aufbau einer zweiten KP rechtfertigen zu können.

Es soll ferner gezeigt werden, daß so verschiedene Faktoren wie Geschichtslosigkeit, Realitätsblindheit, Desinformiertheit, Buchgläubigkeit und Selbstüberschätzung zusammenkommen müssen, um einer so verstandenen antirevisionistischen Politik ihre Effizienz zu geben. Wo dieses Konglomerat vorläufiger politischer Theorie mitnichten bloß Theorie bleibt, die Agenten dieser politischen Theorie bereits heute praktische Politik machen, müssen die Agenten des wie auch immer verstandenen Antirevisionismus politisch bekämpft werden.

Wenn im folgenden speziell die Stellungnahme des KB/ML zur Wahlunterstützung der SEW zum Gegenstand der Kritik gemacht wird, dann heißt das nicht, daß Stellungnahmen anderer Organisationen und Parteiansätze auf der "antirevisionistischen" Linie sich grundsätzlich von der des KB/ML unterscheiden. In allem, was der KB/ML an Argumenten vorbringt, handelt es sich um prinzipiell aufgreifbare Argumente im gesamten sogenannten antirevisionistischen Lager. Was die Stellungnahme des KB/ML von einigen anderen Stellungnahmen unterscheidet, ist nicht die Ignoranz in Fragen kommunistischer Strategie und Taktik, sondern die Tollpatschigkeit, mit der die Ignoranz hausieren geht. Und diese Tollpatschigkeit legt Strukturen "antirevisionistischer" Argumentation offen. Die Stellungnahme ist daher ein Lehrbeispiel subjektiv antirevisionistisch gemeinter, objektiv antikommunistisch praktizierter Politik.

> "Wir müssen grundsätzlich davon ausgehen, daß die internationale kommunistische Bewegung heute in zwei Lager gespalten ist, wobei die Trennungslinie die Bestimmung der politischen Generallinie darstellt: friedliche Koexistenz oder Weltrevolution, friedlicher Übergang zum Sozialismus oder revolutionärer Klassenkampf. Die SEW gehört in ihrer eindeutigen Bindung an die SED und die KPdSU zum revisionistischen Weltlager. Die Schwierigkeit für die Kommunisten in ihrer Entlarvungsarbeit der revisionistischen Politik dieser Parteien besteht darin, daß ihr Charakter als revisionistische Parteien eben der ist, daß er sich tarnt und er sich revolutionär in Worten gibt.
>
> Die Arbeiterklasse ist zwar in der Lage, in ihrem Kampf die Politik der Revisionisten an vielen Stellen als opportunistisch zu entlarven, sie hat es jedoch nicht gelernt, sich prinzipiell mit ihm auseinanderzusetzen." (1)

Ist es zwar richtig, daß "die internationale kommunistische Bewegung heute in zwei Lager gespalten ist", so stellt die "Trennungslinie die Bestimmung der politischen Generallinie" keinesfalls "Friedliche Koexistenz oder Weltrevolution" dar. Ist doch gerade das Prinzip der Friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen Angelpunkt des Kampfes gegen imperialistische Aggression (besteht als "Generallinie" nicht erst seit dem XX. Parteitag, sondern schon zur Zeit des Rapallo-Vertrages, im spanischen Bürgerkrieg sowie zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes (der doch hoffentlich als Taktik gegenüber dem Faschismus eingestuft wird und nicht bereits als Strategie der "Sowjetimperialistischen Renegatenclique")!). Umgekehrt können Revolutionen weder exportiert noch importiert werden, sondern sind immer Ergebnisse tiefgreifender Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung, deren Gesetzmäßigkeiten weder durch Wunschdenken, noch durch rigides Phrasendreschen außer Kraft gesetzt werden.

Lenin schreibt 1918 über 'linke' Kommunisten: "Vielleicht sind die Verfasser der Meinung, daß die Interessen der internationalen Revolution jeden wie immer gearteten Frieden mit den Imperialisten verbieten? ... Vielleicht sind die Verfasser der Meinung, die Interessen der internationalen Revolution erforderten es, daß man sie anpeitscht, und daß nur der Krieg ein solches Anpeitschen sein kann, auf keinen Fall der Frieden, der imstande wäre, bei den Massen den Eindruck zu erwecken, als ob der Imperialismus 'legitimiert' werden sollte? Eine solche 'Theorie' wäre ein völliger Bruch mit dem Marxismus, ... wäre gleichbedeutend mit der Auffassung, der bewaffnete Aufstand sei eine Kampfform, die stets und unter allen Umständen obligatorisch wäre." (2) Friedliche Koexistenz und Weltrevolution sind überhaupt keine Alternativen, aus dem gleichen Grund, weil auch Mittel und Ziel keine Alternativen sein können – jedenfalls für Kommunisten. Das haben zwar nicht die Marxisten-Leninisten vom KB begriffen, wohl aber die chinesischen Genossen, die es bis auf den heutigen Tag tunlichst unterlassen haben, das leninistische Prinzip der friedlichen Koexistenz über Bord zu werfen. So gibt es bis heute keinen Fall, an dem China aktiv militärisch in einen Krieg eingegriffen hätte, weder in Vietnam, Kambodscha noch Laos, sieht man einmal ab vom Korea-Krieg, an dem die UdSSR gleichermaßen beteiligt war. Was jedoch weder die KPCh noch die KPdSU bis heute daran hindert, Befreiungsstreitkräfte durch Waffenlieferung zu unterstützen etc. "Friedliche Koexistenz oder Weltrevolution" wird so zum unleninistischen Gradmesser, mit dem man die richtige von der falschen Linie trennen zu können glaubt.

Nachdem man sich auf diese Weise in die Tasche gelogen hat, zu wissen, was revisionistisch ist und was nicht, kann man im folgenden von der SEW als selbstverständlich revisionistischer Partei reden. Revisionistisch ist, wenn eine Partei nicht offen "Weltrevolution" auf ihre Fahne

---

1 "Zur Frage der Wahlunterstützung der SEW", hsg. vom Kommunistischen Bund/Marxisten-Leninisten, Westberlin März 1971, S. 2 f.
Alle folgenden Zitate, soweit sie nicht besonders gekennzeichnet sind, entstammen diesem Text.

2 Lenin: WERKE Bd. 27, S. 56.

geschrieben hat, jederzeit und unter jeden Bedingungen. Wenige Zeilen später erfährt der überraschte Leser dann vom "Charakter (der SEW) als revisionistische(r) Partei(en)", daß "er sich tarnt und er sich revolutionär in Worten gibt".

Zum Glück ist "die Arbeiterklasse in der Lage, in ihrem Kampf" (wer leitet diesen Kampf an? Sie selbst? Die Gewerkschaften? Der KB/ML?)" die Politik der Revisionisten an vielen Stellen als opportunistisch zu entlarven". Wo, bleibt das Geheimnis des KB. In Westberlin, in der BRD? Die Arbeiterklasse? Von der doch wenige Sätze später behauptet wird, daß ihr Klassenbewußtsein "unentwickelt" sei. "Eine weitere Schwierigkeit für die Auseinandersetzung mit der SEW ergibt sich aus dem unentwickelten Stand der Klassenkämpfe und des Klassenbewußtseins in Westdeutschland und Westberlin, wo wir uns erst am Beginn "(?)" entfalteter Klassenkämpfe befinden". Hier wird in recht fahrlässiger Weise unterschlagen, daß es, seitdem Klassen bestehen, es auch Klassenkämpfe gibt. Daß wir heute durchaus von einem voll entwickelten Klassenkampf von oben sprechen können, was u.a. seinen Niederschlag findet im eben nicht entwickelten Klassenbewußtsein der Arbeiter. Die Schwierigkeit ist doch die, daß eine riesengroße Diskrepanz besteht zwischen Klassenkampf und Klassenbewußtsein, daß die 'Arbeiterklasse an sich' nicht zur 'Klasse für sich', d.h. zum Bewußtsein ihrer selbst, gelangt ist. Und daß wir heute erst "am Beginn" dieser Klassenkämpfe stehen, nämlich auf der Stufe der Vermittlung von Klassenbewußtsein und Klassenkampf, die es ermöglicht, dem entfalteten Klassenkampf von oben adäquat zu begegnen, ist schon fast ein Transformationstheorie-Lapsus.

"Darüberhinaus gibt es ohne Frage in Westdeutschland und Westberlin die Besonderheit "(!!!)" eines starken Antikommunismus in der Arbeiterklasse". Daß starker Antikommunismus im Klassenkampf keine "Besonderheit" ist, daß es diese "Besonderheit" sowohl in den USA als auch in Saigon gibt, kann nur denen entgehen, die Westberlin für den Nabel der Welt halten.

An dieser Stelle scheint es angebracht, ein wenig bei der Methode vorliegender Revisionismus-Kritik zu bleiben. Die Methode ist eine dem KB/ML eigentümliche Art des Paraphrasierens wenn Zitate nicht hergeben, was man haben will. So wird nach dem Zitat dazugedacht, interpretiert, unterstellt, nach dem Rezept: Man muß behaupten, daß die SEW eine revisionistische Partei ist, dann beweisen, daß Revisionisten Revisionisten sind und als Ergebnis hat man dann, daß die SEW eine revisionistische Partei ist. Wirkliche "Beweisführungen" für den Revisionismus der SEW stammen denn auch nicht aus Zitaten, sondern jeweils aus angefügten Interpretationen, meist sinngemäß mit den Sätzen eingeleitet: "Die SEW glaubt..." oder "das kann doch nur heißen, daß..."

Ab S. 3 des KB-Papiers wird die Methode des Paraphrasierens den KB-Genossen zum Verhängnis, da nämlich, wo sie einen fremden Gedankengang nicht mit eigenen Worten wiederzugeben vermögen. Aus Dummheit oder aus Absicht bleibt dahingestellt. Das Ergebnis ihrer Paraphrasen sind jedenfalls völlig unsinnige Unterstellungen wie

- Die SEW will über das Parlament den Sozialismus herstellen,
- Die SEW verwechselt formale Demokratie mit inhaltlicher Demokratie, also Kapitalismus mit Sozialismus,
- Die SEW glaubt, der Übergang zum Sozialismus kann entweder nur friedlich oder gar nicht geschehen, bzw. die sozialistische Revolution ist schon "irgendwie" im Kapitalismus herzustellen.

Spätestens am 21. Januar 1971, als Dr. Kniestedt einen Vortrag über den "Marxismus-Leninismus zum Verhältnis von außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf" (3) gehalten hatte, hätte der KB/ML aufhören müssen, aus der Uninformiertheit seiner potentiellen Sympathisanten politisches Kapital zu schlagen: "Wir glauben nicht an die These vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus, weil die Zurückdrängung der Macht der Monopole und schließlich die Veränderung der Machtverhältnisse nicht von Abstimmungen abhängt, sondern vom Verlauf

3 abgedruckt in: DIE WAHRHEIT vom 26.3.1971.

des Klassenkampfes." (4) und "Es ist unbestritten, daß in dieser (gemeint ist: heutigen – A.H.) Phase die Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes weitaus größer ist als im Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts, daß er völlig neue Kampfmethoden hervorbringt, wie den politischen Massenstreik, den Generalstreik und sogar den bewaffneten Aufstand." (5)

Daß die Herrschaftsverhältnisse über das Parlament geändert werden sollen und nicht in der Dialektik von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf, wird der SEW stillschweigend vom KB unterschoben. Steht die Bestimmung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf auch nicht im Aktionsprogramm zur Wahl der SEW, so ist es ganz bestimmt falsch, die SEW daran zu messen, was sie im Aktionsprogramm nicht schreibt. An anderer Stelle sind diese Bestimmungen durchaus zu finden, bei der SEW wie bei der DKP, vorausgesetzt, man benimmt sich nicht wie der Hund bei Gottfried Keller, der seine Schnauze aus Versehen in Quark getunkt hat und der von diesem Zeitpunkt an die ganze Welt für Quark hält: "Es wird manchmal behauptet, der Kampf um bürgerlich-demokratische Freiheiten und die Orientierung auf eine Vertretungskörperschaft im Parlament wäre ein Schritt zurück im Verhältnis zur Diktatur des Proletariats. Das ist richtig. Aber vom Standpunkt des praktischen Klassenkampfes kann es nur dann gültig sein, wenn die Arbeiterklasse bereit ist, die Macht zu erobern. In einem solchen Zustand die Forderung nach Parlamentsvertretung zu erheben, wäre natürlich ein Schritt zurück, ein unverzeihlicher Fehler, ja sogar reaktionär. Aber wir befinden uns ja an einem ganz anderen Ausgangspunkt, wo sich gerade erst eine antiimperialistische Bewegung entwickelt..." (6)

Was die SEW allerdings macht, ist die konsequente Anwendung des leninistischen Prinzips der weitertreibenden Losungen. Einmal wird dieses Prinzip angewandt am Demokratiebegriff, der, wenn er inhaltlich verwendet wird, in der Agitation durchaus einen Lernprozeß initiieren kann, einen Lernprozeß, der zum Ergebnis hat die Erkenntnis, daß jede kapitalistische Demokratie eine formale ist – ja nicht einmal mehr eine formale ist! – und inhaltliche Demokratie nur im Sozialismus herzustellen ist. Zum anderen wird dieses Prinzip angewandt an der Konzeption der qualifizierten Mitbestimmung, die unter ähnlich gedoppeltem Aspekt auftritt und in der Agitation verwendet wird.

"Aus der Dialektik des Klassenkampfes ergibt sich, daß gewisse Verbesserungen, die die Arbeiterklasse erkämpft, sich als Schritte zur Einschränkung der Macht der Monopole, als Schritte auf dem Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse auswirken können; sie können aber auch von der Monopolbourgeoisie umgefälscht, in ihr Gegenteil verkehrt werden. So verfehlt die jahrelang erfolgreich verteidigte Mitbestimmung der Montanindustrie, die die Monopolbourgeoisie 1951 der Arbeiterklasse zugestehen mußte, ihren Zweck, wenn sie heute in einigen Unternehmen darauf hinausläuft, daß die Vertreter der Belegschaften 'mitbestimmen' können, wer entlassen wird und wann kurz gearbeitet wird. Mitbestimmung darf nicht heißen, der Monopolbourgeoisie bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen; Mitbestimmung muß die Zurückdrängung der Macht der Monopole zum Ziel haben. In seinen Arbeiten über die Gewerkschaften schrieb Engels, daß die untere Klasse zuerst um einen Anteil an der Macht kämpft, 'später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und

4 a.a.O., S. 7.
5 a.a.O., S. 4.
6 a.a.O., S. 6. Vgl. auch: SPÄTKAPITALISMUS OHNE PERSPEKTIVE, Frankfurt 1970, S. 315: "Die parlamentarische Tätigkeit kann nur von Wert und Erfolg sein, wenn sie sich auf die Aktivität, Eigenständigkeit und Schöpfungskraft der Volksmassen im Kampf gegen das kapitalistische System stützt. Zugleich wirkt die konsequente Vertretung dieser Interessen im Parlament aktiv auf das Bewußtsein und die Mobilisierung der außerparlamentarischen Bewegung zurück und ist damit entscheidendes Mittel, um die Massenbasis der Antiimperialistischen Bewegung zu verbreitern."

Bedürfnissen zu ändern'. Die Mitbestimmung muß schließlich in die Überwindung der Macht der Monopole einmünden, die den Weg zu einer antiimperialistischen Demokratie versperrt." (7)

Weder ist inhaltliche Demokratie noch ist qualifizierte Mitbestimmung, d.h. Arbeiterkontrolle!, im Kapitalismus möglich. Das ist eine Binse und in jeder "Wahrheit" nachzulesen. Ausgehend vom Stand der Klassenkämpfe und vom verschütteten Klassenbewußtsein sind es gerade die weitertreibenden Losungen, die Klassenbewußtsein und außerparlamentarische Kämpfe in dialektischer Vermittlung erst ermöglichen. Den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, heißt beim augenblicklichen Stand der Klassenkämpfe und des Klassenbewußtseins (d.h. dem Bewußtsein der Klasse, nicht einer Handvoll KB-Sympathisanten!) eine eindeutig linkssektiererische Richtung einzuschlagen.

Unter sozialistischer Revolution versteht die SEW immer noch: Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. (8) Daß das noch niemals friedlich vonstatten gegangen ist, lehrt die Geschichte, zieht sich durch vom Kommunistischen Manifest über die Resolution des XX. Parteitages der KPdSU bis hin zu jüngsten Äußerungen der SED. (9) "Der Leninismus lehrt, daß die herrschenden Klassen ihre Macht nicht freiwillig abtreten. Doch ob der Klassenkampf für den Übergang zum Sozialismus mehr oder weniger heftig sein und ob bei diesem Übergang Gewalt angewandt werden wird oder nicht, das hängt nicht so sehr vom Proletariat wie davon ab, in welchem Grade sich die Ausbeuter dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen widersetzen, davon, ob die Ausbeuterklasse selbst Gewalt anwendet." (10) Das wissend, macht doch nicht die F o r d e r u n g nach friedlichem Übergang zu einer revisionistischen Position! Die Frage ist auch hier: Warum soll man, angesichts des nicht gerade günstigen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Westberlin ständig betonen, daß das Fernziel nicht mit friedlichen Mitteln herzustellen ist? angesichts des nicht gerade günstigen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Westberlin ständig betonen, daß das Fernziel nicht mit friedlichen Mitteln herzustellen ist? Lenin schreibt "Über 'linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit" in einer Kritik an den Herausgebern des "Kommunist": "... daß man verstehen muß, das Kräfteverhältnis in Rechnung zu stellen... Aber über das Kräfteverhältnis, über die Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse nachzudenken, verstehen unsere 'linken' Kommunisten nicht, die sich auch gern 'proletarische' Kommunisten nennen, weil bei ihnen recht wenig proletarisches und besonders viel kleinbürgerliches zu finden ist." (11) Aber die Vorwürfe an die SEW sind möglicherweise gar keine, denn wie heißt es doch eingangs über den Charakter der revisionistischen Parteien? ("... daß er sich tarnt und er sich revolutionär in Worten gibt".)

"Revolutionäre Bündnispolitik heißt niemals Aufgabe klarer marxistisch-leninistischer Positionen. Bündnispolitik heißt vor allem, im politischen Programm und in der Aktion deutlich sichtbar zu machen, daß es einen Weg in eine Zukunft des Friedens und des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts nur an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei gibt" heißt es in der WAHRHEIT vom 19.2.71. Beim KB liest es sich so: "Die SEW unterstellt nicht mehr die Hegemonie des Proletariats" und fünf Zeilen weiter: "Wenn die SEW von der Arbeiterklasse als der führenden Kraft ... spricht, so bleibt das völlig ohne Konsequenzen". Unterstellt der KB der SEW nun, daß sie von der führenden Rolle der Arbeiterklasse spricht oder nicht? Ob das Konsequenzen hat, oder nicht, steht doch auf einem völlig anderen Blatt! "... im Gegenteil, w e n n die SEW von der Unentwickeltheit der Klassenkämpfe und des Klassenbewußtseins a u s g e h t, (d a n n) kann das doch nur heißen, daß das Proletariat auch n i e m a l s a l s f ü h r e n d e K r a f t der bürgerlichen geschweige sozialistischen Revolution o r g a n i s i e r t w e r d e n k a n n, w e n n die SEW von Anfang an das Proletariat in die antiimperialistische A k t i o n s e i n h e i t einfügt und es an demokratische Reformpläne bindet". D.h. w e n n man von einer richtigen Analyse a u s g e h t, d a n n kann man n i e m a l s das Proletariat für die Revolution in richtiger Weise o r g a n i s i e r e n, w e n n man von Anfang an B ü n d n i s p o l i t i k betreibt! Das ist KB-Dialektik! Seit wann schließen sich Arbeit an die Vereinheitlichung des Proletariats und Bündnispolitik aus? Heißt Aktionseinheit beim KB Klassenverschmelzung?

Daß das Proletariat unter Anleitung der Partei organisiert wird, interessiert schon nicht mehr, wenn es darum geht, den Nachweis zu erbringen, daß der Kampf um Reformen nicht zugleich auch die sozialistische Revolution bringen wird! Welch Einsicht! "... und an demokratische Reformpläne bindet" – ist die Forderung um qualifizierte Mitbestimmung etwa ein Binden an formal-demokratische Reformpläne, oder ist sie nicht gerade eine Forderung, die am Bewußtsein der Massen ansetzt, eine weitertreibende Losung? Bündnispolitik zu treiben schließt laut KB die Arbeit an der Vereinheitlichung des Proletariats aus: "Statt auf die Einheit des Proletariats hinzuarbeiten ... rechtfertigt die SEW ihre Politik ... mit dem Vorwand, die verschiedenen Klassen und Schichten zu einem Bündnis vereinen zu müssen." Die Bündnispolitik der SEW ist es denn auch, die "verhindert, daß sich das Proletariat als Klasse begreift und organisiert". Sich selbst? Als Klasse? Spontaneismus und Geschichtsblindheit gehören noch immer zum politischen Einmaleins der Linksrevisionisten. Es ist nicht etwa der Faschismus gewesen, der Schuld daran trägt, daß die Westberliner Arbeiterklasse von Weltrevolution augenblicklich nicht viel wissen will, nicht der Antikommunismus, die Restauration des Kapitals in der BRD und WB und die schwierigen Bedingungen bei Aufbau des Sozialismus in der DDR in der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter auf den heutigen Stand gebracht haben und dort immer noch recht erfolgreich festhalten, nein, es ist die "Bündnispolitik der SEW", die "von Anfang an" (Seit 1946? Wo ist beim KB der Anfang?) "das Proletariat in die antiimperialistische Aktionseinheit ein(ge)fügt" hat. Endlich haben wir den Schuldigen!

"Der demokratische Kampf ... muß ausgerichtet sein auf die Arbeiterklasse selbst". Wo anders und besser ist er ausgerichtet auf die Arbeiterklasse als im Kampf um qualifizierte Mitbestimmung? Welche Kampfziele im demokratischen Kampf kann der KB überhaupt angeben? Offensichtlich keine. Denn nach Aufstellung abstrakt richtiger Losungen wie "Die Einsicht in die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates (propagieren)", ergießt sich das Geschimpfe regelmäßig auf die weitertreibenden Losungen der SEW, denen man ankreidet, daß sie entweder nicht die Revolution brächten oder keine Tageslosungen seien.

Der Fehler des KB besteht darin, daß er die Losungen trennt von der Aktivität und Bereitschaft der Massen, sie aufzugreifen, er ständig auf der Suche ist nach 'an sich richtigen' Losungen. Es gibt laut KB entweder richtige Losungen, revolutionäre, die die Revolution bringen, oder falsche, reformistische. Unabhängig von den Massen. Man muß revolutionäre Losungen nur oft genug wiederholen, einmal begreifen es die Massen schon, spätestens in der nächsten Krise, aber dann! Von Dialektik von Fernziel und Nahzielen, wo das Nahziel unmittelbar auf das Fernziel weist, und das Fernziel im Nahziel ständig anwesend ist, davon haben die KB-Genossen offensichtlich noch nicht gehört. Anzusetzen mit weitertreibenden Forderungen am tatsächlichen Stand der sozialistischen Bewegung, ohne sich von den Massen zu isolieren, gleichzeitig die Sache des Sozialismus voranzutreiben, das ist allerdings revolutionäre Politik, von der beim KB bislang nicht viel zu sehen ist. Weshalb er auch ständig von Etappenbestimmung redet, ein Wort, das so fahrlässig angewandt wird wie es gefährliche Auswirkungen haben kann.

Was beim KB mit 'Etappenbestimmung' gemeint ist, ist Phasenbestimmung. Das undialektische Nebeneinander von demokratischem und sozialistischem Kampf, die Trennung von 'eigentlich' revolutionärer Situation = bewaffneter Auseinandersetzung und 'uneigentlich' revolutionärer Situation = (bloß) demokratisches Gerangel um Reformen unterschlägt genau die Dialektik, wechselseitig bedingte Notwendigkeit des sozialistischen Kampfes für den demokratischen und

7 Walter Ulbricht: "Die Bedeutung des Werkes 'Das Kapital' von K. Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland", Dietz Verlag 1969, S. 36.
8 vgl. Aktionsprogramm der DKP, S. 46.
9 vgl. 9. Tagung des ZK der SED, S. 28.
10 Resolution des XX. Parteitages der KPdSU, Moskau 1956, S. 11 f.
11 Lenin: WERKE Bd. 27, S. 320.

umgekehrt. Klassenkampf in seiner Form als unbewaffneter Auseinandersetzung wird gar nicht richtig für voll genommen, der 'eigentliche' Klassenkampf auf die bewaffnete Auseinandersetzung verlegt. Eine kaum noch verhüllte Art von Putschismus. (12)

Tagesziele, Zwischenziele im Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus anzugeben, fällt dann auch allemal schwerer als der unvermittelte Schrei nach Revolution, in dem sich alle studentischen Arbeiterparteien einig sind, daß letzterer Priorität besitzt. Weshalb sie auch studentische Arbeiterparteien bleiben werden. Was wiederum nicht wundert, denn "als bessere Dialektiker(in)", die "den Prozeßcharakter des revolutionären Kampfes viel besser begreift... und damit einer Kritik der Etappenbestimmung des demokratischen Kampfes ausweichen kann", hat es die SEW als "revisionistische", "bürgerliche Arbeiterpartei" immer leichter, ihren "schädlichen Einfluß" als "antikapitalistische Partei" geltend zu machen.

Nach dieser "Analyse" zieht der KB/ML Konsequenzen bezüglich der Wahl.

Die SEW ist eine neben "anderen bürgerlichen Parteien", unterscheidet sich von CDU, CSU, SPD und FDP nur quantitativ, dadurch z.B., daß sie "sehr viel entschiedener ... soziale und politische Widersprüche aufgreifen konnte". Für Esel: Das ist doch kein quantitativer, sondern ein qualitativer Unterschied, weshalb die SEW eben keine Partei neben "anderen bürgerlichen Parteien" ist, wenn sie "soziale und politische Widersprüche" aufgreifen konnte und antikapitalistisch wenden konnte!

"Im Reproduktionsbereich" – was damit gemeint ist, bleibt unklar. Teilt der KB neuerdings in Produktionsbereich und Reproduktionsbereich im Sinne von Produktionssphäre und Konsumsphäre? konnte die SEW "die Front demokratischer Kräfte stärken". Aber ihre "Nachtrabpolitik in betrieblichen Kämpfen" (Wo wurde nachgetrabt in betrieblichen Kämpfen, angesichts des vom KB zugestandenen unentwickelten Standes des Klassenbewußtseins? Etwa der Losung: "Was wir wollen: Arbeiterkontrollen!"?) macht sie eindeutig zu einer "radikalen Reformpartei". Diesen Vorwurf zu erheben nach der Einschätzung: "Die sozialistische Revolution steht nicht auf der Tagesordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats kann nicht als Tagesaufgabe gestellt werden" ist allerdings absurd.

Nachdem der KB nochmal unterstellt, daß die SEW das Parlament als Hebel zur Erringung der Diktatur des Proletariats benutzen will, eine Unterstellung, die dann einsichtig wird, wenn man Propaganda und "reformerische Tätigkeit" im Parlament identisch setzt, nachdem von der SEW behauptet wird, sie "(stelle) sich als Bündnisorganisation" dar – und nicht etwa als Partei, die Bündnisse schließt, was, wie vorhin gezeigt, Schuld daran trägt, daß die Arbeiter kein Klassenbewußtsein 'mehr' haben, nachdem also diese Unterstellungen nochmal argumentativ gebraucht wurden, wird der SEW zuguterletzt vorgeworfen, "daß (sie) so gut wie keine kontinuierliche Betriebsarbeit entwickelt hat". Warum wohl? Wo sie doch 25 Jahre lang Zeit hatte! – Statt dessen ist ihre Politik geprägt von einer "unbedingten Loyalität zur Gewerkschaftspolitik". "Sickert und Danelius geben sich den Bruderkuß!" War eine der Losungen, die die antiautoritäre Studentenbewegung am 1. Mai 1970 den Bewohnern Neuköllns zugerufen hat. Die Zeit scheint

12 (Ein ähnlich putschistisches Moment begegnet uns wieder beim Verrat-Schrei in puncto Moskauer Vertrag, der die "Krise" verschleppt", als wenn Arbeitslosigkeit ein Fortschritt in Sachen Sozialismus bedeutet (vgl. die USA mit 6 Mill. Arbeitslosen) und die Arbeiter in der Krise automatisch 'links' werden! Bei der KPD/AO ist es der "neue Ritt nach Osten" (ROTE FAHNE Nr. 8, Aug. 70), beim KB/ML ist es "der Überfall von 1939 (, der) jetzt durch das westdeutsche Kapital wiederholt" zu werden droht (vgl. KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG, KAZ Nr. 1, Aug. 1970, S. 3 f), wenn Handelsbeziehungen zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Land aufgenommen werden (vgl. auch Lenin: WERKE Bd. 27, S. 342: "... erteilt die Sowjetmacht den Kapitalisten die 'Leitung' nicht als Kapitalisten, sondern als technischen oder organisatorischen Fachleuten gegen hohe Bezahlung."). Ein Unterschied zwischen der Leipziger Messe und einem imperialistischen Raubkrieg mit 25 Mill. Toten scheint für die Linksrevisionisten offensichtlich nicht zu bestehen!)

stillzustehen, jedenfalls für den KB. Was die SEW selbst zur Gewerkschaftspolitik sagt, was diese über die Funktion der Gewerkschaften im Spätkapitalismus sagt, interessiert nicht, es ist ja sowieso revisionistisch. (13)

Nach dieser "Analyse", die eher an politische Astrologie als an materialistische Interpretation erinnert, steht für den KB/ML fest:

Die SEW ist eine revisionistische Partei, eine bürgerliche Arbeiterpartei, eine bürgerliche Partei neben anderen bürgerlichen Parteien, eine antikapitalistische Partei, eine radikale Reformpartei, eine demokratische Partei, die sich revolutionär tarnt ("revolutionär nur in Worten") und eine sozialistische Partei, die sich demokratisch tarnt ("Massen an Reformpläne bindet"). Dadurch, daß sie auf Moskau-Kurs liegt, ist sie, statt dem Prinzip der Weltrevolution dem Prinzip der Friedlichen Koexistenz verpflichtet, kann also die Revolution weder wollen noch anleiten. Worauf läuft alles hinaus? Die SEW darf nicht ins Abgeordnetenhaus, zu beweisen, daß man die SEW nicht wählen darf. Aus diesem Grund muß verhindert werden, "daß die SEW über das Parlament verstärkt Einfluß auf die Arbeiterklasse gewinnt" und ihren "schädlichen Einfluß" weiterhin geltend macht. Endlich läßt der KB die Katze aus dem Sack. Keine Rede mehr von Parlamentarismus-Illusionen, denn übers Parlament kann man tatsächlich Einfluß auf die Arbeiterklasse gewinnen. Oder nur "schädlichen Einfluß"? Nein, hier wird Klartext gesprochen. Was bisher an Argumenten kam, waren Scheinargumente, Spiegelfechtereien, widersprüchliche Phrasendrescherei. Jetzt geht es darum, daß eine "revisionistische Partei" nicht einer "Nichtrevisionistischen Partei" zuvorkommt. "Der KB wird diesen Beschluß in allen proletarischen" (?) "und intellektuellen" (? ? ?) "Sympathisantengruppen durch Überzeugungstätigkeit" (hoffentlich nicht nur anhand seiner Stellungnahme!) "durchzusetzen versuchen".

Daß man die SEW bekämpfen muß, haben nicht nur die studentischen Arbeiterparteien erkannt. Ihre Verbündeten im Kampf gegen die "bürgerliche, antikapitalistische" SEW sind die bürgerlichen 'prokapitalistischen' Parteien und deren Agenten wie Springer, Schütz, Barsig und Sickert.

So ist einerseits die Kunkelei in "allen proletarischen und intellektuellen Sympathisantengruppen", wo der KB abrät SEW zu wählen, andererseits seine Nachtrabpolitik in der Öffentlichkeit, wo er sich duckmäuserisch an die "bewußteren Kollegen, die SEW wählen" dranhängt, nur der objektive Widerspruch einer hilflos sektiererischen Politik.

Es ist nicht nötig und sinnvoll, auf jeden einzelnen Interpretationslapsus einzugehen. In dem Wust von Verdrehungen und Unterstellungen wird die Kritik langsam zum traurigen Geschäft. Nach all dem, was KB an Material gegen die SEW zutagefördert, springt als Fazit heraus: Die SEW hat in langjährigen Kämpfen n i c h t s gelernt. Die ZK's und die Politbüros in der DDR und der UdSSR haben zu ihren Veröffentlichungen ein Verhältnis, wie es etwa dem eines Fischweibes zum Konzertflügel entspricht: mit ihren gesammelten Marx-Engels-Lenin etc. -Kenntnissen können sie n i c h t s anfangen, was der Sache des Sozialismus in irgendeiner Weise dienen könnte. Die Erfahrungen aus der Illegalität benutzt die DKP nur, um eine neue SPD zu werden. Sie benutzt sozialistische Terminologie, um Leute zu gewinnen, wen wohl? Offensichtlich nur die Studenten, denn die Arbeiter, soweit sie "als Klasse" nicht schon "an vielen Punkten in der Lage sind", den "Revisionismus bei der SEW (oder der DKP zu) entlarven", wählen diese Parteien sicher nicht. Bleiben also als potentielle Wähler und Mitarbeiter nur noch die Studenten und Intellektuellen übrig, denn nur sie sind mit sozialistischem Vokabular zu gewinnen. Im Grunde, so könnte man meinen, will die SEW eine Studentenpartei aufmachen, tarnt sich links, weil das chic ist. Die Kritik am "Revisionismus der SEW" entlarvt sich hier verhängnisvoll für die Kritiker als die Projektion der eigenen Misere. Alles, was sie der SEW ankreiden, sind im Grunde Bestimmungen, die für sie selbst gelten.

13 Vgl. dazu Äußerungen der DKP in "Klassen und Klassenkampf heute" (MARXISTISCHE BLÄTTER, Sonderheft 2/68), S. 138-170; SEPTEMBERSTREIKS 1969, S. 268 ff; ARGUMENT 62, S. 822-844 etc.

Bis auf einleitende Sätze im KB-Papier, wo vom Bestehen zweier Linien die Rede ist, entsetzt der politische Provinzialismus, der aus der Kritik spricht. So gibt es etwas wie Globalstrategie überhaupt nicht. Westberlin scheint der Nabel zu sein, an dem revolutionäre Strategie und Taktik entschieden wird. Jedenfalls wird die Linie der SEW und der DKP überhaupt nicht gesehen als eine, die abgeleitet ist aus einer Einschätzung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seinen Erfordernissen bei der Bekämpfung der USA als imperialistischer Weltmacht Nr. 1. In diesem Kampf haben SEW und DKP einen genau bestimmten Auftrag in einer Strategie, die im Weltmaßstab gesehen werden muß und sich nicht ausrichten kann an den Wünschen einer Handvoll Kleinbürger, die das politische Einmaleins marxistisch-leninistischer Revolutionsstrategie nicht begriffen haben, nämlich, daß objektive Gesetze im Kapitalismus herrschen, die sich z.B. nicht durch linke Phrasen aus der Welt schaffen lassen. An nicht einer Stelle geht die Revisionismuskritik des KB über die abstrakte Negation hinaus. Vor die Notwendigkeit gestellt, Zwischenziele angeben zu müssen, die nicht reformistisch gewendet werden können, was nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse über das Wesen des kapitalistischen Staates schlechterdings unmöglich ist, verzichtet der KB gänzlich auf die Angabe von Zwischenzielen. Statt dessen werden Phrasen gedroschen.

Kriterien für revolutionäre Politik sind einzig diese

a) ob sie die werktätigen Massen vereinheitlichen können,
b) ob sie über die Tageslosungen hinaustreibenden Charakter haben und
c) ob sie in der Konsequenz vom kapitalistischen System prinzipiell uneinlösbar bleiben.

Dabei muß immer klar sein, daß daraus resultierende konkrete tagespolitische Forderungen im Kapitalismus prinzipiell reformerisch gewendet werden können. Garant, daß dies nicht geschieht, ist allein die von einer marxistisch-leninistischen Partei angeführte Arbeiterklasse, unterstützt von ihren Bündnispartnern, organisierten wie nicht organisierten, die den Kampf für die Verbesserungen der Kampfbedingungen aufzunehmen bereit sind. Unter diesem Aspekt kann die bloße Forderung nach der Diktatur des Proletariats, so abstrakt richtig sie sein mag, konkret falsch werden, weil sie nichts aussagt über den Weg zur Erlangung dieses Ziels und unter den gegenwärtigen Bedingungen eine uneinlösbare, luxuriöse Forderung darstellt, sie die Massen verprellt, und damit noch nicht einmal luxuriös ist, sondern offen konterrevolutionär. Die Hypostasierung des Endziels o h n e dialektische Verbindung mit den augenblicklich erreichbaren, die Kampfbedingungen verbessernden Nahzielen, ist schon immer die Position des utopischen Sozialismus, die Position, die hinter den Marxismus-Leninismus- u n d die schöpferischen Mao-Tse-tung-Ideen zurückfällt und, wo sie organisiert aufgetreten ist, der bestehenden kommunistischen Bewegung noch immer schweren Schaden zugefügt hat.

Axel Hauff

Die SOZIALISTISCHE POLITIK kann abonniert werden. Jahresabonnement (6 Nummern) DM 18,—. Bestellungen sind an die Adresse Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, 1 Berlin 41, Postfach 270 zu richten. Wiederverkäufer erhalten auf den Einzelpreis einen Rabatt von 33 1/3 %.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

Heft 6 (März 1971)

enthält u.a. Beiträge zur

Strategie des antiimperialistischen Kampfes in Westberlin
wirtschaftlichen Situation Westberlins

Heft 7 (Juni 1971)

Ahrens	**Zur Bedeutung des XXIV. Parteitages der KPdSU**
Gudopp	**Thesen zum proletarischen Internationalismus**
Voigtländer	**25 Jahre SED**
Schuchardt	**Der Klassenkampf in Deutschland 1917/18 und die Organisationsfrage**
Steinborn	**Aus der Geschichte der Jungsozialisten in der Weimarer Republik**
Bein	**Comisiones Obreras**

Dokumentation

Herausgeber:
Sozialistische Einheitspartei Westberlins – Kreisvorstand Zehlendorf
1 Berlin 37, Teltower Damm 23, Tel.: 8 11 56 14.
Verantwortlich: Heinz Thomaszik und Wolf-Dieter Gudopp
Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 2603 19
KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr. Einzelheft DM 1,50;
Jahresabonnement DM 4,—.
Druck: Druckhaus Norden GmbH, Berlin 21 — Entwurf: A. W.

kürbiskern

LITERATUR · KRITIK · KLASSENKAMPF

3/71

FERNSEHEN

u.a.
Jürgen Harder: Enzensbergers Medientheorie
Horst Holzer/Conrad Schuhler: Presse, Funk, Fernsehen in der Bundesrepublik
Interview mit Fernsehdirektor Dr. Oeller (Bayerischer Rundfunk)
Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks: Zensurfibel
Clemens Münster, Günter Guben, Elke Baur, Wolfgang Drescher, Erika Runge, Luigi Nono: Erfahrungen im Fernsehen.
Günter Rager: Politische Information im Fernsehen.
Michael Buselmeier/Günter Schehl: Bedürfnis-Anstalt
Götz Dahlmüller: 6 Thesen zum Fernsehen
George Jackson: Brief aus dem Soledad-Gefängnis

kürbiskern-Reihe

Johannes R. Becher
Gedichte 1911-58

Paperback DM 9,80

Herausgeber: Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schuhler, Hannes Stütz
Redaktion: KÜRBISKERN, v. Damnitz Verlag · 8 München 13 · Hohenzollernstraße 144 · Telefon 0811/303783
Erscheint vierteljährlich: Dezember, März, Juni, September
Einzelheft DM 4.80. Jahresabonnement DM 16.– zuzüglich Porto
Bestellungen über Verlag oder Buchhandel

Neue Veröffentlichungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen e. V.

Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt

ca. 170 Seiten, Heft 4/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—), Auslieferung Oktober/November 71

Der Band enthält u.a. folgende Beiträge:
Perspektiven der Nationalen Befreiungsbewegung
Einige Probleme der vietnamesischen Revolution
Nationale Befreiungsbewegung und Revolution in Asien und Afrika
Politische und ökonomische Grundlagen des Mehrparteiensystems in Chile
Geht in Peru eine Revolution vor sich?
Anhang: Auszüge aus dem dreibändigen sowjetischen Standardwerk „Klassen- und Klassenkampf in der Dritten Welt", Bibliographie zum Thema

Neue Aspekte der Monopoltheorie

227 Seiten, Heft 3/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—)

Der Band enthält u.a. folgende Beiträge:
Konzentration und Monopol
Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum
Finanzkapital und Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus
Internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität
Internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung
Überakkumulation — Monopole — staatsmonopolistischer Kapitalismus heute
Ausführliche Bibliographie zum Thema (ca. 400 Titel nachgewiesen).

Geschichtstheorie und Geschichtsschreibung

144 Seiten, Heft 2/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—)

Der Band enthält u.a. folgende Beiträge:
Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft
Lenin und der Begriff der „Epoche" in der Weltgeschichte
Zwei aktuelle Probleme der geschichtlichen Entwicklungsfolge fortschreitender Gesellschaftsformationen
Das Verhältnis von Tendenz und Gesetz in der gesellschaftlichen Entwicklung
Grundlinien und Entwicklungstendenzen in der westdeutschen Geschichtsschreibung.

Dem Heft ist ferner eine Bibliographie zur marxistischen Geschichtstheorie beigegeben.

Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus

160 Seiten, 2. Auflage, 1971, Heft 1/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—)

Das Heft enthält u.a. Untersuchungen zur gesellschaftlichen und technischen Rolle der Ingenieure, zum Problem ingenieurtechnische Intelligenz und Arbeiterklasse sowie zu Denkentwicklungen bei den Intellektuellen Lohnarbeitern. Ferner enthält das Heft eine Analyse der Intelligenz in den USA und in Japan nach Anzahl, Zusammensetzung und sozialer Differenz sowie eine ausführliche Bibliographie.

Der Umfang der Hefte beträgt ca. 160 Seiten im Format 15 x 23 cm. Die Hefte können auch im Abonnement bezogen werden. Die Mindestdauer eines Abonnements ist ein Kalenderjahr (4 Hefte).

Preise: Jahresabonnement DM 26,— (zuzüglich Porto). Für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende gilt ein ermäßigter Preis von DM 16,— für das Jahresabonnement (zuzüglich Porto). Bestellungen **ausschließlich** über das IMSF.

Kritik der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971"

25 Seiten, DIN A4, Heft 6 der Reihe Informationsberichte des IMSF, DM 5,—.

Diktion, wissenschaftstheoretische und politische Prämissen der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971" sowie die darin enthaltene Verschleierung und Verfälschung politisch-gesellschaftlicher Grundsachverhalte und ökonomischer Kennziffern werden einer eingehenden Kritik unterzogen.

—.20

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 Berlin 41
POSTFACH 270

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab SOPO Nr. ☐

Die umseitigen Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 18,– / DM ..... überweise ich / lege ich als Scheck bei.

Name: Vorname:

Postleitzahl: Ort: Straße:

Datum: Unterschrift:

Bezugsbedingungen für die SOZIALISTISCHE POLITIK

1971 erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt somit DM 18,–.

Die Lieferung der Ausgaben wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, Berlin West 62010, vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

Einzelexemplare bereits erschienener Ausgaben sind zu bestellen bei den Westberliner Buchladen Kollektiven: Das politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99 – Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5 – Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40. Die Abrechnung erfolgt über die jeweilige Buchhandlung.

Sonstige Mitteilungen: